

Stenographisches Protokoll

45. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 18. Oktober 1972

Inhalt

Fragestunde (25.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Sandmeier (625/M), Lanc (681/M), Dr. Keimel (682/M), Dr. Kohlmaier (616/M), Melter (617/M), Dr. Hauser (674/M), Meißl (631/M), Pfeifer (664/M) und Hietl (629/M) (S. 3718)

Dringliche Anfragen

der Abgeordneten Dr. Koren, Peter und Genossen betreffend inflationäre Entwicklung und vorzeitige Veröffentlichung von Budgetziffern (823/J) (S. 3731)

Begründung: Dr. Koren (S. 3732)

Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 3739) und Bundesminister Dr. Androsch (S. 3739)

Debatte: Dr. Kohlmaier (S. 3740), Peter (S. 3742), Gratz (S. 3745), Dr. Blenk (S. 3746), Dr. Broesigke (S. 3750), Doktor Keimel (S. 3752), Dr. Stix (S. 3755), Doktor Gruber (S. 3756), Zeillinger (S. 3759), Dr. Ermacora (S. 3763) und Dr. Lanner (S. 3764)

der Abgeordneten Zeillinger, Tödling und Genossen betreffend Einsetzung des „Aufstellungstabes Bereitschaftstruppe“ (824/J) (S. 3766)

Begründung: Zeillinger (S. 3768)

Bundesminister Lütgendorf (S. 3775) und Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 3775)

Debatte: Dr. Scrinzi (S. 3776), Tödling (S. 3777), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 3780), Dr. Prader (S. 3782), Dr. Schmidt (S. 3786), Marwan-Schlosser (S. 3787) und Zeillinger (S. 3791)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 3731)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

Zu 346: Entgeltliche Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (S. 3730)

460: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 — Beschluß auf erste Lesung (S. 3731)

463: Gewerbestrukturverbesserungsgesetz-Novelle (S. 3730)

473: Kartellgesetz

485: Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

486: Abkommen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

487: 4. Novelle zum Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz

488: 1. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz

498: Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1973

499: EG-Abkommen-Durchführungsgesetz (S. 3731)

Berichte

betreffend Haftungsübernahmen des Bundes im 1. Halbjahr 1972, BM f. Finanzen (III-63) (S. 3731)

über die Revision und Erweiterung des längerfristigen Investitionsprogramms des Bundes für die Jahre 1972 bis 1981, BM f. Finanzen (III-64)

zu den Globalabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften, Bundesregierung (III-65) (S. 3731)

Anträge der Abgeordneten

Maria Metzker, Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (53/A)

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner, Suppan, Dkfm. Gorton, Deutschmann, Dr. Ermacora und Genossen betreffend die Durchführung des Art. 7 des Staatsvertrages 1955 in Kärnten (54/A)

Skritek, Dr. Mussil und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strukturverbesserungsgesetz neuerlich abgeändert wird (55/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Koren, Peter, Dr. Kohlmaier, Doktor Broesigke und Genossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Finanzen betreffend inflationäre Entwicklung und vorzeitige Veröffentlichung von Budgetziffern (823/J)

Zeillinger, Tödling, Dr. Scrinzi, Doktor Prader und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung und an den Bundeskanzler betreffend Einsetzung des „Aufstellungstabes Bereitschaftstruppe“ (824/J)

Koller, Frodl und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Maissperrlageraktion (825/J)

Koller, Tödling und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Anlage von Getreidereserven (826/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Vorgangsweise bei der Besetzung einer Tabaktrafik in Bregenz (827/J)

Dipl.-Ing. Hanreich, Dr. Schmidt und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Umweltverschmutzung des von den Bundesforsten verpachteten Steinbruchs „Kleiner Sattel“ in Kaltenleutgeben (828/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Härteausgleich in der Kriegspopferversorgung (829/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Vorgangsweise bei der Besetzung einer Tabaktrafik in Bregenz (830/J)

Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Schnell-Lesekurse (831/J)

Dr. Stix und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Briefsendungen — Dauer des Postweges (832/J)

Staudinger, Dr. Frauscher und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Preisbestimmungsgesetz 1972, Durchführungserlaß Nr. 1 des Bundesministeriums für Inneres vom 21. August 1972 (833/J)

Suppan, Deutschmann, Dr. Gruber und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend bildungswissenschaftliche Hochschule in Klagenfurt (834/J)

Dr. Gruber, Regensburger und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Gratisschulbuch (835/J)

Helga Wieser und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Verbesserung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum (836/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (761/A.B. zu 770/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (762/A.B. zu 772/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 43. und 44. Sitzung des Nationalrates vom 11. Oktober 1972 sind in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen nun zur Fragestunde. Ich beginne um 10 Uhr.

Bundesministerium für Finanzen

Präsident: Die 1. Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Sandmeier (OVP) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

625/M

Wie sind Ihre bisherigen Aussagen in der Öffentlichkeit über den Bundesvoranschlag 1973 mit dem Artikel 51 des Bundes-Verfassungsgesetzes vereinbar, wonach der Inhalt des Bundesvoranschlages „nicht vor Beginn der Beratungen im Nationalrat“ veröffentlicht werden darf?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Artikel 51 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz hat folgenden Wortlaut:

„Dem Nationalrat ist spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres von der Bundesregierung ein Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr vorzulegen. Sein Inhalt darf nicht vor Beginn der Beratung im Nationalrat veröffentlicht werden.“

Der Ausdruck „sein Inhalt“ darf bei folgerichtiger Denkweise nur auf den gesamten Inhalt des „Voranschlages der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr“ bezogen werden, der „dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres vorzulegen ist“.

Dieser „Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr“ liegt frühestens von dem Augenblick an vor, in dem die Bundesregierung beschlossen hat, dem Nationalrat den gemäß Artikel 6 Punkt VII Verwaltungsentlastungsgesetz „auf Grund der von den obersten Verwaltungsbehörden verfaßten Teilvoranschläge vom Bundesminister für Finanzen erstellten Bundesvoranschlagsentwurf“ für das folgende Finanzjahr zur verfassungsmäßigen Behandlung zuzuleiten. Bis zu diesem Augenblick liegt zwar der vom Bundesminister für Finanzen erstellte Bundesvoranschlagsentwurf vor. Unter diesem ist aber noch nicht der „Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr“ zu verstehen, der „dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres von der Bundesregierung vorzulegen ist“; denn der

Bundesminister Dr. Androsch

vom Bundesminister für Finanzen erstellte Bundesvoranschlagsentwurf kann bis zu dieser Beschlußfassung durch die Bundesregierung Abänderungen unterzogen werden, die sich als notwendig erweisen, um die Beschlußfassung der Bundesregierung zustandezubringen.

Keine meiner „bisherigen Aussagen in der Öffentlichkeit über den Bundesvoranschlag 1973“ konnte demnach den „Inhalt des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Finanzjahr 1973“ veröffentlichen, solange der Beschluß der Bundesregierung nicht gefaßt war, den von mir erstellten Bundesvoranschlagsentwurf als „Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr“ dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung zuzuleiten.

Außerdem haben meine „bisherigen Aussagen in der Öffentlichkeit über den Bundesvoranschlag 1973“ sich auf Einzelangelegenheiten bezogen, die in dem genannten Voranschlag zu behandeln beabsichtigt war und somit gleichfalls nicht „seinen Inhalt“, das ist seinen gesamten Inhalt, „veröffentlicht“.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Sandmeier:** Herr Bundesminister! Sosehr Sie sich bemüht haben, durch Verklausulierungen darzustellen, daß angeblich nur der Gesamthalt nach der Verfassung nicht vorher mitgeteilt werden dürfte, darf ich Ihnen doch sagen, daß bisher die Verfassungsbestimmung immer so ausgelegt wurde, daß nicht nur der Gesamthalt, sondern auch einzelne Ansätze des Budgets nicht veröffentlicht werden durften.

Ich darf hier auf eine Anfragebeantwortung des Herrn Bundeskanzlers vom 21. September 1972 verweisen, mit der er auf eine Anfrage mitteilte, daß bezüglich der Geheimhaltung des Budgets unter anderem auch der Dienstpostenplan und sein Inhalt zugrunde gelegt werden müßten. Sie und auch der Herr Bundeskanzler haben aus eben diesem Grund auf die Fragen nicht geantwortet.

Nun wissen Sie, Herr Bundesminister, genau, daß seit etwa vier Wochen in der „Kronen-Zeitung“ Redakteur Dibold ganz konkrete Budgetziffern genannt hat. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß Sie, Herr Bundesminister, davon nichts gewußt haben; denn ich muß annehmen, daß auch Sie diese Ausendungen gelesen haben. Ob Sie nun selbst die Indiskretion begangen haben oder ob das über einen Dritten geschah, ist in diesem Falle belanglos.

Ich frage Sie: Haben Sie, Herr Bundesminister, gleich zu Beginn nach der ersten

Veröffentlichung Schritte unternommen, dies zu unterbinden, um die Verfassungsbestimmungen einzuhalten, auf die Sie einen Eid geleistet haben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich weise die Unterstellung, daß ich einen Verfassungsbruch, den Sie mir hier unterschieben, begangen hätte, auf das entschiedenste zurück! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Das hat er nicht!*)

Sie können am Beispiel jedes Jahres sehen, daß ab dem Zeitpunkt, in dem das Bundesfinanzgesetz ausgedruckt ist, Einzelzahlen bekanntgegeben werden oder bekannt werden, weil ganz einfach schon ein so großer Kreis von Personen in Kenntnis dieser Zahlen ist.

Das Interesse des Finanzministers ist von allem Anfang an — und darauf beziehen sich auch die Budgetvorschauen —, globale Vorstellungen über den Bundesvoranschlagsentwurf zu entwickeln, die keineswegs geheim sind, weil sie ja in langen Beratungen, denen im Wirtschafts- und Sozialbeirat auch Beamte des Bundesministeriums für Finanzen zur Verfügung stehen, erörtert werden.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Sandmeier:** Herr Bundesminister! Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Ich bitte Sie, im Rahmen der zweiten Zusatzfrage meine erste Zusatzfrage zu beantworten.

Meine Frage hat nämlich gelautet, welche Schritte Sie unternommen haben, um die Veröffentlichungen abzustellen. Ich bitte Sie daher nochmals, im Rahmen der zweiten Zusatzfrage das mit zu beantworten.

Aber jetzt zur zweiten Zusatzfrage: Herr Bundesminister, Sie sagen, Sie selbst hätten keine Veröffentlichungen gemacht. Wollen Sie damit sagen, daß Sie die Beamten verdächtigen, diese Indiskretion begangen zu haben? (*Widerspruch bei der SPÖ. — Rufe: Eine Gemeinheit, so etwas!*) Sie sind für das Ressort voll und ganz verantwortlich, Herr Bundesminister!

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Androsch: Erstens einmal betrifft das nicht nur mein Ressort, sondern alle. Und die Verdächtigungen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, kommen von Ihnen! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Lanc an den Herrn Bundesminister ... (*Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schwi m m e r: Antworten, Herr Minister! Solche Überheblichkeit und*

3720

Präsident

Präpotenz! — *Gegenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Kohlmair: Keine Ahnung, wie man im Parlament vorgeht!* — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*

Anfrage Nr. 2: Angeordneter Lanc (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

681/M

Wurden im Finanzministerium Berechnungen über die finanziellen Auswirkungen beziehungsweise die Möglichkeiten der Bodeckung der Forderung des ÖVP-Obmannes Dr. Schleiner bezüglich Schaffung eines sogenannten Lebenskapitals für jedes Kind angestellt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nach dem Vorschlag des Obmannes der Österreichischen Volkspartei soll jedes neugeborene Kind ein Startkapital von 50.000 S erhalten. Eine solche Maßnahme würde unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Geburtenanzahl in den letzten fünf Jahren von 119.000 Geburten einen jährlichen finanziellen Aufwand von rund 6 Milliarden Schilling erfordern.

Da nach dem Vorschlag die derzeitige Heiratsbeihilfe in Höhe von 15.000 S je Ehepaar wegfallen soll, würde sich der Aufwand um rund 600 Millionen Schilling verringern. Für die Bedeckung des Nettomehraufwandes von 5,4 Milliarden Schilling stehen keine Mittel zur Verfügung. (*Abg. Dr. Schwimmer: Das ist ein halbes Prozent Ihres Defizits!*) Es ist auch nicht absehbar, wie dieser Aufwand bedeckt werden könnte. Weder aus allgemeinen Budgetmitteln noch aus Mitteln des Familienlastenausgleiches könnte ein derartiger Aufwand ohne Wegfall bestehender Leistungen im gleichen Ausmaß finanziert werden. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Da darf man den Familienlastenausgleichsfonds nicht ausräumen!*)

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Lanc:** Herr Bundesminister! Wenn bestehende Leistungen nicht wegfallen, wie sonst könnte dieser Betrag von jährlich 5,4 Milliarden Schilling auf gegenwärtiger Einnahmen- und Preisbasis finanziert werden? (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Indem man den Familienlastenausgleichsfonds nicht ausräumt!* — *Abg. Dr. Tull: Den haben Ihre Minister, den hat der Schmitz ausgeräumt!*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Durch Erschließung neuer Einnahmen, das heißt neuer Abgaben oder im Kreditweg. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.*)

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Lanc:** Herr Bundesminister! Wenn wir die Möglichkeit weiterer Steuererhöhungen zur Finanzierung ausschließen und auf die Fremdfinanzierung kämen, würde das die Preiswelle weiter unterstützen oder dämpfen? (*Heiterkeit bei der ÖVP.* — *Ruf bei der ÖVP: Jetzt auf einmal Preiswelle?*)

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zuerst würde eine solche Maßnahme natürlich eine wesentliche Verschiebung innerhalb des Kapitalmarktes und seiner Nachfrage bedeuten, und ohne Zweifel hätte eine solche Maßnahme einen instabilisierenden Effekt.

Präsident: Anfrage 3: Herr Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP) an den Herrn Finanzminister.

682/M

Bis wann ist mit dem noch ausstehenden Ministerialgutachten zur Bezinpreisbelastung durch die Mehrwertsteuer zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nach Artikel II § 2 Abs. 1 des Preisbestimmungsgesetzes 1972 haben die Unternehmer vor Hinzurechnung der neuen Umsatzsteuer die in den Preisen der Waren und Leistungen enthaltenen Belastungen an bisheriger Umsatzsteuer und Beförderungssteuer von den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Umsatzsteuergesetzes 1972 berechneten Preisen in Abzug zu bringen. Gemäß Artikel II § 2 Abs. 3 des zitierten Gesetzes ist ein Preis ordnungsgemäß entlastet, wenn der vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie nach Anhörung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, des Österreichischen Arbeiterkammertages und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes festgesetzte Entlastungssatz angewendet wird. Diese Entlastungssätze sind bis 15. November 1972 im Amtsblatt zur Wiener Zeitung zu veröffentlichen.

Nach den Bestimmungen des Preisregelungsgesetzes unterliegen Erdöl und seine Derivate und demnach auch Benzin der amtlichen Preisregelung. Der veröffentlichte Entlastungssatz für Benzin wird daher von der amtlichen Preiskommission bei der Preisfestsetzung zu berücksichtigen sein, wobei die Bundesministerien für Inneres, für Handel, Gewerbe und Industrie und für Finanzen nach Anhörung der übrigen Mitglieder der Preiskommission zuständig sind.

Bundesminister Dr. Androsch

Da das Bundesministerium für Finanzen daher nach dem Preisbestimmungsgesetz kein Mitwirkungsrecht bei der Festsetzung der Entlastungssätze hat und es auch im Verfahren bei der amtlichen Preiskommission nur gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern tätig wird, wurde von diesem kein Ministerialgutachten zur Vorbelastungsermittlung von Benzin in Auftrag gegeben. Ob im Verfahren nach dem Preisbestimmungsgesetz oder im Preisregelungsverfahren zur endgültigen Preisfestsetzung Sachverständigengutachten angefordert werden, wird von den für diese Entscheidung zuständigen Organen abhängen.

Es gibt daher ein Gutachten der Erdölwirtschaft und es gibt interne Berechnungen, die schon im Zusammenhang mit den Beratungen über das Mehrwertsteuergesetz seitens des Finanzministeriums angestellt wurden.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Keimel:** Herr Minister! Die Österreichische Volkspartei hat schon bei Behandlung der Mehrwertsteuer im Unterausschuß, im Ausschuß und im Plenum auf die preislichen Auswirkungen der Besteuerung des Treibstoffes zum vollen Mehrwertsteuersatz hingewiesen. Unseren damaligen Berechnungen zufolge, die in der Zwischenzeit von unabhängigen Experten — Sie haben sie ja auch genannt — bestätigt worden sind, bedeutete der volle Satz für Benzin eine abermalige Verteuerung von Superbenzin um 52 Groschen je Liter. Wir haben auf Grund dieser Tatsache bekanntlich verlangt, die Treibstoffe nur mit dem halben Steuersatz von 8 Prozent zu belegen. Die Sozialisten haben diese Warnungen in den Wind geschlagen. Ja es ging so weit, daß Sie, Herr Finanzminister, offensichtlich ohne jede echte Prüfung in der Öffentlichkeit feststellten, der Benzinpreis würde „höchstens um 30 Groschen pro Liter steigen“.

Wie sich nun laut Zeitungsmeldungen in der Zwischenzeit herausgestellt hat, kommt auch der Ihnen sicherlich sehr bekannte Experte Professor Dr. Jonasch zu dem Schluß, daß nach dem derzeitigen Mehrwertsteuergesetz der Benzinpreis um 51 Groschen je Liter verteuert würde.

Meine Frage daher: Was hat Sie, Herr Finanzminister, veranlaßt, offensichtlich ohne jede Prüfung der Situation eine völlig falsche Aussage hinsichtlich des Benzinpreises sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit zu machen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Androsch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es wird noch zu klären

sein, welche Aussage unrichtig ist. Unsere Berechnungen — und wir haben sie ja bei den Beratungen im Unterausschuß über die Vorlage zum Mehrwertsteuergesetz ebenfalls erörtert — kommen zu einem anderen Ergebnis. Ihre decken sich mit den Berechnungen der Erdölwirtschaft, die durch ein von dieser in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigt werden.

Das Problem bei den Entlastungen stellt sich aber generell so dar, daß wir auf der einen Seite Exportrückvergütungssätze haben, auf der anderen Seite haben wir im Schnitt geringfügig darunterliegende Sätze für die Vorratsentlastung, das heißt für die Befreiung der zum 31. 12. auf Lager liegenden Güter, die vielfach als zu gering angesehen wurde. Wir haben jetzt die Problematik aus den mir zugegangenen Informationen im Entlastungsausschuß, daß festgestellt wird, daß die Umsatzsteuerbelastung wesentlich geringer ist, nämlich dort, wo sie preisentlastend vorgenommen wird. Das ergibt eine ungeheure Diskrepanz, denn man kann nicht sagen, daß auf der einen Seite bei der Entlastung der Vorräte man etwas bekommt, was zu niedrig ist, aber gewissermaßen im selben Augenblick sagen, daß das dort, wo man das zumindest aus den Preisen herausnehmen soll, viel zu hoch ist.

Das ist die ganze Problematik, die sich mit aller Deutlichkeit auch beim Benzinpreis, beim Treibstoffpreis zeigt. Ich darf auf die Diskussion im Unterausschuß verweisen, wo wir gesagt haben: Natürlich kann man den halben Satz nehmen, wenn man in Kauf nimmt, daß die Eingänge nicht aufkommensneutral sind; das bedeutet *uno actu* eine Erhöhung des Defizites, oder wenn man einen höheren Satz wählt, oder wenn man das zu Lasten der Bundesmineralölsteuer, das heißt zu Lasten des Straßenbaues macht. Wir haben keine dieser Varianten für richtig befunden und sind der Meinung, daß der Treibstoff wie jedes andere Produkt, das ein Konsument zu bezahlen hat, den vollen Satz zu bezahlen hätte, beziehungsweise ist zu berücksichtigen, daß ja in der Unternehmerkette hier der volle Vorsteuerabzug gegenüber dem jetzigen Zustand vorgesehen ist.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Keimel:** Herr Minister! Wie wir auch aus Zeitungsberichten entnehmen, ist offensichtlich die Regierung gewillt, aus Gründen der Preiskosmetik vielleicht, einen großen Teil der Mehrwertsteuerbelastung des Benzinpreises auf die Mineralölindustrie abzuwälzen. Die Mineralölindustrie hat ja bekanntlich gerade gegenwärtig Mil-

Dr. Keimel

liarden Investitionen zu gewärtigen, um die Energieversorgung zu gewährleisten. Durch die Übernahme einer Belastung aus der Mehrwertsteuer würde der Ertrag gedrückt; das könnte entweder nur zu Lasten der Investitionen gehen, also von Versorgung mit Energie, oder aber es müßten die Mehrbelastungen dann eben über eine Preiserhöhung wieder den Konsumenten treffen. Eine Umsatzsteuerentlastung ergibt sich deshalb nicht aus dem Gesetz, weil die gerade in der Mineralölindustrie besonders hohen Altanlagen ja nicht von der alten Umsatzsteuer entlastet werden, umgekehrt aber die neuen Investitionen, Herr Minister, während der nächsten fünf Jahre durch die neu eingeführte Investitionssteuer neu belastet werden.

Ich frage Sie daher, Herr Finanzminister — und ich bitte Sie, entgegen Ihrer Gepflogenheit bei Kollegen Sandmeier gemäß § 70 Geschäftsordnung die Frage auch zu beantworten, Sie sind dazu verpflichtet —: Beruhen Zeitungsmeldungen auf Wahrheit, daß die Regierung oder Regierungsvertreter, Regierungsmitglieder versucht haben, auf die Mineralölindustrie einzuwirken, einen Teil der Mehrwertsteuerbelastung auf sich zu nehmen, um die angekündigte 30-Groschen-Verteuerung des Bezinpreises halten zu können? (*Abg. Gratz: Die Mineralölindustrie hat eine schöne Lobby da oben!*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Darf ich noch auf den Hinweis des Herrn Abgeordneten Sandmeier kurz eingehen, ich hätte eine Frage nicht beantwortet. Ich habe den Vorwurf, daß ich einen Verfassungsbruch begangen hätte, ebenso zurückgewiesen wie Verdächtigungen aller Beamten. (*Beifall bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.*)

Ich bitte um Verständnis, daß man auf der Regierungsbank nicht Freiwild für Vorwürfe des Verfassungsbruches oder — wie in der UNIDO-Sache — des Betruges und des Amtsmissbrauches ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zur Frage selbst: Sie haben in Ihrer Fragebegründung ja die Problematik dargestellt. Man kann jetzt nicht unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Altanlagen, was richtig ist, nicht entlastet werden, und der Tatsache, daß im ersten Jahr die höchste Selbstverbrauchsabgabe fällig ist, einen Preis erstellen, der möglicherweise für das erste Jahr richtig ist, aber, da diese Belastungen mit jedem Jahr auch in den fünf Jahren geringer werden, bedeuten würde und müßte, daß automatisch eine Gewinnerhöhung eingebaut ist. Das ist die Problematik dabei, und für diese

gilt es einen Weg zu finden, und das wird Aufgabe der Festsetzung der amtlichen Preiskommission sein, wobei sicherlich bei der amtlichen Preiskommission eine Reihe von Gesichtspunkten, nämlich auch der Vorteil des Vorsteuerabzuges, der im Entlastungsausschuß nicht zur Diskussion steht, in die Betrachtungen miteinbezogen wird. Dieser Umstand — daß man nämlich in der amtlichen Preiskommission bei der Festsetzung amtlich geregelter Preise so vorgeht — hat immerhin dazu geführt, daß in den letzten Monaten und Jahren die amtlich geregelten Preise wesentlich geringer gestiegen sind als alle anderen. (*Ruf bei der ÖVP: Wo ist die Beantwortung? — Abg. Gratz: Das ist eine Lobby! — Abg. Skritek: Sie haben schlecht zugehört!!*)

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: Anfrage 4: Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

616/M

Sind Sie im Hinblick darauf, daß die Pensionserhöhungen die laufenden Preissteigerungen nicht ausgleichen können, bereit, die Formel für die Pensionsdynamik zu verbessern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung Vizekanzler Ing. **Häuser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf als gegeben voraussetzen, daß Sie bei der Behandlung dieser Anfrage, wo es um die Dynamisierung von Pensionen geht, genauso wie ich alles Interesse haben, daß hier im Hohen Hause sachliche und klare Antworten erfolgen.

Ich möchte daher fürs erste feststellen, daß nach der statistischen Untersuchung all der Jahre seit 1966 kein Jahr vorliegt, in dem der Dynamisierungsfaktor niedriger gewesen wäre als die im laufenden oder vorangegangenen Jahr vorgenommene Preissteigerung. Das zum ersten.

Zum zweiten darf ich gerade Sie, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, als Mitglied des Beirates für Pensionsanpassung daran erinnern, daß die Forderungen eines Teiles der Beiratsmitglieder seit dem Jahr 1967 auf Neuberechnung der Richtzahl für die Pensionsanpassung erst 1970, als ich das Ressort übernommen habe, in Angriff genommen wurden, daß wir für 1971 vom gesetzlichen Ermessen Gebrauch gemacht haben und einen höheren Dynamisierungsfaktor angesetzt haben, als er sich gesetzlich aus der Berechnung ergeben hat, und daß dann der Beirat einvernehmlich eine bessere Berechnungsmethode ausgearbeitet hat, die dann im Rahmen der 25. Novelle

Vizekanzler Ing. Häuser

die Zustimmung des Hohen Hauses gefunden hat.

Sie sehen also aus dem allein, daß diese Zielsetzung, die wir damals beschritten haben, erfüllt wurde und daß daher zurzeit keine Veranlassung besteht, hier eine Änderung vorzunehmen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier:** Herr Bundesminister! Ihnen ist sicherlich so wie uns allen bekannt, daß eine Regierungsklausur stattgefunden hat, an der Sie persönlich zwar verhindert waren, aber deren Ergebnisse Sie sicherlich kennen. Sie war im Burgenland, und dort hat dann der Herr Bundeskanzler der wartenden Presse verkündet, daß man den Pensionisten, den Ärmsten, Preiserhöhungen von Brot- und Molkereiprodukten ersparen werde. Später wurde das dann unter dem Druck der öffentlichen Meinung in eine besondere Abgeltung umgeändert.

Nun sagen Sie, Herr Minister, die Dynamik ist so gut, daß alle Preiserhöhungen damit abgedeckt sind. Herr Bundesminister! Wie erklären Sie sich, daß die Regierungsklausur die Abdeckung von Preiserhöhungen durch Sondermaßnahmen auf Kosten der Landwirtschaft verlangt, obwohl Ihrer Auffassung nach alle Preiserhöhungen durch die Dynamik gedeckt werden?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bezog mich in meiner ersten Beantwortung auf Ihre schriftlich vorliegende Anfrage, in der Sie die Behauptung aufgestellt haben, daß die Pensionserhöhung die laufenden Preissteigerungen nicht ausgleichen kann.

Das hatte ich beantwortet. Wenn Sie wollen, bin ich bereit, alle Zahlen von 1966 an vorzulesen, die Dynamisierungsfaktoren und die Preiserhöhungen. Sie werden in keinem Jahr finden, daß die Dynamisierung, die Anpassung geringer gewesen wäre als die Preiserhöhung.

Nun zum Jahre 1972: Es ist allen bekannt, daß wir mit 1. Jänner 1972 eine Erhöhung um 7,4 Prozent vorgenommen haben. Mir ist bis jetzt nicht bekannt, Herr Abgeordneter, daß wir in einem einzigen Monat des Jahres 1972, obwohl ein Monat allein ja noch keine Basis darstellt, etwa eine annähernde Preiserhöhung gehabt hätten.

Daher die Zusammenhänge: Wegen der Erhöhung der Grundnahrungsmittel die Forderung — letzthin eine bekannte Forderung; ich gebe zu: eine sicher auch berechtigte Forde-

rung der Landwirtschaft —, das für jene auszugleichen, die primär einmal zu den Minder- oder Mindesteinkommensbeziehern gehören.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier:** Herr Bundesminister! Es tut mir furchtbar leid, aber Sie haben meine eigentliche Frage nicht beantwortet. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, daß ich Sie um Ihre Meinung dazu gebeten habe, was es für einen Sinn hat, auf der einen Seite zu behaupten, die Dynamik wäre so gut, daß sie alle Preiserhöhungen abfängt, aber auf der anderen Seite dann bestimmte Preiserhöhungen, weil sie vielleicht von einer bestimmten Seite kommen, zum Anlaß zu nehmen, in das Dynamiksystem einzugreifen. Das hatte ja die Regierungsklausur vorgehabt. Es ist ja jetzt durch mehrere Zeitungsmeldungen bekanntgeworden, daß man eine etwa 10-Schilling-Erhöhung für die Ausgleichszulagenbezieher aus dem Titel „Preiserhöhungen für bestimmte landwirtschaftliche Produkte“ vornehmen will. Allerdings ist mir aufgefallen, daß in der Regierungsvorlage zur 29. ASVG-Novelle schon im Juni 1972 ein Betrag von 11 S mehr an Richtsatzterhöhung vorgesehen war, als sich aus der Dynamik ergeben würde, sodaß wir hier annehmen müssen, der Herr Bundeskanzler verkauft nur etwas, was er schon im Juni vorhatte.

Aber, Herr Bundesminister, ich nehme zur Kenntnis: Sie haben die Absicht, bestimmte Preiserhöhungen zum Anlaß zu nehmen, den schwächsten Pensionisten etwas abzugelten.

Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Werden Sie diese Vorgangsweise fortsetzen und etwa dann, wenn wieder einmal Bahn- oder Posttariferhöhungen oder sonstige Tarifierhöhungen auf uns zukommen, das auch den Pensionisten — über die Dynamik hinaus — durch gesonderte Zuwendungen abgelten?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Verehrter Herr Abgeordneter! Das Jahr 1972 ist, wie das jetzt mehrfach in der öffentlichen Meinungsbildung dargestellt wurde, sicher auch für Österreich ein Sonderjahr. Wir sind durch internationale Zusammenhänge in eine Inflationsrate geschlittert. Ich verweise auf die letzten Aussprachen, die vorgestern im Fernsehen zu sehen waren. Wir haben im Rahmen dieser Entwicklung sicher auch Sorge darüber, daß jener Personenkreis — es sind immerhin schwach 400.000 Personen —, der mit einem ganz niederen Einkommen leben muß und dem wir in den letzten Jahren durch eine stärkere Erhöhung des Richtsatzes für die Ausgleichszulage eine Verbesserung haben zuteil werden

Vizekanzler Ing. Häuser

lassen, durch die um etwa 5,5 Prozent, 6 Prozent und 6,4 Prozent gestiegenen Lebenshaltungskosten in Schwierigkeiten kommt. Aus dieser Augenblickssituation sind wir der Auffassung, daß wir primär gerade diesen Menschen mit einer derartigen Aktion helfen müssen.

Zum zweiten darf ich sagen: Zwischen der Erhöhung des Richtsatzes über den Dynamisierungsfaktor von 9 Prozent im Jahre 1973 von 11,70 S und dem Betrag von 10 S, der da als Abgeltung in Aussicht gestellt wurde, besteht, wie Sie, Herr Abgeordneter, selbst sehr genau wissen, überhaupt kein Zusammenhang, denn in den Erläuternden Bemerkungen zur 29. ASVG-Novelle ist sehr deutlich ausgedrückt, daß diese zusätzliche Erhöhung über diese 9 Prozent hinaus eine Hilfe sein soll, um die Erhöhung in anderen Bereichen, die durch die 29. ASVG-Novelle gelöst werden, wie etwa der Krankenversicherungsbeitrag, den Ausgleichszulagenempfängern zu erleichtern.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im übrigen darf ich sagen, daß wir bei dieser Gegenüberstellung der Zahlen von 1966 ein einziges Jahr haben, in dem wir ebenfalls sehr knapp mit dem Preisindex und der nächstfolgenden Anpassung vorgegangen sind. 1967 hatten wir einen Pensionistenindex von 5,8 Prozent, und 1968 hatten wir lediglich eine Dynamisierung von 6,4 Prozent zu verzeichnen gehabt.

Ich glaube, wir brauchen uns hier jetzt gegenseitig nicht etwas vorzumachen. Jeder von uns weiß, daß man eben nicht die Jahreszahlen vergleichen kann, weil die Anpassung aus dem zweitvorletzten Jahr im Vergleich zum drittvorletzten Jahr erfolgt und daher die echten Vergleiche nur so gemacht werden können, daß man etwa 1970 Preissteigerung mit 1972 Dynamisierung oder 1971 Preissteigerung mit 1973 Dynamisierung vergleicht. 1971 hatten wir einen Lebenshaltungskostenindex von 4,7 Prozent und einen Pensionistenindex von 5,4 Prozent, und wir werden 1973 eine Dynamisierung von 9 Prozent vornehmen.

Präsident: Anfrage 5: Herr Abgeordneter Melter (FPÖ) an den Herrn Bundesminister.

617/M

Werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen werden, um der weiterhin unvermindert anhaltenden Abwanderung von Arbeitskräften aus den westlichen Bundesländern entgegenzuwirken?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Ing. Häuser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst möchte ich feststellen, daß von einer unvermindert anhaltenden Ab-

wanderung von Arbeitskräften derzeit nicht mehr gesprochen werden kann.

Wie aus den letzten Berichten zahlreicher Arbeitsämter aus den betroffenen Gebieten zu entnehmen ist, hat seit der Beendigung der Olympischen Spiele in München ein Rückstrom von Arbeitskräften eingesetzt.

Außerdem möchte ich Sie darauf hinweisen, daß die Arbeitsmarktverwaltung schon seit längerer Zeit arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gegen die Abwanderungserscheinungen ergriffen hat. So wurden im Sinne der Empfehlung der Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen, der sich ebenfalls mit diesem Problem beschäftigt hat, die Förderungsmöglichkeiten von Schulungen in Betrieben, die von der Abwanderung besonders betroffen sind, erweitert, und es wurde eine intensive Informationstätigkeit entfaltet, die bekanntermaßen gute Erfolge aufzuweisen hat.

Im übrigen möchte ich Sie, um die Zeit des Hohen Hauses nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, hinsichtlich meiner grundsätzlichen Auffassung zum Problem der Abwanderung auf meine Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Staudinger und Genossen, 544/S, verweisen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Melter: Herr Bundesminister! Jedenfalls steht fest, daß die westlichen Bundesländer immer noch darunter zu leiden haben, daß ein außerordentlich großer Anteil an Arbeitskräften, die in ihren Bereichen wohnen, in der Bundesrepublik oder in der Schweiz einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

In diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage, ob allein mit den von Ihnen erwähnten Schulungsmaßnahmen eine Änderung dieser Situation herbeigeführt werden kann. Ich möchte das sehr bezweifeln, denn der Sog in die Bundesrepublik und in die Schweiz ist nicht auf mangelnde Schulung, sondern auf andere Umstände zurückzuführen: höherer Lohn, bessere Sozialleistungen; also insgesamt eine bessere soziale Situation der Arbeitnehmer in den genannten Staaten.

Herr Vizekanzler! Was können Sie in diesem Zusammenhang unternehmen, um die soziale Situation insgesamt für Erwerbstätige in Österreich so zu verbessern, daß sie den Verlockungen im Ausland nicht mehr folgen müssen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. Häuser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Problematik ist vor allem Ihnen als Vorarlberger, der Sie Deutschland und der Schweiz so grenznah sind, und uns

Vizekanzler Ing. Häuser

allen bekannt. Der Sog des Auslandes für österreichische Arbeitskräfte durch das höhere Lohnniveau und durch verschiedene andere Begünstigungen ist seit Jahrzehnten — darf ich sagen — vorhanden. Er ist nur in den letzten Jahren, seit etwa 1968, im besonderen Maße für den süddeutschen Raum bezeichnend gewesen.

Wir haben aber für den gesamten Arbeitsmarktbereich eine grundsätzliche Einstellung, die wir auch für die gesamte österreichische Wirtschaft praktizieren, nämlich weitestgehend die Liberalisierung der Arbeitskräfte herbeizuführen.

Wenn wir uns etwa darüber beklagen, daß in den süddeutschen Raum in den letzten Jahren etwa um 12.000 mehr Facharbeiter abgewandert sind, dann darf ich dem entgegenhalten, daß wir seit 1970 eine ganz exorbitante Steigerung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte in Österreich zu verzeichnen haben. Es ist die Zahl der Arbeitskräfte verdoppelt worden. Grob gesprochen sind es rund 100.000 Menschen mehr, die nach Österreich gekommen sind, um im Rahmen der österreichischen Wirtschaft tätig zu sein. Ich möchte doch darauf verweisen, daß unter den bereits gesetzten konkreten Maßnahmen die Schulung schon eine Bedeutung hat, denn wir können, sofern nicht die materiellen Voraussetzungen für den einzelnen vom Unternehmer her gegeben werden, niemanden zwingen, seinen Arbeitsplatz beizubehalten. Wenn also ein Fachmann einen anderen Posten — vor allem im Ausland — sucht, so haben wir, so glaube ich, von der Arbeitsmarktverwaltung her die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß, sofern die Kräfte vorhanden sind, durch Schulungsmaßnahmen wieder Fachkräfte der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. In dem Sinne sind also unsere Schulungsmaßnahmen zu verstehen.

Zum zweiten darf ich sagen, daß die konkreten Probleme, wie sie etwa im oberösterreichischen Grenzraum zu verzeichnen sind, von uns sehr aufmerksam verfolgt werden. Das Landesarbeitsamt Oberösterreich hat sich im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen sehr intensiv mit diesen Problemen beschäftigt.

Wir werden im Rahmen der Novellierung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes auch die Möglichkeit haben, im kommenden Jahr mit entsprechenden finanziellen Mitteln einzelnen Unternehmungen, die sich in einer Produktionsumstellung befinden, zu helfen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Melter: Herr Vizekanzler! Wenn Sie darauf hinweisen, daß man den Arbeitskraftverlust von Facharbeitern durch eine starke Steigerung der Anteile an Gastarbeitern ausgleichen könnte, so ist das — auch von der Beurteilung der Öffentlichkeit her — nicht richtig. Insbesondere wird dabei außer acht gelassen, daß diese starke Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte sehr viele Probleme aufwirft, die sich zum Teil äußerst nachteilig auswirken. Es geht daher darum, die oft bessere Arbeitskraft aus dem Inland im Inland zu erhalten.

Wenn Sie nun zum Schluß darauf hingewiesen haben, es werde im nächsten Jahr vielleicht durch die Änderung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes und auch durch Ansätze des Budgets möglich sein, in bestimmten Betrieben Investitionen zu erleichtern, so ist das leider sehr spät geschehen. Es muß in Erinnerung gerufen werden, daß im vergangenen Budget, das also für dieses Jahr beschlossen worden ist, manche diesbezügliche Ansätze gegenüber früher erheblich gekürzt worden sind.

Herr Vizekanzler! Was haben Sie konkret für Vorstellungen darüber — nicht nur in Oberösterreich, sondern in allen grenznahen Bundesländern —, wie die Struktur bestimmter Betriebe gefördert werden kann, damit sie imstande sind, den Dienstnehmern im Inland Angebote zu machen, die in etwa kaufkräftmäßig jenen im Ausland entsprechen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Vizekanzler Ing. Häuser: Herr Abgeordneter! Ich muß Sie enttäuschen. Ich selbst kann überhaupt keine Angebote hinsichtlich der Lohn- oder Gehaltsgrundlage machen. Das ist eine Angelegenheit der Wirtschaft, eine Angelegenheit der Unternehmer. Daher bin ich mit Ihrer zweiten Anfrage überfragt. Ich darf nur festhalten, daß wir alles Interesse daran haben, gerade auch im Zusammenhang mit der Integration, insbesondere jene grenznahen Betriebe für die österreichische Volkswirtschaft zu erhalten, und daß wir bislang für eine direkte Förderung im Rahmen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes keine gesetzliche Grundlage gehabt haben. Wir konnten daher bislang keine Mittel zur Verfügung stellen.

Präsident: Anfrage 6: Herr Abgeordneter Dr. Hauser (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

674/M

Wurde die im Begutachtungsverfahren befindliche Betriebsrätegesetz-Novelle auch von der Arbeitsrechtskodifikationskommission begutachtet?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Verehrter Herr Abgeordneter! Der im Begutachtungsverfahren befindliche Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Betriebsrätegesetz geändert wird, ist von der Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes beraten und einer Meinungsbildung unterzogen worden.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Hauser:** Herr Bundesminister! Diese Betriebsrätegesetz-Novelle gilt umfassend für die ganze Wirtschaft, egal ob verstaatlichte Industrie oder private. Sie wird nach dem Entwurf auch für den Österreichischen Rundfunk gelten. Darf ich fragen, ob Sie der Meinung sind, daß angesichts der Aufgabenstellung des Rundfunks durch ein Gesetz verfügt, es nicht allenfalls bedenklich wäre, die Einbeziehung des Rundfunks in das Betriebsrätegesetz vorzunehmen.

Die Vorlage bewirkt ja die Veränderung des politischen Sinns bestehender anderer Gesetze sowohl im Bereich der verstaatlichten Industrie, wo ein bestehendes Gesetz die Ausgewogenheit des Aufsichtsrates im Kräfteverhältnis der politischen Parteien des Nationalrates sicherstellt, als auch genauso die Veränderung des Aufsichtsrates im Bereich des Rundfunks, der die Kontrolle über die Durchführung dieses gesetzlichen Aufgabenbereiches hat.

Darf ich also fragen, ob Sie aus diesen Erwägungen, weil der Österreichische Rundfunk doch nicht als ein Unternehmen wie jedes andere wirtschaftliche Unternehmen, das produziert, anzusehen ist, Bedenken hätten gegen diesen Ihren Vorschlag?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Herr Abgeordneter! Ich habe keine Bedenken. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Im übrigen darf ich doch festhalten, daß wir bei der Behandlung der Materie vom gegebenen Rechtsstandpunkt ausgegangen sind. Wir haben bislang auch keine Differenzierung für einzelne Unternehmungen im Rahmen des Betriebsrätegesetzes festgehalten. Sie mögen vielleicht jetzt argumentieren und sagen: Wenn zwei von zehn, zwölf oder gar 20 dort vertreten sind, hat das keine Auswirkungen! — Ich glaube, daß man vom Ressort aus diese Frage überhaupt nicht parteipolitisch betrachten kann, sondern nur vom Grundsätzlichen, und der Grundsatz für die Vertretung von Betriebsräten im Aufsichtsrat liegt in dem seit Jahren immer wieder in der Öffentlichkeit, vor allem auch von Gewerkschaftern, aber

auch von Arbeitnehmern der politischen Gruppen, festgelegten Verlangen, daß sie auf das wirtschaftliche Geschehen im Betrieb Einfluß nehmen wollen. Diese Einflußnahme ist ja nicht nur eine österreichische Angelegenheit. Bekanntlich beschäftigt man sich auch in anderen Ländern mit ähnlichen oder gar gleichen Problemen. Einer der Wege ist eben in der Weise gegeben, daß man im Aufsichtsrat eine entsprechende Vertretung bekommt.

Präsident: Zweite Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Hauser:** Herr Bundesminister! Ich möchte mich in der heutigen Fragestunde nicht mit dem großen Problem der Mitbestimmung befassen, aber ich möchte Sie fragen, ob die Besonderheiten einer Unternehmensform nicht auch die Besonderheit einer Lösung der Frage der Mitbestimmung rechtfertigen.

Darf ich in diesem Zusammenhang speziell, an meine erste Frage anknüpfend, fragen: Welche Bedeutung werden Sie dem Umstand beimessen, daß die Arbeitsrechtskodifikationskommission, von der Sie gesprochen haben und die schon begutachtet hat, die Einbeziehung des Österreichischen Rundfunks in diese Betriebsrätegesetz-Novelle mit 10:6, mit Stimmen zum Teil von Vertretern, die Ihnen nahestehen, abgelehnt hat?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Darf ich sagen, daß es sich hier nicht nur um die konkrete Frage Rundfunk handelt, sondern es gibt auch eine Reihe anderer Einrichtungen in Österreich, die auf die öffentliche Meinungsbildung und auf das gesellschaftliche Leben Einfluß haben. Solange wir hier nicht grundsätzlich zu dieser Frage Stellung genommen haben, wie das etwa bereits im Bereich des Betriebsrätegesetzes geschehen ist, wo bestimmte Betriebe von Vertretungen durch Betriebsräte im Aufsichtsrat ausgenommen wurden, soll dieser Fragenbereich eben noch weiter diskutiert werden.

Was nun die Meinung des Beirates oder des Arbeitskreises anlangt, darf ich sagen, daß man hier von Überlegungen ausgegangen ist, die sicherlich vom Standpunkt des einzelnen zu berücksichtigen sind, aber die für die Gesamtlösung des Problems, nachdem dieser Arbeitskreis eine beratende Funktion hat, nicht entscheidend sind.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident: Anfrage 7: Herr Abgeordneter Meißl (*FPO*) an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

631/M

Hat die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eingeleitete Untersuchung jener Fälle von Weinfälschung, die der Öffentlichkeit durch Zeitungsmeldungen bekanntgeworden sind, bereits zu konkreten Ergebnissen geführt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weih:** Herr Abgeordneter Meißl! In Ihrer Anfrage sprechen Sie von Weinfälschungen, die der Öffentlichkeit durch Zeitungsmeldungen bekanntgeworden sind.

Hiezu möchte ich zunächst darauf verweisen, daß in diesen Meldungen über Mißstände nur in sehr allgemeiner und unkonkreter Form berichtet wurde. Ich bin aus rechtsstaatlichen Erwägungen sowie im Interesse der Erzeuger und Verbraucher sehr daran interessiert, hier Klarheit zu schaffen und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß zu informieren. Daher habe ich alle Stellen, die in diesem Zusammenhang an mich herangetreten sind, gebeten, mir im Falle des Bekanntwerdens konkreter Unzukömmlichkeiten jene Fakten zu übermitteln, die mir ein wirkungsvolles Einschreiten ermöglichen.

Bei den in den Zeitungsmeldungen angezeigten Fakten handelt es sich überdies um solche, die doch meistens schon Jahre zurückliegen. Sie wurden von den Bundeskellereinspektoren pflichtgemäß der Untersuchung durch die zuständige Bundesanstalt und in der Folge einer strafgerichtlichen Ahndung zugeführt.

Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter, nur einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Bundeskellereinspektoren aus dem Jahre 1971 geben, wonach 6600 Betriebe kontrolliert wurden. In 414 Fällen wurden wegen des Verdachtes eines gesetzwidrigen Zustandes Proben gezogen, auf Grund derer dann in 183 Fällen Anzeige an das Strafgericht erstattet wurde.

Ein einziger von der Presse angezogener Vorfall ist noch aktuell. Die gezogenen Proben werden derzeit untersucht. Die Frage der Anzeige an das Gericht ist daher noch offen.

Ich werde mich um eine möglichst zügige Durchführung der notwendigen Untersuchungen und Klarstellungen bemühen und die Öffentlichkeit so bald als möglich von dem erzielten Ergebnis in Kenntnis setzen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Meißl:** Herr Bundesminister! Sie haben uns eine Statistik über das gegeben, was von Ihnen veranlaßt wurde. Ich glaube, die Öffentlichkeit interessiert aber weit mehr,

wie es wirklich um die österreichische Weinwirtschaft bestellt ist und wieweit die notwendigen Gesetze — das Weingesetz 1961 sowie die Novellierungen 1971 und 1972 — nunmehr wirksame Maßnahmen gewährleisten, daß dem österreichischen Weinexport — und es geht ja im wesentlichen darum — kein Schaden erwächst.

Herr Bundesminister! Ich darf daher an Sie die Frage richten — es wird in der Presse auch davon gesprochen, daß von Ihnen eine Untersuchung veranlaßt wurde —, wie weit die in der Presse erhobenen Anwürfe gegen Beamte Ihres Hauses zu Recht bestehen. Stimmt es, daß von Ihnen eine Kommission eingesetzt wurde? Bis wann ist mit einem Ergebnis zu rechnen? Ich darf dazu nur sagen, daß die Öffentlichkeit sehr daran interessiert ist. Wenn es Verfehlungen gab, sollen sie natürlich geahndet werden. Sonst müßte der gute Ruf schleunigst wiederhergestellt werden.

Herr Bundesminister! Darf ich nun konkret die Frage stellen: Wie weit steht es mit dieser Untersuchungskommission, und halten Sie die Novellierungen 1971 und 1972 des Weingesetzes für gesetzlich wirksame Maßnahmen, um den Export sicherzustellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Herr Abgeordneter! Darf ich vielleicht zur zweiten Frage betreffend den Export folgendes feststellen: Durch das zwischen Österreich und der Gemeinschaft am 4. November 1970 abgeschlossene Garantieabkommen konnte Wein mit 100 Prozent österreichischen Ursprungs unter Beifügung eines speziell vereinbarten Zeugnisses, des berühmten „weißen Zeugnisses“, ohne Belastung durch eine zusätzliche Ausgleichsabgabe exportiert werden; nur zum normalen Zollsatz.

Über Betreiben des Handels wurde dieses Garantieabkommen jedoch nicht für sämtliche österreichischen Exporte als verbindlich erklärt, sondern es konnten darüber hinaus auch österreichische Weine — allerdings unter der Voraussetzung, daß sie ebenfalls 100 Prozent österreichischen Ursprungs sind — ohne weißes Zeugnis in die Gemeinschaft geliefert werden. Hiefür mußte jedoch neben dem normalen Zoll noch eine Ausgleichsabgabe bezahlt werden, die in etwa bei Weißwein zwischen 65 und 68 Pfennig pro Liter liegt und bei Rotwein in etwa bei 50 Pfennig pro Liter.

Wie wir nun durch verschiedene Erhebungen festgestellt haben, haben österreichische Firmen Wein aus Oststaaten entweder verschnitten mit österreichischem Wein in Zollfreilagern oder unverschnitten ohne Berüh-

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

rung österreichischen Zollgebietes vor allem in die Bundesrepublik Deutschland geliefert, und das ist ja auch eine der in der Presse aufgestellten Behauptungen. Diese Sendungen waren teilweise mit dem früher zwischen der BRD und Österreich vereinbarten grünen Ursprungszeugnis begleitet, welches theoretisch eine Verschnittmöglichkeit zugelassen hat, oder erfolgten ohne jede Art von Zeugnis lediglich mit einer Faktura des österreichischen Exporteurs. Dieser Wein wurde sodann in der Bundesrepublik zur Untersuchung gestellt, und, falls die Analysen entsprachen, wurde er als verkehrsfähig erklärt. Von den deutschen Importeuren wurde er dann meist als österreichischer Wein deklariert.

Um dies abzustellen, wurde im Februar des heurigen Jahres vereinbart, daß auch österreichischer Faßwein nur mit dem weißen Ursprungszeugnis versehen exportiert werden kann. Es besteht aber heute noch immer die Möglichkeit, ohne jedes österreichische Zeugnis Wein in die BRD zu liefern und nach Untersuchung durch deutsche Stellen — unbefugt, muß man hier wohl sagen — als österreichischen Wein in Verkehr zu setzen.

Dieses Verfahren kann erst abgestellt werden, wenn der Anhang zum Garantieabkommen mit der EWG, welcher seinerzeit Österreich allein zugestanden wurde und besagt, daß alle aus der Republik Österreich nach der Gemeinschaft ausgeführten Weine, denen keine Ausfuhrbescheinigung beiliegt, als verschnittene Weine behandelt werden, formell außer Kraft gesetzt wird. Dann erst wird es nicht mehr möglich sein, Verschnittweine oder Drittlandweine als österreichische Weine zu bezeichnen.

Wir sind derzeit in den Schlußverhandlungen mit der EWG darüber, daß dieser Anhang zum Garantieabkommen außer Kraft gesetzt wird. Die Sache dürfte, wie ich hoffe, noch in dieser Woche positiv erledigt werden können.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Meißl: Herr Bundesminister! Sie haben meine Frage nicht beantwortet: Wie weit steht es mit der von Ihnen eingesetzten Kommission zur Überprüfung dieser in der Presse aufgezeigten Vorfälle? Die Öffentlichkeit und vor allem der Inländer ist interessiert, unverfälschten Wein zu bekommen. Für den Export wollen wir das mühsam aufgebaute Exportgeschäft erhalten und ausbauen. Darf ich Sie daher bitten, meine erste Frage zu beantworten, und zweitens die konkrete Frage stellen: Sind die Weingesetznovellen 1971 und 1972 Voraussetzung oder Gesetz genug, um die Exportsituation wirklich entsprechend zu bereinigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs: Herr Abgeordneter Meißl! In meiner Beantwortung habe ich darauf hingewiesen, daß die in den Zeitungen aufgezeigten Fälle mit Ausnahme eines Falles bereits Jahre zurückliegen und auch der strafgerichtlichen Ahndung zugeführt worden sind. Zum zweiten: Ein einziger Fall steht, wie gesagt, noch offen. Die Proben liegen derzeit bei der Untersuchungsanstalt, und wir können erst auf Grund des Ergebnisses die entsprechenden Schritte beim Strafgericht einleiten.

Zum dritten: Die von Ihnen gewünschte Aufklärung, welche Maßnahmen getroffen werden, um die österreichischen Exporte weiter zu ermöglichen, habe ich — wie ich glaube, sehr eingehend — durch die Beantwortung Ihrer ersten Zusatzfrage gegeben, daß wir von seiten der EWG erst die Voraussetzungen schaffen müssen, daß der Anhang zum Garantieabkommen außer Kraft gesetzt wird und die EWG österreichischen Wein nur dann anerkennt, wenn er mit dem weißen Ursprungszeugnis versehen ist.

Zum vierten darf ich Ihnen noch sagen, daß die Anschuldigungen gegen Beamte meines Ressorts von seiten der Finanzprokuratur bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht worden sind. (*Abg. Meißl: Keine Beantwortung!*)

Präsident: Anfrage 8: Herr Abgeordneter Pfeifer (SPO) an den Herrn Bundesminister.

664/M

Liegen bereits Zwischenergebnisse der Überprüfung der Behauptung vor, wonach bei der Weinproduktion in Österreich Fälschungen größeren Ausmaßes vorkommen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs: Herr Abgeordneter Pfeifer! Ich habe dem Herrn Abgeordneten Meißl bereits sehr ausführlich geantwortet. Ich kann Ihnen als Zwischenergebnis sagen, daß nur noch ein einziger Fall, der in der Presse veröffentlicht wurde, bei der Untersuchungsanstalt liegt, dort untersucht wird und daß auf Grund des Ergebnisses dann, wenn erforderlich, die Strafanzeige erfolgen wird.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Pfeifer: Herr Bundesminister! Die Österreichische Volkspartei hat bei der Beschlußfassung über das Weingesetz wichtige Kontrollbestimmungen abgelehnt. Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Sind Sie der Meinung, daß die derzeitigen Kontrollbestimmungen, wie sie im Weingesetz enthalten sind, ausreichend sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Herr Abgeordneter Pfeifer! Wenn ich die Qualität des österreichischen Weines streng kontrollieren will, dann gibt es nur eine Möglichkeit: das in Form eines Kellerbuches zu machen, welches vom Produzenten weg die Bewegung des Weines bis zum Konsumenten erfaßt.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Pfeifer:** Bekanntlich, Herr Bundesminister, laufen seit Jahren mit Deutschland Verhandlungen zum gegenseitigen Schutz von Herkunftsbezeichnungen. Ich möchte Sie daher fragen: Gibt es derzeit bereits ein Ergebnis dieser Verhandlungen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Wir können aber, wie ich meine, mit gutem Glauben damit rechnen, daß sie für Österreich positiv abgeschlossen werden.

Präsident: Wir kommen zur 9. Anfrage: Herr Abgeordneter Hietl (OVP) an den Herrn Bundesminister.

629/M

Wurden die in Pressemeldungen und Belangsendungen der SPÖ erhobenen Vorwürfe gegenüber der österreichischen Weinwirtschaft durch die von Ihnen in Angriff genommenen Untersuchungen erhärtet oder widerlegt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Herr Abgeordneter Hietl! Ich habe, wie ich glaube, ja sehr ausführlich dem Herrn Abgeordneten Meißl und auch dem Herrn Abgeordneten Pfeifer geantwortet; Ihre Frage ist ja praktisch „gleichsinnig“.

Ich darf ebenfalls sagen, daß nur ein Fall noch nicht geklärt ist, weil derzeit noch die Untersuchungen bei der Untersuchungsanstalt laufen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Hietl:** Herr Bundesminister! Sie haben erklärt, die Mehrheit der Fakten liege bereits Jahre zurück. Ich muß dazu feststellen, daß sich jene Fakten, die diesen Pressekrieg und Belangsendungskrieg der SPÖ ausgelöst haben, durchwegs im Jahre 1972 abgepielt haben.

Abgesehen von den verschiedenen abweichenden Zahlen, die keineswegs stimmen — das gilt vor allem für jene, die in der SPÖ-Belangsendung gebracht wurden —, darf ich jetzt einmal eine konkrete Frage stellen.

Der burgenländische Landtagsabgeordnete Peck hat in einem Schreiben, das veröffentlicht wurde, erklärt, er bitte gleichzeitig den Landwirtschaftsminister, durch Versetzungen innerhalb des Ministeriums neue Leute in diese versteinerten Abteilungen zu bringen.

Herr Bundesminister! Ich bin der Überzeugung und der sicheren Meinung, daß die Beamtenschaft hier ihren korrekten Weg geht, der eben in ihrem Fall notwendig ist.

Sind Sie, Herr Minister, bereit, der Äußerung des burgenländischen Landtagsabgeordneten entgegenzutreten? Ich nehme doch an, daß Sie als zuständiger Ressortminister diesen Dingen sehr energisch entgegenzutreten werden.

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Herr Abgeordneter! Ich habe bereits in der Beantwortung an den Herrn Abgeordneten Meißl festgestellt, daß ich alle jene, die irgendwelche Anwürfe, irgendwelche Bemerkungen zu der Frage der Weinverfälschung gemacht haben, gebeten habe, mir sämtliche Fakten zur Verfügung zu stellen, damit ich Grundlagen für entsprechende Maßnahmen bekomme.

Ich habe allerdings bis heute noch keine Antwort auf meinen Brief bekommen. (Abg. *Brandstätter:* Aha!) Pardon! Ich habe den Herren eine Frist von 14 Tagen gegeben. Der Brief ist vor zirka zehn Tagen, als in der Zeitung diese Kampagne begonnen wurde, von mir abgeschickt worden.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Hietl:** Herr Bundesminister! Ich nehme an, daß Sie nach Ablauf dieser Frist, wenn Sie diesen Brief bekommen, auf die hier in diesem Brief aufscheinenden Äußerungen entsprechend reagieren werden.

Ich darf nun zur zweiten Frage kommen. Da es in den Presseberichten allgemein hieß, der Bundesverband und die zuständigen Abgeordneten des Weinbaues kümmerten sich anscheinend um diese Angelegenheit nicht, darf ich feststellen, daß bereits in einem Schreiben vom 8. 9. 1971 ein Forderungsprogramm des Bundesverbandes aufgestellt wurde, in dem alle diese Fakten enthalten sind. Ich verweise ferner auf ein Fernschreiben der Präsidentenkonferenz an das Landwirtschaftsministerium vom 16. März 1972, worin auf die verschiedenen Mißstände von nicht vorhandenen Ursprungszeugnissen hingewiesen wurde, weiters auf eine Resolution der Landwirtschaftskammer von Niederösterreich vom 21. April 1972.

Ihre Antwort, Herr Bundesminister, vom 25. Mai 1972 lautete, daß Ihnen diese Unzu-

Hietl

kömmlichkeiten bekannt sind und daß sofort alle Maßnahmen gesetzt werden, um dies zur Abstellung zu bringen.

Welche Maßnahmen wurden hier unternommen?

Sie haben außerdem darauf hingewiesen, Sie hätten eine Verordnung auf Grundlage des § 12 des Außenhandelsgesetzes 1968 angekündigt.

Darf ich fragen: Wann kommt diese? Wann kommt die Verordnung zum Weingütesiegel, das ja ebenfalls zur Förderung und zum Schutze des Qualitätsweines geschaffen wurde?

Wann kommt die vom Kollegen Pfeifer in der vorigen Anfrage zum Weingesetz angeführte Verordnung? Sie kennen unsere Stellungnahme zu der Weinverordnung. Wir sind mit den Fakten, wie wir bei der Behandlung der Materie sehr deutlich gesagt haben, nicht immer einverstanden, nachdem die von Ihnen selbst mit 1. Oktober terminisierte Verordnung bis heute nicht gekommen ist. Ich will nicht behaupten, daß die burgenländischen Landtagswahlen daran schuld waren. Es werden wahrscheinlich technische Schwierigkeiten sein. Oder ist es so, daß Sie doch, Herr Bundesminister — das würde mich freuen —, auf unsere Anregungen schon bei der Debatte zum Weingesetz eingehen werden und die Verordnung vielleicht doch in diesem Sinne bringen würden?

Ich könnte diesen Katalog noch fortsetzen, aber ich glaube, auf Grund der knappen Zeit können wir uns für heute damit begnügen. Ich darf um die Beantwortung meiner Fragen bitten.

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen zu all diesen Fragen nur eines sagen: Sie selbst wissen — ich weiß nicht, ob Sie damit befaßt sind —, daß diese Verordnungen im Einvernehmen mit den Interessenvertretungen ausgearbeitet werden. Wenn es hier noch Schwierigkeiten gibt, so liegt das nicht beim Ressort, sondern an verschiedenen Meinungen, Meinungsdivergenzen, die erst, wie man so schön sagt, unter einen Hut gebracht werden müssen.

Ich darf Ihnen versichern, daß Sie entsprechende Verordnungen bekommen werden, die in Zukunft, soweit das überhaupt möglich ist, verhindern sollen, daß österreichischer Wein, als solcher deklariert, nicht österreichischen Ursprungs ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Die seit der letzten Haussitzung eingelangten Anfragebeantwortungen wurden den Antragstellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Fiedler, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dr. **Fiedler:** Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Ergänzung bzw. Abänderung der Regierungsvorlage vom 24. Mai 1972, 346 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates der XIII. Gesetzgebungsperiode, betreffend ein Bundesgesetz betreffend entgeltliche Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (Zu 346 der Beilagen);

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (460 und Zu 460 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 geändert wird (Gewerbestrukturverbesserungsgesetz-Novelle) (463 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem Bestimmungen über Kartelle und Vorschriften zur Erhaltung der Wettbewerbsfreiheit erlassen werden (Kartellgesetz) (473 der Beilagen);

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (485 der Beilagen);

Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits (486 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz abgeändert wird (4. Novelle zum Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz) (487 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz abgeändert wird (1. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz) (488 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1973 (498 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Durchführung der Zollbestimmungen des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie des Abkom-

Schriftführer

mens zwischen der Republik Österreich einerseits und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl andererseits (EG-Abkommen-Durchführungsgesetz) (499 der Beilagen).

Präsident: Danke. Die vom Herrn Schriftführer verlesenen Regierungsvorlagen werde ich gemäß § 41 Abs. 4 GOG in der nächsten Sitzung zuweisen.

Hinsichtlich des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1973 (460 und Zu 460 der Beilagen) liegt ein Antrag des Abgeordneten Gratz vor, dieses in erste Lesung zu nehmen.

Ich lasse hierüber abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Abgeordneten Gratz ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die eingelangten Berichte weise ich zu wie folgt:

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend Haftungsübernahmen des Bundes im 1. Halbjahr 1972 (III-63 der Beilagen) und

Bericht des Bundesministers für Finanzen über die Revision und Erweiterung des langfristigen Investitionsprogramms des Bundes für die Jahre 1972—1981 (III-64 der Beilagen);

dem Ausschuß für wirtschaftliche Integration:

Bericht der Bundesregierung zu den Globalabkommen zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften (III-65 der Beilagen).

Ankündigung von dringlichen Anfragen

Präsident: Es ist mir der Vorschlag zugekommen, gemäß § 73 des Geschäftsordnungsgesetzes über die in der heutigen Sitzung eingebrachten Anfragen der Abgeordneten Dr. Koren, Peter und Genossen an den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Finanzminister betreffend inflationäre Entwicklung und vorzeitige Veröffentlichung von Budgetziffern eine Debatte abzuführen.

Das bedeutet, diese Anfrage als dringlich zu behandeln. Da dieser Dringlichkeitsantrag von zwanzig Abgeordneten unterstützt ist, ist ihm ohne weiteres stattzugeben. Ich werde die Behandlung dieser dringlichen Anfrage sofort vornehmen.

Es ist mir weiters der Vorschlag zugekommen, gemäß § 73 des Geschäftsordnungsgesetzes über die in der heutigen Sitzung eingebrachte Anfrage der Abgeordneten Zeillinger, Tödling und Genossen an den Bundeskanzler

und den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Einsetzung des „Aufstellungstabes Bereitschaftstruppe“ eine Debatte abzuführen.

Das bedeutet, daß diese Anfrage auch als dringlich zu behandeln ist. Ich werde ihr, nachdem sie gleichfalls von zwanzig Abgeordneten unterstützt ist, ohneweiters stattgeben. Ich werde die Behandlung dieser dringlichen Anfrage im Anschluß an die Behandlung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten Doktor Koren, Peter und Genossen vornehmen.

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Koren, Peter, Doktor Kohlmaier, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Finanzen betreffend inflationäre Entwicklung und vorzeitige Veröffentlichung von Budgetziffern

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Behandlung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Koren, Peter und Genossen.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Dr. Fiedler, die Anfrage zu verlesen.

Schriftführer Dr. **Fiedler:** Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Koren, Peter, Doktor Kohlmaier, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Finanzen betreffend inflationäre Entwicklung und vorzeitige Veröffentlichung von Budgetziffern.

Seit zweieinhalb Jahren ist eine immer bedenklicher werdende inflatorische Entwicklung in Österreich festzustellen. Die längste Periode rapid steigender Preise seit der Stabilisierung des Schilling im Jahre 1952 brachte den Österreichern seit der Amtsübernahme der Regierungsgeschäfte durch das SPO-Kabinett im April 1970 eine Geldwertverdünnung von etwa 15 Prozent. Für das Jahr 1973 hat nun darüber hinaus der Finanzminister von sich aus Teuerungsraten von mehr als 7 Prozent prophezeit, ohne daß er umgehend einen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Inflation vorgelegt hat.

Die Ankündigung, daß einem kleinen Teil der Pensionisten jetzt einzelne Preiserhöhungen abgegolten werden sollen, läßt befürchten, daß selbst die verbesserte Pensionsdynamik nicht mehr ausreicht, die Steigerung der Lebenshaltungskosten für die alten Menschen abzudecken. Es muß befürchtet werden, daß an die Stelle der Rentengerechtigkeit der Rückfall in das frühere System oft unzureichender Einzelzuwendungen tritt.

Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei haben am 25. Juli 1972 eine Reihe von

Schriftführer

Anfragen an die Mitglieder der Bundesregierung gerichtet, in denen sie unter anderem Aufklärung über die Veränderung des Dienstpostenplanes im Jahre 1973, über die von den einzelnen Ressorts gestellten Anforderungen an den Bundesvoranschlag 1973 und über den Gesamtrahmen der Einnahmen und Ausgaben nach den Beamtenverhandlungen verlangten. Diesen Abgeordneten sind jedoch durchwegs ablehnende Antworten zugekommen. Im Gegensatz dazu wurden laufend exakte Ziffern über den Bundesvoranschlag 1973 und den Dienstpostenplan in die Öffentlichkeit gebracht.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e:

1. Haben Sie den Auftrag des Artikels 51 Abs. 1 der Bundesverfassung, den Inhalt des Bundesvoranschlages nicht vor Beginn der Beratungen im Nationalrat zu veröffentlichen, auch außerhalb des Parlaments in vollem Umfang beachtet?

2. Auf Grund welcher Berechnungen erklärten Sie in Ihrer Pressekonferenz am 5. 10. 1972, daß die Rentnereinkommen „weit rascher gestiegen“ seien als der Index der Lebenshaltungskosten?

Darüber hinaus richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e:

1. Haben Sie den Auftrag des Artikels 51 Abs. 1 der Bundesverfassung, den Inhalt des Bundesvoranschlages nicht vor Beginn der Beratungen im Nationalrat zu veröffentlichen, auch außerhalb des Parlaments in vollem Umfang beachtet?

2. Welche Gründe waren maßgebend, lediglich für einen kleinen Teil von Rentnern und Pensionisten eine minimale Teuerungsabgeltung vorzuschlagen?

3. Welche Teuerungsrate ist in den ersten drei Monaten des Jahres 1973 zu erwarten?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Koren als erstem Fragesteller zur Begründung der Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung das Wort.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die heutige dringliche Anfrage hat bei der Regierungs-

partei — das entnehme ich der heutigen „Arbeiter-Zeitung“ — offenbar Unmut ausgelöst, weil die Darstellung gewählt worden ist, als sei eine dringliche Anfrage, mit der die Budgetrede vielleicht um einige Stunden verschoben wird, geradezu die Störung eines staatspolitischen Aktes.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur daran erinnern, daß auch in der Vergangenheit Budgetreden sehr wohl als Auseinandersetzungsgegenstände in diesem Haus aufgefaßt wurden. So wurde etwa 1968 während einer Budgetrede die Sitzung unterbrochen und am 21. Oktober 1969 in der gleichen Sitzung von Ihnen, Herr Abgeordneter Gratz, ebenfalls eine dringliche Anfrage eingebracht.

Daß wir heute eine zweite Sitzung haben, haben nicht wir begehrt, sondern die sozialistische Fraktion, weil die Übersetzungen des EWG-Globalabkommens, die wir übermorgen schon behandeln sollen, nicht rechtzeitig verfügbar waren, und daß wir uns, sobald dazu die Möglichkeit bestand, die Gelegenheit verschaffen wollten und verschaffen mußten, über wirtschaftliche Fragen hier zu reden, die Sie in den letzten drei Monaten in einer Weise „voreskaliert“ haben, das war, glaube ich, vorauszusehen. Denn Sie haben in den letzten drei Monaten die Waffenungleichheit zwischen Regierung und Opposition weidlich ausgenutzt. Alle unsere Fragen, die wir vor dem Schluß der Sommersession, die wir im Verlauf des Sommers in der Sondersitzung zu den in der Öffentlichkeit von Ihnen immer wieder aufgeworfenen Budgetfragen, zu den Zahlen, die gemeldet wurden, zu den Aussagen, die die Minister gemacht hatten, eingebracht haben, sind von den angesprochenen Ministern mit dem Hinweis auf den Artikel 51 der Bundesverfassung glatt abgelehnt worden (*Abg. Dr. Fischer: So wie Sie!*), und, Herr Abgeordneter Fischer, genau wie Sie, nur haben wir uns dann Ihrer Meinung angeschlossen, während Sie anderer Meinung waren, denn sonst hätten Sie nicht eine dringliche Anfrage eingebracht. Und wir haben Ihnen dann die Auskünfte gegeben. Lesen Sie bitte das Protokoll dieser Sitzung im vollen Umfang nach.

Hohes Haus! Es ist heuer aber auch erstmalig, daß in einem solchen Ausmaß, wie dies in den letzten drei Monaten geschehen ist, Budgetzahlen, Daten und Informationen auf breitester Front in die Öffentlichkeit getragen worden sind. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner letzten Pressekonferenz seitensweise den Dienstpostenplan vorgelesen, aber Anfragen, die im Hohen Haus gestellt worden sind, mit dem Hinweis auf den Artikel 51 der Bundesverfassung glatt abgelehnt.

Dr. Koren

Ich bitte Sie also, nehmen Sie diese Anfrage als das, was sie ist: eine Reaktion darauf, daß Sie drei Monate einseitig Transparenz für sich in Anspruch genommen haben und die Opposition in die Dunkelkammer sperren wollten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Seit nunmehr zwei Jahren hat meine Fraktion die sozialistische Regierung vor den Folgen der von ihr betriebenen Expansionspolitik gewarnt. In der Budgetdebatte 1970 über das Budget 1971 haben wir zum ersten Mal darauf hingewiesen, daß die Fortsetzung der expansiven Ausgabenpolitik angesichts der bestehenden Spannungen einer Hochkonjunktur — der weitgehenden Auslastung aller Produktivkräfte und der dadurch hervorgerufenen verstärkten Preisauftriebendenzen — einfach nicht mehr vertreten werden könne, weil eine solche Politik allen Grundsätzen einer antizyklischen, das heißt den Konjunkturverlauf normalisierenden Konjunkturpolitik widerspräche.

Am 28. Oktober 1970 habe ich Ihnen von dieser Stelle aus gesagt, daß Sie mit dem Budget 1971 „den bedenkenlosen Sprung in die Fußstapfen der inflationären Expansionspolitik riskieren, wie sie in Europa offenbar zum sichtbaren Konzept sozialistischer Regierungen zählt“. Trotz damaliger Hochkonjunktur und bedenklich starker Preisauftriebendenzen haben Sie damals eine Steigerung des gesamten Budgetausgabenrahmens um 10 Prozent und ein Bruttodefizit von 9,5 Milliarden Schilling für 1971, also ein reines Expansionsbudget, beschlossen.

Nur am Rande möchte ich vermerken, daß kaum ein dreiviertel Jahr vorher der Herr Bundeskanzler noch festgestellt hat, Defizite zwischen 8 und 9 Milliarden seien doch heller Wahnsinn. Er hat seine Meinung inzwischen geändert. *(Rufe bei der ÖVP: Man hört so schlecht!)*

Präsident: Die Herren sind bemüht, den Fehler zu beheben. Bitte, das liegt an der Technik.

Abgeordneter Dr. **Koren** *(fortsetzend)*: Ich werde mich bemühen, die eigene Lautstärke zu vergrößern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben damals alle unsere Bedenken vom Tisch gewischt und als Ablenkungsmanöver erstmals begonnen, nach der Preispolizei zu rufen und Preisgesetze als Ersatz für eine konjunkturgemäße Wirtschafts- und Preispolitik anzubieten. *(Abg. Lanc: Wenn er nicht alles lesen würde, könnte er näher zum Mikrofon kommen!)* Herr Lanc! Das haben Sie nötig gehabt.

In der weiteren Folge hat der Herr Finanzminister im Verlaufe von 1971 zwar einen konjunkturgerechten Vollzug des Budgets versprochen und zuerst von 15 Prozent Ausgabenbindungen und gegen Jahresende von 7prozentigen Kürzungen der Ermessenskredite gesprochen, das tatsächliche Ergebnis aber sah anders aus.

Der Rechnungsabschluß 1971 beweist uns nämlich, daß die Ausgabenexpansion sogar größer gewesen ist, als sie vorgesehen war, nämlich 11 Prozent, und daß das Defizit, trotz Mehreinnahmen in der Höhe von einigen Milliarden, einschließlich der Zunahme der Verwaltungsschuld, 9 Milliarden Schilling erreicht hat. Das ist der höchste Haushaltsabgang, den es in Österreich je gegeben hat und das, meine Damen und Herren, in einem Jahr stärkster Konjunktur, stärkster Beanspruchung aller Produktivkräfte.

Wir haben Sie neuerlich gewarnt in der Debatte über das Budget 1972, das unverändert Ihren Weg einer bedingungslosen Expansionspolitik erkennen hat lassen. Und wir haben seit diesem Frühjahr immer wieder auf die Gefahr der unerträglichen Beschleunigung ... *(Rufe: Die Sitzung muß unterbrochen werden! — Unterbrechen wir die Sitzung!)*

Präsident: Die Sitzung ist auf zehn Minuten unterbrochen. *(Die Sitzung wird um 11 Uhr 21 Minuten unterbrochen und um 11 Uhr 25 Minuten wiederaufgenommen.)*

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Die Unterbrechung ist auf Grund eines technischen Gebrechens erfolgt. Ich möchte den Damen und Herren mitteilen: Es kann vorkommen, obwohl vor jeder Sitzung die Anlage überprüft wird, daß, so wie dies geschehen ist, ein Mikrofon ausfällt.

Ich darf sagen, daß die Herren, die damit befaßt sind, sich bemühen. Zusätzlich ist noch die Anlage im Umbau begriffen. Ich glaube, man soll nicht irgendwelche Schlüsse ziehen, wie das, so scheint es, aus der Nervosität mancher geschehen ist. *(Widerspruch.)* Ich möchte den Herren, die das Gebrechen behoben haben, danken.

Wir schreiten in der Sitzung weiter fort. Am Wort ist der Herr Dr. Koren. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Koren** *(fortsetzend)*: Hohes Haus! Ich hoffe, daß die akustischen Transparenzverstopfungen inzwischen behoben sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe bisher vor allem, um es noch einmal kurz zu wiederholen, auf unsere Warnungen und Vorhalte hingewiesen, die wir im Verlauf der Budgetdebatten der vergangenen zwei Jahre zur wirtschaftlichen Entwicklung

Dr. Koren

gemacht haben, und versucht nachzuweisen, daß Sie vom Anfang an von der Regierung keinen Wert darauf gelegt haben, Stabilisierungspolitik zu betreiben. Der Rechnungsab-schluß 1971 — dort, glaube ich, habe ich auf-gehört — hat das eindeutig bestätigt.

Wir haben Sie neuerlich gewarnt in der Debatte über das Budget 1972, das unver-ändert Ihren Weg einer bedingungslosen Expansionspolitik erkennen hat lassen. Und wir haben seit diesem Frühjahr immer wieder auf die Gefahr der unerträglichen Beschleuni-gung der Inflation hingewiesen, die Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, durch ihre Sorglosigkeit und Unbekümmertheit gegenüber wirtschaftlichen Fragen in straf-licher Weise heraufbeschworen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben in einer dringlichen Anfrage am 3. Feber 1972 auf die Gefahr beängstigender Beschleunigung der Inflation hingewiesen.

Wir haben ein Paket stabilitätspolitischer Maßnahmen vorgeschlagen.

Wir haben immer wieder von der Regierung ein wirkungsvolles Stabilisierungskonzept mit entsprechenden Maßnahmen verlangt.

Wir haben vor der Einführung der Mehrwertsteuer zu einem unvertretbaren Termin gewarnt und darauf hingewiesen, zuletzt in der Fernsehdiskussion vom 9. Juni, daß ange-sichts der überhitzten Konjunktur und der ununterbrochen zunehmenden Teuerung das Inkrafttreten der Mehrwertsteuer am kommen-den Jahresbeginn zu einem neuen, unverant-wortbaren Inflationsschub führen muß.

Wir haben schließlich in der Wirtschafts-debatte am Ende der Frühjahrssession Sie nochmals an ihre Verantwortung für die nun schon fast unvermeidliche bedrohliche Eskala-tion der Inflation erinnert!

Wir haben Ihnen damals gesagt, daß wir jede Mitschuld an einer Entwicklung ablehnen, in der die Inflation offensichtlich zum kal-kulierten Bestandteil der Politik gemacht wird! *(Beifall bei der ÖVP.)* Weil eine Wachstums-förderung durch Geldwertschwund — wie Herbert Giersch vom deutschen Sachverständigenrat sagt — nichts anderes ist als eine Ausbeutung von Unwissenheit. Er meint da-mit, daß sie letzten Endes nur auf Kosten der Arbeitnehmer, der Pensionisten und der in einem harten Strukturprozeß stehenden Bau-ern und Kleingewerbetreibenden gehen kann.

Sie haben vom ersten Augenblick Ihrer Verantwortungsperiode bis zum Beginn des heurigen Sommers alle unsere Kritik, unsere Befürchtungen und unsere Vorschläge mit sehr leichter Hand abgetan.

Der Herr Bundeskanzler hat zwei Jahre lang mit einigem Erfolg das Karussell der Ablenkung gedreht, die Geldwertverdünnung, die er einst unter dem Motto „Damit das Kaufen wieder Freude macht, wählt SPÖ!“ *(Zustimmung bei der ÖVP.)* wütend bekämpft hat, nun als unabwendbares Schicksal, als vom Ausland kommend, als geringer als in anderen Ländern und so weiter hoffähig zu machen gesucht. Die Verunsicherung von Medien, die Diskussion um Preisgesetze, die Ankündigung — aber leider nicht die Ver-wirklichung — von Maßnahmen und opti-mistische Fehlprognosen waren die Ingredi-enzien Ihrer Anti-Inflationspolitik bis zum Som-mer dieses Jahres, und ich möchte diese Politik als eine „Politik der psychologischen Ver-drängung des Inflationsbewußtseins“ bezeich-nen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Tatsache aber war, daß diese Regierung vom Frühjahr 1970 bis zum Sommer 1972 in keiner Phase dem Stabilitätsziel mehr als eine letzt-rangige Bedeutung zugemessen hat. Das be-weist die Tatsache, daß in dieser Zeit keines der wesentlichen und wirkungsvollen und entscheidenden wirtschaftspolitischen Instru-mente auch nur annähernd konjunkturgerecht eingesetzt worden wäre: die Budgetpolitik als der eine Pfeiler der Konjunkturpolitik ist in einem Ausmaß expansiv geblieben, das heißt, auf Nachfragesteigerung ausgerichtet, wie sie bestenfalls in konjunkturellen Schwächeperi-oden, nicht aber in Überhitzungsperioden ver-treten werden kann. Entgegen allen Behaup-tungen des Finanzministers über einen „kon-junkturgerechten Budgetvollzug“ war der Budgetvollzug 1971, also im Vorjahr, keines-wegs konjunkturgerecht, sondern eindeutig expansiv, wie ich vorhin schon nachgewiesen habe.

Für 1972 steht jetzt schon außer Frage, daß der im Voranschlag präliminierte Ausgaben-rahmen von 123 Milliarden Schilling — und das entsprach einer Steigerungsrate von 11 Prozent — um mehrere Milliarden über-schritten werden wird, während die angekün-digten Abstriche von 7 Prozent — wenn sie überhaupt vorgenommen werden sollten — kaum anders wirken können und werden als im Vorjahr, als die angeblich eingesparten Beträge einfach über das Jahresende bei den Lieferanten schuldig geblieben worden sind. Denn die Verwaltungsschuld ist per Ende 1971 stärker gestiegen, als den vom Finanzminister angekündigten Einschränkungen der Ermes-senskredite entsprochen hat.

Die zweite Säule der Konjunkturpolitik, die Geld- und Kreditpolitik, ist bis zum Sommer 1972 in keinem Augenblick wirkungsvoll ein-gesetzt worden. Seit mehr als zwei Jahren

Dr. Koren

ist es dem Geld- und Kreditapparat möglich, und zwar mühelos möglich, eine zunehmend inflationäre Entwicklung reibungslos zu finanzieren. Das, Herr Finanzminister, hat Ihnen ja auch die OECD ins Stammbuch geschrieben.

Alle geld- und kreditpolitischen Maßnahmen, mit denen die Öffentlichkeit in der letzten Zeit beschäftigt worden ist, blieben weit unter dem Wirksamkeitslimit, das echte Wirkungen, echte Beeinflussungen der Nachfrageentwicklung hätte auslösen können, etwa, meine Damen und Herren, einem Autofahrer vergleichbar, der zwar den Fuß aufs Bremspedal legt, damit das rote Licht hinten aufleuchtet, aber den Fuß längst zurücknimmt, ehe eine Bremswirkung spürbar geworden ist.

Herr Finanzminister! In diesem Zusammenhang nur ein kleiner Hinweis auf das Stabilitätspolitische Konzept, das Sie neulich verbreiten ließen. Dort heißt es:

„Über eine gezielte Währungs- und Kreditpolitik, die die Aufwertung des Schillings und eine Reihe von anderen Maßnahmen umschließt, wurde die monetäre Alimentierung des Preisauftriebes hintangehalten.“

Eine schlichte Frage dazu, Herr Finanzminister: Um wieviel muß in Österreich das Kreditvolumen pro Jahr steigen, damit Sie nicht mehr behaupten, daß die monetäre Politik den Preisauftrieb hintangehalten hat? Denn tatsächlich ist das Kreditvolumen in den letzten beiden Jahren in einem Ausmaß gestiegen, wie es das in diesem Land noch nicht gegeben hat! (*Zustimmung bei der ÖVP und bei Abgeordneten der FPÖ.*)

Ich darf also zusammenfassen: Auf beiden Säulen der Konjunkturpolitik basierend haben Sie bis zum Sommer dieses Jahres keinen auch nur annähernd ersten Versuch unternommen, die entscheidenden Instrumente einer Konjunktursteuerung — weder die Budgetpolitik noch die Geld- und Kreditpolitik — wirkungsvoll einzusetzen. Obwohl zu diesem Zeitpunkt das Debakel Ihrer Inflationspolitik schon abzusehen gewesen ist, haben Sie weiter an dem Ziel „Wachstum um jeden Preis“ — dieses Ziel, das Sie immer wieder direkt und indirekt zum Ausdruck bringen — festgehalten. Seitdem Sie regieren, haben Sie gegen die Inflation immer wieder die Flucht nach vorn ergriffen und alles aufs Spiel gesetzt, was in den letzten zwanzig Jahren unumstrittener Bestandteil und Grundlage unseres Fortschritts und unserer Wohlstandsentwicklung gewesen ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Viktor Reimann schreibt in seinem Buch über Bruno Kreisky:

„Vor allem der Preisauftrieb, verbunden mit inflationärer Tendenz, ist zwar ein internationales Übel, demonstriert aber gleichzeitig eine Art Weltanschauung. Die Heilige Kuh heißt ‚Vollbeschäftigung‘, wenn diese auch längst schon zur Überbeschäftigung bei gleichzeitigem Leistungsverfall führte. Hier spielt auch eine Art Zahlenmystik eine nicht unwesentliche Rolle. An Zahlen möchte sich auch die erste sozialistische Alleinregierung berauschen.“

Und dazu Ihr ehemaliger Parteifreund Karl Schiller (*Heiterkeit bei der ÖVP*) — nur ein kurzes Sprüchlein, das darauf paßt —:

„Eine permanente Teuerung ist sozusagen kollektives Rauschgift.“ (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Nun aber, Herr Bundeskanzler, sind Sie von den Ereignissen überrollt worden. Die Inflation ist außer Kontrolle geraten. Seit dem Sommer, als Sie zum letzten Mal das große Weihrauchfaß für Ihre Politik hier in der Wirtschaftsdebatte geschwungen haben und unsere Befürchtungen und Sorgen als Hysterie, als Kassandrarufer, als Schwarzmalerei, kurzum als nicht ernst zu nehmend bezeichnet haben, ist wohl auch manchem Ihrer eigenen Freunde das Gruseln vor dem nächsten halben Jahr gekommen. Die Zahl der Warnungen, der besorgten Kommentare und der ersten Kritik an Ihrer Wirtschaftspolitik hat gerade in den letzten Wochen auch von der Experten- und Fachleuteseite her zugenommen, und nicht nur — das könnte man ja noch abwehren — von der Politik. Und das sollte Ihnen deutlich zeigen, daß wohl jetzt niemand mehr übersehen kann, daß die Preisentwicklung der letzten Monate alle Ihre hoffnungsvollen Prognosen zertrümmert und eine Ausgangssituation für das kommende Jahr geschaffen hat, die uns mit ernster Sorge erfüllen muß.

Ihre bisherige Argumentation gegenüber der zunehmenden Inflationsentwicklung ist zusammengebrochen! Der sorglose Optimismus, mit dem Herr Dr. Androsch noch im Juni in der Fernsehdiskussion eine Abschwächung des Preisauftriebes im zweiten Halbjahr vertreten hat, um damit die Gefährlosigkeit der Einführung der Mehrwertsteuer zu begründen, ist nun der bitteren Erkenntnis gewichen, daß die Cassandra von damals (*Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky*) — danke, Herr Bundeskanzler — recht behalten hat. Die Inflationsrate ist nicht, wie Herr Dr. Androsch erwartet hat, auf 4 Prozent zurückgegangen, sondern inzwischen auf fast 7 Prozent gestiegen, denn der Lebenshaltungskostenindex, ohne Saisonprodukte, hat im September 6,8 Prozent erreicht.

Dr. Koren

Die Ausrede auf die „importierte Inflation“, die schon im Frühsommer nicht richtig gewesen ist, weil sich Österreich schon damals auf der Überholspur der Inflation befunden hat, ist nicht nur durch den OECD-Bericht eindeutig widerlegt worden, sondern wird auch dadurch ins rechte Licht gerückt, daß der Preisindex des Österreichischen Statistischen Zentralamtes für Importwaren seit Mitte des vorigen Jahres bis heuer nicht gestiegen, sondern sogar geringfügig zurückgegangen ist.

Herr Bundeskanzler! Sie können also seit geraumer Zeit die Verantwortung nicht mehr auf das Ausland abwälzen. Unter solchen Voraussetzungen — das hat Ihnen Professor Nemschak vorgestern warnend bestätigt — muß der Schock der Mehrwertsteuereinführung Anfang 1973 erheblich größer sein, als der Finanzminister noch optimistisch im Juni erwartet hat. Es bleibt jedem Verantwortlichen selbst überlassen, sich auszurechnen, welche Wirkung eine so drastische Fehleinschätzung der Preissituation auf die Einkommenspolitik der Sozialpartner haben kann, was sie aber vor allem für jene Gruppen unserer Bevölkerung bedeutet, die der Inflationwirkung schutzlos ausgeliefert sind, deren Einkommen dem zunehmenden Galopp der Preise nicht mehr folgen können.

Ebenso kann nicht mehr übersehen werden, daß die bevorstehende Lohn- und Einkommenssteuerermäßigung, die seit einem dreiviertel Jahr mit sehr großem Aufwand verkündet wird, bei einer inzwischen auf das fast Doppelte gestiegenen Inflationsrate anders aussieht als vorher. Für einen großen Teil der Einkommensbezieher wird die Ermäßigung aufgezehrt sein, bevor die Bäume wieder grün werden.

Dieser neuen Situation, meine Damen und Herren, steht die Bundesregierung offensichtlich hilflos gegenüber. Fehleinschätzungen und Fehler können kaum noch wirkungsvoll korrigiert werden. Wohl aber stehen wir in den letzten Wochen einem neuen Ablenkungs- und Vernebelungsstil gegenüber, der mit verteilten Rollen betrieben wird. Dieser Stil läßt sich am besten aus dem Meldungswirrwarr und den Widersprüchen in den Aussagen der Regierung charakterisieren.

Am Anfang stand in diesem Sommer die Alarmmeldung des Sekretärs der Arbeiterkammer über das Budget 1973. Aus dieser Alarmmeldung konnte man entnehmen, daß die Budgetausgaben 1973, also in dem damals im Entstehen begriffenen Budget, nicht die vom Finanzminister programmierten und von ihm verlautbarten 135 Milliarden Schilling, sondern mindestens 139 Milliarden Schilling erreichen werden.

Der Herr Finanzminister hat sich in der Folge von diesen Aussagen distanziert. Es war die Expertokratie ein wenig verunsichert, und er hat sich von ihr abgesetzt. Tatsächlich aber, meine Damen und Herren, hat das Budget 1973 den Ausgabenrahmen von 139 Milliarden Schilling, wie wir nun wissen.

Von der Hollywood-Schaukel am Wörthersee verkündete der Herr Bundeskanzler mitten im Sommer die „Baubremse“.

Am 15. September verkündete der Herr Finanzminister bei einer Pressekonferenz plötzlich den „Vorrang der Stabilität“.

Bei der gleichen Gelegenheit wird ein restriktiver Vollzug des Budgets 1972 angekündigt, was auf deutsch heißen soll ein sparsamer Vollzug, ein solcher nämlich, der den Ausgabenrahmen, der im Haushalt 1972 vorgesehen ist, beschränken soll.

Wenig später aber wird dem Nationalrat das 2. Budgetüberschreitungs-gesetz zugeleitet, das 3,2 Milliarden Schilling Mehrausgaben umfaßt, davon 2,5 Milliarden Schilling echte Ausgabenüberschreitungen aus Mehreinnahmen. Zusammen mit den schon im 1. Budgetüberschreitungs-gesetz enthaltenen echten Mehrausgaben von über 1/2 Milliarde Schilling und den wahrscheinlich vom Herrn Finanzminister im Laufe des Jahres auf Grund seiner Vollmachten ohne Befassung des Parlaments erteilten Ausgabenüberschreitungen dürfen wir also mit mehreren Milliarden Schilling Überschreitungen des präliminierten Ausgabenrahmens rechnen. — Das ist der restriktive Budgetvollzug auf der Pressekonferenz!

Anläßlich der Eröffnung der Grazer Messe beteuerte der Herr Handelsminister, daß selbstverständlich Wachstum weiter und unverändert Vorrang habe.

Am 15. September erklärte der Herr Finanzminister, daß die vertretbare Ausweitung des Ausgabenrahmens für das Budget 1973 maximal 10 Prozent betrage.

Wenige Tage später kann man den Veröffentlichungen in Tageszeitungen — sie sind inzwischen ja verifiziert worden — entnehmen, daß eine 13,5prozentige Ausgabensteigerung — die größte, die es seit vielen Jahren gegeben hat — zu erwarten ist. — Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes bestätigt nun diese Zahlen.

Herr Finanzminister! Hier gleich eine Feststellung: Ich bin bereit, Voranschlag mit Voranschlag und Rechnungsabschluß mit Rechnungsabschluß zu vergleichen. Was Sie voraussichtlich vorhaben, ist, den Rechnungsabschluß des abgelaufenen Jahres mit dem Voranschlag des neuen Jahres zu vergleichen, das

Dr. Koren

heißt, die Übersteigerung des vergangenen Jahres dabei schon als Minderung der heutigen Ausgabenentwicklung darzustellen. — Das ist eine schiefe Methode, die wir Ihnen nicht durchgehen lassen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

In Gastein schließlich forderte Dr. Androsch nochmals Stabilität mit Vorrang, während der Herr Klubobmann Gratz im ORF bei derselben Gelegenheit weniger Inflation mit weniger Schulen, Straßen, kurz, mit weniger „Lebensqualität“ gleichgesetzt interpretiert und damit verfeinert hat, aber doch in die bewährte Primitivformel einschwenkte: Wollt ihr Inflation oder Arbeitslosigkeit?

Am 5. Oktober korrigierte der Bundeskanzler den abenteuerlichen Vorschlag von Draßburg, den Ausgleichszulagenrentnern Lebensmittelmärkte zu verpassen. Bei der Gelegenheit vergleicht er Preis- und Pensionserhöhungen, um sich zu berümen. — Leider waren die Zahlen völlig falsch, ich werde sie dann noch richtigstellen.

Meine Damen und Herren! Das war nur eine ganz kurze Blütenlese aus dem breiten Strom von Unklarheiten, Widersprüchen, halben Wahrheiten und zum Teil leider ganzen Unwahrheiten, die allesamt vor Presse, Rundfunk oder Fernsehen in den letzten Wochen produziert worden sind.

Der Zweck scheint mir klar: Jetzt, da Sie wissen, wie die Macht schmeckt und wie unangenehm Verantwortung sein kann, wird die vielgerühmte und vorgeschützte Transparenz zum „Einweg-Spiegel“ umfunktioniert, der von einer Seite alles durchsichtig machen soll, von der anderen aber nach Möglichkeit nichts. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Diese Grundmaxime Ihrer Verhaltensweise hat einer der Ihren, meine Damen und Herren, der Herr Bundesminister für Landesverteidigung, vor einer Woche hier ganz unbekümmert ausgesprochen (*Heiterkeit bei der ÖVP*), als er, auf einen eklatanten Widerspruch in seinen Presseäußerungen angesprochen, von der Regierungsbank aus wörtlich erklärt hat:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter!“ — Es ging, glaube ich, an den Kollegen Tödling — „Gerade Sie als sehr versierter Politiker wissen ganz genau, daß es Zeiten gibt“ — hier tauchte Heiterkeit auf — „... wo man manchmal aus taktischen Gründen der Presse nicht unbedingt die volle Wahrheit sagt.“ (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Es ist Ihre Sache, ob Sie diese Äußerung für den parteiinternen Gebrauch als „Verrat der Regierungstaktik“ oder als „Betriebsunfall eines Greenhorns“

qualifizieren. (*Neuerliche Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Für uns und für mich, Herr Bundeskanzler, war aber diese Erklärung eine Ungeheuerlichkeit, weil sich wohl erstmals ein Minister in diesem Haus, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, zur Unwahrheit als Mittel der politischen Taktik offen bekannt hat (*Zustimmung bei der ÖVP*); das heißt, Herr Bundeskanzler, zur bewußten Irreführung der Öffentlichkeit. Und solange Sie, Herr Bundeskanzler, daraus nicht die Konsequenzen ziehen, werden Sie und Ihre ganze Regierung den Vorwurf nicht entkräften können, daß Herr Lütgendorf Ihren Stil der Öffentlichkeitsarbeit hier treffend vertreten hat. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und so wollen wir heute von Ihnen wissen, was von den vielfältigen und widersprüchigen Presse- und Rundfunckerklärungen der letzten Wochen und Monate zu halten ist, was wahr, was halb wahr und was „politisch-taktische Nicht-Wahrheit“ im Sinne von Lütgendorf ist. (*Erneute Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte nur einige Schwerpunkte Ihrer Widerspruchsbereiche anführen. Zur Preisentwicklung selbst: „Kreisky sieht ‚zwei kritische Monate‘ (Mai und Juni) für die Preise; dann sei ein Rückgang der Steigerungsraten zu erwarten.“ — „Kurier“, 3. Mai 1971.

Der Rückgang kam nicht, statt dessen eine weitere Steigerung der Inflationsrate auf 6,4 beziehungsweise 6,8 Prozent, ohne Saisonprodukte.

Jetzt kommt: „Wir sind ins Mittelfeld gerückt. Ich habe nie den Optimismus von Professor Nemschak geteilt.“ — „Kleine Zeitung“, 21. September 1971.

Tatsache ist, Herr Bundeskanzler, daß wir nicht ins Mittelfeld gerückt sind, sondern, wie Professor Nemschak vorgestern eindeutig belegt hat, Österreich sich auf der „Überholspur“ der Teuerung gegenüber sechs von seinen zehn wichtigsten Handelspartnern befindet. Und das schon seit März dieses Jahres, als der Herr Bundeskanzler noch schlicht verkündete: Wir liegen im Unterdrittel, und dort werden wir auch bleiben. — TV-Diskussion, 17. März 1971.

Zur importierten Inflation: „Die Preissteigerungen gehen vornehmlich auf die Importwaren zurück.“ — „Sozialistische Korrespondenz“, 17. September 1972.

Tatsächlich ist der Importwarenpindex des Statistischen Zentralamtes im ersten Halbjahr sogar geringfügig niedriger als 1971. Ich habe darauf schon hingewiesen. Die OECD bescheinigt Österreich die „hausgemachte Inflation“.

Dr. Koren

Eine andere Frage: Wie steht es mit der Bereitschaft zur Stabilisierungspolitik? Laut „AZ“ vom 20. September 1970 „bekannte sich Handelsminister Staribacher zu dem Grundsatz, daß Wirtschaftswachstum vor Stabilität rangieren.“

Dr. Androsch zur Presse am 27. November 1971: „Ich persönlich halte nichts von großartig aufgemachten Stabilisierungsprogrammen.“

In der TV-Diskussion vom 17. März 1972 wird die Forderung nach einem Stabilisierungsprogramm von Herrn Dr. Kreisky auch glatt abgelehnt.

Der Gasteiner Klausurtagung liegt nun plötzlich ein Papier vor, das sich „Stabilitäts-politisches Konzept der österreichischen Bundesregierung“ betitelt. Damit werden wir uns ja noch auseinandersetzen haben. Hier in diesem Hause haben wir dazu noch nie etwas gehört.

Aber die Gegenerklärungen anderer Minister und des Bundeskanzlers folgen natürlich: „Wachstum hat weiter Vorrang“. — Sowohl Dr. Androsch am Ende seiner Gasteiner Rede als auch der Herr Bundeskanzler und inzwischen wieder der Herr Handelsminister. Und die Grundparole lautet: „Mehr Lebensqualität durch Inflation.“

Wer soll solche vernebelte Irrgärten von Widersprüchen noch durchschauen? Man verspricht jedem das, was er vielleicht gerne hören könnte. Und wenn alles nichts hilft, dann kommt die Rute der durch die Stabilitäts-politik gefährdeten Arbeitsplätze!

Zu dieser Primitivformel, die besonders Sie, Herr Bundeskanzler, immer wieder und gerne anwenden, neben den Kommentaren, die Ihnen in den letzten Tagen eine ganze Reihe von hervorragenden Wirtschaftsjournalisten ins Stammbuch geschrieben haben, doch ein paar Bemerkungen. Das Ziel „Vollbeschäftigung“ ist seit mehr als 25 Jahren unumstrittenes Ziel aller Regierungen in diesem Lande, gleichgültig welcher Zusammensetzung sie waren. (Beifall bei der ÖVP.)

Dieses Ziel ist in der Hochkonjunktur seit 1969 nicht nur erreicht, sondern längst überschritten worden. In Wahrheit folgen Sie längst nicht mehr dem Ziel „Vollbeschäftigung“, sondern dem des „Wirtschaftswachstums“ um jeden Preis, einem bewußten Inflationskurs, ohne zu bedenken, daß Sie damit — je rascher die Inflation läuft, umso schneller — in Wahrheit die Arbeitsplätze gefährden, weil die unvermeidlichen relativen Kostenverschiebungen und Strukturänderungen der Kosten in der Gesamtwirtschaft viel

rascher als normal strukturgefährdete Wirtschaftsbereiche entstehen lassen, weil die Technologie nicht in allen Bereichen im Gleichschritt geht und überall dort, wo sie langsamer vor sich geht, in der verstärkten Inflationsentwicklung Strukturprobleme offengelegt werden, Konkurrenzunfähigkeit rascher entsteht als anderswo. Diese Entwicklung beschwören Sie herauf.

Herr Bundeskanzler! Sie fahren gerne nach Schweden. Ich glaube, Sie wissen, daß dort das Ergebnis einer anhaltenden Expansionspolitik um jeden Preis in der Strukturarbeitslosigkeit dieses Landes längst zum Ausdruck gekommen ist. Wenigstens dieses Beispiel sollte Sie warnen.

Sie sollten weiter bedenken, wer den Schaden Ihrer unbekümmerten Politik zu tragen hat. Jede Inflation muß Gewinner und Verlierer haben. Und die zwangsläufigen Verlierer sind gerade jene Gruppen unserer Bevölkerung, die eher im Schatten unseres Fortschritts und unserer Wohlstandsentwicklung leben. Die Rentner und Pensionisten, die Bauern, der öffentliche Dienst, die Familien und andere mehr. Und gerade in diese Gruppen haben Sie Unruhe, falsche Informationen, Verunsicherung und Drohung gebracht.

Ich will wirklich nicht vom „Armenbrot“ reden, das Sie den Zuschußrentnern zugedacht haben. Aber was hat Sie eigentlich veranlaßt, den Rentnern, Pensionisten und vor allem den Zuschußrentnern in einer Pressekonferenz — und ich darf hier die „Sozialistische Korrespondenz“ vom 5. September 1972 heranziehen — völlig falsche Zahlen vorzusetzen?

Die „Sozialistische Korrespondenz“ meldet über Ihre Pressekonferenz: Der Kampf gegen die Armut wird trotz steigender Preise von der Regierung erfolgreich geführt. — „Sozialistische Korrespondenz“, no na! (Präsident Dr. M a l e t a übernimmt den Vorsitz.)

Im Jänner 1970 erhielt ein alleinstehender Ausgleichszulagenbezieher 1283 S und ein Ehepaar 1782 S. Nach dem Inkrafttreten der 29. ASVG-Novelle wird ein alleinstehender Ausgleichszulagenbezieher 1800 S erhalten, ein Ehepaar 2575 S. Sie haben also hier eindeutig die Pensionserhöhungen von drei Jahren zusammengefaßt: von 1970 bis 1973.

Der Pensionistenindex stieg von April 1970 bis Juli 1972 — also in 18 Monaten, Herr Bundeskanzler! — um rund 15 Prozent, wobei auch die 15 Prozent falsch sind; die niedrigen Renten aber — jetzt vergleichen Sie wieder drei Jahre Rentenerhöhung — um 40 Prozent.

Herr Bundeskanzler! Das ist eine Art der Information gerade der schwächsten und

Dr. Koren

ärmsten Bevölkerungsgruppen, die, wie ich finde, typisch ist für Ihre Informationspolitik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Was veranlaßt Sie, die Sorgen der kleinen Sparer angesichts der nicht mehr zu leugnenden Tatsache, daß die Inflationsrate nahezu doppelt so hoch ist als der normale Spareinlagenzinsfuß, dadurch abzutun — das haben Sie in einer Pressekonferenz getan —, daß Sie feststellen: „Für die Liquiditätspräferenz muß man eben bezahlen!“? Das heißt nichts anderes: Wer also sein Geld verfügbar haben will, der muß in Kauf nehmen, daß ihm dieses Geld unter der Hand zerrinnt und weniger wert wird.

Ich möchte Sie nur eines fragen, Herr Finanzminister: Haben Sie wirklich schon so sehr den Kontakt zu jenen vielen kleinen Leuten verloren, die ihren Hunderter oder bestenfalls zwei im Monat von ihrer Pension oder Rente abknapsen und aufs „Büchl“ legen, sei es für den Notfall, fürs Enkerl zu Weihnachten oder — was sehr häufig vorkommt — für das eigene Begräbnis?

Sind Sie wirklich schon von diesen Menschen so weit weg, daß Sie eine tiefe Sorge, die diese Menschen haben, so kaltschnäuzig wegwischen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Glaubwürdigkeit und Gefühl für die Probleme gehen Ihnen offenbar mehr und mehr verloren. Die Inflation, die sie glaubten am Rande des noch Erträglichen dahinsteuern zu können, ist Ihnen eindeutig außer Kontrolle geraten.

Jetzt können Sie nicht mehr ablenken, nicht mehr darüber hinwegreden, nicht mehr als Wohltat erscheinen lassen, was jeder nur noch als Plage empfindet!

Zum ersten Mal, Herr Bundeskanzler, bläst Ihnen ein härterer und schärferer Wind der öffentlichen Meinung entgegen, als Sie — verwöhnt von der langen Sonnenperiode — offenbar ertragen wollen. Die besorgten und kritischen Kommentare mehren sich, und die Zahl jener nimmt zu, die sich nicht länger mit Phrasen und stoßweisen Meinungsschwaden ablenken lassen.

Von Kritik halten Sie nur so lange etwas, solange sie den Gegner trifft. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ihnen macht sie weniger Freude. Deshalb werden die Medien verunsichert, der ORF unter den Druck des Geldhahns und der Änderung des Rundfunkgesetzes gestellt. Das Nahziel ist völlig klar: Wer unter Druck steht, ist nicht mehr frei in seiner Arbeit; paßt sich vielleicht an, um den Druck zu mildern, weicht aus und gibt vielleicht weniger Anlaß zu Ärger.

Diese Absicht liegt zu offen da, um nicht — wie nennen Sie das doch — die „Transparenz“ genügend durchscheinen zu lassen. Deshalb, Herr Bundeskanzler, werden Sie dieses Ziel nicht erreichen!

Allein die Kommentare der letzten Tage sollten Ihnen zu denken geben. Sie sind entgegen allen Warnungen einen Weg gegangen, der nun in eine nicht mehr umgehbare Strecke mündet. Der Preisschock, der uns im nächsten Jahr bevorsteht, ist nicht mehr vermeidbar. Was jetzt aber schon geschehen kann und muß, ist, daß Sie sich endlich Ihrer Verantwortung bewußt werden, die Sie nicht mehr länger abschieben können, nicht mehr länger vernebeln und zerreden können! *(Lang anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Herr Präsident! Hohes Haus! Zu der in der heutigen Sitzung eingebrachten dringlichen Anfrage stelle ich fest:

Gemäß § 73 der Geschäftsordnung ist dem Antrag von 20 Mitgliedern des Nationalrates stattzugeben, über eine schriftliche Anfrage nach deren Begründung durch den Fragesteller eine Debatte abzuführen.

Es entsprach bisher einer parlamentarischen Gepflogenheit, daß das befragte Regierungsmitglied vor dieser Debatte eine mündliche Anfragebeantwortung erteilt.

Im Hinblick auf die besonderen Umstände und den von parlamentarischen Gepflogenheiten abweichenden Zeitpunkt dieser dringlichen Anfrage werde ich von der geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeit Gebrauch machen, die Anfrage erst zu einem späteren Zeitpunkt, und zwar in der noch heute stattfindenden nächsten Sitzung des Nationalrates, nach der Budgetrede des Finanzministers zu beantworten. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Finanzminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin zwar vorbereitet, auf einen Presseartikel „Erste Kritik Korens am Budget“ zu antworten, weil ich den schon gestern abend hatte. Zu dem wäre zu sagen, daß von den 24 dort angeführten Zahlen vier stimmen und 20 nicht. *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)* Ich möchte ebenso gründlich auf die jetzigen Ausführungen eingehen; ich werde das im Laufe der Sitzung tun; im übrigen darf ich auf die diesbezüglichen Ausführungen

Bundesminister Dr. Androsch

rungen verweisen, die in der Budgetrede sein werden. *(Beifall bei der SPO.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß den Bestimmungen des Geschäftsordnungsgesetzes kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es gibt Situationen im politischen Leben, wo es Verdacht hervorrufen muß, wenn sich jemand auf den Buchstaben des Gesetzes beruft, um das nicht zu machen, wozu er nach den bewährten Gepflogenheiten und den Spielregeln der Demokratie verpflichtet ist! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Herr Finanzminister! Ihre heutige Vorgangsweise wird sicher noch in der öffentlichen Diskussion, aber auch in diesem Haus gründlich diskutiert werden müssen. Ich möchte jetzt schon sagen, ich finde nur ein passendes Wort. Es lautet: Es ist ein Skandal, was Sie heute hier aufführen! *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber eigentlich, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, sollten wir Ihnen für dieses Striptease, das Sie jetzt aufführen, dankbar sein, nicht nur wir, sondern die ganze österreichische Öffentlichkeit, denn es gibt nur zwei mögliche Begründungen dafür, daß Sie auf eine Anfrage nicht antworten: entweder Sie können nicht oder Sie wollen nicht. Und beides ist unmöglich, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nehmen wir einmal den ersten Fall her: Sie können nicht. Herr Bundeskanzler, ich hätte einiges Verständnis dafür, daß Ihnen langsam, selbst Ihnen, dem Wortgewaltigen, die Worte fehlen, wenn Sie zur Inflationsentwicklung Stellung nehmen müssen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)* Aber, Herr Bundeskanzler, Sie kommen ja der Debatte nicht aus, es hilft Ihnen gar nichts. *(Abg. Libal: Er hat doch gesagt, er wird antworten!)*

Ich habe jetzt sehr genau zugehört, meine Damen und Herren von der SPO. Die Antwort, die gegeben wurde, war verklausuliert: Wir antworten dann, wann es uns paßt, und so wie es uns paßt. Das hat der Herr Bundeskanzler gesagt, aber das gilt nicht, meine Damen und Herren von der SPO! *(Beifall bei der ÖVP.)* Es ist nicht dann zu antworten, wenn man es als angenehm empfindet, sondern dann, wenn die Frage von Volksvertretern in diesem Haus gestellt wurde. Sie können es sich nicht ausuchen! *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich sage Ihnen noch einmal: Mit allen billigen Tricks, die Sie hier anwenden, kom-

men Sie ja dieser Auseinandersetzung nicht aus. Herr Bundeskanzler! Sie haben doch — und das vergessen manche schon immer wieder, wir sollten es aber nicht vergessen — die letzten Wahlen zu einem großen Teil deswegen gewonnen, weil Sie den österreichischen Wählern versprochen haben, unter einer sozialistischen Regierung wird die Teuerung, die damals 3 bis 3,5 Prozent betragen hat, aufhören. Das war Ihre Zusage an die österreichische Öffentlichkeit, Herr Bundeskanzler! *(Beifall bei der ÖVP.)* Und jetzt bauen Sie darauf, daß das vergessen wird, und jetzt bauen Sie darauf, daß man Ihnen glaubt, es läßt sich ohnedies nicht vermeiden.

Herr Bundeskanzler! Sie haben den österreichischen Wählern, wenn ich diesen Vergleich gebrauchen darf, ein Haus mit Türen und Fenstern versprochen, wo es nicht mehr zieht, weil der Zug unangenehm ist, der Inflationszug. Und jetzt haben die österreichischen Wähler ein Haus bezogen, in dem es viel mehr zieht, und Sie sagen: Frischluft ist gesund! Das ist die Situation. *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich glaube ganz gern, daß Sie ein bißchen Zeit haben wollen, um sich auf die unangenehmen Fragen vorzubereiten. Ich fürchte nur, die Antwort wird nicht viel besser werden, und ich hätte mir eigentlich gedacht, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister, daß Sie doch soviel über die Inflationsproblematik nachdenken müssen und sich damit beschäftigen müssen, daß Sie zu jeder Zeit auf Anhieb in der Lage sind, das Produkt Ihres Nachdenkens hier von sich zu geben. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)* Aber leider hat man immer wieder das Gefühl, Ihr Nachdenken geht in eine andere Richtung, nämlich die: Wie kann ich wieder durch irgendeine neue Idee, die ich in einer Pressekonferenz von mir gebe, die Leute davon ablenken, daß heute alles teurer wird? Das ist halt Ihre Taktik.

Sie ist heute schon zur Sprache gekommen, Herr Bundeskanzler, sie ist ja so bezeichnend, und war ja auch ein Bestandteil unserer Anfrage, diese berühmte Erklärung von Draßburg, daß es keine Verteuerung von Milch und Brot für Rentner und Pensionisten geben werde. Ich will Ihnen wirklich keine persönlichen Vorwürfe machen, Herr Bundeskanzler, aber wenn Sie zu einer Pressekonferenz fahren, da hat man immer das Gefühl, Sie denken nach, was Sie wieder den Journalisten als Futter hinwerfen können, damit es da lustige Meldungen gibt, nicht über die Arbeit, die geleistet werden muß, oder die Probleme, mit denen Sie fertig werden wollen, sondern was geben Sie jetzt wieder hinaus, damit

Dr. Kohlmaier

Beschäftigungstherapie für die Bevölkerung und für die Medien draußen gegeben wird.

Und dieser Fall von Draßburg im Burgenland — es ist ja reiner Zufall, daß man vor den Landtagswahlen im Burgenland zusammengekommen ist und einmal das Esterhazysschloß besichtigt hat — war einer der letzten Krämpfe, wo Sie versucht haben, von der Teuerung abzulenken. (*Abg. Sekanina: Sie tun gerade so, als hätten Sie das seinerzeit nicht gemacht!*) Sie haben damals gesagt — „Arbeiter-Zeitung“ vom 23. September —: Wir müssen die Schwächsten vor diesen Preiserhöhungen bewahren. Wir können ihnen das nicht zumuten, wir werden das aber nicht aus dem Budget machen, denn das würde inflationsfördernd wirken, also nicht durch Pensionserhöhungen, also — ja, Sie haben damals gesagt, lesen Sie nach, Herr Bundeskanzler, 23. September, „Arbeiter-Zeitung“ — nicht durch Mehrausgaben und Finanzierung über das Budget, weil das inflationsfördernd wirken könnte, sondern wir werden den Rentnern und Pensionisten diese Preiserhöhung überhaupt nicht zukommen lassen.

Es hat dann eine Debatte begonnen, die für Sie sehr unangenehm war. Sie mußten das erste Mal so richtig spüren, daß man nicht dadurch, daß man immer eine neue Idee in die Welt setzt, von den Unannehmlichkeiten wekommt, sondern daß man manchmal in noch größere Unannehmlichkeiten hineinkommt. Diese Unannehmlichkeit war der logische Schluß der Pressevertreter, die Sie damals wieder mit einer Neuigkeit beliefert haben: Ja um Gottes willen, was bedeutet das eigentlich, wenn man einer bestimmten Bevölkerungsgruppe Waren billiger abgibt? Das bedeutet ja, daß man diese Menschen dort, wo die Ware abgegeben wird, also bei der Milchfrau und beim Greißler, mit irgendeinem Ausweis oder Marken oder sonstwie in die Lage versetzen muß, nachzuweisen: Ich bin ein solcher Armer, der die Sachen billiger bekommt.

Und damals hat die öffentliche Meinung sehr rasch reagiert, und es haben dieselben Vertreter der Presse, die Sie damals wieder mit einem Zuckerl beliefern wollten, sehr harte Worte gefunden und gesagt: Ja so kann man die Menschen, denen man helfen will, nicht diskriminieren. Daraufhin haben Sie in kurzer Zeit umdisponiert, und heute machen Sie daraus eine Pensionserhöhung von 10 oder 11 S, eine Pensionserhöhung, die Sie vorher eigentlich als inflationsfördernd bezeichnet haben. Allerdings nehmen Sie das Geld aus dem Landwirtschaftsbudget und tun damit etwas, was genauso unmöglich ist wie das, was Sie ursprünglich wollten: Sie helfen einer Bevöl-

kerungsgruppe auf Kosten einer anderen Bevölkerungsgruppe, die in diesem Land genauso Hilfe braucht.

Sie selbst leisten also nichts Neues, sondern Sie schieben nur herum, wie Sie immer das Geld hin- und herschieben, um zu zeigen, Sie geben mehr aus. Das haben wir doch schon mehrmals erlebt.

Herr Bundeskanzler! Damit haben Sie etwas getan, was ich für sehr bedenklich halte und was leider der Herr Sozialminister heute nicht aufklären konnte, obwohl wir uns ausgiebigst darüber unterhalten haben. Wir haben uns jahrelang bemüht, ein gutes System der Pensionsdynamik in diesem Land aufzubauen. Damit nicht die Rentner und Pensionisten, wenn etwas teurer wird, wieder kommen müssen und sagen: Geltet uns das ab!, haben wir jährliche Anpassungen durchgeführt mit dem erklärten Ziel, diese Erhöhungen über die Preissteigerungen hinausgehen zu lassen, um den Rentnern und Pensionisten nicht nur die Preiserhöhungen abzugelten, sondern ihnen auch einen Anteil am steigenden Real-einkommen zu geben.

Und diesen Menschen, für die in jahrelanger sozialpolitischer Aufbauarbeit so viel geleistet wurde, sagen Sie heute, daß die Erhöhung eines bestimmten Preises ihren Wohlstand gefährde. Damit diskriminieren Sie ein Sozialsystem, das wir gemeinsam in diesem Staat aufgebaut haben. Das sind die Folgen solcher Äußerungen, die man abgibt, um irgend etwas Populäres zu tun und von den wahren Fragen dieses Landes wieder abzulenken.

Was ist damit weiter geschehen? Das waren die aktuellen Ereignisse, die uns dazu veranlaßt haben, heute im Parlament aktiv zu werden. Alle die in diesem Lande, die keine Ausgleichszulage beziehen und auch bedürftig sind, stellen jetzt mit Recht die Frage: Und was geschieht mit uns, wenn wir heute einen Richtsatz von, ich glaube, 1641 S haben? Mit welchem Recht geben wir solche Teuerungsabgeltungen einem Pensionisten nicht, der mehr als 1500 S oder 1600 S hat? Geht's dem besser? Oder den Familienvätern, die kinderreiche Familien haben? Dort wird unter Umständen mehr Milch getrunken, Herr Bundeskanzler, als von den Pensionisten. Ich weiß ja nicht, wie das der einzelne hält. Das sind alles Fragen, über die wir hier ernsthaft diskutieren müßten. Aber Sie weichen der Wechselrede aus, Sie wollen sich noch vorbereiten oder ich weiß nicht was.

Herr Bundeskanzler, Herr Finanzminister! Wir haben heute früh schon bei Ihren mündlichen Auskünften gemerkt, Sie kommen jetzt

Dr. Kohlmaier

genau dort hinein, wo Sie nach Ihren eigenen Handlungen hinkommen müssen, Sie kommen in die Situation, wo es Ihnen unangenehm wird, Rede und Antwort zu stehen. Sie kommen in die Situation hinein, wo Sie nicht mehr wissen, wie Sie aus dem wieder herausfinden, wo Sie sich selbst hineinmanövriert haben, wo Sie die Auskunft einfach nicht mehr geben können, vor allem dort nicht, wo die Wechselrede möglich ist und wo der politische Gegner sitzt, wo die Vertreter des Bevölkerungsteiles sitzen, Herr Bundeskanzler, der Sie am 10. Oktober 1971 nicht gewählt hat. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben heute eine neue Front eröffnet, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister! Sie haben sich bisher den parlamentarischen Spielregeln im wesentlichen unterworfen. Sie haben heute dokumentiert, daß Sie dort, wo es Ihnen unangenehm ist, weil Sie selbst aus dem Graben nicht mehr herausfinden, in den Sie sich hineinmanövriert haben, nicht mehr reden, wenn es Ihnen nicht mehr paßt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das, Herr Bundeskanzler, ist der erste Schritt zur Demontage der parlamentarischen Demokratie, für die der Abgeordnete Gratz eine Anreicherung empfohlen hat, als er seine erste Rede hier gehalten hat. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das glauben Sie aber selber nicht!)*

Wo sind denn Ihre Vorschläge zur Verbesserung der Minderheitsrechte, Herr Abgeordneter Gratz? Sie haben uns damals versprochen, daß die Minderheit stärkere Rechte erhalten wird, aber jetzt werden die Rechte dieser Minderheit beschnitten. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Die „Vaterländische Front“ war das damals!)*

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hätte sich in einer ähnlichen Situation Bundeskanzler Dr. Klaus bei der Beantwortung einer dringlichen Anfrage seinerzeit hinter die Geschäftsordnung verschantzt und wäre er auf diese Art und Weise der Konfrontation aus dem Weg gegangen, dann hätte es von Seite der damaligen Oppositionsparteien — ich nehme die Freiheitliche Partei nicht aus — todsicher einen Tumult und eine Unterbrechung der Sitzung gegeben. *(Lebhafter Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Ich habe Ihnen im Fernsehen gesagt, daß Sie Ihre erste Niederlage am 8. Oktober dieses Jahres im Burgenland erlitten haben. Sie haben heute Ihre erste Niederlage im Nationalrat erlitten! *(Neuer-*

licher Beifall bei FPÖ und ÖVP.) Bisher war man von einem Bundeskanzler Dr. Kreisky gewöhnt, daß er gerade von der Tribüne des Parlaments aus in den Gedankenaustausch eintrat, wenn dies in geschäftsordnungsmäßiger Hinsicht von den Oppositionsfraktionen für notwendig erachtet wurde.

Herr Bundeskanzler! Sie gehen in jüngster Zeit aber sehr eigenartige Wege. Sie scheuten sich nicht, zweimal einem Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion einen Schlag unter die politische Gürtellinie zu versetzen. Wir Freiheitlichen waren bisher gewöhnt, mit Ihnen und der sozialistischen Fraktion auf der Grundlage des Argumentes und der Sachlichkeit zu diskutieren. Wir haben nie eine derartig persönliche Kampfweise angewendet, wie Sie, Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky, das in den letzten Tagen zweimal gegenüber dem Abgeordneten Dr. Scrinzi für notwendig erachtet haben.

Seien Sie versichert, daß ich diese Ihre Argumentation von diesem Rednerpult des Parlaments aus nicht wiederhole. Aber nehmen Sie, Herr Bundeskanzler, bitte eines zur Kenntnis: Wenn Sie bei einem freiheitlichen Abgeordneten, so wie Sie es gegenüber dem Abgeordneten Dr. Scrinzi zweimal getan haben, unter die politische Gürtellinie zielen, dann steht die Zehn-Mann-Fraktion der Freiheitlichen geschlossen im Parlament gegen Sie auf, um mit Ihnen den demokratischen Gedankenaustausch zu führen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Bundeskanzler! Wie schaut es um die demokratische Waffengleichheit in diesem Hause auf Grund Ihres heutigen Verhaltens aus? Sie können alle geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten Ihrer absoluten Mehrheit ausschöpfen und zur Anwendung bringen, um Ihre Position zu behaupten. Aber dann, wenn eine kritische Situation für Ihre Alleinregierung eintritt, weichen Sie — und so mußte ich Ihre heutige Haltung empfinden —, Herr Bundeskanzler, der Konfrontation aus.

Wir haben zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung im Nationalrat einmal erlebt, daß die Plenarsitzung des Parlaments aus Anlaß einer dringlichen Anfrage der damaligen sozialistischen Opposition für einen längeren Zeitraum unterbrochen wurde, damit die interpellierten ÖVP-Regierungsmitglieder ausreichend Zeit hatten, sich auf die unmittelbare Beantwortung dieser dringlichen Anfrage vorzubereiten. Damals ist wenigstens keine Mißachtung der Oppositionsparteien durch die damalige ÖVP-Alleinregierung erfolgt. Ich persönlich, Herr Bundeskanzler, empfinde Ihre heutige Haltung gegenüber meiner Fraktion als eine Mißachtung der Opposition.

Peter

Gerade dann, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, nicht glänzen können, und wenn Sie, Herr Bundeskanzler, in einer etwas schwierigen, ja vielleicht bedrängten Situation sind, dann kneifen Sie. Heute sind Sie der Konfrontation ausgewichen. Um es schlicht und einfach zu sagen, Herr Bundeskanzler, Sie sind gekniffen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Es hat den Anschein, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich früher der Sackgasse der Alleinregierung nähern, als es seinerzeit Ihrem Vorgänger Dr. Klaus beschieden war. Wenn man bedenkt, daß auch Dr. Klaus ein schlechtes Verhältnis zum Nationalrat hatte, dann muß man Ihnen gegenüber diesen Vorwurf heute noch weitaus schärfer erheben, als wir es seinerzeit dem Bundeskanzler Dr. Klaus gegenüber von freiheitlicher Sicht aus getan haben. Herr Bundeskanzler, Sie wollten ja diesen Staat in Richtung des modernen Österreich führen. Vom modernen Österreich eines Dr. Kreisky ist kaum etwas zu erkennen, jedoch nähern Sie sich mit Ihrer Politik dem Rubikon. Statt des Kreiskyschen Paradieses sind wir mit den Auswirkungen eines sozialistischen Jammertales auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik konfrontiert. In einer überaus heiklen wirtschaftlichen Situation glaubt die Bundesregierung, nunmehr, Hohes Haus, der Beantwortung wesentlicher Fragen in der Art und Weise aus dem Weg gehen zu sollen, wie es heute vom Herrn Bundesminister für Finanzen und vom Herrn Bundeskanzler versucht wurde.

Die Leichtfertigkeit der Politik dieser sozialistischen Alleinregierung möchte ich in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit vor allem am Beispiel des Gratisschulbuches charakterisieren. Herr Bundeskanzler! Es gibt in diesem Haus keinen Abgeordneten, der das Gratisschulbuch ablehnt, handelt es sich hier doch um ein entscheidendes Bildungsmittel eines modernen Staates.

Aber, Herr Bundeskanzler, wenn wir von dem Verwaltungschaos absehen, das die Einführung des sozialistischen Gratisschulbuches nach sich gezogen hat, und diese Frage vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus beleuchten, dann zeigt sich folgendes Bild: Es wird von 1972 an per anno jeweils eine Summe von rund einer Milliarde Schilling notwendig sein, um den Gratisschulbücherbedarf finanziell zu bedecken. Nun hat die SPÖ es abgelehnt, einen Weg zu beschreiten, der für alle Schulen Österreichs mit dem Aufwand von einer Milliarde Schilling den Schulbücherbedarf sichergestellt hätte; und zwar in einer Art und Weise, die das Gratisschulbuch sichert. Nur mit dem Unterschied, daß wir Freiheitlichen zum Wegwerfenschulbuch soziali-

stischer Prägung von Haus aus nein sagten, weil wir der Meinung sind, daß das Schulbuch nicht allein ein Bildungs-, sondern darüber hinaus ein Erziehungsmittel, und zwar ein Erziehungsmittel zum Eigentum, ist, während für Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, das Gratisschulbuch künftig ein Erziehungsmittel zum Wegwerfen ist. Da gehen die Meinungen eben grundsätzlich auseinander! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Hätte die sozialistische Mehrheitspartei unseren freiheitlichen Vorschlag wenigstens geprüft, dann wäre mit einer Milliarde Schilling eine Gratisschulbücherausstattung für fünf Jahre sichergestellt worden. Fünf Jahre hindurch hätten diese Gratisschulbücher am Anfang des Schuljahres ausgegeben und am Ende des Schuljahres wieder eingesammelt werden können. Bei der Ausgabe dieser Gratisschulbücher hätte der jeweilige Lehrer am Anfang des Schuljahres den Hinweis anfügen können: Gehe achtsam mit diesem Buch um, beschädige es nicht! Der Lehrer hätte von Haus aus darauf eingewirkt, daß die Erziehung zum Eigentum praktisch angewendet wird.

Herr Bundeskanzler! Die Bundesregierung hätte sich in dieser Gesetzgebungsperiode nach diesem freiheitlichen Vorschlag drei bis vier Milliarden für andere Aufgaben der Familie, der Bildung und der Schule erspart. Aber Sie, Herr Bundeskanzler, werfen mit Ihrer sozialistischen Gratisschulbücheraktion in dieser Gesetzgebungsperiode drei bis vier Milliarden Schilling bedenkenlos zum Fenster hinaus! *(Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.)*

Daher, Herr Bundeskanzler, fordere ich Sie, die sozialistische Alleinregierung und die sozialistische Mehrheitsfraktion des Hohen Hauses, auf, die jetzige Gratisschulbuchaktion auf eine andere Grundlage zu stellen, als Sie es getan haben. Ich bin überzeugt, daß es eine gemeinsame Arbeitsgrundlage aller drei Fraktionen des Nationalrates gibt, um Ihre sozialistische Gratis- und Wegwerfenschulbuchaktion auf eine gedeihliche, vernünftige und ersprießliche Grundlage im Sinne des FPÖ-Vorschlages zu stellen! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Und noch etwas, Herr Bundeskanzler, haben Sie und der Herr Finanzminister der österreichischen Öffentlichkeit auch vorenthalten, nämlich die Tatsache, daß das Gratisschulbuch in anderen Lebensbereichen infolge der Teuerung und der fortschreitenden Inflation von der Familie Österreicher auf Schilling und Groschen bezahlt werden muß! *(Zustimmung bei FPÖ und ÖVP. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Aus Familiengeldern! — Abg. Kern: Es gibt kein Gratisschulbuch!)* Herr

Peter

Bundeskanzler, das sind die Tatsachen, mit denen diese sozialistische Mehrheitsregierung kaum ein Jahr nach ihrem Amtsantritt konfrontiert ist.

Setzen wir uns noch ganz kurz mit dem von sozialistischer Seite so oft verwendeten Argument der importierten Inflation auseinander! Herr Bundeskanzler, diese Inflation ist in der überwiegenden Mehrheit eine hausgemachte, und zwar von der sozialistischen Mehrheitsregierung hausgemachte österreichische Inflation! (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*)

Warum? Es gibt keinen Bundeskanzler der Zweiten Republik, der der österreichischen Öffentlichkeit so viele Versprechungen gemacht hat wie Dr. Bruno Kreisky, und es gibt kaum einen Bundeskanzler der Zweiten Republik, der sich so wenig Gedanken wie Doktor Bruno Kreisky über die Tatsache gemacht hat, daß dem Verteilen das Erarbeiten vorausgeht.

Ihre Verteilungspolitik, Herr Bundeskanzler, ist grandios, aber die Politik des Erarbeitens sind Sie im Konzept und in der Praxis dem österreichischen Nationalrat, der österreichischen Wirtschaft und der gesamten Bevölkerung des Landes bis zum heutigen Tag schuldig geblieben. Wenn Sie so weiterwirtschaften, wie Sie es im ersten Jahr Ihrer SPÖ-Alleinregierung getan haben, Herr Bundeskanzler, dann werden in wenigen Monaten die Probleme noch größer sein, als sie im Augenblick bereits sind.

Glauben Sie wirklich, Herr Dr. Kreisky, daß man diesem Übermaß sozialistischer Versprechungen auf der einen Seite, der Lösung der großen Probleme Österreichs auf der anderen Seite näherkommen kann? Immer nur Geld ausgeben, Herr Bundeskanzler, ohne sich als Chef der Alleinregierung den Kopf über das notwendige Erarbeiten zu zerbrechen, das wird auf weite Sicht gesehen nicht gut gehen.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß Sie, Herr Bundeskanzler, seit den von Klubobmann Dr. Koren in seiner Rede angezogenen Zeitläuften mit dem Preisauftriebsbekämpfungskonzept und mit dem Stabilisierungskonzept gegenüber diesem Nationalrat in Verzug sind. Sie, der Herr Finanzminister, Herr Präsident Benya, Herr Minister Schleinzer, Herr Minister Koren und meine Wenigkeit, wir diskutierten vor dem Sommer dieses Jahres im Fernsehen diese Problematik. Bis zum heutigen Tage fehlt das Stabilisierungsprogramm, fehlt aber auch das Preisauftriebsbekämpfungsprogramm dieser sozialistischen Alleinregierung.

Der Herr Finanzminister hat in einer seiner letzten Pressekonferenzen zugegeben, daß er

den Zeitpunkt nicht sieht, zu dem die Preise den Höchststand erreicht haben werden. Ja, Herr Bundesminister für Finanzen, wenn Sie den Zeitpunkt nicht sehen, dann sagen Sie uns bitte doch, mit welchen Maßnahmen Sie diesem exorbitanten Preisauftrieb endlich zu Leibe zu rücken gedenken.

Noch eines, Herr Bundeskanzler, wird auf weite Sicht auch nicht aufgehen können: daß Sie überall dort im Staate Druck ausüben, wo verschiedene Institutionen wie der ORF Ihrem Willen und Ihren sozialistischen Wünschen nicht gefügig sind. Sie, Herr Bundeskanzler, verstehen es übrigens in den letzten Wochen meisterhaft, die Achse der Oppositionsparteien zu schmieden und den Knüppel der Opposition zu formen, indem Sie einen Weg beschreiten, den ich für meine Person als äußerst bedenklich erachte, nämlich den Weg des Ausübens des politischen Druckes beziehungsweise den Weg einer permanenten Verunsicherung, um den derzeit unabhängigen Rundfunk den sozialistischen Wünschen gefügig zu machen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Wie das außerhalb des Rundfunks durch Sie und innerhalb des Aufsichtsrates des ORF durch einige — ich betone: einige — sozialistische Aufsichtsratsmitglieder betrieben wurde und wird, konnte ich in drei Aufsichtsratssitzungen selbst erleben.

Aber hier, Herr Bundeskanzler, setzen wir Ihnen von freiheitlicher Seite ein für allemal ein unabdingbares Nein entgegen. Beenden Sie die Phase des Verunsicherns gegenüber dem Österreichischen Rundfunk und haben Sie doch endlich den Mut zu sagen, was Sie und die Sozialisten mit dem Rundfunk in Österreich vorhaben!

Auf der einen Seite erklärten Sie, das jetzige Rundfunkgesetz werde nicht angetastet. Kurze Zeit später gab der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die Erklärung ab, daß das Rundfunkgesetz novelliert werden müsse. Schon ist das dem Bundeskanzler ein Anlaß zu sagen: Und jetzt muß ich die Situation neu überdenken, denn nun habe ich, der Bundeskanzler, zu prüfen, ob es zwischen dem Rundfunkgesetz und der ursprünglichen Fassung des Volksbegehrens abweichende Auffassungen gibt.

Herr Bundeskanzler! Warum haben Sie nicht zu der Zeit, als Sie die Sozialistische Partei als Vorsitzender übernahmen und in der Opposition vertraten, diese Überlegungen angestellt? (*Ruf bei der ÖVP: Genau!*) Warum waren diese Überlegungen für Sie als Vertreter einer Oppositionspartei nicht relevant? Warum sind diese Überlegungen erst heute für Sie, da Sie einer sozialistischen Allein-

Peter

regierung in Österreich vorstehen, plötzlich von so weittragender Bedeutung?

Herr Bundeskanzler! Wenn man sachbezogen solche Vergleiche und Konfrontationen anstellt, wird man gegenüber dem Herrn Dr. Bruno Kreisky mindestens mißtrauisch. Da wird man nachdenklich und legt sich die Frage vor: Was beabsichtigt denn jener Mann, der heute eine so große Machtfülle in der Sozialistischen Partei in seiner Hand vereinigt, in der Endkonsequenz mit Institutionen wie dem ORF?

Auf der einen Seite hat die sozialistische Alleinregierung die Tarife der Österreichischen Bundesbahnen schamlos in die Höhe getrieben, auf der anderen Seite, Herr Bundeskanzler, wollen Sie jetzt den Österreichischen Rundfunk finanziell umbringen und aktionsunfähig machen, indem schlicht und einfach von dieser sozialistischen Alleinregierung der Machtmißbrauch erwogen wird, wonach die Post sich weigern würde, die erhöhten ORF-Gebühren einzuheben.

Herr Bundeskanzler, was ist denn das für eine Demokratie? (*Abg. Dr. Bauer: Eine sozialistische!*) Herr Bundeskanzler! Was sind denn das für undemokratische Methoden? (*Abg. Dr. Kohlmaier: Diktatorische! — Abg. Dr. Bauer: Diktatur ist das!*)

Bedauerlicherweise hat der zuständige Ressortminister diese Tendenzen bereits bestätigt und zugegeben, daß derartige Überlegungen in der sozialistischen Alleinregierung angestellt werden.

Herr Bundeskanzler! Bitte überdenken Sie die jetzige Position der sozialistischen Alleinregierung! Bitte bedenken Sie jene Wege, die nicht so sehr die Sozialistische Partei, sondern die Sie ad personam als der mit großer Machtfülle ausgestattete Kanzler dieser Alleinregierung in den letzten Wochen und Monaten beschritten haben. Bitte, Herr Bundeskanzler, denken Sie einmal auch über ein Argument der Opposition, in dem Fall der freiheitlichen Opposition, nach: Es ist erwägenswert, sich selbst zu prüfen, ob man alles noch so richtig sieht, wie man es seinerzeit als Vertreter der stärksten Oppositionspartei gesehen hat.

Herr Bundeskanzler! Ich habe den Eindruck, daß die Argumente, die von der freiheitlichen Fraktion vorgetragen werden, auf Seite der Regierungspartei kaum noch geprüft werden.

Nehmen Sie zur Kenntnis: Wir Freiheitlichen werden von diesem Pult aus Ihnen gegenüber nie persönlich, nie unfair und nie „unter dem politischen Gürtel“ argumentieren. Wenn Sie uns Freiheitliche aber so

wie im Falle Scrinzi unter den Gürtel schlagen, dann treten wir Ihnen als geschlossene Abwehrfront solch unqualifizierbarer Angriffe gegenüber! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gratz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Gratz (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Bundeskanzler und der Bundesminister für Finanzen haben angekündigt, daß sie die an sie gestellten Anfragen geschäftsordnungsgemäß erst in der nächsten Sitzung nach der Budgetrede des Bundesministers für Finanzen, aber selbstverständlich noch heute beantworten werden. (*Abg. Doktor Fiedler: Das sind die Rechte der Opposition, für die Sie einmal eingetreten sind! — Abg. Dr. Gruber: Wie schaut die Geschäftsordnung in diesem Punkt aus?*) Ein Geschäftsordnungsprivatseminar gebe ich Ihnen gerne. Die Geschäftsordnung sagt: Eine schriftliche Anfrage ist binnen zwei Monaten zu beantworten, und über eine solche schriftliche Anfrage kann bei Unterschrift von 20 Mitgliedern eine Debatte abgeführt werden. (*Abg. Doktor Gruber: Oder es muß die Nichtbeantwortung schriftlich begründet werden! — Abg. Dr. Fischer: Sie wird ja beantwortet! Es kommt ja eine Beantwortung. — Abg. Doktor Gruber: Darüber werden wir noch reden!*) Wir werden darüber reden.

Präsident Dr. Maleta: Also ich glaube, meine Damen und Herren, im Moment ist eine Geschäftsordnungsdebatte nicht ganz am Platze.

Am Wort ist Gratz.

Abgeordneter Gratz (*fortsetzend*): Ich habe mir alle Ihre Redner angehört. Ich darf dasselbe für mich in Anspruch nehmen.

Hohes Haus! Ich habe gesagt, daß die beiden Regierungsmitglieder erklärten, daß sie die an sie gestellten Fragen noch heute mündlich beantworten werden, wie es ihr Recht ist.

Ich gebe Ihnen gerne nicht nur die formelle, sondern auch die politische Begründung für diese Vorgangsweise, die im Einvernehmen mit dem Klub der sozialistischen Abgeordneten erfolgt. Es wird nach dieser dringlichen Anfrage eine zweite behandelt, die insgesamt 19 Fragen enthält. Wir betrachten das als den Versuch, entweder den Bundesminister für Finanzen davon abzuhalten, seine Rede zum Bundesfinanzgesetz zeitgerecht zu halten, oder, wie sich aus den drei Reden jetzt gezeigt hat, die erste Lesung zu machen, bevor der Finanzminister gesprochen hat. (*Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Koren: Was heißt da „zeitgerecht“? — Abg. Dr. Kohlmaier: Sie reden von Parlamentarismus!*)

Gratz

Die Budgetrede des Finanzministers, die ja in der ersten Lesung, die von meinen drei Vorrednern bereits abgehalten wurde, dann zur Debatte stehen wird, beschäftigt sich wirklich mit den in Österreich vorrangigen Problemen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. (Abg. Dr. Gruber: Heißt das „ORF-gerecht“ oder „zeitgerecht“?) Was „zeitgerecht“ heißt, werde ich Ihnen auch gleich sagen. Ich stimme Ihnen zu. (Abg. Staudinger: Sie haben mit der Geschäftsordnung argumentiert, daß sie deswegen nicht antworten!) Herr Kollege! Wenigstens zuhören sollten Sie. Sie gehören auch zu denen, die nur vom Zuhören heiser werden, weil sie so viele Zwischenrufe machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich gestehe Ihnen zu, daß es bisher, wie es auch Herr Kollege Dr. Kohlmaier gesagt hat, zu den Spielregeln oder, sagen wir, zur parlamentarischen Courtoisie gehört hat, daß die Minister, obwohl sie zwei Monate Zeit haben, die Frage zu beantworten, bei einer dringlichen Anfrage sofort antworten.

Es hat aber bisher ungeachtet der Ablehnung des Budgets durch die Opposition auch zur parlamentarischen Courtoisie gehört, daß der Bundesminister für Finanzen die Möglichkeit erhält, seine Budgetrede ohne Störaktionen zu halten. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: Was heißt „Störaktionen“?) Wenn diese Vorgangsweise ... (Abg. Dr. Kohlmaier: Merkwürdige Auffassung von Parlamentarismus! — Abg. Doktor Gruber: Parlamentarismus ist Störaktion!)

Ist Herr Kollege Dr. Hauser im Haus? — Ich könnte ihm vorlesen, was er am 22. Oktober 1969 (Abg. Dr. Gruber: Am 21.!), am 22. Oktober — bitte, da steht's drauf! — 1969 über dringliche Anfragen im Zusammenhang mit einer Budgetrede eines Finanzministers gesagt hat.

Aber, meine Damen und Herren, wäre es der Opposition bei den dringlichen Anfragen um die Sache selbst gegangen, dann hätten Sie diese Anfragen in der jetzt darauffolgenden Sitzung einbringen und ebenfalls noch am heutigen Tag behandeln lassen. Das wäre vollkommen in Ordnung. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber geht zum Rednerpult und zeigt dem Redner ein stenographisches Protokoll: 21. Oktober!) Dann hat er zweimal gesprochen. Ich überreiche Ihnen das vom 22.

Aber, meine Damen und Herren, es ist Ihnen offenkundig ... (Abg. Dr. Gruber: Es gab nicht zwei dringliche!)

Präsident Dr. Maleta: Aber, meine Herren, Sie kürzen gemeinsam dem Redner die 20 Minuten Redezeit. (Zwischenrufe.) Bitte, alle zusammen.

Abgeordneter Gratz (fortsetzend): Es ist Ihnen offenkundig nicht um die Sache gegangen, auch nicht bei der nächsten Anfrage, sonst hätten Sie sie in der nächsten Sitzung eingebracht.

Es ist Ihnen darum gegangen, daß nach Ihrer Ankündigung „heißer Herbst“ dem Finanzminister schon gezeigt werden wird, daß er dem Parlament und der Öffentlichkeit seine Budgetrede nicht, wie in der Präsidialsitzung vereinbart, halten wird können. Und hier spielen wir nicht mit. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber da wir daran interessiert sind, über die Antworten der Bundesminister zu diskutieren, die sie heute noch geben werden, werden wir einem Antrag der Opposition, über diese Antworten, wenn sie heute gegeben werden, unverzüglich die Debatte zu eröffnen, gerne unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Blenk. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Situation, in der wir uns derzeit befinden, ist wohl die abstruseste, die zumindest ich in meiner nicht sehr langen parlamentarischen Tätigkeit erlebt habe. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir zum ersten Mal passiert, daß der Herr Klubobmann der Sozialistischen Partei hier in, ich würde sagen, klagendem Tone sich darüber aufhält, daß die Opposition von den geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten Gebrauch macht. Ich will jetzt gar nicht darauf eingehen, Herr Klubobmann Gratz, daß Sie etwa meinten, es sei unzumutbar, daß die Budgetrede des Herrn Finanzministers durch Störaktionen unterbrochen werde, wobei ich nur annehmen kann, daß diese Störaktionen in den dringlichen Anfragen gesehen werden.

Ich möchte Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren: Die Verhaltensweise der beiden Regierungsmitglieder, an die diese erste dringliche Anfrage ging, war — das wurde bereits dargetan — so ungewöhnlich, daß sich das auch mit Ihren gefinkelten geschäftsordnungsmäßigen Überlegungen, Herr Klubobmann Gratz, nicht mehr rechtfertigen läßt. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Was heißt „gefinkelt“?)

Ich kann mir nur eines vorstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß nämlich der Herr Finanzminister Androsch, ich

Dr. Blenk

würde sagen, nicht nur sachlich, sondern auch physisch einer Überforderung ausgesetzt ist. Ich begründe Ihnen das wie folgt: Der Finanzminister hat, wie wahrscheinlich bekannt ist, bereits vor Beginn der heutigen Fragestunde die Anfrage an das Präsidium des Nationalrates beziehungsweise auch an die Klubs gestellt, ob man ihn nicht entbinden könne von den Fragen, die für ihn in der Fragestunde vorgesehen seien.

Nun, meine Damen und Herren, zufällig war die erste dieser Fragen so ziemlich wortgleich mit der ersten in der dringlichen Anfrage formulierten Frage, nämlich die Frage nach dem Artikel 51 und der Geheimhaltungssituation. Ich muß offen gestehen — bei aller Ungewöhnlichkeit des Verhaltens der beiden Regierungsmitglieder —: Mir ist diese Art einer Flucht — nach hinten in diesem Falle — noch lieber als die Praxis, die der Herr Finanzminister heute früh bei dieser Frage dem anfragenden Kollegen Sandmeier gegenüber geübt hat, nämlich daß er sie praktisch überhaupt nicht beantwortet hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) So kann ich nur hoffen, Herr Finanzminister, daß in der zweiten Sitzung diese Anfragen dann tatsächlich behandelt werden. Ich muß allerdings feststellen, daß die dringliche Anfrage in ihrer Bedeutung weiß Gott wichtig genug gewesen wäre, daß sie einer Antwort wert gewesen wäre.

Herr Klubobmann Gratz! Wenn Sie meinen — und das empfinde ich als eine Unterstellung, die in hohem Maße ungehörig ist —, daß es offensichtlich den beiden Oppositionsparteien bei der Einbringung dieser beiden dringlichen Anfragen nicht um die Sache selbst, sondern offenbar nur um geschäftsordnungsmäßige Dinge gegangen sei, dann möchte ich Ihnen eines sagen: Es entspricht der Haltung, die diese Regierung den Problemen gegenüber bisher an den Tag gelegt hat, daß sie so entscheidende Dinge als „nicht der Sache wert“ empfindet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte hier den Kern der dringlichen Anfrage zusammenfassen: Ich möchte sie werten als einen Aufruf an die Regierung, endlich einmal auch Überlegungen anzustellen, auf die die ganze österreichische Bevölkerung seit nunmehr zwei Jahren in einem ständig steigenden Maße Antwort verlangt, nämlich bis zu welchem ruinösen Maße Sie Ihre Mischung aus parteitaktischen Konzeptsüberlegungen und aus sachlicher Unfähigkeit, diese Fragen zu lösen, noch fortzuführen gedenken.

Meine Damen und Herren! Sie haben — das wurde heute schon dargetan — im Laufe der letzten zwei Jahre die Frage der Stabilität, die Frage der Inflation verniedlicht und quasi

wegdiskutieren wollen. Man hat alle, die sich damit befaßt haben, als „Brandstifter“, als „Querulanten“ und als „Aufhetzer“ bezeichnet.

Nun erst, seit relativ kurzer Zeit, seitdem sich Ihre naiven Erwartungen, die Sie in diese Inflationspolitik gesetzt haben, nicht erfüllt haben, seitdem Ihnen die Kontrolle über das ganze Geschehen aus der Hand genommen wurde, seitdem Sie Getriebene und nicht mehr Treibende sind, seitdem Sie die Geister, die Sie riefen, nicht mehr los werden, nein, sie vor sich aufsteigen sehen in einem geradezu ungeahnten Ausmaß, nun auf einmal zeigt sich deutlich — das möchte ich hier ganz klar sagen — die ganze Hilflosigkeit dieser Regierung in wirtschaftspolitischen Dingen und auch die ganze Ignorierung aller wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die ganze Ignoranz, die dahintersteckt.

Es sind Mitglieder der Bundesregierung und nicht nur irgendwelche Vertreter Ihrer Regierungspartei, die noch vor ein bis zwei Jahren die Stabilität als eine zu negligierende, zu verniedlichende Größe angesehen haben. Ich erinnere mich noch an die Ausführungen des Herrn Handelsministers vor etwa eineinhalb Jahren, als er ganz klar sagte: Für uns steht an der Spitze die Frage des Wachstums, die Frage der Vollbeschäftigung, notabene in einer Zeit — und das wurde schon gesagt —, in der die Vollbeschäftigung, ja die Überbeschäftigung zum selbstverständlichen Tagesbrot der Wirtschaft gehörte; in einer solchen Zeit ignorierte man die Stabilität.

Am 3. 6. des vergangenen Jahres hat dann derselbe Handelsminister gemeint, man müsse sich doch auch etwa überlegen, wie man diese verschiedenen Ziele in Einklang bringe, daß man ein Optimum an Stabilität erreiche. Er hat dann einen Satz gesagt, dessen Beurteilung ich angesichts der heutigen Situation der Öffentlichkeit überlassen kann, er hat nämlich gemeint, daß diese Regierung im Kampf um die Stabilisierung erfolgreicher gewesen sei als ihre Vorgängerin.

Die „Erfolge“ spüren wir leider in einem bedrückenden Maße. Wir spüren sie in der Form, daß vor kurzem der maßgebliche sozialistische Sprecher des Österreichischen Gewerkschaftsbundes etwa meinte, daß die „Teuerungen eben der Preis seien, den man für den Fortschritt zu bezahlen habe“. Ich frage Sie, welchen „Fortschritt“ meinen Sie damit? Ist das der „Fortschritt“ — der Scherbenhaufen und das Chaos, vor dem Sie heute stehen? Meine Damen und Herren! Das ist wahrhaftig ein teurer Preis.

Ich muß Ihnen in Erinnerung rufen, daß Sie vor zwei Jahren bei einer Teuerungsrate

Dr. Blenk

von nur 3 Prozent auf die Straße gehen wollten und mit Rücktrittsultimaten gedroht haben und daß Sie heute bei einer Teuerungsrate, die derzeit 6,5 Prozent beträgt, die der Herr Finanzminister für das kommende Jahr mit 7 bis 8 Prozent prognostiziert, die von Experten des Beirates in internen Sitzungen mit 10 Prozent vorausgesagt werden, daß Sie bei dieser Situation — der Herr Klubobmann Gratz hat es eben gemeint — davon sprechen, daß es bei der Behandlung einer solchen Frage ja doch „nie um die Sache“ gehen könne, sondern nur um „taktische Probleme“.

Meine Damen und Herren! Wenn das die Haltung Ihrer Partei und Ihrer Regierung auch heute noch zu den Fragen ist, die den Lebensnerv des ganzen österreichischen Volkes angehen, dann kann ich nur sagen: Mich wundert es nicht, daß wir dorthin gekommen sind, wo wir heute stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man will dem Österreicher einreden, daß das alles doch eine Selbstverständlichkeit sei, daß man eben mit der Inflation leben müsse, daß es eine Selbstverständlichkeit sei, daß er mit der Aushöhlung seiner Ersparnisse, seiner Substanz zu rechnen habe, daß es eine Selbstverständlichkeit sei, daß vor allem die sozial Schwächsten Jahr für Jahr und Monat für Monat ihre Substanz und ihr Einkommen schwinden sehen. Und diese „Selbstverständlichkeit“, der Sie hilflos gegenüberstehen, die wollen Sie beheben durch so deprimierende und lächerliche Almosen, wie Sie sie in Ihren hilflosen Konzepten aufscheinen lassen, wie das heute schon gesagt wurde. Ich sage Ihnen, mitnichten!

Ich sage Ihnen, mitnichten wird dieses österreichische Volk dieser Politik so passiv gegenüberstehen, wie Sie es hoffen.

Ich möchte Ihnen eines sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Mit der Methode, die Sie bisher angewandt haben und die der Herr Finanzminister vor allem auch zu der seinen gemacht hat, werden Sie kein Glück haben, nämlich mit der Methode „Haltet den Dieb!“ etwa in der Form, daß man sagt, jeder, der auch nur darüber spricht, daß das Haus brennt oder der etwa gar zum Feuerlöscher greift, ist bereits ein Zünder, ist bereits ein Brandstifter. Oder die andere Methode, die heute auch schon angezogen wurde, daß man ablenkt dadurch, daß man das Interesse der Öffentlichkeit durch Verdächtigungen, durch gewisse Hinstreuungen gewaltsam auf andere Bereiche schiebt, sei es nun auf den ORF, sei es auf den Kampf gegen die Ärzteschaft oder was immer. Mit dieser Taktik, meine Damen und Herren von der SPÖ, kann man nicht regieren. Ich habe verschiedentlich

gehört, meine Herren von der Bundesregierung, daß es das besondere Kennzeichen dieser Regierung sei, daß sie offenbar im Gegensatz zu allen früheren nicht nur verwalte, sondern regiere. Und das Ergebnis dieses Regierens, meine Damen und Herren, das diskutieren wir heute in dieser derzeit laufenden mündlichen Anfrage.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht nur so, davon bin ich zutiefst überzeugt, daß diese Regierung die Inflation als einen wesentlichen Teil und Bestandteil ihrer Politik, ihrer sogenannten Wirtschafts- und Sozialpolitik sieht. Es ist offenbar so, daß die Regierung damit rechnet, daß die, die es angeht, zu blind und zu unfähig sind, um die Blindheit und Unfähigkeit dieser Regierung zu erkennen. Wie sagte der Herr Finanzminister in der jüngsten Pressekonferenz am 15. 9. 1972? Die Konjunkturpolitik der Regierung — so meinte er — mußte 1971 noch primär auf Beschäftigungssicherung und Kapazitätsauslastung ausgerichtet sein, nunmehr aber sei das „Hauptaugenmerk auf die Eindämmung des Preisauftriebes“ zu legen.

Meine Damen und Herren! Das ist die Haltung, die von dieser Regierung seit zwei Jahren praktiziert wird. Man hat verniedlicht so lange, bis einem die Wellen über den Kopf zusammenschlugen. Ich habe schon erwähnt, daß die Prognosen für das kommende Jahr in internen Diskussionen des Beirates bereits bei einer Teuerungsrate von 10 Prozent liegen.

Wir kommen mit 1. Jänner in den „Genuß“ der Mehrwertsteuer. Ich habe mir hier in diesem Hohen Hause in einer mündlichen Anfrage im September an den Herrn Bundesminister für Finanzen die Frage erlaubt, ob er angesichts der zu erwartenden Teuerungen und der kumulierten Preissteigerungen sich nicht doch überlegen wolle, die Einführung der Mehrwertsteuer zu sistieren, jener Mehrwertsteuer, die der Herr Finanzminister in den Auswirkungen mit einem Steigerungskoeffizienten von 1 bis 1,5 Prozent bedacht hat, jener Mehrwertsteuer aber, die von Experten heute bereits mit einem Preissteigerungserfolg von 4 bis 5 Prozent klassifiziert wird. Der Finanzminister hat mir darauf nur schlicht erwidert, das sei erstens nicht notwendig, denn zweitens werde ja sowieso die preisliche Auswirkung der Mehrwertsteuer-einführung durch die Zollsenkung im Zusammenhang mit der Integrationssituation kompensiert werden.

Herr Finanzminister! Ich habe mir bei dieser Gelegenheit erlaubt, Ihnen gelinde zu sagen, daß Sie offensichtlich die Zusammenhänge einfach nicht übersehen. Ich habe bereits einige

Dr. Blenk

Stichworte gebracht, die längst jedem Wirtschaftler heute klar sind, nämlich die Unsicherheit bezüglich der Ursprungsregelung, den Abgang vom kumulativen Ursprungssystem auch in der kommenden EFTA und so weiter. Ich will hier darauf gar nicht weiter eingehen. Ich möchte nur feststellen: Die Tatsache der offensichtlichen Unfähigkeit dieser Regierung, die Zusammenhänge zu sehen, drückt sich auch — und wir haben heute früh trotz der dringlichen Anfrage bereits den Entwurf für Ihre Budgetrede erhalten — in einigen Passagen dieser Budgetrede, soweit ich sie bisher überflogen habe, aus. Sie meinen beispielsweise, und ich frage Sie, wie Sie das begründen, Herr Finanzminister, daß dieses Budget 1973 ... (*Abg. Gratz: Wie ich gesagt habe: Erste Lesung vor der Budgetrede!*) Sie werden mir nicht das Wort nehmen, Herr Abgeordneter Gratz. Und ich darf Ihnen sagen, der Herr Finanzminister hätte das verhindern können dadurch, daß er diese Budgetrede vor jener Sitzung verteilt hätte, in der er sie halten wird. Er hat sie eine Sitzung früher verteilt, ich nehme an in der Absicht, daß man bereits informiert ist. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Das letzte Mal hat sich Ihr Parteiohmann beschwert, daß er sie zu spät bekommen hat!*) Dort heißt es ungefähr: Wegen der in den letzten Jahren erfolgten Konsolidierung und des wirtschaftspolitischen Erfolges dieser Regierung sei es möglich, EWG, Steuerreform und Finanzausgleich in einem durchzuführen. Das wird auch durch eine Überschrift in derselben Budgetrede interessant kommentiert, worin es heißt: „Ungebrochener wirtschaftlicher Aufschwung“.

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was ich daraus entnehme? Daß die Preissteigerungen zu einem chaotischen Ausmaß geführt haben, daß die Stabilität in einem Maße ad absurdum geführt wurde wie nie zuvor, steht außer Zweifel. Der Herr Finanzminister aber spricht von einem „ungebrochenen wirtschaftlichen Aufschwung“. Der Schluß, den ich daraus zu ziehen habe, ist schlicht der, daß offensichtlich die Stabilitätsproblematik heute noch nicht zum wirtschaftspolitischen Repertoire der Regierung gehört, denn sonst wäre eine solche Formulierung von vornherein auszuschließen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte nicht weiter in Einzelheiten eingehen, sondern Ihnen am Schluß nur zwei „Legenden“ entblättern, zwei Behauptungen, die diese Regierung immer wieder, wenn die Frage auf die Teuerung kommt, quasi vor sich her als Schutz und Schirm hält. Das ist einerseits der Hinweis darauf, daß diese Inflation importiert sei, und zum anderen die Legende, daß Österreich ja im Vergleich mit den Nachbarländern ohnehin so gut dastehe.

Zum ersten, meine Damen und Herren: Der OECD-Bericht 1971 wurde Ihrerseits ja mit großem Unbehagen aufgenommen. Ich darf dazu allerdings erwähnen, daß die OECD-Berichte erfahrungsgemäß immer die Approbation der zuständigen Bundesregierung erhalten und daß daher Kritiken, die darin enthalten sind, zweifellos einen erhöhten Wert besitzen. In dieser OECD-Studie heißt es nicht nur, daß die amtlich geregelten Preise in den letzten Jahren erheblich stärker gestiegen seien als die anderen, sondern es heißt vor allem wörtlich, daß „der inflationistische Druck in den letzten eineinhalb Jahren hauptsächlich inländischen Faktoren zuzuschreiben“ sei, und weiters, daß der Beitrag der Importpreise zum Gesamtauftrieb der Verbraucherpreise 1971 erheblich niedriger war als 1970.

Das gehört allen jenen einmal gesagt, die sich immer noch auf diese sachwidrigen Bezeugungen der Regierung verlassen. Ich habe heute schon gehört und möchte es wiederholen, daß wir im letzten Jahr sogar einen Abfall der durchschnittlichen Wertindizes bei den Einfuhren hatten.

Nun zum zweiten, zur Legende vom angeblich so guten Rang Österreichs im internationalen Inflationskonzert. Kreisky und Co. operieren ja schon lange damit, daß wir noch besser seien als andere Länder. Es ist nicht uninteressant, daß alle Vergleiche, die wir hören und die wir anstellen, einschließlich des Vergleiches, den der Herr Bundesminister für Finanzen in seiner neuen Budgetrede wertet, mit dem Jahr 1971 enden. Ich habe noch ein Interview des Herrn Staatssekretärs Veselsky im Ohr, in dem er sich bitter beschwert über die völlig unzumutbare Auswertung des OECD-Berichtes. Er hat damals gesagt, wir liegen ja noch so gut, wenn wir uns international vergleichen, wir liegen noch unter dem OECD-Durchschnitt im Jahre 1971. Das stimmt auch, denn im Jahre 1971 waren die Preise — und das ist einer Veröffentlichung der OECD vom Juli dieses Jahres zu entnehmen, die vielleicht dem Staatssekretär Veselsky und auch dem Finanzminister Androsch zur Verfügung gestanden sein dürfte —, die OECD-Preise im Schnitt um 5,5 bis 6 Prozent gestiegen; im selben Jahr sind die österreichischen Preise um 4,7 Prozent gestiegen. Wir lagen noch unten, aber wir sind auf der Überholspur, denn, meine Damen und Herren, bereits die Ausweise des ersten Halbjahres 1972 der OECD sprechen davon, daß die Preise innerhalb der gesamten OECD um 4 bis 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. Unsere aber haben genau die gegenläufige Entwicklung genommen. Wir haben nämlich derzeit schon eine Steigerungsrate ausgewiesen von 6,5 Prozent.

Dr. Blenk

Meine Damen und Herren! Diese naive Ablehnung und diese naive Verteufelung aller dieser Vergleiche kann nur entweder auf einen Informationsmangel oder auf dem beruhen, was heute ja schon verschiedentlich als eine Taktik der Regierung angesehen wurde, nämlich als eine Behauptung wider besseres Wissen.

Ich komme zum Schluß. Diese Regierung hat primär zur Erreichung ihrer Ziele die Inflation zu ihrem Verbündeten gemacht, zu einem Verbündeten, der allen Bevölkerungsschichten den Weg in eine ungewisse Zukunftsentwicklung zu ihrem dauernden Schaden weist. Sie hat die Kontrolle verloren über das Wirtschaftsgeschehen, und wir als Oppositionspartei, das möchte ich Ihnen ganz klar noch einmal sagen, werden es als unsere erste und notwendige Aufgabe ansehen, dieser Politik dieser Regierung nicht nur als harte Oppositionspartei den Kampf anzusagen und ihn durchzufechten, sondern auch als eine Partei, die sich für das Geschehen in diesem Staate in einem Maße wie nie zuvor verantwortlich fühlen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedaure, daß der Herr Klubobmann Gratz hier einige Behauptungen in den Raum gestellt hat und sich darauf entfernt hat, weil es ist doch notwendig, auf einiges davon einzugehen.

Ich möchte mich nicht in jene Niederungen der Diskussion begeben, wo parlamentarische dringliche Anfragen als Störaktionen bezeichnet werden. *(Beifall bei der ÖVP und bei der FPÖ.)*

Ich glaube, es ist eine bedauerliche Entgleisung, wenn die Ausübung des Rechtes des Nationalrates, des Rechtes der Opposition in diesem Nationalrat mit derartigen Bezeichnungen versehen wird, um so mehr, als man ja nicht behaupten kann, daß die Fragen, die hier gestellt wurden, nicht sehr ernste Dinge betreffen.

Ich muß aber zur Geschäftsordnung noch etwas sagen. Es ist zweifellos richtig, daß der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister für Finanzen nach dem Wortlaut der Geschäftsordnung berechtigt waren, die Flucht in den Paragraphen 71 Absatz 3 des Geschäftsordnungsgesetzes anzutreten. Es ist aber nicht richtig — bei genauer Auslegung der Geschäftsordnung —, daß diese beiden Regierungsmitglieder nun nach ihrem Belieben festsetzen könnten, in welcher Sitzung des Nationalrates sie diese dringliche Anfrage beant-

worten. *(Beifall bei der ÖVP und bei der FPÖ.)* Ich stelle ausdrücklich fest, daß nach meiner Auslegung der Geschäftsordnung eine Beantwortung in der nächsten Sitzung geschäftswidrig ist, weil dort kein Gegenstand zur Beratung steht, der eine solche Beantwortung ermöglichen würde. *(Abg. Gratz: Paragraph 71 Absatz 3!)* Ich weiß schon, 71 Absatz 3. Ich kann das zurückgeben, Herr Klubobmann Gratz, was Sie vorhin in einem anderen Zusammenhang gesagt haben. Wir könnten jetzt eine lange Diskussion über diese Frage abhalten. 71 Absatz 3 besagt nicht, daß das Regierungsmitglied bei einer beliebigen Stelle der Verhandlungen des Nationalrates sagen kann: Jetzt fällt mir aber ein, ich will jetzt eine Anfrage beantworten! Sondern es muß hier ein Gegenstand der Tagesordnung vorliegen. Das ist meine Meinung, und das, glaube ich, ist der Sinn dieser Stelle der Geschäftsordnung.

Nun ist es eine alte Sache: Man kann natürlich auf dem Wortlaut herumturnen, um zu versuchen, zu einem Ergebnis zu kommen, das einem gerade ins Konzept paßt. Es gibt aber auch einen Sinn der Geschäftsordnung und es gibt einen Geist der Geschäftsordnung. Und gegen diesen Geist der Geschäftsordnung widerstößt es schon, wenn der Bundeskanzler hier und jetzt nicht die Antwort erteilt. *(Beifall bei der ÖVP und bei der FPÖ.)* Das ist aber seine Angelegenheit und die Angelegenheit des Herrn Bundesministers für Finanzen. Wir werden das sehr aufmerksam registrieren, daß hier eine immerhin nicht bedeutungslose Anfrage vorliegt und daß nicht das gemacht wurde, wofür eine parlamentarische Opposition Verständnis haben könnte, nämlich daß man sagt: Unterbrechen wir die Sitzung auf ein oder zwei Stunden, damit wir uns entsprechend auf die Beantwortung vorbereiten können. Es ist klar, daß eine Bundesregierung unter Umständen nicht sofort alles beantworten kann. Aber zu sagen: Wir werden dann antworten, wenn es uns paßt; und wann's euch paßt — euch, dem gesamten Nationalrat —, das ist uns gleich, das, glaube ich, ist mit dem Geist des Parlamentarismus in keiner Weise zu vereinbaren. *(Abg. Dr. Gruber: Aber mit dem Geist der Regierung schon!)* Ich glaube sehr wohl, daß es dem Herrn Bundesminister für Finanzen wichtig ist, in welchem Zeitpunkt er seine Rede halten kann. Möge er aber daraus nicht schließen, daß aus diesem Grunde den Abgeordneten dieses Hauses dieser Zeitpunkt auch das wichtigste sein muß. Uns ist das Problem der Teuerung in Österreich wichtiger als der Zeitpunkt, zu dem Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, Ihre Budgetrede halten. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ.)*

Dr. Broesigke

Und damit komme ich zur Sache selber: Ich verlese hier nur nüchterne Zahlen, und zwar nicht viele, sondern ganz wenige. Der Indexstand war im April 1970 113,4 — er ist jetzt 129,9. Die Steigerung ist also 14,6 Prozent, obwohl die Regierungserklärung, und zwar sowohl die vom April 1970 als auch die vom Oktober 1971 darauf verwiesen hatte, daß die Stabilität des Schillings und diese Stabilität zu erhalten eine wesentliche Aufgabe der Bundesregierung darstelle und daß diese Bundesregierung die entsprechenden Maßnahmen ergreifen werde. Es wurde gesagt: „Es war ein Hauptanliegen unserer Wirtschaftspolitik, den Preisauftrieb zu bekämpfen.“ Wir müssen schon sagen, das ist „ganz großartig“ ausgefallen, wie die Ziffern zeigen.

Ich möchte noch etwas dazu sagen: Es gab einmal eine volkswirtschaftliche Schule, die die Theorie des Schwundgeldes vertrat. Das war in der ersten Zeit der Ersten Republik sehr aktuell. Ich habe die Befürchtung, daß diese Bundesregierung am besten Wege ist, sich in eine Schwundgeldregierung zu verwandeln. *(Beifall bei der ÖVP und bei der FPÖ.)* Denn wir sehen, daß ohne Rücksicht darauf, was an Warnungen nicht nur von seiten der Opposition ausgesprochen wird, die Regierung auf dem Weg, den sie eingeschlagen hat, weitergeht, daß sie ohne Rücksicht darauf dem Wachstumsfetischismus huldigt und hier den Standpunkt vertritt, daß Wachstum wichtiger ist als Stabilität.

Nun wird da immer wieder eingewendet, daß ja bei einer ganzen Reihe von Bevölkerungsgruppen eine Erhöhung des Realeinkommens festzustellen sei, eine Erhöhung des Realeinkommens ohne Rücksicht auf die Steigerung der Preise.

Man darf dabei nicht vergessen, daß das ja nicht die gesamte österreichische Bevölkerung ist. Das mag für Teile zutreffen, aber es gibt viele Menschen in unserem Lande, die gar nicht die Möglichkeit haben, auszuweichen, die gar nicht die Möglichkeit haben, den Preisantrieb wieder auszugleichen, die sich an der Schattenseite des Wachstums befinden und die aus diesem Grunde die Geschädigten dieser Wirtschaftspolitik der sozialistischen Bundesregierung sind.

Es wurde heute schon gesagt: Sehr schön und sehr groß im Verteilen und sehr wenig oder gar nichts im Erarbeiten dessen, was verteilt werden soll. Man muß aber auch noch etwas hinzufügen: Sehr groß im Wegnehmen, sehr groß darin, daß dem, der sich etwas erspart hat, das Ergebnis seiner Spartätigkeit weggenommen, daß es verkleinert wird, und das sind nicht die Reichen hier im Lande, son-

dern das ist die Pensionistin, die 10.000 S auf ihrem Sparbuch hat, das sind die Kleinen, denen ununterbrochen das wieder weggenommen wird, was sie sich erarbeitet und erspart haben.

Von diesem Gesichtspunkt aus kann man die Probleme der steigenden Inflation nicht so mit einer Handbewegung wegwischen und sagen: Das ist eben eine Begleiterscheinung des Wachstums, einer wirtschaftlichen Konjunktur, das gehört dazu, das ist ein notwendiger Bestandteil, und damit müssen wir uns eben abfinden!

Es ist auch nicht wahr — und das wurde heute schon gesagt, aber es muß immer wieder wiederholt werden —, es ist nicht wahr, daß es sich um eine importierte Inflation handelt. Sicherlich: Es gibt sicher Umstände, die auch von außen einwirken. Aber der Schwerpunkt liegt in dem, was wir selber machen, liegt in der Ausweitung des Budgets, liegt in der Ausweitung der Kredite, und wenn in dem Budget, das der Herr Finanzminister heute vorlegen wird, 5 Milliarden inlandswirksames Defizit enthalten ist, so können wir uns leicht ausrechnen, wie es im nächsten Jahr ausschauen wird.

Wie war es in den vergangenen Jahren? 1970: 4 Prozent Teuerung, 1971: 5,6 Prozent, 1972 sind wir derzeit bei 6,4 Prozent. Wir könnten also die Formel entwickeln, daß sozialistische Bundesregierung bedeutet: jedes Jahr 1 Prozent mehr Inflation.

Ich glaube, dabei wird es aber nicht bleiben, denn wenn wir dem zuhören, was Professor Nemschak unlängst mit aufsehenerregenden Formulierungen gesagt hat, daß es an allen Ecken brennt, dann würde sich ja ergeben, daß für 1973 nicht die 7 Prozent zu erwarten sind, die prognostiziert wurden, sondern daß 8 Prozent drohen, daß also die Teuerung noch höher sein wird.

Daher, glaube ich, ist schon die Frage berechtigt, ob jetzt die Bundesregierung endlich bereit ist, von diesem verhängnisvollen Weg abzugehen, ob sie bereit ist, endlich etwas zu unternehmen, um einer Entwicklung zu steuern, die nicht nur die Ersparnisse vermindert, die nicht nur die Bevölkerung mit Mehrausgaben belastet, sondern die letzten Endes auch die Arbeitsplätze gefährdet. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler und Herr Bundesminister für Finanzen, auf diese Fragen heute und jetzt keine Antwort wissen, so ist das ein schlimmes Zeichen für die Zukunft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Keimel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Keimel** (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese sozialistische Regierung, vor allem der Bundeskanzler und der Finanzminister, glaubten die längste Zeit, basierend auf ihrer Wirtschaftstheorie, man könnte Inflation als Instrument der Gesellschaftspolitik, als raffiniert lautloses Instrument einer sozialistischen Machtpolitik manipulieren, manipulieren etwa auch wie Meinungsbildung und verschiedene Massenmedien.

Aber die Inflation, meine Damen und Herren, folgt ihrer ganz eigenen wirtschaftlich zwangsläufigen Gesetzmäßigkeit dann, wenn sie nicht im Keime gezügelt wird. Dann ist die Inflation wie ein Krebsgeschwür: Noch sind ganze Körperpartien und Organe heil — das werden wir sicherlich heute sehr stark in der Budgetrede dann hervorgehoben sehen —, aber der ganze Wirtschaftskörper ist in Lebensgefahr, wenn nicht behandelt wird, nicht rechtzeitig behandelt wird und, wenn es sein muß, auch operiert wird.

Meine Damen und Herren! Inflationspolitik läßt sich nicht steuern. Und wenn diese sozialistische Regierung schon nicht unseren Wirtschaftspolitikern, welche ihr durch zwei Jahre die Gefahren aufzeigten, Stabilisierungsprogramme vorlegten, wenn sie schon uns nicht glaubte, dann hätte sie doch ihren eigenen, wenn auch wenigen, so doch erfahrenen Wirtschaftspraktikern folgen müssen, wie zum Beispiel dem Sozialisten Karl Autsch, der Anfang 1971 schon in „Arbeit und Wirtschaft“ beschwor:

„Heute weiß man“ — schrieb Autsch —, „daß die Inflation die Vollbeschäftigung bedroht, daß sie früher oder später das Wirtschaftswachstum hemmt und schließlich zum Stillstand bringt.“

Eine Regierung, die darauf keine andere Alternative weiß als den Primitiv-Slogan: Inflation oder Arbeitslosigkeit!, die ist wirtschaftspolitisch unfähig, und sie ist auch dadurch, daß sie damit Unsicherheit in breiten Bevölkerungskreisen verbreitet, zutiefst unsozial. (Beifall bei der OVP.)

Meine Damen und Herren! Während Sie also mit der Inflationspolitik bewußt ihren sozialistischen — nicht den sozialen bitte, den sozialistischen! — Umverteilungseffekt in den Einkommen, in den Vermögen, in den Vermögen auch der Sparer und damit also in der Machtverteilung immer noch mehr hin zum Staatskapitalismus erreichen wollten, während Sie glaubten, dabei bleibe immer noch der Finanzminister der erste Inflationsgewinner, haben Sie offensichtlich jetzt die Kontrolle verloren, stehen Sie jetzt, meine Herren, mehr

denn je hilflos dem Inflationsgeist gegenüber, den Sie selbst gerufen haben. Und dabei ist die sozialistische Fraktion immer noch — darf ich so sagen — schizophren, gespalten. Ich kenne genügend Vertreter Ihrer Partei, die nach wie vor in der, so meinen sie, dosierten Inflation den besten Weg der lautlosen Entzignung, des evolutionären Sozialismus hin zur Planwirtschaft sehen, während anderen, vor allem in der Regierung, offensichtlich schon die Graubirnen aufsteigen, nicht vielleicht aus Verantwortungsbewußtsein, sondern wohl viel eher rein taktisch, möchten sie doch auch die nächsten Wahlen gewinnen; denen also schon das gleiche Ziel vorschwebt, aber doch so, daß es die österreichische Bevölkerung nicht so kraß spürt.

Meine Damen und Herren! Die Inflationspolitik betreibt diese Regierung heute nicht mehr als Betreiber, sondern schon viel eher als Getriebener auf allen Ebenen ihres Wirkens, insbesondere aber auch über die Budgetpolitik, über den Budgetvollzug und die damit eng zusammenhängende Steuerpolitik, Tarifpolitik und dergleichen. Die Inflation wirkt sich in Geldwertschwund und damit in Preissteigerungen aus. Wieder ist die beste Ablenkungsmethode neben vielen anderen Slogans doch die, die Betroffenen, zum Beispiel die Wirtschaft, welche dann die Preise exekutiert, die Preise verlangt und die Preise weitergeben muß, als die „Preistreiber“ hinzustellen.

Den Gewerkschaften, meine Damen und Herren, die zufolge der Inflationsraten höhere Löhne fordern, ebenfalls „Preistreiberei“ vorzuwerfen — denn Löhne sind auch Preise, meine Herren —, wagt diese Regierung schon nicht mehr.

Ich sagte es anläßlich meiner Analyse des Budgets 1972 und ich sagte es anläßlich der Mehrwertsteuerdebatte: Preistreiber Nummer eins ist mehr denn je die Regierung selbst!

Der öffentliche Konsum hat während der letzten zehn Jahre gegenüber den privaten Investitionen und gegenüber den Bruttoanlageinvestitionen mit rund 180 Prozent weit aus am stärksten zugenommen. Der öffentliche Konsum steht damit an der Spitze. Der Anteil des Staates an der Wirtschaft, am österreichischen Nationalprodukt steigt laufend.

Aber auch hier werden Schlagworte über Schlagworte von der Regierung zur Vernebelung wirtschaftspolitischer Unfähigkeit geprägt. In diesem Zusammenhang wird gerne auch das Schlagwort von der „öffentlichen Armut“ gebraucht, um hier wieder von der „öffentlichen Verschwendung“ abzulenken. Das Eigenkapital des Staates, meine Damen und Herren, ist größer als das aller privaten

Dr. Keimel

inländischen Unternehmen zusammen. Mit größeren finanziellen Zuweisungen an die öffentliche Hand wurden die Leistungen dieser nicht analog erhöht, wie die jüngste Entwicklung wieder besonders kraß zeigt. Die Personalkosten und die Verwaltungskosten steigen überproportional, der Umfang der realen öffentlichen Investitionen nimmt ab zu Lasten des Schulbaues, zu Lasten des Straßenbaues oder zu Lasten anderer infrastruktureller Maßnahmen. Das Budget wird so vom Nutznießer der Inflation immer mehr zum Motor der Inflation, der Finanzminister mit allerdings 87 Prozent gesetzlich starren Ausgaben zu seinem Gefangenen.

Die von der OVP seinerzeit begonnene Verwaltungsreform ist versandet. So werden schlicht und einfach mit dem Budget die Preise weiter in die Höhe getrieben.

Meine Damen und Herren! Schon 1972 wurde statt einer antizyklischen Ausgabenpolitik ein inlandswirksames Defizit von fast 2 Milliarden Schilling erstellt. Wenn der Finanzminister anlässlich seiner Pressekonferenz am 15. September 1972 erklärte, „ein restriktiver Vollzug des Bundesbudgets 1972 erscheine somit angebracht“ — spät genug hat er das damit erkannt — und das 2. Budgetüberschreitungs-gesetz werde lediglich — wie er sagte — „die Mehrausgaben enthalten, die sich im Laufe des Budgetjahres nach eingehender und strenger Prüfung als absolut notwendig erweisen“, so widersprechen die Tatsachen den Versprechungen und den Ankündigungen.

Aber vielleicht gehört das zum „taktischen Regierungsstil“, wie wir heute schon gehört haben und wie ihn Minister Lütgendorf letzte Woche umriß, der Presse eben „nicht immer die Wahrheit zu sagen“. Wir werden sehr wohl darüber wachen, daß diese taktischen Unwahrheiten nicht auch gegenüber dem Parlament und damit gegenüber der österreichischen Bevölkerung mehr und mehr einreißen! So wie jetzt wieder beim Budgetüberschreitungs-gesetz — jetzt liegt es ja im Hause —, das rund 3,2 Milliarden Schilling enthält, wovon mehr als 2,5 Milliarden Schilling durch Mehreinnahmen gedeckt sind. Dazu kommen 600 Millionen Schilling, welche schon im 1. Budgetüberschreitungs-gesetz durch Mehreinnahmen gedeckt wurden. Das ergibt bereits jetzt eine Nettoausgabenausweitung von 3,1 Milliarden Schilling. Dazu kommen noch die unbekanntenen Überschreitungen, die der Finanzminister von sich aus tätigen kann. Dazu kommt noch mehr als die Hälfte der 15prozentigen seinerzeitigen Bindung der Ermessenskredite, die inzwischen freigegeben wurde.

Meine Damen und Herren! Statt alle Mehreinnahmen inflationshemmend als die soge-

nannten automatischen Stabilisatoren zu verarbeiten, werden sie wie Benzin in das Inflationsfeuer hineingegossen!

Was sagte der Finanzminister Dr. Androsch am 8. Oktober 1970 zum Budget 1971? — „Nicht nur eine Verwirklichung des Regierungsprogramms, sondern auch ein Konsolidierungsprogramm für die Staatsfinanzen wird damit eingeleitet.“ — So widersprechen sich die Ankündigungen mit den Tatsachen.

Diese inflationsfördernde Wirkung der sozialistischen Budgetpolitik wird auch mit dem Budget 1973 fortgesetzt. Ein noch stärkerer Druck geht vom Bundesvoranschlag aus, wie wir aus detaillierten Presseberichten erfahren, während sich der Finanzminister gegenüber dem Parlament zu eben solchen Auskünften nicht bereit fand. Ich verstehe das allerdings, denn hier wäre wohl die volle Information vonnöten gewesen. Der Presse kann man im Lütgendorfschen Stil mit Halbwahrheiten dienen.

Die Ausgaben erfahren mit 16 Milliarden Schilling die höchste Steigerungsquote seit Kriegsende, und sie liegen um 30 Prozent höher als der noch im September der Schätzung zugrunde liegende Zuwachs des nominellen Bruttonationalproduktes für 1973, weil eben zufolge der sozialistischen Inflationspolitik das Wirtschaftsforschungsinstitut für 1973 mit einer Steigerung des Verbraucherpreisindex von mindestens 7 Prozent rechnete, so daß das nominelle Bruttonationalprodukt von 10 Prozent — Stand September — binnen einem Monat um 30 Prozent auf 13 Prozent hinaufrevidiert werden mußte.

Meine Damen und Herren! Hier können wir nur noch von einer besorgniserregenden galoppierenden Entwicklung sprechen!

Das Defizit des Budgets 1973 ist mit rund 20 Milliarden Schilling das höchste seit Kriegsende — 11,2 Milliarden Schilling sind offen ausgewiesen und 9 Milliarden Schilling sind zur Deckung der Mehrwertsteuerlücke im ersten Jahr vorgesehen —, welches durch Kreditoperationen zu decken sein wird. 5 Milliarden Schilling wird das inlandswirksame Defizit betragen und damit Konjunktur und Preise weiter anheizen.

Meine Damen und Herren! Es gibt ernsthafte Fachleute, die nicht nur zu Beginn des Jahres 1973 mit über 8 Prozent Indexsteigerung rechnen, sondern mit 10 Prozent und mit mehr Prozent. Was schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ 1970 bei 3,8 Prozent, bei der höchsten Indexsteigerung während der gesamten OVP-Regierungszeit? „Preissteigerungen wie noch nie!“ Die Gewerkschaft stellte daraufhin das bekannte Preisultimatum.

Dr. Keimel

Vor allem von der Mehrwertsteuer werden im Jahr 1973 weitere erhebliche inflationistische Tendenzen ausgehen, wie das die ÖVP in ihrem Minderheitsbericht und während der Mehrwertsteuerdebatte bereits feststellte, und zwar insbesondere durch den zu hohen Satz von 16 Prozent — wir haben zumindest für die Einführungszeit einen Satz von 14 Prozent vorgeschlagen —, durch die zu hohe Investitionssteuer, welche darüber hinaus die Anpassung der Industrie und der Wirtschaft an den EWG-Standard hemmen muß, und durch die zu geringe Vorratsentlastung, verbunden mit einer zu starken Umsatzsteuerbelastung bei vielen Gütern gerade des täglichen Bedarfs, wie zum Beispiel bei Energie, bei Benzin, bei Mieten und dergleichen.

Fünf große „Unbekannte“ und damit Verunsicherung und schier unbewältigbare Belastungen für die Bevölkerung und für die Wirtschaft, aber auch für die Finanzverwaltung prägen das Budget 1973: Mit der Lohn- und Einkommensteuerreform werden über 5 Milliarden Schilling Konsum freigesetzt, die Mehrwertsteuer, die 29. ASVG-Novelle, der Finanzausgleich und die EWG-Verträge. Alles zusammen ergibt ein Hin- und Hergeschiebe von direkten zu indirekten Steuern, von Zöllen und von Abgaben zu Sozialversicherungsbeiträgen. Schlecht kopiert nach noch viel schlechterem schwedischem Beispiel, während die Gesamtbelastung (*Zwischenruf des Abg. Doktor Reinhart*) — Sie werden es wissen, Kollege Reinhart — der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Steuern und mit Abgaben — das ist das Wesentliche — aus dem Budget 1973 eine Nachkriegshöchstmarke von nahezu 40 Prozent erreicht. Unter neun reichen Industriestaaten liegt Österreich bezüglich Steuerbelastung an zweiter Stelle. Die Auswirkungen solcher Steuerpolitik und solcher Budgetpolitik sind schlimm genug. Jede Mehrleistung wird abgebremst.

Jeder Volkswirt weiß aus der simplen Regel, daß Kosten Wertesatz für erbrachte Leistung sind und daß „Leistungsbremser“ damit automatisch „Preissteigerer“ sind. Die arbeitsame österreichische Bevölkerung weicht als eine Art von „Steuerpartisanen“ ins Ausland oder in den Pusch aus — das wird noch große Probleme für uns bringen! —, während in den Betrieben Maschinen und Anlagen stillstehen.

Das beweisen Zahlen am besten. Der Preisindex 1968 war 2,8 Prozent, der Tariflohnindex 6,8 Prozent, also fast das Zweieinhalbfache. Jänner bis August 1972: Preisindex 6,4 Prozent, Tariflohnindex 10,7 Prozent, also nur mehr das 1,7fache. Gegenüber 1968 ein Rückgang von rund 30 Prozent. Nicht nur — am meisten allerdings — die Armen, die

Rentner, die Pensionisten, die Bauern und die Sparer, sondern auch der Mehrarbeitende, der Mehrleistende sind das Opfer der Inflation.

Meine Damen und Herren! Eine Inflation wirkt sich in einem Lande mit einem System progressiver Steuern besonders verheerend aus. Daher ist auch ein Vergleich, den wir in der letzten Zeit immer wieder gehört haben, mit der Schweiz gar nicht ohne weiteres möglich. Durch die Versteuerung der sogenannten „fiktiven Gewinne“ wird den Unternehmen Substanz weggesteuert, die sie gerade jetzt für die Erhaltung und für die Verbesserung der Arbeitsplätze im großen Wirtschaftsraum brauchen.

Es ist eine üble Demagogie, wenn ein sozialistischer sogenannter Wirtschaftsexperte in der Presse erklärt, die „Unternehmen müßten eben auch auf Mehrgewinne verzichten“, während die amtliche Statistik gleichzeitig feststellt, daß der Anteil des Fremdkapitals, also die Verschuldung unserer Betriebe, neuerlich gestiegen ist, was — wie es dort heißt — „eine Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit darstelle“. Was heißt das? Es bedeutet eine Beeinträchtigung in der Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren! 1973 wird ein überaus kritisches Jahr werden. Statt Phrasen muß nüchterne Sachlichkeit in Wirtschafts-, Budget- und Steuerpolitik einkehren. Die Regierung muß sich zu einer konzertierten Aktion aller Sozialpartner und der Notenbank entschließen. Es ist weder mit Lohn- noch mit Preissteigerungen abgetan. Gerade die Sozialpartner müssen gemeinsam von der Regierung fordern, daß sie ihren Anteil, ihren Anteil an Disziplin, leistet. Denn der OECD-Bericht legt das Hauptgewicht der Inflationsbekämpfung auf eine entsprechende Budgetpolitik. Das heißt: Die Hauptverantwortung trägt die Regierung; die Regierung, die jetzt durch den Bundeskanzler und den Finanzminister offensichtlich dazu nichts zu sagen weiß, weil sie — wie es heute dem Sozialminister Häuser herausgerutscht ist — in diese Situation eben „hineingeschlittert“ ist.

Meine Damen und Herren! Die Opposition hätte natürlich guten Grund, diese Regierung aus rein parteipolitischen, parteitaktischen Erwägungen heraus in ihr selbstverschuldetes Debakel rennen zu lassen. Aber die Schäden — ich sprach vom „Krebsgeschwür Inflation“ — sind so irreparabel, daß wir in voller Verantwortung für die gesamte österreichische Bevölkerung, auch für den sozialistischen Teil dieser Bevölkerung, Alarm schlagen und Ihnen ununterbrochen unsere Lösungsmodelle weiterhin unterbreiten werden.

Dr. Keimel

Dort, wo Wachstum, Leistung und Stabilität Ziel von Budget- und Steuerreformen sind, werden Sie uns als Partner finden. Dort, wo wie bisher Umverteilung im Sinne sozialistischer Machtpolitik und Staatskapitalismus Ziel Ihrer Maßnahmen ist, werden Sie uns als unerbittliche Gegner treffen, so unerbittlich, meine Damen und Herren, wie die ehernen Gesetze der freien Wirtschaft, welche Ihre sorglose Budget-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit Inflation beantwortet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Stix (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat einen Schwerpunkt in seiner seinerzeitigen Regierungserklärung gebildet, den er als die „Bekämpfung der Armut“ charakterisierte. Ich darf, um diese Bedeutung als Schwerpunkt zu unterstreichen, wörtlich aus der Regierungserklärung vom 5. November 1971 zitieren.

Es heißt dort: „Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, einen Staat der Wohlfahrt für alle zu verwirklichen, und deshalb muß es ihre erste Aufgabe sein, dort einzugreifen, wo es heute noch Armut gibt, wobei der Begriff der Armut relativer Art ist.“

Ich springe in der Zitierung und setze wörtlich fort: „Ich könnte den Kreis der Menschen, der heute einzubeziehen wäre, mit ungefähr 450.000 präzisieren. Wir meinen damit die rund 360.000 Empfänger von Ausgleichszulagen, die 60.000 Witwen, die Zusatzrenten beziehungsweise Beihilfen aus der Kriegsopferversorgung erhalten, und die 29.000 Dauerbefürsorgten.“

Das ist in der Regierungserklärung des Kabinetts Dr. Kreisky II der Schwerpunkt: Bekämpfung der Armut.

Angesichts dieses erklärten Zieles behaupten wir Freiheitlichen, daß die tatsächliche Wirtschaftspolitik, wie sie die Regierung Doktor Kreisky betreibt, das genaue Gegenteil der erklärten Bekämpfung der Armut bedeutet. Warum? — Das Faktum Inflation umschreibt den vielschichtigen Sachverhalt.

Ich will nicht Zahlen wiederholen, die heute schon in reichem Maße und treffend angeführt wurden. Ich möchte nur einige Größenordnungen nennen, die die globalen Verhältnisse noch einmal veranschaulichen. Während zum Beispiel das Geldvolumen in den Jahren 1967 bis 1970 um jährlich zwischen 3,5 Milliarden und 4,5 Milliarden Schilling angewachsen ist, wuchs dieses Geldvolumen von 1970 auf 1971 um 12 Milliarden Schilling. Von August 1971

bis August 1972 wuchs es bereits um 15 Milliarden Schilling. Der inflatorische Effekt liegt auf der Hand.

Weiters ist das Budget zu nennen, dessen Defizit für das laufende Jahr 1972 in der Vorausschau mit rund 9,5 Milliarden Schilling veranschlagt wird. Das nur noch einmal, um das Ausmaß der inflatorischen Entwicklung zu veranschaulichen.

Warum bedeutet nun diese inflatorische Entwicklung das Gegenteil der erklärten Regierungspolitik, die Armut bekämpfen zu wollen? Die sozialistische Wirtschaftspolitik trifft nämlich im wesentlichen die hilflosen Empfänger von Transfereinkommen. Darunter fallen die Rentner und die Ausgleichszulagenempfänger.

Der Herr Bundesminister Häuser hat heute in einer Anfragebeantwortung einen bemerkenswerten Satz gesagt. Er sagte nämlich, man kann nicht die Rentendynamisierung mit der Entwicklung der Preise in den gleichen Jahren vergleichen. Man kann nur — so sagte Häuser wörtlich — die Preissteigerungen aus 1971 mit der Dynamisierung aus 1973 vergleichen.

Was bedeutet das? Das bedeutet doch nichts anderes, als daß der Herr Sozialminister hier im Parlament erklärt: Die Teuerungsabgeltung für die Rentner findet zwei Jahre später statt. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, daß diese inflationistische Politik der Bundesregierung genau jene am stärksten trifft, denen zu helfen sie vorgab.

Es trifft aber nicht nur die Empfänger von Transfereinkommen, es trifft auch jene Erwerbstätigen, die Einkommen aus Leistungen beziehen, für die die Preise festgehalten sind. Es gehört dazu der ganze große Bereich der Landwirtschaft. Die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft, wie sie auch die jüngsten Berichte dokumentieren, geben ein erschütterndes Bild. Wenn man weiß, daß in der Landwirtschaft das durchschnittliche Jahreseinkommen zwischen 30.000 und 40.000 S liegt und die Landwirtschaft in der Schere steckt, daß ihre Kosten ununterbrochen steigen, während die Preise für ihre Produkte festgehalten werden, dann sieht man auch hier, daß die schwächsten Teile auch unter den Erwerbstätigen von der inflationären sozialistischen Wirtschaftspolitik besonders hart getroffen werden.

Die dritte große Gruppe, die sich nur sehr schwer wehren kann angesichts eines Habenzinsabkommens, das wieder nur den Sparzins auf 3,5 Prozent festhält, sind die Sparer. Auch unter den Sparern finden wir nicht vorherrschend den Typ des Vermögenden, des große

Dr. Stix

Besitztümer Habenden, sondern es sind 80 Prozent aller Sparkonten im Besitz von Kleinsparern. Auch diese werden durch die sozialistische Inflationspolitik besonders schwer getroffen.

Wo bleibt also der in der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers groß angekündigte Kampf gegen die Armut? Wir können bis jetzt an den praktischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bedauerlicherweise nur das Gegenteil feststellen.

Nun versucht der Herr Bundeskanzler interessante Auswege: er klügelt an neuen Bezugscheinsystemen herum. Bezugscheine für die Rentner für Brot und Milch. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Woher haben Sie das?*) Es gibt ein Bezugscheinsystem für Schulbücher.

Allen diesen Versuchen, einer ins Rutschen geratenen Wirtschaftspolitik Herr zu werden, kann man nur eines entgegenhalten: Es gibt schon ein brauchbares, allgemeines Bezugscheinsystem, und das heißt schlicht und einfach Geld. Anstatt so wie in den Zeiten wirtschaftlicher Not an neuen Bezugscheinsystemen für Brot, für Milch, für Bücher herumzubasteln, wäre die sozialistische Alleinregierung besser beraten, das eine große Bezugscheinsystem, auf das wir alle angewiesen sind, nämlich unser Geldsystem, in Ordnung zu halten. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist sehr schwierig, hier eine Diskussion zu führen, wenn sich die eine Seite des Hauses an der Diskussion nicht beteiligt. (*Abg. Dr. Fiedler: Das ist die Transparenz!*) Früher einmal hätte man uns gesagt: Das ist eine Mißachtung des Abgeordnetenhauses, oder man will nicht in eine demokratische Auseinandersetzung eintreten. Aber wenn es Sozialisten tun, ist ja immer alles anders und selbstverständlich gut. (*Ruf bei der ÖVP: Weil sie der Inflation hilflos gegenüberstehen!*)

Herr Bundeskanzler! Sie können ja etwas zu mir sagen; aber wenn Sie sich mit dem Herrn Finanzminister so unterhalten, daß der Redner gestört wird, bitte ich Sie doch, darauf Rücksicht zu nehmen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Gratz hat gemeint, die Nichtbeantwortung der Anfragen durch die beiden Regierungsmitglieder sei geschäftsmäßig vollkommen in Ordnung. Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich hier einen anderen Standpunkt vertrete.

Meiner Meinung nach ist diese Nichtbeantwortung nicht in Ordnung. Meiner Meinung nach ist sie auch geschäftsmäßig gar nicht gedeckt. Eine dringliche Anfrage ist eine schriftliche Anfrage und eine solche, über die in derselben Sitzung, in der sie eingebracht wird, auch eine Debatte abzuführen ist. Für schriftliche Anfragen gibt es aber nur folgende Erledigungen: sie entweder mündlich oder schriftlich zu beantworten oder die Nichtbeantwortung schriftlich zu begründen. Etwas anderes finde ich in der Geschäftsordnung nicht vor. Es wird daher sehr zu prüfen sein, ob sich die beiden Regierungsmitglieder heute der Geschäftsordnung gemäß verhalten haben oder nicht. (*Zustimmung bei ÖVP und FPÖ.*)

Das zweite, was ich dazu sagen möchte, ist, daß wir auf gar keinen Fall die Nichtbeantwortung durch die beiden Regierungsmitglieder zur Kenntnis nehmen können. Meine Fraktion jedenfalls weigert sich, eine solche Vorgangsweise hier in diesem Haus einreißen zu lassen.

Drittens möchte ich sagen: Wenn der Herr Abgeordnete Gratz meint, wir hätten die zeitgerechte Budgetrede verhindern wollen, dann muß ich fragen: Was heißt hier „zeitgerecht“? Hat der Herr Finanzminister etwa einen Rechtsanspruch auf eine bestimmte Zeit, zu der er seine Rede halten kann?

Ich erlaube mir jetzt noch die Bemerkung, weil der Herr Abgeordnete Lanc heute unseren Klubobmann apostrophiert hat, er würde seine Rede verlesen, ob der Herr Finanzminister einen Rechtsanspruch darauf hat, seine Rede zu verlesen, um auch das hier deutlich zu sagen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Probst: Das hat er!*) Man soll hier nicht zweierlei Maß anwenden.

Das vierte, was ich sagen möchte, ist: Wenn der Herr Abgeordnete Gratz hier meint, daß eine dringliche Anfrage eine Störaktion bedeutet, dann muß ich doch fragen, ob parlamentarisch sichergestellte Möglichkeiten einer Oppositionspartei, die in der Geschäftsordnung ganz genau geregelt sind, etwa vom Herrn Klubobmann der SPÖ als eine Störaktion empfunden werden? Es ist dann wahrscheinlich der Weg nicht mehr sehr weit, daß überhaupt die ganze Opposition als ein Störfaktor empfunden wird und daß man am liebsten die ganze Opposition aus diesem Parlament ausschalten möchte. (*Zustimmung bei ÖVP und FPÖ. — Abg. Offenböck: Das ist der Übergang von der Rechts- zur Linkstaatlichkeit!*)

Nun noch eine Frage an die beiden Regierungsmitglieder. Sie haben also gesagt, Sie würden zur Beantwortung der an Sie ge-

Dr. Gruber

stellten Fragen eine gewisse Zeit benötigen, um sich vorzubereiten. Ich muß schon fragen, Herr Bundeskanzler, Herr Finanzminister: War es wirklich nicht möglich, auf die erste an Sie gestellte Frage sofort zu antworten, nämlich ob Sie den Auftrag des Artikels 51 Abs. 1 der Bundesverfassung in vollem Umfang beachtet haben oder nicht? Darauf würde ein Ja oder ein Nein genügt haben. Gar nicht mehr. Und dazu brauchen Sie Zeit, um sich vorzubereiten? Das verwundert mich sehr.

Ich muß sagen, Herr Bundeskanzler, Herr Finanzminister: Wir haben heute in der Fragestunde schon dieses Thema angeschnitten, und der Herr Finanzminister hat auf eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Sandmeier geantwortet. Wäre es nicht wenigstens eine Geste der parlamentarischen Höflichkeit gewesen, Herr Finanzminister, auch auf diese Anfragebeantwortung zu verweisen? Aber nicht einfach die Abgeordneten so abzutun: Was interessiert uns das, was ihr fragt! Ihr bekommt von uns keine Antwort, nur dann, wenn es uns paßt! Nur dann, wenn es Ihnen paßt, hat der Herr Klubobmann Gratz gesagt. Ich werde Ihnen sagen: Sie werden dann zu antworten haben, wenn es uns paßt, und nicht wenn es Ihnen paßt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Über diese eine Frage hinaus ist an den Bundeskanzler eine einzige Frage gerichtet gewesen. Darauf konnte er keine Antwort geben, oder er wollte nicht.

Der Finanzminister sollte auf zwei Fragen Antwort geben. Wäre es so schwierig gewesen, sich eine Antwort in der Zeit zwischen Einbringung und dem Aufruf zu überlegen?

Der Abgeordnete Gratz hat sich heute rein formal mit dem ganzen Vorgang beschäftigt. Es ist sehr interessant, daß gerade er sich so sehr über diese Vorgangsweise aufgehalten hat, wo doch er eine dringliche Anfrage am 21. Oktober 1969, an dem Tag, wo die Budgetrede des Finanzministers Dr. Koren angekündigt war, eingebracht hat. Es ist also gar kein neuer Vorgang, daß wir uns am gleichen Tag mit einer dringlichen Anfrage betreffend Probleme des Budgets auseinandersetzen haben. Man könnte sagen: Was dem Herrn Abgeordneten Gratz am 21. Oktober — ich sage noch einmal am 21., weil er geglaubt hat, er könnte mich während seiner Rede berichtigen und mich sozusagen der Unwissenheit überführen. Er hat sich eigentlich in dieser Frage blamiert, denn er hätte es wissen müssen, wann er seine dringliche Anfrage eingebracht hat! — erlaubt ist, das soll dem Abgeordneten Koren heute verboten sein? Das soll heute eine Störaktion sein? Mit dieser Logik — muß ich ehrlich sagen — kommen wir nicht zu Rande.

Wir kommen auch mit einer anderen Logik nicht zu Rande; einer Logik, die sowohl der Herr Abgeordnete Gratz wie auch der Herr Finanzminister heute zum besten gegeben hat.

Worum ist es am 21. Oktober 1969 gegangen? Die sozialistische Fraktion hat sich darüber beschwert, daß sie keine Auskünfte von Regierungsmitgliedern der Österreichischen Volkspartei betreffend das Budget erhalten hat. Die sozialistische Fraktion hat damals gesagt: Der Rechtsstandpunkt der ÖVP-Regierung sei unhaltbar. Die Abgeordneten hätten trotzdem ein Anrecht zu erfahren, was im Budgetentwurf drinnen stünde. Die ganze Argumentation ist in diese Richtung gegangen.

Heute setzen wir uns mit der Argumentation der Sozialisten auseinander, weil sie nämlich den Artikel 51 Abs. 1 zu Hilfe nehmen, um uns die Antworten zu verweigern. Da sagt der Abgeordnete Gratz nichts mehr zu dieser Argumentation, weil die Sozialisten eine Wendung um 180 Grad vorgenommen haben. Sie verteidigen heute ihre Möglichkeit, den Abgeordneten nichts über das Budget vor der Einbringung zu sagen, aber — jetzt kommt ja das Sonderbare dieser Logik — sie sagen: Den Abgeordneten brauchen wir nichts zu sagen; die sollen in Dummheit sterben. Aber wir nehmen das Recht für uns in Anspruch, die Öffentlichkeit über Details des Budgets ohne weiteres zu informieren. Das, Herr Finanzminister, werden wir Ihnen nicht abnehmen, auch nicht das, was Sie heute dem Herrn Abgeordneten Sandmeier in der Fragestunde geantwortet haben; das ist eine Rechtsauffassung, die von uns nicht geteilt werden kann. (*Beifall bei der ÖVP.*) Der Artikel 51 Abs. 1 bezieht sich auf den Inhalt, aber Details kann man ja ohne weiteres bekanntgeben. Sie haben erklärt, Herr Finanzminister, es würde sich nur um den Inhalt handeln, und der Inhalt sei eben die Gesamtheit, und einzelne Teile könne man ohne weiteres ... (*Bundesminister Dr. Androsch: Das habe ich nicht gesagt!*) Herr Finanzminister, ich habe leider jetzt die Anfragebeantwortung nicht da, aber auf das werden wir zurückkommen. Es geht einfach nicht an, daß man die Öffentlichkeit so kleinweise mit Einzelheiten über das Budget füttert, damit man ständig im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht, damit man sozusagen das Interesse auf sich lenkt. Aber den Abgeordneten sagt man natürlich nichts! (*Abg. Dr. Blenk: Auch auf Detailfragen nicht!*) Herr Finanzminister! Sie sagen, es sei hier nichts bekanntgegeben worden. Es sind Teile des Budgets bekanntgegeben worden! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Pressekonferenz vom 5. 10. Details über den Dienstpostenplan mitgeteilt. Bei einer anderen

Dr. Gruber

Gelegenheit sagte jedoch der Herr Bundeskanzler: Der Dienstpostenplan ist ein Teil des Bundesvoranschlages; man darf nichts darüber sagen.

Der Herr Finanzminister erklärt in seiner Pressekonferenz vom 10. 10. über das Budget eine ganze Menge. In der „Kronenzeitung“ vom 23. 9. und vom 26. 9. steht eine Unmenge an Details. Aber das alles muß doch irgendwo herkommen, Herr Finanzminister. So einfach können Sie sich das nicht machen, daß Sie sagen: Ich heiße Hase, ich weiß von nichts. Ich weiß nicht, wieso das an die Öffentlichkeit kommt. Sie sind der Ressortchef! Sie sind verantwortlich dafür! Sie haben zum Rechten zu sehen, wenn aus Ihrem Ministerium, von mir aus auch aus einem anderen, aber das, glaube ich, dürfte sicherlich nicht der Fall sein, etwas hinauskommt.

Ich erinnere mich: Im Jahre 1969 haben Sie den Budgetreferenten des Unterrichtsministeriums, den Sektionschef Pruckner, in der dringlichen Anfrage sehr hart genommen, weil er einige Details des Budgets bekanntgegeben hat.

Aber jetzt geschieht nichts. Jetzt geht das alles in Ordnung. Man zieht sogar die Öffentlichkeit noch auf sich, und macht die Budgetrede für den Mittwoch am Sonntag vormittag in Anwesenheit eines Journalisten, damit dann eine Schlagzeile kommt: „So baut Androsch seine Budgetrede.“ Glauben Sie, wenn da drinnen steht, daß mit den Zahlen so herumgeworfen worden ist, und Sie die Meinung vertreten, nur nicht zuviel Zahlen, daß ein Journalist über diese Zahlen nichts erfahren hat oder erfahren konnte bei so einer Gelegenheit? Aber Sie brauchen natürlich Publizität und da brauchen Sie einen Journalisten, der sieht, wie Sie am Sonntag vormittag Ihre Budgetrede basteln.

Ich glaube, das ist doch ein unerhörter Vorgang. Ich habe einen Dringlichkeitsantrag Kärntner Landtagsabgeordneter vor mir liegen, in dem verlangt wird, daß die Mittel des Wasserwirtschaftsfonds erhöht werden sollen. In diesem Dringlichkeitsantrag der sozialistischen und freiheitlichen Abgeordneten heißt es: „Außerdem darf nicht übersehen werden, daß dem Wasserwirtschaftsfonds ab dem Jahre 1973 jährlich 150 Millionen Schilling aus Budgetmitteln zugeführt werden.“ Dringlichkeitsantrag vom 4. Oktober 1972, und ich frage Sie, Herr Finanzminister: Woher wissen sozialistische Abgeordnete im Kärntner Landtag, wieviel Budgetmitteln dem Wasserwirtschaftsfonds im Jahre 1973 zur Verfügung stehen? (*Bundesminister Dr. Androsch: Finanzausgleichsvereinbarung!*) Herr Finanz-

minister! Ich muß also sagen, daß uns das einfach über die Hutschnur geht, wenn Sie der Öffentlichkeit gegenüber immer wieder Erklärungen abgeben, aber den Abgeordneten jede Auskunft verweigern! (*Abg. Dr. Tull: Das ist doch im Finanzausgleich, der paktiert wurde!*) Sind die Ziffern auch alle aus dem Finanzausgleich, die in der „Kronenzeitung“ gestanden sind? (*Abg. Dr. Tull: Da kann man sich doch so viel errechnen, wenn man ein bißchen was versteht!*) Sind das auch alle Ziffern des Finanzausgleiches in der „Kronenzeitung“ vom 23. und 26. September, Herr Abgeordneter Tull? Darin steht nicht nur eine Ziffer. Darin sind mindestens 2 Dutzend Ziffern enthalten. Dann will man den Abgeordneten sagen, das sei alles unter dem Artikel 51 Abs. 1, Geheimhaltung, geschehen; der Abgeordnete darf darüber nichts wissen.

Herr Finanzminister! Noch ein Detail möchte ich zur Sprache bringen. Die Debatte über das Budget hat ja nicht zuletzt auch mit der Äußerung des Arbeiterkammersekretärs Doktor Reithofer eingesetzt, als er erklärt hat, daß eine gewisse Höhe des Budgetdefizits untragbar wäre. Sie haben sich dann aus der Affäre gezogen, indem Sie sagten: Na ja, der Dr. Reithofer hat als derzeitiger Vorsitzender des Beirates aus der Kenntnis der Budgetprognosen gesprochen.

Herr Minister! Eine Aufklärung hätte ich aber doch ganz gern. Auf eine unserer Anfragen haben Sie mitteilen müssen, daß Doktor Reithofer einen Werkvertrag mit dem Finanzministerium habe und daß er für seine Leistungen im Jahr 60.000 S erhalte. Zu seinen Aufgaben gehören Ad-hoc-Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Budgetpolitik. Es ist doch ein sehr eigenartiges Zusammentreffen, Herr Finanzminister, daß ein Arbeiterkammerangestellter eine Äußerung zur Budgetpolitik macht und daß derselbe einen Werkvertrag Ihres Ministeriums hat, eben um solche Ad-hoc-Stellungnahmen abzugeben.

Jetzt fragt sich natürlich die Öffentlichkeit: Wird Herr Dr. Reithofer von Ihnen dafür bezahlt, daß er einmal eine Stellungnahme abgibt und daß Sie sich dann gegen diese Meinung des Dr. Reithofer ins rechte Licht setzen und sagen können: Nein, nein, so arg ist es ohnehin nicht; das Defizit wird nicht so viel ausmachen, es ist ohnehin geringer.

Das ist immerhin eine etwas aufklärungsbedürftige Sache, und, Herr Finanzminister, es wäre uns schon sehr lieb, wenn Sie uns sagen könnten, welche Leistungen Herr Doktor Reithofer im Rahmen seines Werkvertrages im Jahr 1972 außer diesen Ad-hoc-Stellungnahmen zum Budget für das Finanzministerium sonst erbracht hat.

Dr. Gruber

Im Bericht des „Kurier“ von gestern über die Sonntagsarbeit des Herrn Finanzministers war auch noch eine ganz interessante Floskel drinnen. Da hat es geheißen: Aus dem Radio tönt Musik, es war gerade die Übertragung des katholischen Gottesdienstes, dann ist das „Ite missa est“ gekommen, und einer Ihrer Mitarbeiter hätte gesagt: Da schaut her, da ist schon der Segen der Kirche! (*Abg. Dr. Tull: „Das ist der Budgetsegen!“ hat es wörtlich geheißen! Von der Kirche war kein Wort die Rede!*) — Das ist der Budgetsegen. Danke schön, Herr Abgeordneter Tull! Das trägt schon zur Aufklärung des Sachverhaltes bei.

Herr Finanzminister! Das „Ite missa est“ gilt in der Kirche immer als ein Abschieds- und Segenswunsch. Das ist richtig. Ich glaube, die österreichische Bevölkerung hat jetzt auch einen sehr dringlichen Wunsch: Sie möchte Ihnen keinen Segen für dieses Budget geben, aber sie wünscht sich sehr Ihren Abschied. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst** (*der inzwischen den Vorsitz übernommen hat*): Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Meine Herren Regierungsmitglieder, Sie brauchen keine Angst zu haben, daß ich Sie heute als Preistreiber begrüße, denn mittlerweile hat es sich in der gesamten österreichischen Öffentlichkeit herumgesprochen, daß Sie die Preistreiber waren. Ich möchte aber, bevor ich in der Debatte auf etwas eingehe, wo sich die Regierungsmitglieder in verlegenes Schweigen hüllen, weil sie offenbar erst eine Antwort erfinden müssen, zuerst ein Wort zu dem sagen, was der Herr Klubobmann der Regierungsfraktion gesagt hat.

Der Herr Klubobmann der Regierungsfraktion bezeichnete die dringliche Anfrage als Störaktion. Meine Herren Sozialisten! Darf ich Sie daran erinnern, wie oft Sie — und das ist durchaus Ihr demokratisches Recht und das Recht vor allem jeder Opposition — dringliche Anfragen an Regierungsmitglieder gestellt haben. Es wäre in diesem Hause niemandem eingefallen, das als Störaktion zu bezeichnen. Ich glaube, daß Sie mit einer solchen Herabwürdigung von ureigensten parlamentarischen Rechten, in diesem Fall der Opposition, an den Grundfesten dieser Demokratie rütteln. Ich habe der Volkspartei, als sie in der Regierung war, ein- oder zweimal etwas gesagt, was ich Ihnen auch sagen möchte: Jede Partei dieses Hauses kann wieder einmal in Opposition sein, auch die Sozialisten. Und denken Sie dann daran, was Sie heute sprechen; das hat auch dann noch Gültigkeit.

Der Herr Klubobmann hat weiters gesagt, bei dieser dringlichen Anfrage gehe es offenbar nicht um die Sache, auch nicht bei der nächsten dringlichen Anfrage. Ich würde dem Herrn Klubobmann empfehlen — ich weiß ja nicht, ob sich der „Mordskerl“ Lütgendorf genauso in Schweigen hüllt wie sein Regierungschef Kreisky (*Heiterkeit*) —, vorher das Tonband — ich glaube, er ist ja Mitglied oder Ersatzmitglied des Verteidigungsrates — der letzten Sitzung des Verteidigungsrates anzuhören, denn darauf werden wir zu sprechen kommen, und dann weiß er, warum die dringliche Anfrage notwendig geworden ist. Hier liegt die Ursache ganz woanders.

Zweifellos ein völlig neuer Regierungsstil, der uns heute hier präsentiert wird. Der sonst so redegewandte und durchaus auch geschärfte Herr Bundeskanzler wählt das Schweigen. Er wählt das Schweigen, wenn die Volksvertreter fragen, welche Teuerungsrate er in der nächsten Zeit auszulösen beabsichtige. Er hüllt sich in Schweigen, wenn Volksvertreter ihn etwa fragen um das Schicksal von Rentnern und Pensionisten. Er hüllt sich in Schweigen und zieht sich zurück hinter die Geschäftsordnung. — Die Möglichkeit besteht, Herr Bundeskanzler, ich gratuliere! Ich freue mich immer, wenn die Abgeordneten die Geschäftsordnung beherrschen. Aber Sie gestatten, wenn ich auch sage: Es ist ein neuer Stil, der noch von keinem Kanzler in diesem Parlament gewählt wurde: das Schweigen, wenn die ureigensten Interessen des Volkes zur Diskussion gestellt werden. Sie hätten sehr viele Möglichkeiten gehabt, auch Möglichkeiten des Ausweichens, aber von vielen Möglichkeiten haben Sie zweifellos die undemokratischste gewählt. Sie haben jene gewählt, die an und für sich sonst nur Kaiser, Potentaten und Diktatoren üblicherweise verwenden, dann, wenn es unangenehm wird, zu sagen: Ich gebe keine Antwort! (*Abg. Peter begibt sich zum Rednerpult und übergibt dem Redner einen Zettel.*) Danke schön! Ich bekomme hier eine interessante Mitteilung. Der so schweigsame Kanzler, der nichts zu antworten weiß, hat für 13 Uhr eine Pressekonferenz ... (*Abg. Peter: Der Finanzminister!*) Der Finanzminister hat für 13 Uhr eine Pressekonferenz einberufen, während der Sitzung dieses Hauses! (*Abg. Peter: Dort redet die Regierung! Vor dem Parlament redet sie nicht! — Rufe bei der ÖVP: Unerhört! — Weitere Zwischenrufe.*) — Eine Pressekonferenz des Finanzministers zum Budget 1973, die auf 15 Uhr verschoben worden ist, weil offenbar der Finanzminister weiter schweigend ausharrt. Herr Finanzminister — Sie wissen, daß ich immer ein offenes und ehrliches Wort mit den Sozialisten gesprochen habe —: Ich bin bitter

Zeillinger

enttäuscht, denn der demokratischen Diskussion im Parlament auszuweichen, das ist etwas, was ich persönlich von Sozialisten nicht erwartet habe.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Sie haben 93 Mandate und damit die absolute Mehrheit. Aber wir Minderheit haben noch die Demokratie und haben noch das Parlament und das verteidigen wir! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*) Wir stehen in dieser Stunde in der Verteidigung der Demokratie und der ureigensten Rechte der Volksvertretung, denn das Recht des Volksvertreters, die Mitglieder der Regierung zu fragen, ist verankert, und wenn die Regierung die Antwort verweigert und sagt: Ich lasse euch reden!, so rütteln Sie, meine Herren Sozialisten, an den Grundrechten dieser Volksvertretung, und das bitte ich Sie noch einmal zu überlegen.

Ich weiß nicht, ob Sie gut beraten waren. Sie können sich hinter der Geschäftsordnung verstecken. Ob es mutig ist, das lasse ich dahingestellt. Sie können die Rolle spielen wie der Kanzler, wie ein trotziger Bub, wenn die Mutter sagt: Du ißt jetzt die Suppe!, und er sagt: Nein! Die Suppe mag ich jetzt nicht essen! — Jetzt gebe ich keine Antwort! Er ist trotzig, er pitzelt (*Heiterkeit*), er will nicht. Er will dann antworten, wenn er will.

Herr Bundeskanzler! Damit haben Sie ein weiteres sehr ernstes Problem angeschnitten. Sie sind der Diktator in der Regierung und in der Sozialistischen Partei, aber noch nicht im Parlament! Wir werden verhindern, ganz gleichgültig, wer Kanzler ist, daß Sie bestimmen, was Tagesordnung ist. Und ob Sie sich dann, gleichgültig zu welchem Punkt, zu Wort melden, um einen anderen Punkt zu beantworten, das ist eine Geschäftsordnungsfrage, die die Geschäftsordnung eindeutig zu Ihren Ungunsten beantwortet, hat mein Kollege Broesigke gesagt.

Sie können wieder Ihre 93 Mandate ausspielen, Sie können ununterbrochen beweisen, daß dieses Österreich eine rote Mehrheit hat und daß Sie diese rote Mehrheit einsetzen, um die Minderheit zum Schweigen zu bringen. Das können Sie. Aber Sie können uns nicht überzeugen; und Sie können vor allem eines nicht, Sie können damit nicht das Problem aus der Welt schaffen.

Herr Bundeskanzler! Sie werden antworten müssen, aber nicht dann, wann Sie wollen, sondern dann, wann die Volksvertretung will. Und das wird die Präsidialkonferenz zwischen diesen Sitzungen — so hoffe ich — eindeutig zu klären haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Souverän dieses Hauses sind die Volksvertreter und nicht der Bundeskanzler! (*Erneuter Beifall bei der FPÖ.*) Herr Bundeskanzler, Sie haben es ja angedeutet, Sie haben geschäftsordnungsmäßig die Möglichkeit, wenn wir Sie fragen, welche Preissteigerungen Sie auslösen wollen, zu schweigen.

Der Finanzminister hat ein dickes Buch mitgebracht, er hat eine Pressekonferenz einberufen, der weiß genau, wieviel Prozent die von der Regierung ausgelösten Preissteigerungen im nächsten Jahr ausmachen werden. Das ist ja kein Geheimnis mehr. Sie können natürlich nach der Geschäftsordnung die Antwort zwei Monate lang verweigern, Sie brauchen sogar — Herr Kanzler, ich weiß nicht, ob Sie es schon gelesen haben, ich darf Sie darauf aufmerksam machen — nach zwei Monaten noch immer nicht antworten und sagen, Sie brauchen nur zu begründen, warum Sie die Antwort verweigern. Alle diese Möglichkeiten haben Sie. Ich würde gar nicht daran zweifeln, daß Sie aus Angst — und nur Angst kann es sein, Herr Bundeskanzler —, hier einmal offen die Wahrheit sagen zu müssen, weiter die Antwort hinausschieben. Nur besser wird es nicht!

Herr Bundeskanzler, glauben Sie denn — was auf Grund von Indiskretionen bisher von Ihnen und dem Finanzminister in die Öffentlichkeit getragen wurde —, wenn dieses Budget verwirklicht wird, daß Sie bis dahin die Preissteigerungen abfangen? Ich glaube, Sie würden sich mit den heutigen Preissteigerungen noch leichter antworten als in zwei Monaten, denn was bisher war, war ein Übel, aber was jetzt angedroht wird! Möglicherweise, wenn der Finanzminister seine Rede noch zurückziehen sollte, nähern wir uns bereits der Inflation und der Katastrophe.

Das sind die ernstesten Probleme! Sie schaffen Sie nicht aus der Welt, Sie können nur mangels Mut die Antwort um zwei Monate hinauszögern. Wenn Sie diesen Weg gehen, ist das Ihre Sache.

Darf ich hier bei dieser Gelegenheit, Herr Kanzler und meine Herren von der sozialistischen Fraktion, Sie an jene Sitzung vom 15. Dezember 1971 erinnern, wo Sie bitterböse auf mich und auf die freiheitliche Fraktion waren. Wir Freiheitlichen haben damals, als die Regierung Kreisky eine Welle von Preissteigerungen von staatlicher Seite auslöste, um ihre Ausgabenwirtschaft decken zu können, das nicht nur als Preistreiberei bezeichnet, sondern wir haben damals — und ich darf vielleicht hier mit Genehmigung des Präsidenten aus dem wörtlichen Protokoll vom 15. Dezember zitieren — Ihnen auch andeutungsweise vorausgesagt, welche Preissteige-

Zeillinger

rungen Sie auslösen. Ich erklärte namens der freiheitlichen Fraktion am 15. Dezember 1971: „Von den Fachleuten ist errechnet worden, daß die bisher von der Regierung Kreisky, von der sozialistischen Mehrheit beschlossenen Preissteigerungen bereits eine zusätzliche Belastung des Österreicher und seiner Lebenshaltungskosten von 6,2 Prozent unmittelbar ausmachen . . . Um 6,2 Prozent haben Sie in wenigen Wochen für den kleinen Mann, für den Konsumenten in Österreich die Kosten gesteigert.“

Meine Herren von der Regierung, von der sozialistischen Fraktion! Das erschien Ihnen damals ungeheuerlich. Leider Gottes ist die Mehrheit der Sozialisten damals hinausgegangen und hat es nicht geglaubt, aber einige sind herinnen geblieben. Sie haben mir einiges an den Kopf geworfen. Das Mildeste war: „Unerhört, was Sie sich hier erlauben“ — laut Protokoll. Ein Kollege von Ihnen nannte mich einen „Kasperl“, als ich das damals erklärte, ein anderer Kollege sagte zu mir: „Schämen Sie sich!“ Ich weiß nicht, wer sich jetzt schämen sollte mit den 6,2 Prozent. Ein weiterer Kollege rief von der sozialistischen Fraktion zu mir herunter: „Sie sind ein Oberdemagoge.“ Ich muß das zurückweisen, aber nicht als Beleidigung, sondern ich war kein Oberdemagoge, ich war ein Unterdemagoge (*Heiterkeit bei der FPÖ*), weil ich Ihre Fähigkeit, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, unterschätzt habe, die Preise hinaufzusteigern. Sie haben damals 6,2 Prozent als Oberdemagogie bezeichnet.

Darf ich jetzt daran erinnern, das war im Dezember 1971. Im März 1972, Herr Bundeskanzler, haben Sie die Preissteigerungen auf 6,2 hinaufgelenkt. Es ist ja alles „gelenkt“. Es soll mir niemand einreden, daß der Greißler an der Ecke schuld ist. Ich meine, diese Demagogie nimmt ja niemand ab, sondern mit dem Budget, daß Sie heute vorlegen, wissen wir nachher, was der Herr Österreicher im nächsten Jahr für die Ausgaben bezahlen muß, die Sie leisten wollen. Im März, also vier Monate später, hatten wir genau jene 6,2 Prozent, über die Sie gesagt haben, „Kasperl“, „Schämen Sie sich“, „Unerhört“, „Oberdemagoge“.

Meine Herren! Das verstehe ich natürlich. Das ist der wahre Grund, warum der Kanzler heute schweigt, denn er hätte antworten müssen, warum damals seine Fraktion 6,2 Prozent als Demagogie bezeichnet hat und warum er drei Monate später die Preissteigerungen auf 6,2 Prozent und bis zum Sommer auf 6,5 Prozent hinaufgetrieben hat. Vor dieser Antwort, Herr Kanzler, fürchten Sie sich.

Darf ich Ihnen auch nur einen kleinen Unterschied sagen, einen Unterschied, der vielleicht in der Öffentlichkeit zu wenig fühlbar ist. Es ist der Unterschied, daß man auch anders regieren kann, wenn man keine Mehrheit hat. Ich habe schon einmal in diesem Hause gesagt, diese zwei Mandate mehr, die absolute rote Mehrheit, kostet dem Österreicher ungezählte Milliarden, die muß jeder bis zum kleinsten Rentner bezahlen. Alles, was teurer wird, muß er mit diesen zwei Mandaten bezahlen.

Man kann auch anders regieren; dieser Kanzler, der hier sitzt, und dieser Finanzminister haben ja auch ganz anders regiert, haben besser regiert, als sie noch Minderheit waren, als sie noch ins Parlament gehen mußten mit dem Hute in der Hand und eine Mehrheit suchen mußten (*Heiterkeit*), als sie noch verhandeln mußten, als sie genau wußten, daß sie keine Mehrheit finden, wenn sie willkürliche Preissteigerungen machen.

Darf ich aus der sozialistischen Zeit gegenüberstellen: Im April 1970 gab es Preissteigerungen von 3,8 Prozent. Für die Öffentlichkeit darf ich wiederholen, daß Preissteigerungen unvermeidbar sind. Wir wollen keine Demagogie betreiben. Preissteigerungen bis zu 4 Prozent halten sich durchaus in einem Rahmen, der zwar seinerzeit die Sozialisten zu empörten Rufen gegen die Volksparteiregierung auf den Plan gerufen hat. Diese 4 Prozent gehören ja bereits dem goldenen Zeitalter, möchte ich fast sagen, an.

Aber im April 1970, als der Kanzler und die sozialistische Regierung in der Minderheit waren, als die Sozialisten keine Mehrheit hatten, betrogen die Preissteigerungen 3,8 Prozent. Im April 1972, Herr Bundeskanzler, bei einer sozialistischen Mehrheit, betrogen sie 5,6 Prozent. Im Mai 1970, als sie in der Minderheit waren, betrogen die Preissteigerungen 4,2 Prozent. Im Mai 1972 haben Sie mit sozialistischer Mehrheit die Preise um 6 Prozent gesteigert. Im Juli 1970, wo Sie noch Minderheit waren und fragen mußten: Können wir das tun?, betrogen die Preissteigerungen immerhin 4,6 Prozent, im Juni 1972 6,5 Prozent. Diese 2 Prozent mehr Preissteigerungen muß eben jeder für die zwei Mandate bezahlen. Ich habe ja schon einmal gesagt: Jedes Mandat mehr über die absolute Mehrheit hat dem Österreicher ein Prozent an Lebenshaltungskosten mehr gekostet. Eine eherner Regel, an die Sie sich scheinbar felsenfest halten.

So ist die Situation. Man kann auch anders regieren. Man soll nicht von importierten Preissteigerungen reden. Ich darf daran erinnern, Herr Finanzminister, daß ich Ihnen

Zeillinger

nachgewiesen habe, daß wir heute zu jenen europäischen Staaten gehören — und das sind doch die Schwierigkeiten in Europa —, die Europa fürchtet, nicht nur, weil sie im Grunde genommen zehn Jahre hindurch erbitterte Gegner der europäischen Gemeinschaft waren, sondern weil sie bereits als Exporteure der Inflation gelten. Die Europäer wollen nicht auch mit Preissteigerungen zu kämpfen haben und die österreichische Inflationspolitik der Sozialisten nach Europa hineinragen lassen.

Das sind die Probleme, und darüber schweigen Sie heute, Herr Kanzler! Darauf wollen Sie nicht antworten. Sie möchten am liebsten um 3 Uhr in der Früh antworten, wenn niemand da ist, keine Presse, keine Zuhörer und das Fernsehen abgeschaltet ist. Das wäre Ihr schönster Wunsch, wenn es jetzt gelänge, die Massenmedien zurückzudämmen, damit in der Öffentlichkeit nicht mehr diskutiert werden kann. Denn auch der sozialistische Wähler wird nachdenken: Warum war die sozialistische Regierung Kreisky so viel besser, als sie in der Minderheit war? Und warum ist sie so viel schlechter geworden, warum sind die Preise um so viel mehr gestiegen, seitdem es eine absolute Mehrheit gibt? Dieselben Sozialisten, dieselbe Regierung, die gleiche Regierungsfraktion, nur eine absolute Mehrheit!

Jetzt machen Sie, meine Herren, rein sozialistische Politik. Und das muß der Rentner, der Pensionist und der kleine Mann in Österreich bezahlen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Darüber wollen wir in diesem Parlament diskutieren, darüber wollen wir sprechen, darüber bringen wir eine dringliche Anfrage ein. Ja, wann denn als in dem Augenblick, wo der Finanzminister seine Budgetrede hält, wo er mitteilt, was er im nächsten Jahr an Preissteigerungen hier vorschlagen will?!

In dem Augenblick ergreifen Sie die Flucht, hüllen sich in Schweigen und verweigern die Antwort. Sie berufen sich auf die Geschäftsordnung. Ich bekenne das als Jurist, das ist Ihr juristisches Recht. Ob es gut ist, wenn wir als Volksvertreter den Pensionisten sagen, der Kanzler hat auf die Fragen nicht geantwortet, die wir gestellt haben, der Kanzler hat sich in Schweigen gehüllt?

Der Finanzminister beruft eine Pressekonferenz ein, aber er verweigert hier im Hohen Hause die Antwort auf die Fragen. *(Bundesminister Dr. Androsch: Schon seit Tagen!)* Herr Finanzminister, wenn sie schon seit Tagen einberufen ist — ich darf zu dem Zwischenruf des Herrn Finanzministers: Sie ist schon seit Tagen einberufen, sagen: Ich nehme nicht an, daß Sie eine Pressekonferenz einberufen haben, um dort zu schweigen. Denn

die Journalisten haben keine Geschäftsordnung, die müssen sich das nicht gefallen lassen, was wir uns gefallen lassen müssen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Sie sind sehr gesprächig, nur mit einem Unterschied: Dort können Sie nach der Methode Lütgendorf einiges erzählen; hier sitzen aber die Leute, die ans Rednerpult gehen können und Ihnen das sofort widerlegen können. Der Journalist muß auch erst die Unterlagen herbeiholen, ehe er Ihnen antworten kann. Herr Finanzminister! Ich mache auch viele Pressekonferenzen mit. Es ist leichter, sich in der Pressekonferenz herauszureden, als hier im Parlament Rede und Antwort zu stehen. Sie reden in der Pressekonferenz — Ihr gutes Recht, Ihre Pflicht in der Demokratie —, aber Sie reden nicht im Parlament, obwohl es hier Ihr Recht und auch vor allem Ihre Pflicht gegenüber der Volksvertretung wäre.

Sehen Sie, die Gesprächigkeit, die Sie an anderen Orten haben, die sollten Sie auch hier haben. Gerüchtweise — ich möchte noch einmal sagen, ich weiß noch gar nichts, denn man hüllt sich ja in Schweigen — soll also der Finanzminister die Absicht haben, nächstes Jahr ein Budget mit 139 Milliarden anzutragen, es soll also 11 Milliarden Defizit geben, ich hörte heute, daß die Ausgaben um 16 Milliarden gesteigert worden sind. Ich darf Ihnen gleich sagen, Herr Finanzminister, ich glaube es nicht, denn das wäre ja genau die Politik, die Sie immer bei der ÖVP bekämpft haben. Da hätten wir ja gleich den Klaus lassen können, schlechter war er dann auch nicht mehr. Sie machen ja genau dieselbe Politik weiter, Sie machen dann genau das, was Sie jahrelang bekämpft haben. Aber entschuldigen Sie, ich muß noch etwas offen sagen: Wenn das die Wahrheit ist, daß der Finanzminister in einigen Stunden die Absicht hat, das hier vorzutragen, dann soll die Öffentlichkeit jetzt schon erfahren: Dann lösen Sie noch größere Preissteigerungen aus als in der Vergangenheit, dann reden Sie sich nicht aus auf Europa, nicht auf importierte Preissteigerungen, sondern wenn Sie ein Defizit von 11 Milliarden, wenn Sie die Staatsausgaben um 16 Milliarden steigern wollen, also noch so viel mehr hinaufsteigern, dann heißt das übersetzt in die Sprache des Volkes: Du Österreicher zahlst das mit Preissteigerungen von wahrscheinlich 7 und mehr Prozent. Jetzt können Sie ruhig sagen, ich bin ein Demagoge, weil ich jetzt noch soviel mehr hinaufsteigere und sage: 7 und mehr Prozent. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Fischer.)*

Sie, Herr Kollege, haben „Kasperl“ zu mir gesagt, weil ich gesagt habe 6,2 Prozent. *(Abg. Dr. Fischer: Das habe ich aus einem ande-*

Zeillinger

ren Grund gesagt!) Ja, Herr Kollege, ich weiß, mit beleidigenden Zwischenrufen sind die Sozialisten sehr gesprächig. Fragen Sie einmal Ihren Kanzler, welche Rolle er jetzt mit seinem Schweigen spielt. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Ich glaube, Herr Kollege, daß ein Volksvertreter, der den Mund aufmacht und drei Monate vorher das ankündigt, was die Regierung ausgelöst hat, eine bessere Rolle spielt als ein Kanzler, der hinten sitzt und schweigt, weil er sich nicht zu antworten traut. *(Abg. Oienböck: Der Kanzler ist schmähtad!)* Na, das glaube ich nicht, warten wir auf die nächste Pressekonferenz. *(Heiterkeit.)* Das ist ja das Schöne, wenn wir Freiheitlichen nicht dabei sind — ich darf für Sie auch sprechen —, wenn die Opposition nicht dabei ist, da redet man sich um soviel leichter. Und wenn nur ein Fernשמיקrophon oder ein ORF-Mikrophon davorsteht und es kann keiner widersprechen, da kann man doch dem Österreicher alles erzählen, aber Sie können ihm nicht mehr erzählen, daß die 6,2 Prozent, die Sie im Vorjahr bestritten haben, nicht mittlerweile längst hier eingetreten sind, und Sie können ihm auch nicht einreden — ich glaube es noch nicht, bevor es der Finanzminister noch nicht offiziell verkündet, er schweigt, wir können es nicht sagen, bevor er nicht verkündet, was er will, können wir also noch nicht darüber diskutieren; aber wenn es wahr sein sollte, daß er 139 Milliarden ausgeben will: 11 Milliarden Defizit hat 16 Milliarden Ausgabensteigerung —, daß das wie bisher nur eine starke Preissteigerung ist, Herr Minister, sondern dann leiten Sie eine gelenkte Inflationspolitik ein. Das wollen wir in aller Klarheit hier sagen. Ich glaube nicht, Herr Finanzminister, daß es Ihnen die Rede verschlagen hat, ich glaube nur, daß Sie jetzt in diesem Augenblick nicht in aller Öffentlichkeit und in Gegenwart der Opposition über diese Probleme sprechen wollen.

Ich habe gesagt — Sie werden es bei der zweiten Anfrage sehen —: Sie haben von vielen Wegen zweifellos den undemokratischsten gewählt. Ich weiß es nicht, das Urteil darüber wird die Öffentlichkeit sprechen, wir werden das Urteil darüber hören. Nur etwas, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister: Totgeschwiegen wird nichts! Totgeschwiegen haben Sie mit uns Freiheitlichen gemeinsam nichts gegen die ÖVP-Alleinregierung und totgeschwiegen wird auch nichts bei der sozialistischen Alleinregierung.

Sie haben zwar einen Kampf aufgenommen gegen die Massenmedien, insbesondere dem ORF den Kampf angesagt als dem Ihnen am unangenehmsten Massenmedium, weil es un-

mittelbar überträgt. Meine Damen und Herren! Jetzt weiß ich, warum der Kanzler den ORF nicht mag: Denn heute werden am Abend zwei Millionen Österreicher wissen, daß der Kanzler nicht bereit war, der Volksvertretung auf diese unangenehmen Fragen Antwort zu geben. Wenn es den ORF nicht gäbe oder noch immer den alten Proporz-ORF, dann würde das nicht übertragen werden. Das ist der Grund, Herr Kanzler. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Herr Kanzler! Verstehen Sie auch, warum wir die Massenmedien und warum wir diesen ORF verteidigen: Das Volk von Österreich soll erfahren, was sich in diesem Hause abspielt. Und wenn Sie nicht den Mut haben, zu antworten, dann sollen Sie wenigstens den Mut haben, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß Sie sagen: „Ich antworte nicht.“ Und es wäre gut, wenn Sie mit der gleichen Energie ...

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte den Redner, Schluß zu machen.

Abgeordneter **Zeillinger** *(fortsetzend)*: ... den Kampf gegen die Teuerung führen würden wie Sie den Kampf gegen den ORF führen.

Herr Bundeskanzler! Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Machen Sie eine bessere Politik, dann brauchen Sie die Massenmedien nicht zu fürchten. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** *(ÖVP)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hätte mich zu dieser Debatte nicht zu Wort gemeldet, wenn hier nicht ein Vorgang zu kritisieren wäre, der mich als relativ jungen Parlamentarier auf der einen Seite, aber auch als Theoretiker des Staatsrechtes auf der anderen Seite zutiefst betreffen würde. Da wird immer von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei, der Begriff der Demokratie groß geschrieben, da sprechen Sie ständig von der Transparenz, und wenn es hier in diesem Parlament, wo die Transparenz für die Öffentlichkeit wesentlich sein soll, zum Gespräch kommen soll, dann stehen Sie nicht Rede und Antwort, sondern sind ein „Mordschweiger“! *(Beifall bei der ÖVP und bei der FPÖ.)*

Ich möchte mich hier nicht in die juristischen Komplikationen dieser Geschäftsordnung einlassen. Ich möchte nur hervorheben, wenn man auf der einen Seite unter Berufung auf das Recht die Freiheit zu vertreten gewillt ist und auf der anderen Seite dann derartige Argumentationen mit dem § 73 der Geschäfts-

Dr. Ermacora

ordnung hört und liest, dann muß man sich an den Kopf greifen und die Frage stellen, was denn das Wesen einer dringlichen Anfrage ist. Das Wesen einer dringlichen Anfrage ist, daß man eine dringliche Antwort erwartet. Ich glaube, das ist das Wesen der dringlichen Anfrage und nicht, daß man keine Anfrage beantwortet bekommt, und nicht, daß man allenfalls vielleicht mit der Erklärung über die Budgetrede möglicherweise mit einem Nebensatz auf diese dringliche Anfrage eingeht. (Beifall bei der ÖVP und bei der FPÖ.)

Ich möchte es ganz offen hier aussprechen: Nach meiner festen Überzeugung haben Sie die Demokratie in diesem Parlament mißbraucht, schon längere Zeit mißbraucht: durch Fristsetzungen, die Ihnen nur zum Schaden gereicht haben, durch unvorbereitete Gesetze — ich möchte aufmerksam machen auf das Ortstafelgesetz, das ja nur durch Ihre Unvorbereitetheit hier in diesem Haus zu dieser Unruhe geführt hat. Sie treiben Mißbrauch mit dem Forum, indem von der Regierungsbank ständig souffliert wird, nicht mir jetzt im Moment, aber ich erinnere mich sehr wohl, daß immer souffliert wurde, wenn es brisant wurde.

Meine Damen und Herren! Das ist der Öffentlichkeit noch nicht deutlich gemacht worden, unter welchem Streß hier ein Oppositionsredner steht, wenn man ständig die Soufflierungen der Herren, die angesprochen sind, hören muß, und auf diese nicht antworten kann, daß man ständig den Gesten der Regierungsmitglieder hinter dem Rücken der Abgeordneten ausgesetzt ist, daß man ständig diese Gesten im Fernsehen sieht (*Zustimmung bei der ÖVP und der FPÖ*), daß man scheinbar technischen Schwierigkeiten ausgesetzt ist, indem das Mikrofon eines Parlamentspultes nicht in Ordnung ist. Ich möchte nur aufmerksam machen, daß sich im vorigen Jahre ganze Monate hindurch der Abgeordnete hier nicht gehörig zu Wort melden konnte, wenn er nicht eine Stentorenstimme hat, wie sie seinerzeit Peter und Zeillinger hatten, weil man hier diese Dinge nicht in Ordnung brachte.

Ich möchte schließlich sagen, daß es ein Mißbrauch der Demokratie im Parlament ist, wenn Sie, Herr Finanzminister, die Kühnheit haben, hier eine Pressekonferenz anzusetzen zu einem Zeitpunkt, in dem Sie wissen mußten, daß diese Budgetrede noch nicht die Öffentlichkeit erreicht hat.

Herr Bundesminister für Finanzen! Ich glaube, daß ist ein Mißbrauch nicht nur parlamentarischer Gepflogenheiten, das ist ein Mißbrauch der demokratischen Transparenz, die durch die Verfassung, durch die Bestimmung über die Öffentlichkeit der Parlaments

gesichert sein sollte. (*Beifall bei der ÖVP und bei der FPÖ. — Abg. L a n c: Aber der Herr Dr. Blenk darf dazu reden, wenn die Budgetrede noch gar nicht gehalten ist!*) Das wird sein gutes Recht sein, als oppositioneller Abgeordneter dazu zu reden, glaube ich.

Ich möchte schließlich sagen, daß die Öffentlichkeit durch diesen Vorgang in diesem Hause heute erlebt hat, was es heißt: sozialistische Parlamentsdemokratie. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. L a n c: Sie haben eine Rechtsauffassung! Die armen Studenten, die bei Ihnen studieren müssen!*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lanner. Er hat das Wort. (*Abg. Dr. G r u b e r: Lanc, was ist? Wir hätten gern Ihre geistigen Ergüsse gehört! — Abg. G r a f: Heute hat er einen schlechten Tag! — Zwischenruf des Abg. W o d i c a. — Abg. G r a f: Sie sind uns kein Beispiel, denn Ihre Zwischenrufe sind unüberbietbar, Herr Wodica!*)

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mir den Kopf zerbrochen, warum der Bundeskanzler diesen „mutigen“ Weg gewählt und in der Geschäftsordnung Zuflucht gesucht hat. Ich darf Ihnen die Erklärung geben. Er will sich bei Nacht und Nebel gegen diese Inflationsdebatte verteidigen in der Hoffnung, daß die Redaktionen in den Zeitungen bereits Schluß gemacht haben und das Fernsehen nicht mehr in der Lage ist, seine Ergüsse in „Zeit im Bild“ noch zu bringen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren! Angst haben Sie vor Ihrer eigenen Politik! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich werde Ihnen Nachhilfestunden in Logik im Anschluß geben. 20 Minuten sind leider sehr kurz.

Es ist bedauerlich, daß wir diese Debatte heute halten müssen. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir von der Volkspartei im Juni letzten Jahres einen Entschließungsantrag eingebracht haben, in dem wir Sie aufgefordert haben, einen Katalog der notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation vorzulegen. Was ist geschehen? Was haben Sie getan? Nichts haben Sie getan! Sie haben die Entwicklung treiben lassen. Sie haben die Entwicklung angeheizt.

Aber am schönsten hat es wohl Ihr eigener Vizekanzler heute vormittag gesagt: Sie schlittern, Sie sind in die Inflation hineingeschlittert. (*Beifall bei der ÖVP.*) Meine Vorredner haben schon sehr deutlich und klar in bezug auf den OECD-Bericht ausgeführt, daß es keine importierte Inflation ist. Es ist keine importierte, sondern eine ignorierte Inflation, die

Dr. Lanner

wir heute vor uns haben, weil Sie nicht zeitgerecht die notwendigen Maßnahmen gesetzt haben!

Wir haben heute eine Situation, die zu einer Flucht in die Sachwerte führt. Wir haben eine Situation, die an den Grundfesten der Wirtschaftspolitik rüttelt, die das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik untergräbt. Und wir haben eine Situation, in der von dieser Entwicklung in erster Linie die Schwachen, die Ärmeren betroffen sind.

Und auf dem Rücken dieser kleinen Leute wollen Sie offenbar Ihre verfahrenere Wirtschaftspolitik sanieren. Das ist unverantwortlich! (Beifall bei der OVP.)

Meine Damen und Herren! Nun zu den Inflationsgeschädigten. In Ihrer Regierungserklärung vom 5. November 1971 haben Sie noch groß verkündet, das erklärte Ziel der Bundesregierung wäre es, dort einzugreifen, wo es heute noch Armut gibt. Sie haben dann die Rentner, die Ausgleichszulagenempfänger, die Kriegsoffer und ähnliche aufgezählt.

Heute sagt Ihnen, Herr Sozialminister, Ihr sozialistischer Wirtschaftsexperte Karl Ausch, daß die etwa 1,28 Millionen Rentner und Pensionisten heuer einen Einkommensentgang von etwa 2 Prozent zu erwarten haben, weil Ihnen die Pensionsdynamik keinen Ausgleich mehr für die rasche Preissteigerung bietet. Soweit Ihr eigener Wirtschaftsexperte zu Ihrer Pensionsdynamik in Ihrer Inflationsphase. (Abg. Anton Schlager: Der wird bald schweigen müssen! Dem werden sie das Gas abdrehen!)

Zu den Verlierern einer ständigen Geldwertverminderung zählen die kleinen Sparer. Es ist zu einfach, meine Herren, zu sagen: Die sollen das Geld doch längerfristig anlegen. Versetzen Sie sich doch in die Lage dieser kleinen Leute, die ihre paar Hunderter vielleicht einige Zeit sparen können, sie aber dann brauchen, weil ein Engpaß eintritt, weil jemand krank wird. Sie können nicht von den 3,5 Prozent weg. Sie sind, wenn Sie so wollen, quasi verurteilt, mit dieser geringen Verzinsungsrate zu leben, bei einer gleichzeitigen Inflationsrate, die doppelt so hoch ist.

Wozu diese Politik führt, zeigt wohl am besten ein kleines Rechenbeispiel. Wer am 20. April 1970 im Vertrauen auf „Kreisky und sein Team“ und die „bestvorbereitete Regierung“ 1000 S auf ein Sparbuch gelegt hat, findet dort heute nur mehr den Kaufwert von 930 S. Das ist Ihre Politik! Und Ihr Präsident Benya meinte daher, es wäre doch gut, man sollte sich das ernstlich überlegen, die

Sparbuchzinsen anzuheben. Androsch hat das nach Zeitungsmeldungen sofort abgelehnt.

Ich darf Ihnen noch einmal zitieren, was Karl Ausch zur Sparpolitik in einer Inflationsentwicklung sagt: „Das heute schon weitgestreute Sparkapital, Einlagen und festverzinsliche Wertpapiere, verliert ständig an Wert. In Österreich dürfte der jährliche Vermögensverlust bei solchen Veranlagungen an die 10 Milliarden Schilling betragen.“ — Das ist Ihre Politik!

Und ein zweites: Inflationsgeschädigt sind nicht zuletzt auch ein großer Teil kleiner und mittlerer Bauern, kleinerer und mittlerer Gewerbetreibender. Die Bauern — nicht zuletzt auch die Bergbauern, und ich werde Ihnen das mit einer Studie der Arbeiterkammer Salzburg beweisen — sind in der schwierigen Situation, daß ihre geregelten Preise hinter einer raschen Teuerungswelle nachhinken, daß sie aber gleichzeitig mit rasanten Kostensteigerungen rechnen müssen. Sehr viele dieser Bauern sind in der schwierigen Situation, daß sie sehr wohl ausweichen möchten, aber mangels Alternativen nicht ausweichen können.

Eine Studie der Arbeiterkammer Salzburg über die Armut in den ländlichen Gebieten Salzburgs kommt zu dem Ergebnis, daß besonders in den Gebirgslagen Salzburgs derartig ungünstige Verhältnisse recht häufig sind. Das ist also Ihre sogenannte Bergbauernpolitik, die Sie uns hier — ich möchte fast sagen — vorgaukeln.

Sie sollen sich nicht wundern, daß diese Politik einer verzögerten Preisanpassung bei rasanten Kostensteigerungen zu einer Radikalisierung führt, daß diese Politik auch zu einer Verschlechterung des sozialen Klimas führen muß.

Inflationsgeschädigt sind drittens alle älteren Menschen, Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet und gespart haben, die sich etwas auf die Seite gelegt haben und die nun als Zubeße zu ihrer Rente auf diesen Ertrag angewiesen sind. Sie kommen in eine Schere, daß sie nämlich das, was sie von diesem hart ersparten Geld heute als geringe Zubeße herunternehmen wollen, nun nicht mehr vorfinden, daß es zusammenschmilzt, daß es immer weniger wird.

Meine Damen und Herren! Betrogen von einer Inflationspolitik sind auch die Privatversicherten, also jene Staatsbürger, die sich nicht nur auf die Kollektivfürsorge verlassen, sondern bereit sind, auf Konsum zu verzichten und selbst einen Beitrag zu ihrer Versorgung zu leisten. Ihr Sicherungskapital schmilzt täglich zusammen. Wer sich heute in der Illusion

Dr. Lanner

wiegt, durch eine monatliche Zahlung vielleicht über Jahre hinaus für Notfälle, Krankheit oder Kindererziehung vorgesorgt zu haben, der wird mit dieser Politik eines Tages vor der bitteren Überraschung stehen, daß real nur mehr ein geringer Teil, ein Bruchteil dieses Geldes vorhanden ist, für das er seinerzeit gearbeitet, für das er seinerzeit gespart hat.

Zu den Verlierern einer ständigen Geldentwertung zählen also jene Gruppen, deren Einkünfte sich nicht in dem Maße erhöhen, in dem die Inflation fortschreitet, also kurz gesagt der Großteil der Kleinen und Schwachen. Zu den Verlierern zählt der Sparer, insbesondere der kleine Sparer. Zu den Verlierern zählen die Bauern, die kleinen und mittleren Bauern, die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, und zu den Verlierern zählen letzten Endes alle jene, denen in erster Linie durch die Steuerprogression dieses Mehr an nominellem Verdienst einfach weggesteuert wird nach dem Motto: Inflation ist eine Art Spezialsteuer.

Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, haben im Februar 1970 ein Preisultimatum gestellt, Sie haben ein Preisultimatum gestellt bei einer Indexsteigerung von 3,7 Prozent. „Alleinregierung macht Arme ärmer“, „Bevölkerung beunruhigt“ — das waren Ihre Schlagzeilen, mit denen Sie gearbeitet haben, und die damalige Oppositionsabgeordnete Firnberg unterstrich, daß die Sozialisten nicht bereit wären, der Vogel-Strauß-Politik der Regierung auf dem Preissektor weiterhin tatenlos zuzusehen. Auch wir, das darf ich Ihnen von dieser Stelle aus sagen, sind nicht mehr bereit, dieser Politik, die Sie gegenwärtig betreiben, tatenlos zuzusehen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie sind, meine Herren von der Regierung, offenbar unfähig, einer in Österreich noch nie dagewesenen Teuerung Einhalt zu gebieten. Sie schlittern, wie das der Herr Vizekanzler heute vormittag gesagt hat, auf Inflationkurs, und Inflation, meint Günther Schmöders, ist nicht nur ein eigenes Stück Politik, Inflation ist die Quittung für schlechte Politik. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Es ist bedauerlich, daß Sie in der Wirtschaftspolitik einfach nicht sattelfest sind.

Wir haben, meine Herren von der Regierung, in Österreich verschiedene Formen der Regierung erlebt. Wir hatten eine Koalitionsregierung, wir hatten eine Minderheitsregierung, wir hatten Mehrheitsregierungen. Sie haben das Privileg, eine Inflationsregierung zu sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. *(Abg. Mitterer: Das ist ein Ruhmesblatt gewesen! Einfach zu türmen!)*

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Zeillinger, Tödling, Dr. Scrinzi, Dr. Prader und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung und an den Bundeskanzler betreffend Einsetzung des „Aufstellungsstabes Bereitschaftstruppe“

Präsident **Probst**: Wir gelangen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten Zeillinger, Tödling und Genossen.

Ich bitte wiederum den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Fiedler, die Anfrage zu verlesen.

Schriftführer **Dr. Fiedler**: Dringliche Anfrage der Abgeordneten Zeillinger, Tödling, Doktor Scrinzi, Dr. Prader und Genossen an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung und an den Herrn Bundeskanzler betreffend Einsetzung des „Aufstellungsstabes Bereitschaftstruppe“.

Das Wehrgesetz bedingt eine Umgliederung des Heeres in der Form, daß eine auf Milizbasis aufgebaute Landwehr den Schwerpunkt der Landesverteidigung bildet. Um jedoch auch ständig einsatzbereite Streitkräfte im erforderlichen Umfang zur Verfügung zu haben, bestimmt der Artikel VIII des Wehrgesetzes die Aufstellung einer Bereitschaftstruppe. Die Organisation, insbesondere die Stärke und Zusammensetzung dieser Bereitschaftstruppe, ist von der Bundesregierung nach Einholung einer Empfehlung des Landesverteidigungsrates zu bestimmen.

Dem Landesverteidigungsrat liegt bis zur Zeit seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung noch kein Antrag beziehungsweise noch kein Vortrag im Sinne des Artikels VIII Wehrgesetz vor, sodaß die gesetzlich vorgesehene Empfehlung noch nicht gegeben werden konnte. Dennoch hat der Bundesminister für Landesverteidigung laut Pressemeldungen, im besonderen der „Sozialistischen Korrespondenz“ (13. Oktober 1972), dem Abgeordnetenklub der Regierungspartei im Rahmen einer Klubtagung mitgeteilt, daß er Generalmajor Spanocchi am 1. Oktober beauftragt habe, mit der Aufstellung der Bereitschaftstruppe zu beginnen. Demnach müßte ein diesbezüglicher Regierungsbeschluß vorliegen, der aber nur ohne die gesetzlich vorgesehene Einholung einer Empfehlung des Landesverteidigungsrates zustande gekommen sein kann.

Schriftführer

Über die Frage der Aufstellung der Bereitschaftstruppe und andere Fragen im Zusammenhang mit der Heeresreform war es schon vor einiger Zeit zu Differenzen zwischen dem Bundesminister für Landesverteidigung einerseits und den Befehlshabern beziehungsweise dem Generaltruppeninspektor andererseits gekommen.

Der Landesverteidigungsrat überbrückte die Differenz, indem er lediglich empfahl, mit der Umgliederung im Sinne des Wehrgesetzes auf der unteren Ebene zu beginnen, die Frage der oberen Kommandostruktur aber zu einem späteren Zeitpunkt nochmals im Verteidigungsrat zu behandeln.

In einer Befehlshaberbesprechung erbat der Bundesminister für Landesverteidigung von den Befehlshabern Vorschläge für die Bereitschaftstruppe und andere offene Fragen in der nächsten derartigen Besprechung, die für 28. September vorgesehen war. Aber bereits am 18. Juni, also vor dem gesetzten Termin, setzte der Bundesminister für Landesverteidigung mittels eigener Weisung und ohne vorherige Beratung im Landesverteidigungsrat den „Aufstellungstab Bereitschaftstruppe“ ein und gab diesem für seine Arbeit Richtlinien, die ebenfalls im Landesverteidigungsrat nicht vorherberaten waren.

Dieses Verhalten des Bundesministers für Landesverteidigung führte zu einer neuerlichen Vertrauenskrise innerhalb der militärischen Führung unseres Heeres und in weiterer Folge zu dem vielbeachteten Rücktritt des Befehlshabers der Gruppe II, General der Infanterie A. Bach. Die Verwirrung wurde innerhalb des Heeres, aber auch in der Öffentlichkeit immer größer.

Das Organ der Regierungspartei, die „Arbeiter-Zeitung“, äußerte am 6. Oktober die Meinung, daß nunmehr „einem Start (der Bereitschaftstruppe) mit Anfang 1973 nichts mehr im Wege stehe“ — ein Standpunkt, der zwar im Gegensatz zur klaren Bestimmung des Wehrgesetzes steht, aber offenbar auch vom Verteidigungsminister geteilt wird.

Ebenfalls lediglich aus der Presse der Regierungspartei erfuhren die Abgeordneten und Mitglieder des Verteidigungsrates, daß Generalmajor Spannocchi ein Konzept entwickelte, „nach dem bestimmte Verbände aus den Truppenkörpern herausgenommen und umbenannt werden sollen“, und daß „dazu bereits ein eigener Aufstellungstab eingerichtet wurde“.

Der „Kurier“ spricht von „Vorarbeiten für die Aufstellung einer 15.000 Mann starken Bereitschaftstruppe aus Längerdienenden“ und

weiß zu berichten, daß „dieser neue Truppenkörper“ laut Generalmajor Spannocchi „ein gewisses Maß an Eigenleben haben muß“.

Die „Wochenpresse“ spricht bereits von einem „neuernannten Befehlshaber der aufzubauenden Bereitschaftstruppe“.

Verteidigungsminister und Ministerium hüllen sich in Schweigen, sowohl gegenüber der Öffentlichkeit als auch gegenüber den Mitgliedern des zuständigen Landesverteidigungsrates. Der Verteidigungsminister scheint lediglich (laut „Sozialistischer Korrespondenz“) die Abgeordneten, soweit sie der sozialistischen Fraktion angehören, einige Wochen nach Einleitung seiner Maßnahmen am 13. Oktober informiert zu haben.

Da es auch in der Sitzung des Landesverteidigungsrates vom 16. Oktober 1972 nicht gelang, Klarheit über die bereits getroffenen Maßnahmen und über die Pläne des Verteidigungsministers und der Regierung zu gewinnen, richten die unterzeichneten Abgeordneten

I. an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung die

A n f r a g e:

1. Welche Aufgaben haben Sie jenem „Aufstellungstab Bereitschaftstruppe“ zugewiesen, dessen Einsetzung Sie mit Wirkung vom 1. Oktober 1972 unter dem Kommando des Generalmajors Spannocchi angeordnet haben?
2. Sind Sie — wie dies schon im Landesverteidigungsrat vom 16. Oktober 1972 verlangt wurde — bereit, die von Ihnen zur Einsetzung dieses Aufstellungstabes erlassenen Befehle und Weisungen, insbesondere die „Ministerweisung Nr. 23“, im vollen Wortlaut den Mitgliedern des Landesverteidigungsrates zugänglich zu machen?
3. Haben Sie sichergestellt, daß die von Ihnen schon vorgezeichnete „Herauslösung der Bereitschaftstruppe aus den bisherigen Befehlsverhältnissen“ nicht zu einer fühlbaren personellen und materiellen Schwächung des gesamten übrigen Bundesheeres führt?
4. Besteht über Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit dieser von Ihnen eingeleiteten Aktion Übereinstimmung mit den Gruppenbefehlshabern und dem Generaltruppeninspektor?
5. Wann wurde im Landesverteidigungsrat auf Grund eines Vortrages von Ihnen jene Empfehlung beschlossen, auf die Sie die von Ihnen beabsichtigte „eigene Kommandostruktur“ der Bereitschaftstruppe stützen?
6. Ist die Meldung der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 13. Oktober 1972 richtig,

Schriftführer

wonach Sie in einer Ansprache vor dem Parlamentsklub der sozialistischen Abgeordneten in Badgastein die Mitteilung machten, daß Sie Generalmajor Spannocchi am 1. Oktober beauftragt haben, mit der Aufstellung der Bereitschaftstruppe zu beginnen?

7. Wie war der Wortlaut Ihrer diesbezüglichen Ausführungen vor den sozialistischen Abgeordneten auf deren Klubtagung in Badgastein?

8. Sind Sie bereit, auch die Abgeordneten der anderen parlamentarischen Fraktionen in gleicher Weise zu informieren?

9. Da in den Besprechungen, die Sie am 23. 3., 25. 5. und 29. 6. 1972 mit den Gruppenbefehlshabern abführten, nach Ihren eigenen Worten „keineswegs in allen Punkten ein Konsens“ hergestellt werden konnte: In welchen wichtigen Fragen bestand zwischen den betreffenden Befehlshabern einerseits und Ihnen andererseits eine unterschiedliche Auffassung beziehungsweise Beurteilung?

10. Sind Sie bereit, darüber hinaus vor allem zur Klärung jener Fragen, die allenfalls einer Geheimhaltung unterliegen, die zusammenfassenden Ergebnisse (Protokolle dieser Besprechungen) den Mitgliedern des Landesverteidigungsrates zugänglich zu machen?

11. Da der Artikel VIII der Wehrgesetznovelle unter anderem vorschreibt, daß die Organisation der Bereitschaftstruppe von der Bundesregierung nach Einholung einer Empfehlung des Landesverteidigungsrates zu bestimmen ist: Haben Sie eine derartige Empfehlung — sei es auch nur über Teilbereiche wie die Einsetzung eines „Aufstellungsstabes Bereitschaftstruppe“ — vom Landesverteidigungsrat eingeholt, und in welcher Sitzung geschah dies?

12. In welcher Sitzung des Ministerrates (im Laufe des Jahres 1972) haben Sie Fragen der Bereitschaftstruppe und der Umgliederung des Heeres vorgetragen?

13. Sind Sie bereit, den Mitgliedern des Landesverteidigungsrates Ihren unter 12. genannten Vortrag und Antrag an den Ministerrat — unter gleichzeitigem Hinweis auf die entsprechende Beratung und Empfehlung im Landesverteidigungsrat — zugänglich zu machen?

14. Da Sie in einem mit 25. September 1972 datierten Schriftstück mitteilten, daß Sie am 18. 9. 1972 die „Einleitung der ersten Phase der Heeresreform angeordnet haben“: Aus welchen Ministerweisungen, Befehlen oder sonstigen mündlichen oder schriftlichen Anordnungen bestand diese Aktion?

15. Sind Sie bereit, alle Unterlagen, die Sie zur Einleitung der Heeresreform verfaßten, den Mitgliedern des Landesverteidigungsrates umgehend zugänglich zu machen?

16. Hat General der Infanterie A. Bach anlässlich seines Rücktrittes als Befehlshaber der Gruppe II diesen Schritt mündlich oder schriftlich begründet?

17. Sind Sie bereit, die Gründe beziehungsweise ein von General der Infanterie Bach darüber verfaßtes Schriftstück ehestens, jedenfalls vor der nächsten Sitzung des Landesverteidigungsrates, den Mitgliedern dieses Gremiums zur Kenntnis zu bringen?

18. Ist der Ministerratsbeschluß vom 11. 5. 1965 als Auftrag für das Bundesheer noch aufrecht und für Sie bindend?

19. Ist es richtig, daß die Ministerweisung Nr. 23 damit motiviert wird, daß seit der Befehlshaberbesprechung vom 29. Juni 1972 bis zur Ministerweisung kein konkreter Planungsvorschlag vorgelegt wurde? Welchen Auftrag haben Sie damals erteilt? Wer ist für die Nichtvorlage dieses Planungsvorschlages verantwortlich?

II. an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e:

1. Ist der Vortrag des Bundesministers für Landesverteidigung an den Landesverteidigungsrat mit Datum 25. 9. 1972, der sich unter anderem mit der Einsetzung eines „Aufstellungsstabes Bereitschaftstruppe“ beschäftigt, dem Ministerrat vorgetragen worden?

2. Wenn ja, wie lautet der Beschluß des Ministerrates?

3. Was hat die Bundesregierung veranlaßt, den bereits offiziell vereinbarten Gegenbesuch des Generaltruppeninspektors beim Generalstabschef der italienischen Armee nicht zu genehmigen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, die Anfrage gemäß § 73 des Geschäftsordnungsgesetzes dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichneten Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident **Probst**: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Zeillinger als erstem Anfrager zur Begründung der Anfrage gemäß § 73 das Wort.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Kanzler! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Ich möchte in diesem Teil meiner Ausführungen, in dem ich die Begründung zu geben habe, in kurzer und auf sachliche Argumente beschränkter Form die Gründe darlegen, welche Abgeord-

Zeillinger

nete dieses Hauses veranlaßt haben, heute diese dringliche Anfrage zu stellen, und werde mir erlauben, später in einer zweiten Wortmeldung als Vertreter meiner Fraktion auch den Standpunkt der Fraktion zu den einzelnen Fragen darzulegen.

Ich muß zuerst feststellen: Ich bedaure sehr, daß dies weitgehend unter Ausschluß der Massenmedien geschieht. Hier liegt zur Erinnerung aller Redner noch immer ein Zettel, der darauf hinweist, daß der Herr Finanzminister anderweitig tätig ist. Einige Journalisten haben sich darüber beschwert, daß sie an der Sitzung nicht teilnehmen können, weil sie der Finanzminister einlud und sie natürlich jetzt auch das hören müssen, was er ihnen zu sagen hat, nachdem er herinnen geschwiegen hat. (*Abg. Dr. Bauer: Ein neuer Stil! Verlegen wir das Parlament in die Pressekonferenz! — Abg. Dr. Kohlmaier: Wozu brauchen wir überhaupt das Parlament?*)

Ich glaube, es wird Sache der Präsidialkonferenz sein, sich mit diesem ernsten Vorfall zu beschäftigen, nämlich damit, ob das Parlament dazu verwendet werden kann, daß während Haussitzungen Pressekonferenzen von Ministern in diesem Hause abgehalten werden. (*Lebhafte Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*) Es gibt nämlich viele Arten, die Massenmedien an einer umfassenden Berichterstattung zu hindern.

Der Herr Klubobmann der Regierungsfraktion hat heute bei der vorigen Anfrage von einer „Störaktion“ gesprochen und hat darauf hingewiesen, daß es bei der jetzt zur Diskussion stehenden zweiten dringlichen Anfrage offensichtlich nicht um die Sache geht, sondern daß diese Anfrage offenbar ebenfalls eine Störaktion darstellt.

Ich darf den Damen und Herren des Hauses die Gründe darlegen, warum es zu dieser dringlichen Anfrage gekommen ist. Gleichzeitig darf ich den Herrn Minister auf diese Dinge aufmerksam machen.

Wir hatten in dieser Woche eine Sitzung des Landesverteidigungsrates. Eine ganze Reihe von Fragen, die im wesentlichen in der dringlichen Anfrage enthalten sind, stand offen. Es gibt eine Reihe von Widersprüchen in der Verteidigungspolitik aus den letzten Tagen. Es gibt Unklarheiten, die vom Verteidigungsministerium und vom Minister nicht geklärt worden sind. Ich habe in höflicher Form — ich darf Sie bitten, Herr Minister, sich das Tonband vorzuspielen; ich habe zum Teil ein Stenogramm verlesen, um nichts auszulassen — um die Vorlage jener Unterlagen ersucht, die uns in die Lage versetzt hätten, Einblick in die wirklichen Geschehnisse zu

gewinnen. Statt uns diese Unterlagen zu übergeben, haben Sie nur einzelne Sätze zitiert. Noch habe ich nicht die Unterlage, aber eine erste Rückfrage hat ergeben, daß Sie nur das zitiert haben, was momentan in Ihre Antwort paßt, daß Sie aber entscheidende Zitate ausgelassen haben.

Da dadurch der Verteidigungsrat — der Herr Kanzler war darüber informiert, denn er kannte, wie ich mittlerweile erfahren habe, diese betroffene Weisung — offensichtlich irreführt worden ist, war es notwendig, in Form einer dringlichen Anfrage bedauerlicherweise hier in der Öffentlichkeit das zu erreichen, was nun einmal notwendig ist, um ein Urteil über die Verteidigungspolitik zu bekommen. Ich kann zur Stunde noch nicht sagen, ob Sie den Verteidigungsrat irreführen wollten; aber er ist tatsächlich irreführt worden.

Wenn also heute diese dringliche Anfrage — meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, ich möchte das klarstellen — über die Bühne geht, dann nur deswegen, weil sich der Herr Verteidigungsminister im Verteidigungsrat geweigert hat, insbesondere die Ministerweisung 23, um die ich gebeten habe, also jene Unterlagen zu übergeben, die zur Einsetzung des Stabes Spanocchi führten, weil er sich weigerte, diese Unterlagen vorzulegen, und weil er darüber hinaus nur unvollständig das zitiert hat, was letzten Endes den Verteidigungsrat bei der Beurteilung der Lage irreführen mußte.

Ich sage ganz offen, Herr Verteidigungsminister: Ich bin mir bewußt, daß das ein schwerer Angriff, ein Vorwurf ist. Ich hoffe, daß Sie dazu Stellung nehmen, insbesondere zu der Frage, warum Sie in diesem Fall nicht dem Verlangen eines Mitgliedes des Verteidigungsrates entsprochen haben — während sonst, ich möchte es anerkennen, immer dem entsprochen wird —, die Dokumente zu übergeben. Das ist die Kernfrage — das möchte ich dem Klubobmann der sozialistischen Fraktion einleitend sagen —, das ist der Grund, warum es heute zu dieser dringlichen Anfrage gekommen ist, und sonst gar kein anderer.

Es wird letzten Endes von der Antwort des Herrn Verteidigungsministers, der ja jetzt dann das Wort bekommen wird, abhängen, welche Wendung die weitere Diskussion nimmt. Ich darf also gleich für meine Fraktion sagen: Wir sind keineswegs interessiert, hier irgendwie eine Verteidigungsfrage hochzuspielen. Herr Minister, ich verletze ja kein Geheimnis, wenn ich ein Zitat aus dem Verteidigungsrat bringe, wo Sie gesagt haben: Ein Verteidigungsminister hat es sehr schwer,

Zeillinger

und man möge dem Heer Vertrauen entgegenbringen. — Darf ich noch einmal für meine freiheitliche Fraktion sagen: Wir haben absolutes Vertrauen zu dem Heer, aber wir wissen noch nicht, ob wir auch Vertrauen zum Minister haben können. Dazu brauchen wir jene Dokumente, deren Herausgabe Sie bisher beharrlich verweigert haben.

Das ist also der Grund. Ich hoffe, daß Sie durch eine eingehende aufklärende Antwort, insbesondere durch eine Begründung, warum Sie diese Diskussion nicht im Verteidigungsrat geführt haben, der weiteren Diskussion eine Wendung geben, die letzten Endes im Interesse der Landesverteidigung liegt. Ich nehme nicht an, nachdem ja der Minister kein, wie er immer betont, politischer Minister, sondern ein Fachminister ist, daß er sich ebenso in Schweigen hüllt wie die Politiker auf der Regierungsbank, aber darüber müssen Sie sich im klaren sein, Herr Minister: Wenn Sie sich heute in Schweigen hüllen sollten, dann stürzen Sie die Verteidigungspolitik — mit diesem Schritt, mit diesem rein politischen Akzent — in eine schwere Krise, denn das muß natürlich von der Opposition dieses Hauses als eine Provokation empfunden werden.

Und nun zur sachlichen Begründung. Es wurde plötzlich bekannt, daß auf irgendeine ursprünglich unbekannt Weise ein Aufstellungstab Bereitschaftstruppe unter dem Kommando des Generalmajors Spannocchi aufgestellt worden ist. Erste Klarheit brachte uns dann die „Sozialistische Korrespondenz“, die zweifellos ja auf Grund der Ausführungen des Herrn Ministers herausgegeben worden ist, wobei ich auch wieder sage, was ich so bedaure, Herr Minister, ist: Ich beziehe diese grünen Militärnachrichten. Ich darf dann in meinen zweiten Ausführungen darauf zurückkommen. Entweder habe ich es nicht bekommen oder es ist in den sehr vielen minder wichtigen wehrpolitischen Nachrichten in den letzten Wochen das Wichtige nicht ausgesendet worden. Die Mitglieder des Verteidigungsrates haben also über die „Sozialistische Korrespondenz“ dankenswerterweise — ich muß es anerkennen, daß die „Korrespondenz“ der Regierungspartei wenigstens dort einpringt, wo offenbar das Ministerium ausgelassen hat — ersten Einblick bekommen.

Es heißt hier, daß Minister Lütgendorf in einer Beratung des Klubs der sozialistischen Regierungsfraktion . . . — Ich möchte vielleicht hier gleich an einer Stelle etwas klarstellen. Es ist selbstverständlich, es würde mir zutiefst zuwider sein: Es ist nicht unser Bestreben, zu erfahren, was etwa in Ihrer Fraktion gesprochen wird. Das ist ganz klar. Nur

wenn der Minister in Ihrer Fraktion zu Sachfragen eine Auskunft gibt, um die wir ihn auch im Verteidigungsrat bitten, die er uns aber im Verteidigungsrat nicht gibt, dann bitten wir lediglich darum, daß die übrigen Mitglieder des Hohen Hauses dasselbe erfahren wie die Mitglieder der sozialistischen Fraktion. (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*) Das steckt also in dieser einen Frage drinnen. Gerade von einem Fachminister dürfte man keine unterschiedliche Behandlung der Abgeordneten dieses Hauses erwarten.

Minister Lütgendorf sagte also laut „Sozialistische Korrespondenz“, er habe deshalb Generalmajor Spannocchi am 1. Oktober beauftragt, mit der Aufstellung dieser Truppe — gemeint ist die Bereitschaftstruppe — zu beginnen. Dieser Satz ist, ich möchte fast sagen, der Angelpunkt und ist bis heute vom Ministerium weder kommentiert noch widerlegt oder dementiert worden. Er ist von zahlreichen Zeitungen übernommen worden. Es sind zahlreiche Militärs dazu bereits interviewt worden, sie haben Aussagen gemacht. Es ist immer verwirrender geworden. Es ist dann im Verteidigungsrat vom Minister eine Darstellung erfolgt, wonach an und für sich die „Sozialistische Korrespondenz“ in dieser Form nicht ganz richtig wäre. Ich darf also sagen: Ich habe keinen Anlaß, in diesem Fall an der Wahrheit der „Sozialistischen Korrespondenz“ zu zweifeln. Wir möchten jetzt nur wissen, was wahr ist: das, was Minister Lütgendorf sagte, oder das, was in der „Sozialistischen Korrespondenz“ steht. Diese Wahrheit können wir nur erfahren, wenn wir die entsprechende Anweisung selber lesen, Herr Minister, und nicht, wenn sie uns jemand anderer vorliest. Ich habe gegen niemanden Bedenken, gegen Sie am allerwenigsten, solange ich keinen Grund dazu habe. Aber wenn der eine Satz, von dem ich mittlerweile gehört habe, daß er drinnenstehen soll, wenn der tatsächlich drinnensteht, dann haben Sie uns im Verteidigungsrat etwas Wesentliches vor-enthalten. Also das ist der Grund, warum wir heute hoffen, von Ihnen eine Antwort zu bekommen.

Der Minister hat also dann die sozialistischen Abgeordneten bereits weitgehend über seine Pläne informiert, zum Beispiel über die sehr entscheidende Frage: Präsenzdiener sollen in Zukunft den Bereitschaftstruppen bevorzugt zugeteilt werden. Ich möchte gleich sagen, Herr Minister und Herr Bundeskanzler: Das ist eine entscheidende Frage. Sie werden vielleicht schon bemerkt haben, daß der freiheitliche Vertreter in den Fragen der Landesverteidigung zu jedem Gespräch konstruktiv bereit ist, aber man muß darüber reden. Denn

Zeillinger

es könnte ja bei Ihnen, bei der sozialistischen Fraktion, der Eindruck entstehen, als ob das schon, so wie es das Gesetz befiehlt, durchbesprochen worden wäre. Dem ist nicht so.

Ich darf vielleicht hier einen Satz noch vorausschicken. Das Wehrgesetz hat eine neue Situation für unser Bundesheer gebracht, eine Schwerpunktbildung bei der Landwehr, die auf Milizbasis aufgebaut ist. Ich glaube, da stimmen wir noch weitgehend überein. In dieser Situation aber, wo der Schwerpunkt der Verteidigung auf die Milizlandwehr verlagert werden soll, war es das Verlangen von Mitgliedern des Hauses, dem wir uns angeschlossen haben, eine Bereitschaftstruppe im Gesetz zu verankern. Wir haben verschiedene Differenzen gehabt über die Formulierung, aber über die Tatsache gab es dann keinen Zweifel. Artikel VIII hat genau bestimmt, was diese Bereitschaftstruppe soll und wie sie zustande kommen soll.

Ich darf hier dem Herrn Minister in Erinnerung rufen: Es gab bei den Beratungen im Hause eine lange Diskussion darüber, ob die Formulierung „Empfehlung des Verteidigungsrates“ nicht besser umgewandelt werden soll in eine „Zustimmung des Verteidigungsrates“. Es war also der Wunsch: Zustimmung. Ich persönlich bin auch dem entgegengetreten, weil ich gesagt habe: Der Verteidigungsrat ist ein beratendes Organ, bei ihm ist nicht die Zustimmung, sondern die Empfehlung die Voraussetzung.

Wir haben nun folgende Formulierung: „... ständig einsatzbereite mobile Streitkräfte in jenem Umfang verfügbar zu haben ...“ und so weiter „ist unverzüglich eine Bereitschaftstruppe aufzustellen. Die Organisation der Bereitschaftstruppe, insbesondere ihre Stärke und Zusammensetzung, ist von der Bundesregierung nach Einholung einer Empfehlung des Landesverteidigungsrates zu bestimmen.“ Das war, ich möchte sagen, einer der Kernpunkte der ganzen Beratungen. Auf das „nach Einholung einer Empfehlung“ hat man sich dann in diesem Hause geeinigt und hat dem Gesetzeskraft gegeben. Das ist Gesetzesbefehl. Das heißt: Die Regierung kann einen Beschluß über die Bereitschaftstruppe erst fassen, nachdem sie die Zustimmung — eine Empfehlung, pardon; bitte, ich korrigiere: eine Empfehlung des Verteidigungsrates eingeholt hat.

Als Mitglied des Verteidigungsrates, der, glaube ich, bei keiner Sitzung fehlte, kann ich Ihnen sagen: Diese Empfehlung war und ist nicht eingeholt worden.

Und dann hören wir über Massenmedien und lesen wir konkret in der „Korrespondenz“ der Regierungsfraktion, daß der Minister mit 1. Oktober den Auftrag gegeben hat, mit der Aufstellung dieser Bereitschaftstruppe zu beginnen. Das ist also nach Ansicht der anfragestellten Abgeordneten eindeutig gesetzeswidrig. Das hätte einer Aufklärung bedurft. Wir wollten diese Aufklärung im Verteidigungsrat bekommen. Sie hätten uns vielleicht eine Aufklärung geben können, die eine weitere Diskussion erübrigt hätte. Aber diese Frage ist bis zur Stunde nicht beantwortet worden.

Einerseits ist unwidersprochen der Befehl gegeben worden, mit der Aufstellung dieser Truppe zu beginnen, andererseits befiehlt das Gesetz, daß, bevor Sie über die Organisation und über die Zusammensetzung der Bereitschaftstruppe der Regierung einen Vorschlag machen und die Regierung befundet, eine Empfehlung des Verteidigungsrates einholen müssen.

Außer Streit steht, daß diese Empfehlung nicht eingeholt worden ist, daß wir also im Moment nicht wissen, was tatsächlich geschieht und ob das, was geschieht, auf gesetzlichem Boden erfolgt.

Dazu kommt, daß eine Reihe von Fragen, ich möchte sagen, geradezu ein mysteriöses Bild entwerfen. Es war unbestritten eine Besprechung der Befehlshaber, ich glaube am 29. Juni — wir zitieren genau in der Anfrage —, in der die Befehlshaber aufgefordert worden sind, Vorschläge zu erarbeiten bis zur nächsten Besprechung am 28. September.

Dem muß ich vorausschicken, daß es gewisse Schwierigkeiten innerhalb des Ressorts zwischen dem Minister einerseits und der militärischen Führung andererseits gibt, Schwierigkeiten, in die sich der Verteidigungsrat absolut vermittelnd eingeschaltet hat, Schwierigkeiten, die dazu führten, daß wir im Verteidigungsrat festgelegt haben, mit der Umgliederung könne auf der unbestrittenen unteren Ebene begonnen werden, daß aber die noch strittigen und offenen Fragen der oberen Führung, der Kommandos und der oberen Einteilung offenbleiben müssen, daß darüber hinaus der Minister im Herbst oder zu einem späteren Zeitpunkt, heißt es, einen weiteren Bericht geben wird und dann erst eine Empfehlung des Verteidigungsrates an das Ministerkomitee geben wird.

Dazu ist es aber nicht mehr gekommen, auch nicht mehr — ich weiß es nicht — zu einer Besprechung der Befehlshaber am 28., die bis dahin Vorschläge zu machen gehabt hätten, denn bereits zehn Tage, bevor diese

Zeillinger

Besprechung mit den Befehlshabern war, ist eine uns unbekannte Ministerweisung hinausgegangen, eine Ministerweisung, die die Voraussetzungen für die Vorbereitung, Aufstellung — ich weiß es nicht, wir wissen alle mitsammen im Verteidigungsrat nicht, was tatsächlich gespielt wird —, also die Voraussetzungen für eine nach dem Gesetz noch gar nicht existente Bereitschaftstruppe schaffen soll, wobei — ich darf jetzt wieder sagen: Leider Gottes muß ich als Mitglied des Verteidigungsrates in diesem Fall nur Pressemitteilungen zitieren — auch der Weg bereits weitgehend vorgezeichnet worden sein soll. Es solle in der Richtung geplant werden, daß die einzelnen Verbände herausgelöst werden, es soll in der Richtung geplant und angeordnet worden sein, daß ein eigenes Kommando geschaffen wird. Ich darf noch einmal sagen: Das sind alles Fragen, über die man beraten kann. Ich will gar nicht bestreiten, daß wir überzeugt wären und eines Tages zustimmen, nur fehlt vorläufig noch jede gesetzliche Voraussetzung, denn zuerst haben Sie über Gesetzesbefehl die Empfehlung des Verteidigungsrates einzuholen.

Nun war interessanterweise ein Verteidigungsrat, und in diesem Verteidigungsrat fand der Minister nach seinen eigenen Worten — ich nehme an, er wird es heute sagen, aber ich sage es sicherheitshalber vorher auch schon — keine Zeit, seinen Vortrag zu halten. Erstens war dieser Verteidigungsrat, wenn wir richtig informiert sind, bereits nachdem die Ministerweisung draußen war. (*Zwischenruf des Abg. Mondl.*) Das ist die erste Frage, Herr Kollege! Ich darf noch einmal sagen: Sie wissen, daß ich ebenso offen über alle Fragen spreche, nur war zu diesem Zeitpunkt die Ministerweisung erstens schon draußen, und zweitens — ich bitte um Entschuldigung —: Wenn ich mir vorstelle, daß ein Minister nicht in der Lage ist, sich so weit Gehör zu schaffen und zu sagen: Ich operiere momentan im gesetzlosen Raum, ich brauche jetzt eine Empfehlung, eine Stellungnahme, ich muß berichten und wenn alle Stricke reißen, Herr Kollege Mondl, kann der Minister den Weg zum Bundeskanzler finden und sagen: Herr Bundeskanzler, als Vorsitzender des Verteidigungsrates, berufen Sie den Verteidigungsrat ein, ich bin in Zeitnot, ich muß das dem Verteidigungsrat vortragen, ich will mit Termin 1. Oktober diese oder jene Verfügung treffen!

Nun ist uns dann später interessanterweise ein Vortrag an den Verteidigungsrat zugekommen, der genau das Datum trägt, an dem dieser Verteidigungsrat gewesen ist, wo der Minister keine Gelegenheit gefunden hatte, darüber zu berichten. Zu dem Zeitpunkt war

aber an und für sich die Ministerweisung, die noch nicht gedeckt war, schon draußen.

Nun ist dieser Vortrag an den Verteidigungsrat möglicherweise — ich möchte sogar sagen offenbar — auch in den Ministerrat gegangen. Das wäre also ein eindeutiger Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen. In den Ministerrat konnte er nicht gehen, denn dem steht genau das entgegen, was wir in der Wehrgesetz-Novelle vereinbart haben — noch einmal darf ich es sagen —: nur nach Einholung einer Empfehlung des Landesverteidigungsrates. — Die Regierung kann immer noch machen, was sie will, aber sie muß zuerst die Empfehlung des Verteidigungsrates einholen.

Wir wissen nicht, was geschehen ist, wir wissen nicht, wie es geschehen ist, wir sehen nur die Auswirkungen, wir lesen auf der einen Seite die Presseorgane, wir sehen also die Auswirkungen, wir können nur feststellen, daß das alles keine gesetzliche Deckung hat, daß vor allem der Landesverteidigungsrat hier vollkommen im luftleeren Raum operiert.

Das, Herr Bundesminister, ist einwandfrei die Begründung, warum es zu der heutigen dringlichen Anfrage gekommen ist, eine dringliche Anfrage, die ohneweiters hätte vermieden werden können, wenn Sie im Verteidigungsrat diese Auskunft erteilt und vor allem diese Unterlage uns übergeben hätten.

Die Schwierigkeiten, die zwischen Ihnen und den Befehlshabern und dem Generaltruppeninspektor bestehen, bedauern wir alle, und wir bemühen uns einhellig, sie zu überbrücken. Daß diese Schwierigkeiten noch weitergegangen sind, das hat die Öffentlichkeit durch den etwas spektakulären Rücktritt eines Kommandierenden Generals gesehen. Sicherlich: Man kann sich heute als politischer Gegner und als Sozialist freuen und sagen: Ist einer weniger, der eventuell Schwierigkeiten macht! — Aber zweifellos — und das, Herr Minister, können Sie nicht wegwischen — haben Sie schwerste Bedenken auch von Seite der anderen Befehlshaber gehört, auch von Seite des Generaltruppeninspektors gehört.

Diese Bedenken, die wir auch wieder nur teilweise kennen, diese Bedenken, die im Verteidigungsrat hätten ausgeräumt gehört, alles das ist offengeblieben, alles das ist bis zur Stunde nicht erledigt, und Sie geben eine Ministerweisung, wo ich noch einmal sage: Es kann sein, daß in der Ministerweisung wirklich nur der eine Satz drinnen steht, den Sie über Verlangen vorgelesen haben, aber wenn mehr drinnen stehen sollte, dann allerdings, Herr Minister, muß ich Ihnen sagen, haben Sie bewußt oder unbewußt den Ver-

Zeillinger

teidigungsrat aufs Glatteis geführt und damit eine Diskussion ausgelöst. Sie haben gesagt: Vertrauen zum Heer! — Verstehen Sie: Zum Heer haben wir Vertrauen, zu den Soldaten, zu den Unteroffizieren, zu den Offizieren, aber ich muß Ihnen, Herr Minister, sagen: Ich könnte kein Vertrauen haben, wenn ich jetzt daraufkomme, daß Sie uns im Verteidigungsrat unvollständig, ungenau und nur so informiert haben, daß ein völlig falsches Bild entsteht.

Ich habe jetzt — ich gebe es zu — eine Konstruktion gemacht. Ich weiß nicht, ob es so ist, ich weiß nicht, ob am 18. September oder um diese Tage eine Ministerweisung war, ich weiß nicht, ob tatsächlich die Befehlshaber für den 28. eingeladen waren, ihre Vorschläge zu machen, ich weiß nicht, ob ein Befehl hinausgegangen ist, ob irgendein Befehl an Generalmajor Spannocchi gegeben wurde, zu beginnen, ich weiß nicht, ob dabei schon bestimmte entscheidende Linien vorgezeichnet worden sind. Das alles weiß ich nicht.

Herr Minister! Hier haben Sie in das größte politische Wespennest dieses Hauses hineingestochen, und ich muß Ihnen ehrlich sagen: Wenn das, was bisher unwidersprochen der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist, stimmt, dann haben Sie an und für sich Ihrer Regierung und auch diesem Hause wahrscheinlich einen schlechten Dienst erwiesen. Aber ich möchte noch einmal sagen: Das möchte ich dann im zweiten Teil meiner Ausführungen bringen, denn die Richtung, die Marschzahl, die Sie, wenn die Zitate stimmen, diese Marschrichtung, die Sie hier eingestellt haben, die ist genau nicht das, was uns etwa bei den Beratungen in diesem Hause vorschwebt hat.

Eine Konzentration einsatzfähiger Verbände in einer Bereitschaftstruppe heißt praktisch das übrige Heer lahmlegen und aushöhlen. Übrig bleibt kein Kader, bleiben keine verlängerten Grundwehrdiener, und ich bin überzeugt, ohne es zu wissen, das haben Ihnen die Befehlshaber gesagt; ich bin Laie, wie Sie wissen, bin ich kein Generalstäbler, aber über eines war ich mir im klaren: Wenn wir heute die einsatzfähigen Verbände herauslösen — Sie sollen eine solche Anweisung gegeben haben, ich weiß es nicht —, dann brauchen wir ein Kader von wahrscheinlich 5500 Leuten. Wir haben 3000. Wir haben einen Fehlbestand von 2500, das heißt, wir müssen 2500 Mann für den Kader aus dem übrigen Heer herausnehmen. Dann bleibt dort kein Kader mehr übrig.

Freiwillig verlängerte Grundwehrdiener brauchen wir über 8000. Wir haben etwas

über 300, 350. Das ist ein Fehlbestand von über 7000. Woher nehmen? Die können Sie nur aus dem Restheer herausnehmen, das heißt in dem Augenblick wird das Restheer aufgelöst, lahmgelegt.

Herr Minister! Sie werden doch zugeben: das können Sie nicht mit einer Ministerweisung auslösen. Sie können einem General Spannocchi einen Auftrag zu einer Studie geben. Dann hätten wir gesagt: Dann lassen Sie doch endlich einmal das prüfen, was der Verteidigungsrat will!

Das haben Sie nämlich bis zur Stunde nicht getan. Sie lassen das prüfen, was Sie wollen. Bisher haben Sie nicht widersprochen. Wenn wir das glauben müssen, was in der „Sozialistischen Korrespondenz“ und in der „Presse“ steht, dann sind Sie genau auf dem falschen Weg, auf dem wir Ihnen nicht folgen können.

Ich bin mir auch noch gar nicht sicher, ob die Regierungsfraktion, wenn sie erfährt, was hinterher herauskommt, auch folgen kann.

Die Frage des Berufsheeres ist eine sehr heikle Frage. Ich gebe zu, daß bezüglich dieser Frage die Meinung in meiner Fraktion durchaus geteilt ist. Mein Standpunkt ist bekannt. Ich habe immer geglaubt, Sie wären nicht für das Berufsheer. Sie gehen aber nun einen sehr eigenartigen Weg, indem Sie alle Berufssoldaten in einer kleinen Armee zusammenziehen, und liquidieren das übrige Heer, Herr Bundeskanzler.

Ich muß ehrlich sagen: Ich weiß jetzt im Moment wirklich nicht mehr — ich glaube, Sie kennen meinen Standpunkt bezüglich dieser Frage —, was Sie wollen, nachdem Sie als Regierung möglicherweise durch einen Beschluß das gedeckt haben, was der Verteidigungsminister als Auftrag für den Aufstellungsstab ausgegeben hat.

Das ist also die Unklarheit. Hier sind Widersprüche und hier sind Fragen, die einer dringenden Klärung bedürfen. Das ist also der Grund, warum wir diese Anfrage gestellt haben.

Oder die Ministerweisung: Ich darf gleich sagen, daß das ein Kernpunkt ist. Ich möchte ausdrücklich feststellen: Sie haben auch in dem mündlichen Zitat nichts davon gesagt, daß angeblich beabsichtigt ist, 50 Prozent der Wehrpflichtigen zur Bereitschaftstruppe zu geben.

Ich darf noch einmal sagen: Man kann darüber reden. Ich kann es nicht beurteilen. Ich wurde von dieser Frage in den letzten Tagen überrollt. Herr Minister! Ich stelle fest: Laut Wortprotokoll haben Sie das im Landesverteidigungsrat nicht zitiert. Das haben wir

Zeillinger

aus Zeitungsartikeln und auf Grund von Interviews erfahren.

Aber über das muß man doch reden, Herr Minister! Es ist das doch eine Grundfrage der Landesverteidigung: Was geschieht mit den Präsenzdienern? — Darüber haben Sie im Landesverteidigungsrat auf Befragen — auf Befragen! — geschwiegen.

Ich darf also noch einmal sagen: Wenn Sie das in diese Ministerweisung in irgendeiner Form tatsächlich hineingenommen haben und Sie haben das nicht zitiert — Herr Minister, dann müssen Sie darüber eine Erklärung abgeben. Ich muß Ihnen nämlich dann offen sagen, daß wir in diesem Fall nicht wüßten, was wir von Ihren Worten in Zukunft noch als bare Münze nehmen können und was nicht.

Das ist also die Situation. Ich habe volles Verständnis dafür, daß Sie als nicht eingeschriebenes Mitglied der Sozialistischen Partei — Sie haben das zumindest gesagt — nun eine Anlehnung suchen, zu dem Klub fahren und die Sozialisten informieren. Ich habe volles Verständnis dafür, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, daß Sie sich vom Minister gerne erzählen lassen, was er getan hat. Ich habe mich auch darüber gefreut, daß der Minister mehr Applaus bekommen hat auf Grund seiner Ausführungen als der Bundeskanzler. (*Abg. Peter: Das ist ein ausgesprochener Gesinnungswandel!*) Aber ich bitte Sie auch um Verständnis dafür, daß wir als Mitglieder des Landesverteidigungsrates auch wissen wollen, was eigentlich gespielt wird. Wir wollen zumindest dasselbe wissen wie die 200 Kollegen von sozialistischer Seite, die laut Pressemeldung in Gastein versammelt waren. Unsere Versuche, das im Landesverteidigungsrat aufzuklären, sind leider Gottes gescheitert, sind nicht weitergegangen.

Das sind also die Hintergründe der Anfrage. Das ist der Grund, Herr Minister, warum wir Sie gebeten haben, die Unterlagen jetzt nicht nur zu zitieren — das möchte ich gleich sagen —, sondern jetzt vorzulegen. Ich bin mir im klaren darüber, daß Sie wahrscheinlich nicht alles jetzt dem Haus werden vorlegen können. Ich weiß ja nicht, was Sie in Gastein gesagt haben, daß Sie einen so donnernden Applaus von den Sozialisten gehabt haben. Wir brauchen aber jetzt die Unterlagen, denn wir müssen vor der nächsten Sitzung Einblick gewinnen. Selbstverständlich müssen wir jetzt auch wissen, warum die Befehlshaber solche Bedenken haben und mit Worten, die von einer Auflösung des Restheeres sprechen, operieren. (*Zwischenruf des Abg. Mondl.*)

Herr Kollege! Ich darf noch einmal sagen: Wir wollen es wissen! Daß uns der Minister keine Antwort gibt, ist uns unverständlich. Er ist bisher von allen ... (*Abg. Doktor Kerstnig: Haben Sie zwei Stunden nicht aufgepaßt im Landesverteidigungsrat? Das ist doch dort besprochen worden!*)

Ich darf bitte hier in der Öffentlichkeit jetzt etwas sagen: Dieser Zwischenruf, Herr Kollege, ist eine Unwahrheit! Es ist nicht besprochen worden. Ich habe das verlangt, ich habe das nicht bekommen! Über etwa 50 Prozent der Wehrpflichtigen zur Einsatztruppe ist nicht gesprochen worden. (*Abg. Dr. Kerstnig: Über alle diese Probleme ist gesprochen worden!*) Es ist nicht darüber gesprochen worden, daß am 1. Oktober der Auftrag gegeben wurde, mit der Aufstellung der Truppe zu beginnen.

Herr Kollege, eine Frage, um Ihre Behauptung zu widerlegen: Ich habe um die Übergabe der Ministerweisung Nr. 23 — ich glaube, daß es sich um diese Nummer handelt — gebeten. Herr Kollege! Haben wir diese Ministerweisung bekommen? Ja oder nein? Haben wir sie bekommen? (*Abg. Dr. Kerstnig: Es wurde zugesagt!*) Nein, nein, er hat zitiert!

Ich darf Sie einladen, Herr Kollege: Gehen wir hinüber und hören wir uns das Tonband an. Zeigen Sie mir die Stelle, wo zugesagt wurde, daß wir das bekommen. Bis zur Stunde haben wir das jedenfalls nicht bekommen. Das, was zitiert worden ist — ich darf das noch einmal sagen —, war meiner Ansicht nach so irreführend und nur ein Detailzitat, daß ein falscher Eindruck entstehen konnte.

Herr Bundesminister! Sie können gerade meiner Fraktion nicht den Vorwurf machen, daß wir Sie in unfairen Weise in diesem Hause behandelt hätten. Aber es ist eine zu ernste Sache, als daß es uns möglich wäre, zuzusehen ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kerstnig*) Herr Kollege Dr. Kerstnig! Für Sie ist es sehr leicht, denn Sie waren in Gastein. Es tut mir leid, wenn ich das jetzt sagen muß: Ein parteiloser Minister, der immer von parteilos redet, informiert die Sozialisten, nicht aber die übrigen Volksvertreter! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Meine Herren, nehmen Sie zur Kenntnis: Wir sind bereit, alle zusammen dieses Österreich zu verteidigen. Aber wir sind auf keinen Fall dazu bereit, Ihnen als Sozialisten die Verteidigung allein zu überlassen. Dazu fehlt uns das Vertrauen. (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*)

Ich darf mich aber dann noch einmal zu Wort melden und Ihnen sehr eindeutig antworten. Ohne Ihren Zwischenruf, Herr Kollege

Zeillinger

Dr. Kerstnig, hätte ich in ruhiger Form meine Ausführungen zu Ende geführt.

Herr Minister! Sie haben sich im Landesverteidigungsrat leider in Schweigen gehüllt und haben eine Fülle von Fragen und Unklarheiten offengelassen. Ich sage Ihnen gleich, daß es von dem, was Sie heute sagen werden, abhängen wird, denn damit stellen Sie die Weichen nicht nur für die heutige Diskussion, sondern auch für die Verteidigungspolitik in der nächsten Zeit. Das liegt heute in Ihrer Hand! Ich hoffe, Sie erkennen den Ernst der Stunde und informieren auch die übrigen Volksvertreter so, wie Sie die Sozialisten informiert haben! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Landesverteidigung Lütgendorf. Er hat das Wort.

Bundesminister für Landesverteidigung **Lütgendorf**: Herr Präsident! Hohes Haus! Zu der in der heutigen Sitzung eingebrachten dringlichen Anfrage der Abgeordneten Zeillinger, Tödling und Genossen stelle ich fest *(Abg. Zeillinger: Gemäß § 73 Geschäftsordnung . . .!)*:

Gemäß § 73 Geschäftsordnung *(anhaltende Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ — Präsident Probst gibt das Glockenzeichen)* ist dem Antrag von 20 Mitgliedern des Nationalrates stattzugeben, über eine schriftliche Anfrage nach deren Begründung durch den Fragesteller eine Debatte durchzuführen.

Es entsprach bisher der parlamentarischen Gepflogenheit, daß das befragte Regierungsmitglied vor dieser Debatte eine mündliche Anfragebeantwortung erteilt. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Anhaltender Widerspruch und heftige Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe! Lassen Sie den Herrn Minister einmal ausreden! *(Weitere anhaltende Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)* Auch mich, meine Damen und Herren, ausreden zu lassen! Ich lasse Sie auch reden!

Bitte, der Herr Minister hat das Wort! *(Weitere heftige Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)* Ich habe nicht die Ministeranfragen zu beantworten, sondern hier den Vorsitz zu führen! Stellen Sie an mich keine Fragen! Der Herr Bundesminister hat das Wort. *(Abg. Peter: Dann soll er zurücktreten! — Abg. Libal: Ist der Prader zurückgetreten? — Andauernde heftige Zwischenrufe bei ÖVP FPÖ. — Präsident Probst gibt wiederholt das Glockenzeichen.)*

Ich bitte den Herrn Minister, fortzusetzen. *(Abg. Dr. Gruber: Er soll zurücktreten! —*

Andauernde Zwischenrufe. — Präsident Probst gibt neuerlich wiederholt das Glockenzeichen.)

Meine Damen und Herren! Ich gehe hier nach der Geschäftsordnung vor. Es ist eine dringliche Anfrage eingebracht. Sie wurde begründet. Es ist eine Beantwortung. Es ist nicht meine Sache zu beurteilen, wie, was und wann gesprochen wird. Die Geschäftsordnung gibt diese Möglichkeit. Sie haben dann die Möglichkeit, darüber zu reden.

Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf** *(fortsetzend)*: Im Hinblick auf die besonderen Umstände und den von parlamentarischen Gepflogenheiten abweichenden Zeitpunkt dieser dringlichen Anfrage werde ich von der geschäftsmäßigen Möglichkeit Gebrauch machen *(allgemeine Unruhe)*, die Anfrage erst zu einem späteren Zeitpunkt, und zwar in der noch heute stattfindenden nächsten Sitzung des Nationalrates, nach der Budgetrede des Herrn Finanzministers, eingehendst zu beantworten. *(Anhaltender demonstrativer Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Befehlsempfänger des Fischer! — Anhaltende heftige Rufe bei ÖVP und FPÖ. — Präsident Probst gibt mehrmals das Glockenzeichen.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky. *(Abg. Doktor Gruber: Der sagt dasselbe!)*

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Hohes Haus! Ich werde von meinem Recht Gebrauch machen, in der darauffolgenden Sitzung die an mich gestellten beiden Anfragen zu beantworten *(Abg. Dr. Koren: Das Recht stellen Sie nicht fest! — Rufe bei der ÖVP: Das ist undemokratisch! — weitere Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ)*, und zwar nachdem der Herr Finanzminister seine Budgetrede gehalten hat. *(Beifall bei der SPÖ. — Rufe bei der ÖVP: Das ist undemokratisch! — Weitere heftige Rufe bei ÖVP und FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Meine Damen und Herren! *(Abg. Fächleutner: Die ganze Regierung zurücktreten! — Weitere Zwischenrufe.)* § 73 Abs. 1 der Geschäftsordnung lautet:

„Auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag von acht Mitgliedern kann ohne Debatte beschlossen werden, daß eine in derselben Sitzung eingebrachte Anfrage an ein Mitglied der Regierung vom Fragesteller vor Eingehen in die Tagesordnung oder nach deren Erledigung mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet.“ *(Abg. Zeillinger: Das ist unbestritten!)*

Präsident Probst

In der Auslegung, die nie bestritten worden ist, heißt es — ich berufe mich auf eine Auslegung —: Das befragte Regierungsmitglied ist jedoch nach der Geschäftsordnung nicht verpflichtet, sofort zu antworten. — Solche Fälle hat es schon gegeben. (*Rufe bei der ÖVP.: Wann? — Präsident Probst gibt das Glockenzeichen.*) Ich sage das nur in Auslegung der Amtsführung der Präsidenten. (*Neuerliche Zwischenrufe.*)

Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache auch hier aufmerksam, daß kein Abgeordneter länger als 20 Minuten sprechen darf.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Er hat das Wort. (*Abg. Mitterer: Das ist ein Armutzeugnis! — Abg. Libal: Für euch! — Starke Unruhe.*)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, in diesem Stil ist in diesem Hause noch nie eine Regierung mit dem Parlament verfahren. (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*) Wir werden uns über Besonderheiten dieses Stils bei anderer Gelegenheit noch sehr gründlich mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, auseinandersetzen. (*Abg. Dr. Schwimmer: Die Mikrophone gehen schon wieder nicht, Herr Präsident!*)

Präsident Probst: Ich bin kein Mikrofonhalter. Der Herr Abgeordnete muß das Mikrofon vielleicht ein bißchen herunterziehen, dann wird er hineinreden können. Aber übrigens ist ein technischer Beamter hier, der nachsehen wird.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (*fortsetzend*): Wir haben heute nur eines festzustellen: Der Herr Verteidigungsminister, der nach unserer Verfassung nicht weisungsgebunden ist, hat seinen Beitrag bisher darauf beschränkt, daß er den Tagesbefehl, den ihm der Kanzler erteilt hat, durch das Wort „eingehendst“ ergänzt hat. (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*)

Der Herr Verteidigungsminister wird von seinem Kanzler als „Mordssteher“ hoch gelobt. Ich habe heute nur festgestellt, daß der Verteidigungsminister bestenfalls ein „Stehaufmanderl“ ist. (*Neuerliche Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir waren immer bereit, die Fragen der Landesverteidigung aus dem Parteienstreit herauszuhalten. (*Zwischenrufe.*) Sie haben diese Bereitschaft zu der Zeit, zu der Sie noch die Minderheit im Hause waren, gröblich mißbraucht, und heute glauben Sie, es sich leisten zu können, sich über diese Bereitschaft einfach kraft Mehrheit hinwegzusetzen. Das ist die Ausgangs-

situation. (*Abg. Dr. Gruber: Das bestätigt nur der Mond!*)

Herr Kollege Mondl! Ich wende mich jetzt ganz besonders an Sie. Sie haben als Sprecher der Regierungspartei am 15. Juli 1971 nach der letzten längeren Debatte zu Verteidigungsfragen erklärt, es sei der erste Schritt zu einer Reform der Landesverteidigung, der damals gesetzt worden sei. Und die weiteren würden folgen.

Wir warten seit eineinhalb Jahren auf diese weiteren Schritte. Oder, Herr Kollege Mondl und meine Herren von der SPÖ, darf ich es unternehmen, diese weiteren Schritte einmal schonungslos zu interpretieren? Nehmen Sie sich die Zeit und hören Sie mir zu.

Wir verhandeln — das ist offensichtlich der erste Schritt — über ein Jahr, daß endlich die Zusage, die Sie gemacht haben, nämlich die Aufgaben der umfassenden Landesverteidigung in der Verfassung zu verankern, verwirklicht wird. Bis heute gibt es nur Verhandlungen und Zusagen.

Der zweite Schritt, den der Herr Verteidigungsminister gesetzt hat, war eine Reihe von fragwürdigen, widerspruchsvollen Erlässen, die er dann wieder zurücknehmen und korrigieren mußte.

Ich erwähne aus dieser ganzen Serie nur einen: das war der berüchtigte Maturanten-Erlaß. Jener Maturanten-Erlaß, den man nur als eine Maßnahme qualifizieren kann, ratenweise, aber todsicher den letzten freiwilligen Reserveoffizier zu hindern, daß er sich diesem Bundesheer zur Verfügung stellt. Die Entwicklung der Zahlen der freiwilligen Meldungen der Maturanten hat das in unübersehbarer Weise auch bestätigt.

Der nächste Schritt, Herr Verteidigungsminister, war Ihr tatenloses Zusehen, wie uns das Kaderpersonal in Scharen davonläuft.

Der vierte Schritt war die Aufrechterhaltung der Diskriminierung der aktiven Offiziere (*Abg. Kern: Das ist die Absicht!*), die nach wie vor als B-Beamte dieses Staates behandelt werden, obwohl sie Vollmaturanten sind und eine dreijährige akademische Ausbildung hinter sich haben.

Was haben Sie hier getan? Die Antwort zeigen die letzten Zahlen der Anmeldungen für die Akademie und die letzten Zahlen der Absolventen dieser Akademie. Ein Tiefstand, wie wir ihn seit elf Jahren nicht mehr gehabt haben! (*Abg. Wodica: Unter Prader sind sie eingerückt!*)

Ein weiterer Schritt, Herr Verteidigungsminister, waren Ihre einsamen Beschlüsse, mit denen Sie Ihre engsten Mitarbeiter vor den

Dr. Scrinzi

Kopf gestoßen und zum offenen Widerspruch herausgefordert haben: Kaltstellung mißliebiger Beamter und Offiziere, Abschieben von Offizieren unter allen möglichen formalen Titeln und letzten Endes die Notwendigkeit, daß sich ein Teil Ihrer Mitarbeiter an das Gericht wenden mußte, um ihre unmittelbaren Rechte gewahrt zu wissen.

Statt Aufstockung — das ist der nächste Schritt zur umfassenden Landesverteidigung — der Haushaltsmittel des notleidenden Heeres weiterer relativer Abbau der Mittel für die Landesverteidigung.

Als weiteren Schritt haben Sie einen höchstpersönlichen Beitrag zur geistigen Landesverteidigung gesetzt. Sie haben nämlich der stauenden Öffentlichkeit Österreichs dargetan, daß es zur Aufgabe des Politikers gehöre, ab und zu die Unwahrheit zu sagen.

Das scheint Ihr Beitrag zur geistigen Landesverteidigung zu sein. Was soll also ein schlichter Soldat erwarten, der sich letzten Endes unter dem Befehl eines Verteidigungsministers weiß, der die Unwahrheit zu einer Maxime macht?

Nächster Schritt: Sie haben versucht, durch die Alarmübungen im Neun-Monate-Heer darzutun, daß die Verteidigungsbereitschaft nicht so ist, wie wir sie im Interesse Österreichs erwarten und wünschen müssen. Sie weigern sich bis heute, die Alarmübungen Ihres Sechsmonate-Heeres durchzuführen, um zu sehen, wie es hier mit der Verteidigungsbereitschaft aussieht. (*Abg. Mondl: Was haben Sie gegen sechs Monate?*) Sie können nachher reden, Herr Kollege Mondl!

Sie, Herr Verteidigungsminister, haben kein Geld, um eine wirksame Luftraumverteidigung zu gewährleisten! Sie haben kein Geld, um in echt gefährdeten Grenzräumen Österreichs Garnisonen zu errichten! Aber offensichtlich akklamieren Sie, wenn in diesen Grenzräumen die Geßlerhüte der Sozialistischen Partei, die sogenannten zweisprachigen Ortstafeln, von drei Polizisten bewacht werden. Dafür haben wir Geld! (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*)

Der nächste Schritt, der nicht auf Ihren empörten Widerspruch gestoßen ist, war der moralische Fußtritt, den der Herr Bundeskanzler einem Ihrer ältesten und engsten Mitarbeiter und Kameraden, dem General Bach, versetzt hat, nachdem dieser Mann in einem echten Gewissenskonflikt genötigt war, vor der Öffentlichkeit Konsequenzen zu ziehen, die diesem alten und verdienten Soldaten nicht leicht gefallen sind. Da hat der Herr Bundeskanzler nichts anderes zu sagen gehabt, als daß er weitaus jüngere Generäle zur Verfügung habe. (*Abg. Dr. Gruber: Im Fuß-*

trittgeben ist er ja schon geübt, der Herr Bundeskanzler!) Wo sind Sie geblieben, Herr Verteidigungsminister?

Wir befehligen und bemühen uns, diplomatische Handlungs- und Handelsreisende und Botengänger der Moskauer Ostpolitik zu sein. Aber wenn es um unsere eigene Sicherheit geht, da legen wir keinerlei Eile und Eifer an den Tag!

Meine Herren von der SPÖ! Wenn diese Sicherheitskonferenz zustande kommt, dann frage ich: Was für eine Rolle wird ein Land spielen, das seine eigene Landesverteidigung so ernst nimmt wie Sie, die Sozialistische Partei und die sozialistische Regierung? Sie dürfen nicht einmal Mineralwasser verkaufen bei dieser Konferenz, das sage ich Ihnen! (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP. — Abg. Pay: Demagogisch und billig!*)

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Ich habe nur noch eines festzustellen, und das ist nicht demagogisch. Das meine ich absolut ernst, Herr Kollege Pay! Eine Regierung, die offensichtlich nicht bereit ist, die geringsten Anstrengungen im Interesse der Sicherheit und der Verteidigungsbereitschaft dieses Landes zu unternehmen, hat das moralische Recht verwirkt, dieses Land zu regieren. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Tödling. Bitte.

Abgeordneter **Tödling (ÖVP)**: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn der Vorfall vor wenigen Minuten von einem sozialistischen Minister ausgelöst worden wäre, hätte es mich auf Grund der Vorkommnisse des heutigen Tages nicht gewundert.

Herr Bundesminister! Sie haben sich heute eine einmalige Gelegenheit entgehen lassen! Sie hätten heute Scharten auswetzen können, wenn Sie sich als Mann erwiesen hätten!

Herr Bundesminister! Sie sind nicht der parteiungebundene Fachminister. Sie sind kein Steher, sondern ein billiger Erfüllungsgehilfe der Sozialistischen Partei! (*Abg. Zeillinger: Der Bruno wird schon wissen, warum! — Beifall bei der ÖVP und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß wir noch Gelegenheit haben werden, über diese Frage zu sprechen. Ich möchte daher meine Zeit dafür benützen, nun die Vorgänge um den Landesverteidigungsrat in der jüngsten Vergangenheit aus meiner Sicht zu beleuchten.

Daß ein freiheitlicher Abgeordneter heute als Begründer unserer gemeinsamen dringlichen Anfrage auftritt, beweist, daß auch die

Tödling

freiheitlichen Abgeordneten den Weg, den diese Bundesregierung nunmehr in der Landesverteidigung geht, nicht mehr gutheißen.

Gleich eingangs möchte ich aber doch die zusehende und zuhörende Öffentlichkeit um Verständnis bitten. Es könnte sehr leicht der Eindruck entstehen, daß wir uns hier mit Formalismen auseinandersetzen, und in Wahrheit gehe es nur um des Kaisers Bart. Dem ist aber nicht so, meine Damen und Herren!

Unsere Aufgabe als Opposition ist es, Sie zu kontrollieren. Bei keiner Regierung zuvor war die Kontrolle so notwendig wie bei der gegenwärtigen! (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Auf Grund der Sachlage, meine Damen und Herren — Kollege Zeillinger hat schon darauf hingewiesen —, besteht der berechtigte Verdacht, daß der Herr Bundesminister für Landesverteidigung und die Bundesregierung Gesetze nicht beachtet haben.

Nun eine kurze Sachverhaltsdarstellung, wie ich sie sehe. Ich möchte Sie daran erinnern, daß wir schon bei der Beratung um die Wehrgesetznovelle 1971 als zentrales Thema die sofort verfügbaren Verbände betrachtet haben, also die sogenannte Bereitschaftstruppe. Meine Damen und Herren von der SPÖ! Sie wollten ja damals nach Ihren eigenen Aussagen kein stehendes Heer, und ich bezweifle, ob Sie es heute wollen.

Herr Bundesminister und meine Damen und Herren! Ist es nun eine Maßnahme von grundsätzlicher Bedeutung, wenn Verbände des Heeres aus den bisherigen Befehlsverhältnissen herausgelöst werden, eine eigene Kommandostruktur geschaffen wird und Kasernen aufgegeben werden sollen? Ich bitte, Herr Bundesminister, beantworten Sie uns die Frage, ob diese Dinge von grundsätzlicher Bedeutung sind. Der § 5 Abs. 3 und 4 des Wehrgesetzes besagen eindeutig, daß vor Beschlüssen der Bundesregierung der Landesverteidigungsrat zu hören ist. Ich möchte es nicht wiederholen; der Kollege Zeillinger hat schon darauf hingewiesen.

Aber Sie, Herr Bundesminister, haben Fakten gesetzt, die keine gesetzliche Deckung besitzen. Der richtige Weg wäre gewesen, in den Verteidigungsrat zu gehen, die Empfehlung dieses Verteidigungsrates abzuwarten, mit dieser Empfehlung in die Bundesregierung zu gehen und dann Ihre Maßnahmen zu setzen. Aber was tun Sie, Herr Bundesminister? Sie gehen einen anderen Weg. Die Tagesordnung der Sitzung vom 25. September habe ich vor mir. Sie umfaßt einen einzigen Tagesordnungspunkt. Keine Spur, Herr Bundesminister, von einem Antrag Ihrerseits, mit dem Sie etwa die

Empfehlung oder die Zustimmung des Verteidigungsrates zum Aufstellungsstab Spannocchi haben möchten.

Ich habe mich damals zur Geschäftsordnung gemeldet und verlangt, daß wir über die kursierenden Gerüchte hinsichtlich dieses Aufstellungsstabes Aufklärung verlangen, und Sie, Herr Bundesminister, sind uns hiezu die Antwort schuldig geblieben. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Lediglich auf meine Frage an den Herrn Bundeskanzler, ob der Generaltruppeninspektor Bescheid wisse, meinte der Herr Bundeskanzler zu mir gewendet: Herr Kollege, Sie wissen ganz genau, daß er nicht gefragt wurde! Das ist die Vorgangsweise des Herrn Bundeskanzlers im Verteidigungsrat: einfach Fragen übergehen, Antworten schuldig bleiben. Das ist mit ein Grund, warum wir heute diese gemeinsame dringliche Anfrage eingebracht haben.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte es hier von dieser Stelle aus sagen, das gilt auch für Sie, Herr Bundesminister: Diese Handstreichmethode, meine Damen und Herren, lassen wir uns nicht bieten! (*Beifall bei der ÖVP.*) Es ist richtig, daß die Frage der Alarmübungen am 26. September einige Zeit beansprucht hat, aber nicht durch meine Schuld. Der Antrag war kurz und bündig. (*Abg. Pay: Billig war er!*) Herr Kollege, das kann auch Ihnen passieren!

Mein Antrag war kurz und bündig. Daß sich der Herr Bundeskanzler dann in langatmigen formalistischen Überlegungen ergeht, ob man wohl in der Vergangenheit auch ähnliche Alarmübungen gemacht habe oder ob es wohl berechtigt sei, in der schon beendeten Dienstzeit Alarmübungen machen zu können, das hat die Zeit beansprucht, meine Damen und Herren!

Herr Bundesminister! Warum kann man nach Dienstschluß eigentlich keine Alarmübungen machen? Ich glaube, man soll und man kann. Oder sind nach Dienstschluß die Grenzen unseres Landes nicht mehr geschützt?

Herr Bundesminister! Wenn Sie gewollt hätten, wäre Zeit genug gewesen, Ihren Vortrag wenigstens zu verteilen, oder war er am Nachmittag des 25. September gar nicht vorhanden? Die Rechtfertigung von SPÖ-Sprechern, Herr Kollege Mondl, geht nun dahin, Sie wollten uns ohnehin unter dem Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ informieren. Das beweist eindeutig, Herr Kollege Mondl, daß die SPÖ-Mitglieder des Landesverteidigungsrates sehr wohl informiert waren, nicht aber die Mitglieder der Oppositionsfraktionen. Unter „Allfälliges“ unterhält man sich be-

Tödling

kanntlich und üblicherweise darüber, wann die nächste Sitzung stattfindet und ähnliches mehr. Aber, Herr Bundesminister, wir hätten auch unter diesem Punkt Ihr Papier in Empfang genommen. Ja eigentlich, so meinte der Herr Kollege Mondl, sei der Tödling schuld. Er hat es höhnisch ausgedrückt, ich hätte zu lange über Salmonellen geredet. Meine Frage an den Herrn Bundesminister bezüglich der Paratyphusfälle war kurz und bündig.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Wenn wir in den Zeitungen lesen müssen, daß ein Dutzend Soldaten mit Verdacht auf Paratyphus erkrankten, wenn über Kasernen Quarantäne verhängt werden muß, das rührt Sie nicht! Uns allerdings ist das nicht einerlei. Das möchte ich auch hier in aller Deutlichkeit sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Am 29. September war den Zeitungen zu entnehmen, daß wir vom Verteidigungsminister einen Brief erhalten werden. Aber wenn Sie glauben, daß wir den etwa per Post erhalten haben — weit gefehlt. Es war der Zufälligkeit meiner Anwesenheit in Wien am 2. Oktober überlassen, im Postfach des Klubs diesen Brief vorzufinden. Es war der Vortrag an den Landesverteidigungsrat mit Datum 25. September, also geschrieben am gleichen Tag, als die Verteidigungsratssitzung stattfand, mit einem Beischreiben des Herrn Bundesministers mit dem Datum vom 26.

Weil wir uns diese Vorgangsweise nicht bieten ließen und weil die Sache von grundsätzlicher Bedeutung im Sinne des Gesetzes ist, haben zwei Mitglieder des Landesverteidigungsrates — wir von der ÖVP — den Antrag gestellt, daß eine Sitzung des Landesverteidigungsrates einzuberufen sei. In einem derartigen Fall hat der Vorsitzende binnen 14 Tagen eine solche Sitzung einzuberufen. So kam es zur Sitzung am 16. Oktober. Unserem Ersuchen hinsichtlich der Tagesordnung hat der Herr Bundeskanzler allerdings nicht entsprochen, aber er hat uns telegraphisch mitteilen lassen, daß wir sehr wohl Gelegenheit haben werden, über den Spannocchi-Stab zu reden.

Aufklärungsbedürftig — und hier schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Zeillinger an — ist die Rolle des Ministerrates in dieser Frage. Nach Auskunft des Herrn Bundeskanzlers hat sich der Ministerrat am 27. September mit dieser Frage beschäftigt. Unserem Verlangen nach Aushändigung des Protokolls dieser Ministerratssitzung wurde allerdings nicht entsprochen.

Auf meine Frage an den Herrn Bundeskanzler bei der Sitzung des Landesverteidigungsrates am 16. Oktober, was nun tatsächlich

mit diesem Antrag des Herrn Verteidigungsministers hinsichtlich des Spannocchi-Stabes geschehen soll, meinte er, hier müsse man nunmehr doch einen Zwischenbericht des Herrn Generalmajors Spannocchi abwarten, und so liegt dieser Antrag praktisch auf dem Eis. Kurios die Situation: Der Ministerrat hat am 27. nach Auskunft des Herrn Bundeskanzlers etwas beschlossen, was nun faktisch eigentlich nicht existent ist, eine Vorgangsweise, die sich würdig einreihet in die Gangart des Landesverteidigungsrates, wie wir sie seit der Vorsitzführung des Herrn Bundeskanzlers kennen.

Die Regierung hat auf weiten Strecken überhaupt keine Meinung, dafür konzidiert der Herr Bundeskanzler großzügig, es könne hier jeder Vorschläge machen. Allerdings: den Herrn Generaltruppeninspektor fragt man nicht. Wir haben es erlebt, daß nicht einmal Vorschläge des Herrn Bundesministers in der Regierung abgesprochen waren — siehe Heeresdienstzulage. Oder: Erst aus Anregungen der Oppositionsvertreter ist eine vielleicht brauchbare Regierungsmeinung hinsichtlich der Verankerung der politischen Grundsätze in der Bundesverfassung entstanden. Wir konnten uns jedenfalls auch nicht befreunden mit der Heeresgliederung 1972. Hier hat der Kollege Zeillinger schon darauf hingewiesen, daß über seinen Antrag die obere Ebene ausgeklammert wird und nur auf unterer Ebene Reorganisationsmaßnahmen stattfinden sollen.

Aber nun, meine Damen und Herren, zum sachlichen Teil der ganzen Aktion. Es geht um die sogenannte Bereitschaftstruppe. Sie wollen nun endlich den Vorwurf loswerden, daß Sie im Sinne des Artikels VIII der Wehrgesetznovelle säumig geworden sind. Dieser Aufstellungsstab Spannocchi soll Ihnen helfen, einen Paravent aufzurichten, der Bereitschaftstruppe heißt, vermutlich aus 6-Monate-Soldaten besteht — Längerdienende stehen ja keine zur Verfügung — und verdecken soll, daß hinter diesem Vorhang gähnende Leere ist. *(Zwischenruf des Abg. Mondl.)* Wenn Sie in der gegenwärtigen Situation, Herr Kollege Mondl, dieses Experiment wagen, bleibt Ihnen nur die Möglichkeit, das Bundesheer kadermäßig auszulaugen, praktisch ein Konzentrat herzustellen, der Landwehr den Lebensnerv abzuschneiden, um auf eine Alibi-Bereitschaftstruppe hinweisen zu können.

Wenn der Herr Generalmajor Spannocchi sagte, wir müssen eine neue Heeresreform erst suchen, sagte er sicherlich die Wahrheit. Aber es erhebt sich die Frage: Wo bleibt die bestvorbereitete Regierung, die es je gab? *(Abg. F a c h l e u t n e r: Im Panzerschrank!)*

Tödling

Sie ziehen wieder einmal eine Scheinaktivität auf, bei der einige Fachleute Pate stehen, nur der General Bach nicht. Wenn General Bach erklärte, er könne unter den herrschenden Zuständen die Verantwortung nicht mehr tragen, meinte der Herr Bundeskanzler unbehört: Macht nichts, wir haben noch andere Generale genug.

Bei all den Gegensätzen, meine Damen und Herren, zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem General Bach: Er wurde falsch beurteilt. Gerade Bach war es, der in der Gruppe II unter Einsatz seiner Persönlichkeit bemüht war, den Nachweis zu erbringen, daß die Talfahrt des Heeres aufzuhalten ist. Er hat aber erkennen müssen, daß diese Talfahrt nicht aufzuhalten ist, und um sich nicht mitschuldig zu machen, hat er die Konsequenzen gezogen. Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren: Hut ab vor dieser aufrechten Haltung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daß nach diesem Rücktritt die SK, also die „Sozialistische Korrespondenz“, meint, es handle sich ohnehin nur um einen alten General, der sich noch dazu einer Augenoperation unterziehen müßte, das ist schäbig, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)* Gerade Bach war ein eifriger Vertreter des Landwehrgedankens, allerdings in einer Weise, daß neben der Landwehr als brauchbarem Instrument auch die Bereitschaftstruppe vorhanden ist. Nunmehr wollen Sie den umgekehrten Weg gehen, die Landwehr personell und materiell auf Hungerrationen setzen, um diese schon genannte Alibi-Bereitschaftstruppe aufweisen zu können. Damit entsprechen Sie aber keinesfalls dem Sinne des Gesetzgebers des Artikels VIII.

Dazu kommt noch, daß das Mob-Heer kraft Gesetzes nach Paragraph 33 a des Wehrgesetzes mit dem Jahr 1976 aufhört zu bestehen. Der Herr Bundesminister hat mit seinem Erlaß vom 18. 2. 1972 mit Recht darauf hingewiesen, daß eine personelle Neubesetzung des Mob-Heeres bis Anfang 1977 erfolgen muß. Sie schreiben in diesem Erlaß, Herr Bundesminister, daß hiezu ein Reservekader von mindestens 25.000 Mann benötigt wird. In zehn Jahren war es bisher auf Grund freiwilliger Meldungen — und eine andere Möglichkeit gibt es auch künftig nicht — nur möglich, einen Reservekader von 8000 Mann zu gewinnen.

Herr Bundesminister! Wenn Sie glauben, daß Ihnen in den nächsten Jahren das gelingt, was Sie in Ihrem Erlaß anführen, dann, glaube ich, muß man Sie als Phantasten bezeichnen. Wenn Österreich heute im mitteleuropäischen Raum ein militärisches Vakuum darstellt, so ist das das Werk des Herrn Bundeskanzlers.

Er hat es fertiggebracht, in zwei Jahren das Bundesheer zu ruinieren.

Wenn der Herr Finanzminister dem österreichischen Volk suggeriert, es müsse lernen, mit der Inflation zu leben, so muß es nach dem Herrn Bundeskanzler lernen, bei unbewachten Grenzen, also bei offenen Türen zu schlafen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Klubkollege Zeillinger hat bereits gesagt, daß wir Freiheitlichen zum Heer als solchem größtes Vertrauen haben. Wir Freiheitlichen sind überzeugt von der Leistungsbereitschaft der Heeresangehörigen, wir sind überzeugt, daß alle die, die im Dienste des österreichischen Bundesheeres stehen, ihr Bestes geben, um der Sicherheit im Staate nach außen hin das nötige Gewicht zu verschaffen.

Die Präsenzdiener, die eingezogen werden, um beim Bundesheer ihren Dienst zu tun, sind nicht, wie behauptet wird, wehrunwillig und nicht bereit, sich diesem Dienst zu stellen. Sie sind vielmehr daran interessiert, daß, wenn sie schon sechs Monate ihrer Zeit im Dienste des Staates verbringen, diese Zeit so sinnvoll wie nur irgend möglich verwendet wird. Sie sind daran interessiert, daß ihre Ausbildung mit der notwendigen Härte und mit der notwendigen Präzision durchgeführt wird, die der Einsatz eines Heeres in der heutigen Zeit genauso erfordert wie eh und je.

Die Präsenzdiener sind bereit, sich sechs Monate nach bestem Wissen und Gewissen für den Dienst am Staat einzusetzen. Man sollte alles daransetzen, ihnen auch die Chance zu geben, diese sechs Monate möglichst wirkungsvoll zur Ausbildung im Sinne der österreichischen Verteidigung zu nutzen. Auch die Reservisten des österreichischen Bundesheeres, davon habe ich mich bei einer Inspektionsinstruktion zwischen 3. und 6. dieses Monats überzeugen können, sind bereit, den Dienst für die Landesverteidigung zu erbringen. Sie sind bereit, sich auf alle Neuerungen einzustellen, die im Heer in der Zwischenzeit entstanden sind; sie wollen, wenn sie einige Tage im Dienste des Heeres verbringen, wirklich davon auch für ihre persönliche Wehrkraft profitieren. Sie sind daran interessiert, sich ernsthaft mit den Problemen, die auf ihren Mob-Posten neu sind, auseinanderzusetzen und die Fähigkeit zu erwerben, diesen Platz voll auszufüllen.

Ich kann nicht darum herum, den Offizieren und dem Kader des Bundesheeres meine Hoch-

Dipl.-Ing. Hanreich

achtung dafür auszudrücken, daß sie nach wie vor den Mut zur Leistung haben und die Bereitschaft, sich für den Wehrgedanken einzusetzen; daß sie den Mut haben, in einer Situation der Unsicherheit sich doch für den Gedanken der Wehrkraft zu engagieren; daß sie den Mut haben, in einer Situation der Unsicherheit, die aus der Geheimniskrämerei des Ministers entsteht, doch ihren Platz zu halten und sich mit voller Kraft für ihre Aufgabe einzusetzen; daß sie den Mut haben, die Diskriminierungen auf sich zu nehmen, die durch verschiedene Aktionen in der Öffentlichkeit immer wieder geschürt werden. Ich bin mir allerdings bewußt, daß es manchmal schon fast ein Mut der Verzweiflung ist. Und ich glaube, daß wir alles daransetzen sollten, diesen Mut unseres Kaderpersonals und unserer Offiziere auf das nachhaltigste zu unterstützen. Das werden wir nur dadurch tun können, daß wir das begründete Mißtrauen in die Führung beseitigen.

Wie begründet dieses Mißtrauen in die Führung des Verteidigungsressorts ist, hat sich ja heute deutlich gezeigt. Wenn auf der einen Seite Sie, Herr Bundesminister, eine Eigenständigkeit entwickeln, die über den gesetzlichen Rahmen hinausgeht, wenn Sie also auf der einen Seite den Auftrag zur Vorbereitung eines Einsatzheeres an Herrn Generalmajor Spannocchi geben und sich damit über den gesetzlichen Text hinwegsetzen und über Ihre Verpflichtung, vorher mit dem Landesverteidigungsrat darüber Einvernehmen zu pflegen, dann wundert es mich, daß Sie heute im Zusammenhang mit dieser Anfrage Ihre „Eigenständigkeit“ nur durch die Zufügung eines einzigen Wortes in einen vorgesehenen Text bewiesen haben und daß es nicht für mehr mannesmutigen Einsatz für ein Problem von größter Wichtigkeit für unser Staatsganzes gereicht hat.

Sie sind uns die Antwort schuldig geblieben. Wenn Sie heute eine Antwort bringen werden, dann bin ich überzeugt davon, daß diese auch nicht beweisen und klarlegen kann, warum Sie sich auf der einen Seite über Ihren gesetzlichen Auftrag hinwegsetzen und auf der anderen Seite nicht die Fähigkeit haben, doch eine Eigeninitiative in ausreichendem Maß zu erbringen. Sie zeigen damit, daß Sie selbst wohl Worte machen, die uns klarlegen sollen, daß wir doch in Ihre Bereitschaft zur Verteidigung Vertrauen haben sollen, daß es aber leider bei Worten bleibt und daß die Taten nicht folgen.

Das Mißtrauen gegenüber der Führung erscheint ja durchaus begründet, wenn man sich die ständigen Diskriminierungsaktionen vor Augen führt, die aus den Kreisen der Sozialistischen Partei immer wieder gegen das Bun-

desheer gestartet und gepflegt worden sind. (*Abg. P a y: Ein ausgesprochener Unsinn, was Sie da sagen!*) Das stimmt hundertprozentig! Sehen Sie sich doch an, in welcher Art und Weise das Bundesheer immer wieder diskriminiert worden ist! Denken Sie an die Briefaktionen, die gestartet worden sind, und an Artikelserien, die dem Bundesheer und seinem Ansehen in der Bevölkerung in jeder denkbaren Weise geschadet haben. (*Abg. P a y: Ein Unsinn! — Abg. Dr. S c h w i m m e r z u m Abg. P a y: Zu feige, um sich zum Wort zu melden! Melden Sie sich zum Wort!*) Herr Kollege! Sie können das dann hier vom Rednerpult aus erzählen.

Denken Sie nur an die Äußerungen, die im Zusammenhang mit der von uns geforderten 60tägigen Waffenübung, die nun im Gesetz verankert ist, gefallen sind, Äußerungen wie: Das ist ja technisch nicht durchführbar, und so weiter.

Das ist doch der typische Beweis dafür, daß man versucht, einen Gesetzesauftrag zu bagatellisieren, daß man versucht, sich sozusagen über das hinwegzusetzen, was vorher als notwendiges Minimum angesehen wurde. Und da glauben Sie, daß wir noch bereit sind, Ihnen abzunehmen, daß Sie es mit der Landesverteidigung ernst nehmen? (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP. — Abg. P a y: Sie hetzen ja nur gegen das Bundesheer und machen keine konstruktive Arbeit! — Weitere Zwischenrufe.*)

Wenn sich der Herr Bundesminister sozusagen zur bewußten Irreführung der Öffentlichkeit in Bundesheerdingen bekannt hat, dann — das muß ich sagen — hat der Herr Bundeskanzler bisher auch nichts anderes getan, als daß er in einer Funktion als Quasi-Beschwichtigungshofrat aufgetreten ist und allseits und jedem, der es hören wollte, besänftigend gesagt hat: Ja, ich werde schon dafür sorgen, daß das Bundesheer entsprechend gesichert wird, damit unsere Verteidigung auch in der notwendigen Form gewährleistet ist.

Aber diese Funktion als Beschwichtigungshofrat ist unglaubwürdig geworden. Das erkennt man, wenn man betrachtet, welche Bedeutung die Sicherheit Österreichs gegenüber dem Ausland in der vorliegenden Budgetrede und damit im vorliegenden Budget des Finanzministers einnimmt: Eine ganz kleine und unbedeutende Passage ist der Landesverteidigung gewidmet.

Wenn man einen Blick auf das Wehrbudget wirft, dann steht man vor einer erstaunlichen Tatsache. Während auf der einen Seite ein langfristiges Investitionsprojekt im Rahmen

Dipl.-Ing. Hanreich

der langfristigen Investitionsplanung des Bundes der Öffentlichkeit präsentiert worden ist, sind die Mittel für den Sachaufwand unterproportional gestiegen. Damit ist mit Sicherheit keine Chance gegeben, hier ernsthafte Fortschritte zu machen, hier unter Beweis zu stellen, daß man es mit den Fragen der Landesverteidigung ernst meint.

Dieses Budget ist ein typischer Beweis für den Ausspruch des Kollegen Tödling, daß der Herr Bundesminister ein billiger Erfüllungshelfer des Bundeskanzlers ist. So billig hätte er es bei Gott nicht machen müssen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wer weiß das?*) Ja, wir wissen es. (*Abg. Hans Mayer: Wie soll er es machen? Gibt er viel aus, ist es zuviel! Gibt er wenig aus, ist es zuwenig! Das sollte man von vornherein wissen!*) Es kann in diesem Fall mit Sicherheit gesagt werden, daß hier die Frage weiterer Investitionen ... (*Abg. Hans Mayer: Die Summe ist zu hoch, die Einzelteile sind zu gering!*) Es hängt davon ab, welchen konkreten Punkt man begutachtet. In diesem Fall muß ich Ihnen sagen, daß für die Wehrpolitik zuwenig getan wird.

Ich kann Ihnen versichern, daß es im Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung eine ganze Menge von Möglichkeiten gäbe, der Inflation etwas entgegenzuwirken und trotzdem etwas für die Landesverteidigung zu tun. Aber das nimmt man nicht zur Kenntnis, weil man das nicht will. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Budgetziffern und die Budgetrede gehen darauf aus, zu demonstrieren, welche Steigerungsraten wir gehabt haben, um wie viele Fernseher mehr und wie viele Autos mehr es gibt. Aber während man sich bei den Autos selbstverständlich darüber im klaren ist, daß die Versicherungen erhöht werden müssen, weil eben Vorkehrungen gegen den Unglücksfall getroffen werden müssen, daß man sogar zweimal die Versicherungsbeträge erhöhen muß, damit diese Vorkehrungen auch gedeckt werden können, während man das bei den Autos als Selbstverständlichkeit ansieht, findet man das für die Gesamtheit des Staates geradezu absurd. Wir treffen ja hier nicht einmal Vorsorge für die geringsten „Blebschäden“. Keine Rede davon, daß der Staat mit den Beträgen, die hier angesetzt sein werden und die von der SPÖ-Mehrheit sicher beschlossen werden, auch nur einigermaßen eine Vorkehrung für einen etwas schwereren Unfall trifft.

Es wäre hoch an der Zeit, sich einmal bewußt zu machen, daß es notwendig ist, für das Staatsganze dieselben Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, die man für unseren Wohlstandsfetisch Auto selbstverständlich zu treffen pflegt.

Man sollte die Familie Osterreicher nicht mit verbundenen Augen in eine mögliche unglückliche Situation fahren lassen. Daher ist es umso unerfreulicher, daß aus der weiteren Entwicklung des Bundesheeres nach wie vor ein Geheimnis gemacht wird, daß sich der Herr Bundesminister nicht nur als Mordsteher und als Mordsschlucker, sondern auch als Mordstheimniskrämer betätigt. Wenn er seine Absichten auf lange Sicht so spontan äußert wie bisher, dann rebellieren seine eigenen Mitarbeiter, weil sie vorher nicht in ausreichendem Maße informiert worden sind. Mit Recht rebelliert auch der Landesverteidigungsrat, weil man es nicht der Mühe wert findet, dem gesetzlichen Auftrag Folge zu leisten und das, was unbedingt notwendig ist, zu tun, nämlich sich der Mehrheit der Bevölkerung bei den Aktionen, die für das Bundesheer gesetzt werden, zu versichern.

Es kann nicht im Sinne einer erfreulichen Weiterentwicklung unseres Bundesheeres sein, wenn nicht das Bemühen besteht, auch in aller Öffentlichkeit ernsthaft zu zeigen und zu bezeugen, daß man bereit ist, die Problematik des Heeres ernst zu nehmen, daß man bereit ist, sich einzusetzen für die Lösung der Probleme, die beim Bundesheer einfach anfallen, die klar sind, die erkannt sind, von denen man weiß, daß sie gelöst werden müssen.

Da helfen Plakat-, Werbeaktionen beziehungsweise Inseratenaktionen nur wenig. Es genügt nicht, ein paar Schlagworte in die Welt zu setzen und zu glauben, daß dadurch die Wehrbereitschaft und auch die Stärke und Verteidigungsbereitschaft in Österreich ansteigen. Das reicht nicht.

Es ist notwendig, darüber hinaus deutlich erkennbare Maßnahmen zu setzen, die nicht nur PR-Gags sind, die nicht nur nach außen hin gerade für die Presse ausreichend sein mögen, die aber im inneren des wahrhaften Hintergrundes entbehren. Es ist notwendig, daß Maßnahmen gesetzt werden, die sich ganz konkret und materiell niederschlagen.

Bevor das nicht geschieht, wird es immer wieder notwendig sein, Anfragen wie diese zu stellen und darauf zu warten, daß eine mit Sicherheit unbefriedigende Antwort darauf erfolgt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Prader gemeldet. Bitte. (*Abg. Dr. Muzzi: Die Sozialisten haben anscheinend noch immer Redeverbot vom Kanzler! — Abg. Hans Mayer: Kein Verbot!*)

Abgeordneter Dr. Prader (OVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist uns die eigenartige Aufgabe gestellt, hier eine Debatte über eine Ministerbefragung abzu-

Dr. Prader

führen, obwohl der Minister keine Antwort gegeben hat und wir daher in Sachkenntnis der von ihm zu gebenden Antwort schon darüber debattieren sollen. Das ist eine Politik, die singulär ist. Sie trägt wirklich den Stempel Sozialismus und zeigt, wie Sie sich die Demokratie vorstellen.

Wir haben ein zweites Faktum, das beachtlich ist: Die Sozialisten bemühen sich nicht, in einer Wechselrede den gegenteiligen Gedankenaustausch zu pflegen, was man eigentlich als Aufgabe eines Parlaments ansehen müßte, sondern sie haben bisher in der Debatte geschwiegen. Das stigmatisiert weiterhin die Haltung der gegenwärtigen Regierungspartei.

Es ist doch nun so, daß alles anders geworden ist gegenüber früher. Kritik ist nunmehr: ist gleich Beleidigung. Argumente der Opposition werden nicht einmal mehr einer Aussprache gewürdigt. Nicht ein Gedankenaustausch ist hier Gegenstand, der auch in der Öffentlichkeit beurteilt werden könnte. Das Gar-nicht-zur-Kennntnis-Nehmen dessen wird hier geübt, was immerhin die Vertreter eines sehr großen Teiles, ja fast der Hälfte der österreichischen Bevölkerung in diesem Hause zu so wichtigen Fragen zu sagen haben.

Diesen Stil werden wir noch deutlicher sichtbar machen. Wir sind — das wurde heute in einem anderen Zusammenhang schon ausgedrückt — für dieses Striptease Ihrer echten „demokratischen“ Einstellung sehr, sehr dankbar. Wir sind der Meinung, daß Sie dadurch in der breiten Öffentlichkeit viel besser als bisher erkennbar geworden sind. (*Zustimmung bei OVP und FPÖ.*)

Der Vorwurf, den wir heute der Regierung machen, ist immerhin jener des gesetzwidrigen Handelns. Das ist doch in einer Demokratie ein sehr beachtlicher Vorwurf einer Regierung gegenüber, die hier die Beachtung der Gesetze beschworen hat. Ich kann mir vorstellen, daß sich die Regierung doch mit solchen Vorwürfen auseinandersetzen müßte.

Wir haben diese Vorwürfe aber mit Fakten begründet und haben sie hier zur Diskussion gestellt. Ich möchte angesichts der kurzen Redezeit diese Fakten nicht nochmals wiederholen. Sie können den Standpunkt vertreten: Unsere Mehrheit sichert auch das ab. — Das ist auch möglich. Aber wie Sie nun moralisch bewertet werden — und auch das zählt ja in einer Demokratie —, das liegt auf einem anderen Band. Das werden wir jedenfalls den Österreichern immer wieder sagen.

Es sind hier Dinge vorgegangen, die in diesem Haus bisher zweifellos noch nicht zu debattieren waren. Wir haben, Herr Bundes-

minister, als Mitglieder des Verteidigungsrates eine Behandlung erfahren, die einfach nicht mehr zumutbar ist. Es wurden gesetzwidrige Fakten gesetzt. Es wurde dann das Bemühen sichtbar, alles abzuwerten und anders darzustellen, es so darzustellen, daß dieser Aufstellungsstab Spannocchi nicht etwa eine Änderung der Kommandostruktur wäre, sondern nur eine Studiengruppe, die etwas vorzubereiten hätte. Wenn Sie diesen Standpunkt vertreten, dann verstehe ich Ihre Handlungen nicht, denn dann haben Sie in den Vortrag, den Sie uns geschickt haben, etwas völlig anderes hineingeschrieben als das, was Sie nachher mündlich zur Rechtfertigung vortragen haben. Eigentlich müßten Sie sich ja mit dem, was Sie uns schriftlich vorgelegt haben, identifizieren.

Ich lese hier wörtlich eine Passage: Soll also der Bereitschaftstruppe ein gewisser Vorrang eingeräumt werden, dann ist die Herauslösung der hierfür vorzusehenden Verbände aus den bisherigen Befehlsverhältnissen unumgänglich. Nur bei einheitlicher Führung und einer eigenen Kommandostruktur und so weiter kann die Sache gestaltet werden. — (*Abg. Mondl: Das ist aber damit nicht angeordnet!*) Angeordnet oder nicht, durchgeführt wird es. Das bezweifeln nicht nur wir, daß dieses Argument stimmt; das bezweifelt auch General Bach, und das war ja auch einer der wesentlichen Gründe für seinen entscheidenden Schritt.

Aber der Herr Bundesminister hat uns ja dazu hier keine Erläuterung gegeben. Daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, von der Sie selber wissen, daß sie nicht gesetzeskonform ist, wird sehr deutlich. Sie haben sich ja, Herr Bundesminister, mit dieser Maßnahme in den Ministerrat begeben. In den Ministerrat haben Sie nur mit jenen Maßnahmen zu gehen, die nicht in Ihrem eigenen Kompetenzbereich zu erledigen sind. Wenn Sie aber mit Maßnahmen in den Ministerrat gehen müssen, dann haben Sie nach dem Gesetz vorher den Verteidigungsrat zu konsultieren. Das haben Sie nicht getan. Daher sind die Fakten völlig entgegen Ihrer jetzigen Darstellung, bei der Sie alles abzuschwächen versuchen, entgegen aber auch dem Wortlaut Ihres eigenen Vortrages. Es ist ja so heiter, wenn man das noch dazu in einer eigenartigen Zustellungsweise bekommt und dann erfährt, daß das alles schon lang vollzogen ist, was hier in einem Antrag zum Ausdruck kommt, nämlich daß wir solche Maßnahmen zur Kenntnis nehmen sollen. (*Abg. Mondl: Sie waren mit dem Einsatzstab auch im Ministerrat!*) Herr Abgeordneter Mondl! Ich würde Ihnen sehr empfehlen, bevor Sie derartige Zwischenrufe

Dr. Prader

machen, sich zuerst über den Sachinhalt zu orientieren. Nur dann, wenn Sie sich in der Sache auskennen, ist eine sachbezogene Diskussion möglich, und das ist leider nicht der Fall. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Hier handelt es sich ja um eine ganz eigenartige Sache, die die totale Konzeptlosigkeit dieser Regierung neuerlich präsentiert. Zuerst wurde ein Gesetz beschlossen. Angeblich sei ein Wehrkonzept der Sozialisten vorhanden gewesen. Mit dem wurde bei den Wahlen getrommelt. Wir haben es nicht gekannt. Lediglich der Herr Bundeskanzler hat uns dann informiert, daß es als unbrauchbar in die Tischiade weggeschoben wurde.

Ohne Konzept haben Sie dann ein Wehrgesetz, eine Wehrgesetznovelle beschlossen. Sie haben gesagt: Jetzt beschließen wir das Gesetz; was dann herauskommt, werden wir schon sehen. — Jetzt, nach eineinhalb Jahren, stellen Sie einen Studienstab auf, der untersuchen und prüfen soll, wie man das machen soll, was Sie damals beschlossen haben. Das ist die totale Konzeptlosigkeit! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das ist das Ergebnis Ihrer 1400 Experten, das Ergebnis der bestvorbereiteten Regierung.

Und nun darf ich Ihnen etwas zur Bereitschaftstruppe sagen. Diese Bereitschaftstruppe wird ja jetzt angeblich aufgestellt. Der Begründer und der Vorredner haben hier schon ausgeführt, daß uns neuerdings überrascht, in der „Arbeiter-Zeitung“ zu lesen, daß die Aufstellung mit 1. Jänner begonnen wird. Das ist ein beachtliches Tempo, wenn man zurückdenkt, daß die Wehrgesetznovelle im Juli 1971 beschlossen wurde, daß jetzt die Studien begonnen werden und daß die Aufstellung mit 1. Jänner begonnen werden soll. Der Herr Bundesminister hat uns seinerzeit erklärt, daß mit Ende dieses Jahres die Bereitschaftstruppe stehen wird. Momentan steht vorderhand nur Spannocchi. Das ist alles, was bisher geliefert werden konnte.

Aber wieso, meine Herren von der sozialistischen Seite, steht jetzt schon wieder in der „Arbeiter-Zeitung“, daß ab 1. Jänner aufgestellt wird? Wir haben bis heute nichts im Verteidigungsrat. Wir haben keinen Vorschlag nach Artikel VIII Abs. 1 der Wehrgesetznovelle. Das interessiert Sie nämlich gar nicht, was wir sagen. Das ist Ihnen völlig gleichgültig. Sie erklären: Wir stellen auf! Was der Verteidigungsrat sagt, ist unwichtig. In der „Arbeiter-Zeitung“ ist das bereits proklamiert.

Und nun zur Bereitschaftstruppe. Wir haben einige Gutachten über die geplanten Systeme. Diese Gutachten gehen alle dahin, daß das geht, wenn diese Voraussetzungen vorhanden

sind. Nun sind aber diese Wenn, nämlich diese Voraussetzungen nicht vorhanden, und diese Voraussetzungen sind auch nicht erreichbar.

Das ist der Grund, warum es bei den Befehlshaberbesprechungen solche Schwierigkeiten gegeben hat, warum so große Sorge war: daß hier etwas geschieht, das dann einen totalen Scherbenhaufen zurückläßt. Und weil Sie Gegebenheiten annehmen, die nicht nur nicht da sind, sondern auch in näherer Zukunft nicht bewältigt werden können. Das, was Sie mit der Bereitschaftstruppe wollen, ist ein Berufsheer, ein perfektes Berufsheer mit perfekten Soldaten. Das hat einen Sinn und einen Zweck. Und dann kann es aus dem Stand heraus antreten und wirklich Leistungen vollbringen. Aber dazu braucht man Menschen, und Sie haben keine Menschen, auch wenn Sie alle anderen Verbände trockenlegen, was mit neuen gewaltigen Kaderverlusten verbunden sein wird. Sie kratzen gar nicht soviel zusammen, um die anderen Einheiten bestücken zu können. Und das bisherige Ergebnis der Anwerbung Längerdienender? Ich glaube, Tödling war es, der schon gesagt hat: 350 etwa bis bestenfalls 400 Mann sind es — und 8000 im Minimum brauchen Sie! Und dann berufen Sie sich auf das Ergebnis der Bundesheerreformkommission. Da steht genau das Gegenteil von dem drinnen, was Sie jetzt machen, daß es nämlich unmöglich ist, Sechsmontatsoldaten in die Bereitschaftstruppe zu stecken, weil dann diese Bereitschaftstruppe nur eines stigmatisiert, daß sie nämlich nicht bereit ist zum Einsatz.

Der Herr Bundesminister hat erklärt, daß die Soldaten im sechsten Monat bedingt einsatzfähig sind. Dann besteht bestenfalls einen Monat lang bedingte Einsatzfähigkeit. Diese großartige Bereitschaftstruppe! Das sind die Fakten; abgesehen vom Geld, von den budgetären Gegebenheiten.

Man hat die Erfahrung gemacht, daß auch mit sehr kräftiger Anhebung der Besoldung einfach dieses System nicht zu erreichen ist. Und noch etwas stigmatisiert Ihre Politik: Der Schwerpunkt des Ganzen sollte die Landwehr sein. Bei dem System, das Sie jetzt praktizieren, bleibt überhaupt kein Soldat für den Schwerpunkt, nämlich für die Landwehr, mehr übrig, und es wird auch in Zukunft keiner da sein. Und so führt sich alles ad absurdum.

Deswegen auch die Bedenken: Das, was Sie jetzt noch haben, ist die von uns aufgebaute Reservearmee. Aber auch diese ist im Jahr 1976 weg, und dann ist totale Pause, totale Funkstille in der Verteidigung Österreichs. Das ist das Ergebnis.

Dr. Prader

Ich möchte jetzt gar nicht über die Wartungs- und Versorgungsschwierigkeiten reden, Herr Bundesminister, Sie werden in Kürze ein regierender Fürst über einen ungeheuer teuren Schrotthaufen sein — das wissen Sie selber —, weil die Wartung nicht mehr sichergestellt werden kann und weil ohne Wartung des Gerätes auch eine Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft nicht möglich ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt tritt alles das ein, was wir bei der Debatte über die Wehrgesetznovelle, aber auch bei der Ablehnung des Organisationschemas gesagt haben. Sie alle kennen das Desaster. Es ist unausbleiblich. Und daher wie immer in solchen Fällen: Flucht nach vorne. Das sind Methoden, die dort gängig sind, wo man der Aussichtslosigkeit, der Sorge irgendwie noch ein Außenschild entgegenstellen will.

Und jetzt wurde die Wunderwaffe erfunden: Aufstellungsstab Spannocchi. Jetzt geht es los, steht in der „Arbeiter-Zeitung“. Ab. 1. 1. 1973. Zunächst die Frage. Da wird uns eine große Umorganisation des Verteidigungsministeriums angekündigt, eine große Generalstabsabteilung. Dieser werden die anderen Bereiche wegen der Koordination unterstellt. Der erste Koordinationseffekt, bevor das noch installiert ist, ist der: daß man dem Generaltruppeninspektor gerade jene Aufgabe wegnimmt, wegen der er installiert werden soll. So schaut es tatsächlich aus. Hier sind Mißtrauen vorhanden, Spannungsfelder, die nicht zufällig sind, sondern die Sie geschaffen haben durch eine Politik, die wir einfach für dieses Heer nicht als nützlich qualifizieren können.

Ähnliche Verzweiflungsakte zu einer Vorwärtsverteidigung hat es schon früher gegeben. Man hat gegen Ende des letzten Weltkrieges auch versucht, noch einmal das Schicksal herumzureißen, und General Unruh mit der Aufgabe betraut, das Letzte zusammenzukratzen. Dieser Aufstellungsstab Spannocchi ist die österreichische Aktion General Unruh. Ich sage Ihnen das. Aber auch diese Verzweiflungsmaßnahme wird das Debakel nicht mehr verhindern können.

Wie geht das jetzt weiter? Jetzt agieren Sie wieder eine Zeitlang in Ihrem Nichtstun, in der weiteren Abwertung des Bundesheeres nach außenhin damit: Na, jetzt wird ja die Bereitschaftstruppe aufgestellt. Man muß doch das in Ruhe abwarten. Man wird das Ergebnis sehen. — Und das Desaster wird nach einem oder nach eineinhalb Jahren für alle sichtbar sein. Dann ist die letzte Substanz, die gegenwärtig noch vorhanden ist, auch noch hin, wenn das erkennbar wird. Was soll dann geschehen? Wie werden die Dinge sich dann

entwickeln? Das sind die Sorgen, die Ihnen gesagt worden sind, daß die restliche Substanz nicht zerschlagen werden soll, warum die Struktur beibehalten werden soll, um hier vorsichtig vorzugehen und zunächst in der Praxis das geplante System an kleinen Einheiten zu erproben. Das haben Ihnen die Befehlshaber gesagt. Aber Sie wischen ja alles weg vom Tisch.

Jeder sachliche Vorschlag — und ich habe das heute auch schon zweimal gehört — ist bei Ihnen Sabotage. Das ist das Unglück, warum es zu keinen Sachdiskussionen und wirklich sachlichen Lösungen in diesen Fragen kommen kann. Die Vorschläge der Opposition werden vom Tisch gewischt. Hier ist nie das Bemühen um eine gemeinsame, um die bestmögliche Lösung bei der Bewertung der Argumente sichtbar geworden. Sie praktizieren hier bewußt die Diktatur der 51 Prozent. Das ist das ganze Rezept, das Sie aller fachlichen Argumentation und allem Mitbemühen entgegenzusetzen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir glauben daher, daß angesichts der faktischen Gegebenheiten ein neues System, eine andere Organisationsform gefunden werden muß, die den Wirklichkeiten entspricht. Wir glauben daher, daß die Strukturen aufrechterhalten bleiben sollen, um an kleineren Einheiten zunächst die Praktikabilität dieser neuen Gedanken auszuprobieren, um dann weiterzuschreiten. Geht es gut, dann kann man weiter fortgehen. Geht es schlecht, dann ist nicht alles zerstört, um diese Armee dann weiter auch in anderer Richtung weiterentwickeln zu können.

Bundeskanzler Kreisky hat am Wörther See in seinem Interview auch gesagt — das ist ja ein herrliches Argument —: Diese Armee ist nicht schlechter als früher. Das ist an sich schon bezeichnend, denn ich habe geglaubt, Sie machen alles viel besser. Aber auch das stimmt nicht, wie Sie an sehr eindrucksvollen Zahlen bereits klar gemerkt haben. Der Herr Bundeskanzler sollte doch die österreichische Bevölkerung hier wirklich ehrlich und aufrichtig informieren — nicht mit solchen Aussagen, die überhaupt nicht bestehen können und bei einer sachlichen Prüfung irreführen.

Geben Sie daher — und das ist unser Appell — diese Diktatur der 51 Prozent auf! Wir rufen Ihnen zu: Gehen Sie mit uns in eine Sachdiskussion ein und opfern Sie nicht dieses österreichische Bundesheer Ihrem sozialistischen Parteiprestige. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster Redner kommt der Abgeordnete Dr. Schmidt zum Wort. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist ein trauriges Ereignis, wie sich diese Regierung, wie sich Kreisky und sein Team heute dem Hohen Hause darbieten. Es ist auch ein nicht minder trauriges Ereignis, wenn die Regierungspartei schweigt, wenn im Hohen Hause auf Antrag der Opposition lebenswichtige Dinge debattiert werden sollen. Der Bundeskanzler schweigt, wenn er zur Teuerung befragt wird, der Finanzminister schweigt, wenn er zur inflationären Entwicklung befragt wird, der Herr Verteidigungsminister muß schweigen, wenn er über die Landesverteidigung befragt wird: alle schweigen. Man kommt sich fast vor, wie wenn man einer Trappisten-Abordnung konfrontiert wird. (*Heiterkeit bei der ÖVP und Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Angesichts des völligen Versagens dieser Bundesregierung auch auf dem Sektor der Landesverteidigung ist es doch beschämend zu erleben, wie sich der Herr Verteidigungsminister in Bestimmungen der parlamentarischen Geschäftsordnung flüchtet, um nicht Rede und Antwort stehen zu müssen über den Zustand des Bundesheeres, über den Zustand unserer Landesverteidigung. Statt dem Parlament Auskunft zu geben, kneifen Sie, Herr Minister Lütgendorf.

Dabei ist doch die Frage der Landesverteidigung dringlicher denn je, und ich möchte die weitere Frage daran anknüpfen: Was ist denn eigentlich seitens der Regierung geschehen im Hinblick auf eine umfassende Reform des österreichischen Bundesheeres, wie dies doch anlässlich der Beschlußfassung über die Wehrgesetznovelle 1971 in Aussicht gestellt wurde?

Wir Freiheitlichen haben damals bei dieser Beschlußfassung keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir mit dieser Wehrgesetznovelle 1971 die Heeresreform nicht als abgeschlossen betrachten, sondern ganz im Gegenteil, daß wir sie als erst begonnen betrachtet haben, daß wir der Meinung waren, daß sie erst in Angriff genommen werden muß.

Nach unserer Auffassung, einer Auffassung, die unwidersprochen geblieben ist, ja einer Auffassung, die auch die Zustimmung der Mehrheit dieses Hauses gefunden hat, sollte diese Wehrgesetznovelle einen ersten Schritt zur Heeresreform darstellen. Was ist seither eigentlich konkret geschehen? Im Grunde genommen doch gar nichts, wenn man davon absieht, daß die Wehrdienstzeit verkürzt wurde. Aber an echten Reformen, an tatsächlichen Reformmaßnahmen geschah nichts.

Denn, meine Damen und Herren, Sie werden uns doch nicht zumuten, daß wir einige konfuse Ministererlässe, die dann nach kurzem Geplänkel mit der Presse und mit den Betroffenen ebenso überhastet zurückgezogen wurden, wie sie erlassen wurden, als Reformmaßnahmen betrachten. Ich erinnere nur an den Maturantenerlaß oder an die berühmte Türtaferlreform.

Sie werden auch nicht annehmen, daß wir die dauernden beschönigenden und beruhigenden Worte des Herrn Verteidigungsministers zu der Tatsache, daß sich immer weniger Anwärter für den Offiziersberuf finden, ja daß sich das Kaderpersonal ständig vermindert, als Reformmaßnahmen betrachten.

Ich weiß, es gab auch optimistische Äußerungen des Herrn Ministers über die Verteidigungskraft und über die Verteidigungsbereitschaft des Bundesheeres, obwohl, meine Damen und Herren — das muß auch hier gesagt werden —, zu der Zeit, als diese optimistischen Ausführungen zu hören waren, es die Spatzen schon von den Dächern Europas pffiften, daß dieses Bundesheer doch keinen ernst zu nehmenden Sicherheitsfaktor in Europa mehr darstellt.

Dieser Bundesminister wagte es nicht einmal, die Bundesheeralarmübungen überraschend anzuordnen, um nicht das ganze Fiasko, die ganze traurige Wirklichkeit der sogenannten Verteidigungsbereitschaft offenkundig werden zu lassen.

Das sind die Erfolge sozialistischer Verteidigungspolitik in Österreich. So weit haben es Kreisky und sein Team gebracht, daß diese Landesverteidigung einfach nicht mehr glaubhaft ist. Und wer das bezweifelt, braucht nur die ausländische Presse zu lesen. Denn wie steht es denn mit dieser Verteidigungsbereitschaft? Wir haben keinen Verteidigungsplan, wir haben keine politische Verteidigungstheorie, wir haben kein Konzept für zivile Landesverteidigung. Wir bekommen immer weniger junge Menschen, die dieser Landesverteidigung dienen wollen. So schaut es doch aus.

Dabei, und das ist das Erstaunliche, meine Damen und Herren, kann man immer wieder eine positive Erscheinung feststellen. In der österreichischen Bevölkerung und vor allem in der österreichischen Jugend ist Wehrbereitschaft, ist Wehrwille vorhanden. Der Wehrdienst in Österreich ist nicht unpopulär, wie uns einige „Berufsjugendliche“ von der Linken dauernd glauben machen wollen. (*Zustimmung bei der FPÖ.*) Nur eines: Der Jungmann will echt und ernstlich ausgebildet werden und nicht das Gefühl haben, daß beim Bundesheer die Zeit totgeschlagen wird.

Dr. Schmidt

Das Vorhandensein dieser Wehrbereitschaft und dieses Wehrwillens in Österreichs Jugend ist ein ungeheuer großes Kapital, ein Kapital, das zu besitzen sich jede Regierung der Welt glücklich schätzen würde, ein Kapital, das aber von dieser Regierung systematisch verspielt und verschleudert wird, weil diese Regierung und auch diese Regierungspartei — auch das muß man sagen — kein offenes Ohr für die Landesverteidigung hat und offenbar schon immer ein gestörtes Verhältnis zur Landesverteidigung gehabt hat und noch hat und weil diese Landesverteidigung für Kreisky und sein Team offensichtlich so ein lästig Ding ist; ein lästig Ding, mit dem man sich einfach nicht selbst abgibt, das man am besten durch einen parteifremden nützlichen Erfüllungsgehilfen besorgen läßt — ich vermeide hier härtere historische Zitate.

Denn, Hohes Haus, es muß auch hier folgendes noch gesagt werden: Die tieferen Ursachen für den Zustand der Landesverteidigung liegen ja gar nicht so sehr in den organisatorischen Fehlmaßnahmen und Fehlplanungen des Bundesministeriums, die das Bundesheer schwächen, sie sind auch nicht so sehr in der Herabsetzung der Wehrdienstzeit von neun auf sechs Monate zu suchen; das allein ist nicht entscheidend für die, wenn Sie wollen, vorübergehende Verminderung der Schlagkraft. Entscheidend ist die sehr leichtfertige, ja diffamierende Art, wie diese Regierungspartei seit eh und je mit dem Instrument umgeht, dem die Verteidigung unserer Heimat im Ernstfalle anvertraut ist. Entscheidend für den heutigen Zustand des Bundesheeres ist die Art, wie Wehrwillen und Wehrbereitschaft in der Bevölkerung systematisch zu untergraben versucht wird. Da spannt sich der Bogen von der sehr leichtfertigen Art, wie eine organisatorische Frage, wie die der Wehrdienstzeitverkürzung zum Wahlschlag degradiert wurde, bis über die Forderung der Sozialistischen Jugend in der Bundesheerreformkommission auf ersatzloses Abschaffen des Bundesheeres. Und der Bogen spannt sich bis zum Nennig-Volksbegehren, das die stumme Sympathie zumindest von Teilen dieser Regierungspartei genoß und das sich das gleiche Ziel gesetzt hat und Gott sei Dank längst selig entschlafen ist.

Wir haben große Hochachtung — das hat mein Parteifreund Hanreich heute schon gesagt — vor den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, die trotz all dieser Fährnisse ihren Dienst und ihre Pflicht in diesem Bundesheer erfüllen, aber es wundert uns gar nicht, wenn angesichts dieser beispiellosen subkutanen Hetze gegen das Bundesheer bei den Heeresangehörigen Resignation, Sorge um die

Zukunft und Mangel an Selbstbewußtsein sich ausbreiten mit dem Erfolg, daß sich, der eine früher, der andere später, ein jeder dann einer anderen Aufgabe zuwenden möchte, und mit dem weiteren Erfolg, daß niemand sich bereit findet, seine Arbeitskraft und seinen Idealismus — denn auch das ist gerade beim Bundesheer und bei der Landesverteidigung notwendig — diesem Unternehmen zu widmen, das offensichtlich bei der Regierung dieses Landes so gar nicht in Gnade und Gunst steht.

Das ist der Zustand unseres Bundesheeres, das ist der Zustand unserer Landesverteidigung, hervorgerufen durch die Politik der sozialistischen Regierung, herbeigeführt durch einen Bundesminister, der, es ist heute schon mehrfach gesagt worden, sich gerne als den „Mordssteher“ bezeichnen läßt, der aber dem Bundesheer und Österreich einen größeren Dienst erweisen könnte, wenn er seinen Hut nähme und abtreten würde. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser das Wort. Bitte.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (ÖVP): Hohes Haus! Ein Lehrsatz in der Generalstabsausbildung lautete: Ein Generalstabs-offizier hat seine Ansicht und seine Überzeugung zu vertreten und durchzusetzen. Ich habe heute, Herr Minister, die Befolgung dieses Lehrsatzes leider nicht erkennen können. Sie haben Ihre Ansichten hier nicht vertreten, Sie haben die Chance heute sich vergeben vor diesem Hohen Haus, Mitglieder dieses Hohen Hauses für Ihre Interessen zu gewinnen. Sie haben lediglich einen Befehl Ihres Regierungschefs befolgt, nämlich zu schweigen.

Herr Minister! Ich hatte an und für sich die Absicht, aus Ihrer Fragebeantwortung Momente herauszunehmen, wo es vielleicht doch noch Ansatzpunkte gibt, um in dieser Lage beim Bundesheer einen Brückenbau, einen Brückenschlag zu suchen. Sie aber, Herr Minister, haben heute eine gebotene Chance weitgehend verpaßt. Sie hätten die Chance gehabt, Ihre Ansicht vor diesem Hohen Hause heute darzulegen, und Sie hätten sicherlich die Möglichkeit gehabt, für Ihr Verhalten, für Ihre Maßnahmen, für Ihre Vorschläge wenigstens ein teilweises Verständnis finden zu können.

Als Abgeordneter dieses Hauses halte ich es aber für eine Zumutung, als Debattenredner zu reden, wenn sich die Regierung und die Abgeordneten der SPÖ-Mehrheit dieser Dis-

Marwan-Schlosser

kussion als einem demokratischen Gedankenaustausch nicht stellen.

Ich möchte keine Fehlinterpretation zulassen. Die heutige dringliche Anfrage hat nicht den Zweck, daß wir vielleicht in den Verdacht kommen könnten, eine Bereitschaftstruppe nicht zu wollen. Im Gegenteil! Ich verweise auf unsere Stellungnahme zur Regierungsvorlage, die Sie, Herr Minister, seinerzeit unterschrieben hatten, womit diese Wehrgesetznovelle 1971 geboren wurde. Wir haben bei den Verhandlungen damals immer und immer wieder darauf gedrängt, daß diese Bereitschaftstruppe zuerst existent sein muß, bevor man das System umbauen kann; der Versuch, von der bisherigen Einsatzarmee auf eine Landwehrarmee überzugehen.

Ich glaube daher, daß wir von dem Verdacht freigesprochen werden müssen und sind, daß wir vielleicht diese Diskussion und diese dringliche Anfrage heute gegen eine Bereitschaftstruppe führen. Im Gegenteil! Wir sind darüber entsetzt, daß dieser Gesetzesauftrag bereits am 30. Juli 1971 in Rechtskraft erwachsen ist, diese Bereitschaftstruppe aufzustellen, und bis heute noch keine konkreten Vorschläge vorliegen, die nur vermuten lassen, daß es eine solche Bereitschaftstruppe in Bälde geben könne. Ich kann nur feststellen, daß die Sozialistische Partei in der letzten Zeit sehr gut mit Sprachregelungen taktiert. Sie exerziert ihren Abgeordneten vor, welche Antworten sie auf Fragen zu geben haben. Ein neuer Slogan, eine neue Sprachregelung ist: „Laßt das Bundesheer arbeiten.“

Meine Herren, die diese Ansicht vertreten: Man kann das Bundesheer nur dann arbeiten lassen, wenn diesem Bundesheer die Voraussetzungen gegeben werden, damit es arbeiten kann. Derzeit aber fehlen diese Voraussetzungen. Daher ist die Aufforderung: „Laßt das Bundesheer arbeiten!“ direkt eine Farce, solange nicht diese Regierung dem Bundesheer die Voraussetzungen gibt, um dieses Bundesheer arbeiten zu lassen.

Die erste Voraussetzung, um eine Bereitschaftstruppe aufzustellen, sind nicht Gliederungen, sind nicht irgendwelche papierene Erlässe. Die erste Voraussetzung wäre, Mittel und Wege zu suchen, daß man die Freiwilligen findet, die notwendig sind. Wenn man sagt: 10.000 Freiwillige, wenn man ursprünglich in der Bundesheerreformkommission gesagt hat, man braucht 15.000, also pro Jahr 5000, wenn es sich um dreijährige Freiwillige handelt, dann müssen Mittel und Wege gesucht werden, um diese Freiwilligen-Meldungen überhaupt zu ermöglichen. Hierüber hat die Regierung bis zum heutigen Tage dem Hohen Hause keine Vorlage gebracht.

Wenn wir auf die Lage im Bundesheer hinweisen und in verschiedenen Gesprächen mit sozialistischen Abgeordneten unsere Sorge darlegen, warum wir diese Frage als brennend immer wieder in den Vordergrund schieben, so stellen sich die sozialistischen Abgeordneten blind, taub oder sie reden sich aus und bezichtigen andere, daß sie am heutigen Zustand schuld wären.

Ich darf eine weitere Feststellung bezüglich Details aus der praktischen Erfahrung treffen. Vor kurzem hat mir ein hoher Offizier — nicht meiner Partei nahestehend, sondern der Sozialistischen Partei — die Lage im Bundesheer folgendermaßen skizziert: Wir haben keine Bereitschaftstruppe, weil es keine Freiwilligen gibt. Wir haben keine Ausbildungstruppe, weil es keine Auszubildner mehr gibt. Und wir haben kein Reserveheer, weil wir kein Reservekadern haben. Diese Bundesheerreorganisation von 1971 ist ein glatter Schlag ins Wasser.

Eine weitere Feststellung darf ich treffen. Ein Rekrut aus Salzburg meinte vor kurzem zu einem Abgeordneten meiner Fraktion: Wir sind bereit, uns ausbilden zu lassen. Wir sind 30, haben aber nur einen einzigen Auszubildner in diesem Zug, der einfach nicht in der Lage ist, als einziger Auszubildner 30 Funker auszubilden. Wir stehen daher die meiste Zeit herum und verlieren diese Zeit. Und er meinte dann sehr skeptisch dazu: Das Bundesheer braucht man nicht aufzulösen, das löst sich dieserart von selbst auf.

Herr Minister! Ich weiß nicht, ob Ihnen diese verschiedenen Stimmungen in der Truppe bekannt sind. Ich weiß nicht, Herr Minister, ob Sie noch truppenverbunden sind, ob Sie überhaupt noch truppennahe sind. Ich habe noch nicht gehört, Herr Minister, daß Sie in der vergangenen Zeit, als ehemaliger Ausbildungschef zum Beispiel, Truppenbesuche abgestattet haben, bei denen Sie nach kurzem Hinschauen doch sehen müßten, wo die Mängel in der Ausbildung, wo die Mängel in der Ausrüstung dieser Truppen sind. Herr Minister! Ich kann Ihnen nur sagen, daß draußen die Truppe nicht einsatzbereit ist. Das müßten Sie ja selbst bereits zugeben.

Wenn Sie aber schon nicht diese einfache Überprüfung durch einen Truppenbesuch durchführen, dann, Herr Minister, frage ich Sie: Warum führen Sie nicht auch einmal einen Probealarm durch? Das ist doch die Krönung einer Ausbildungszeit. Ein Probealarm wird nicht durchgeführt, zumindest nicht in Gegenwart von Abgeordneten.

Ich frage Sie, Herr Minister: Warum sind Sie von der früheren Gepflogenheit von Mini-

Marwan-Schlosser

ster Prader abgekommen, daß der Landesverteidigungsausschuß jährlich mindestens zwei Truppenbesuche vornimmt? Seitdem Sie Minister sind, hat der Landesverteidigungsausschuß dieses Hauses noch keinen einzigen Truppenbesuch abstatten können, weil Sie keine Einladung ausgesprochen haben.

Herr Minister! Das sind Mängel, die ich an Ihrer Ministerführung aufzeigen muß, weil ich den Eindruck habe, daß Sie sich nicht genügend über den wahren Zustand der Truppe informieren.

Wenn vor kurzem in Wiener Neustadt anläßlich der Ausmusterungsparade eine Reihe von Truppen paradierte, konnte man vielleicht als Laie den Eindruck haben, daß es doch noch einige Kompanien, einige Bataillone gäbe, die einsatzbereit sind. Herr Minister! Ich nehme an, Ihr scharfes Auge wird erkannt haben, daß dort zwar die Fahrer noch gut fahren konnten — mit Ausnahme der kleinen Panne —, daß aber im anderen Fall die dort mitfahrende Mannschaft nicht einsatzbereit war, und wenn diese Truppe im Alarmfall hätte ausrücken sollen, dann wären im besten Fall von einer Abteilung zwei Geschütze ausgerückt und lediglich eine Feuerleitstelle mit zwei Fla-Geschützen. Das ist alles, was von einer Abteilung ausrücken könnte. Es müßte ein Bataillonskommandant alle Kader aus allen Kompanien zusammennehmen, um wenigstens noch eine Kompanie im Bataillon aufstellen zu können.

Herr Minister! Das ist die Lage, in der sich das österreichische Bundesheer jetzt befindet.

Und jetzt das andere, das praktische Beispiel: 700 Pioniere mußten mobilgemacht werden. Was sagt da die sozialistische Fraktion? — Auch wieder eine solche Sprachregelung: Ja damals, 1968 bei der Tschechenkrise, da hat der Herr Bundespräsident die Verlängerung der Dienstzeit angeordnet, das ist das gleiche wie jetzt!

Herr Minister! Meine Herren Sozialisten! Das ist nicht das gleiche, denn damals standen ausgebildete Truppen bereit, und nur diese sollten nicht abrüsten, damit sie nicht im Schwächemoment den Wechsel eines Einrückungstermins durchmachen müssen. Das war die Situation, und zwar in einem international und für die Staatssicherheit wichtigen Augenblick.

Wenn man aber so weit ist wie jetzt, daß man nicht einmal mehr für einen kleinen Katastrophenfall Pioniere hat, um ein paar Brücken zu reparieren, dann ist das eine ganz andere Geschichte, und man kann sich nicht mit einem Vergleich aus der damaligen Zeit zufriedengeben. Das ist Augenauswischerei.

Zur weiteren Sprachregelung: Ja die Reform hat noch gar nicht begonnen! — höre ich immer wieder von den Sozialisten —, weil die OVP im Landesverteidigungsrat immer wieder Fragen stellt.

Meine sehr verehrten Herren der Sozialistischen Partei! Wenn Sie mit der Reform noch nicht begonnen haben, dann liegt das daran, daß Sie noch gar keine konkreten Vorlagen gemacht haben! Über die Bereitschaftstruppe gibt es keine Vorlage im Landesverteidigungsrat, daher konnte sie von der OVP nicht verhindert werden. Hätten Sie rechtzeitig den Gesetzauftrag erfüllt, dann könnte die Bereitschaftstruppe längst stehen! (*Zustimmung bei der OVP.*)

Die Spitze der Sprachregelung, die Sie führen und planen und haben, ist: Diese aktiven Offiziere, die sabotieren diese Reform! (*Zwischenruf des Abg. Pa y.*) Lieber Pay! Ich höre das aus dem Mund verschiedenster Abgeordneter aus eurer Fraktion! Sie sagen immer wieder, es geht nur deswegen nicht voran, weil die Offiziere sabotieren. (*Abg. Pa y: Einige! — Rufe bei der OVP: Wer?*) Meine sehr verehrten Herren! Ich kann Ihnen nur sagen: Keiner sabotiert! Jeder ist interessiert daran, dieses Bundesheer gut aufzustellen, aber Sie haben den Offizieren gar nicht die Mittel in die Hand gegeben, dieses Bundesheer zu reformieren, denn die Voraussetzung ist die Möglichkeit, daß es Freiwillige gibt, um überhaupt diese Truppengliederung durchziehen zu können, und diese Vorlage haben Sie nicht gebracht! (*Zustimmung bei der OVP.*) Ich verwahre mich dagegen, daß Sie eine allgemeine Verdächtigung gegenüber dem Offizierkorps in dieser Form aussprechen! (*Neuerliche Zustimmung bei der OVP.*)

Ich weiß schon, wo es Ihnen nicht paßt, meine sehr verehrten Herren Sozialisten: Es paßt Ihnen einfach nicht in den Kram, daß in der Bundesheerreformkommission die Offiziere von der Dienstweisung entbunden wurden, und sie konnten daher ihre freie Meinung äußern. Sie haben dort ein Konzept entwickelt, das möglich gewesen wäre. Ihr Bundeskanzler Kreisky hat erklärt: Diese Erkenntnisse der Bundesheerreformkommission sind irrelevant! Auf sie braucht man überhaupt keine Rücksicht zu nehmen! — 1700 Offiziere ursprünglich, 2200 Offiziere, glaube ich, waren es in der Endphase von 2300, haben gewarnt vor diesem Schritt, bevor man nicht die Voraussetzung schafft. Sie haben das mit einer Handbewegung weggewischt: Diese Offiziere sind ja keine Fachleute, auf die braucht man sich nicht zu beziehen, die braucht man nicht zu hören, deren Meinung ist irrelevant.

Marwan-Schlösser

Der Herr Generaltruppeninspektor hat erklärt: Das ist Kanonenfutter, wenn man nicht die Voraussetzungen schafft. Ich appelliere dringend an die Regierung und an das Parlament!

Sie haben nichts gehört, Sie haben nichts getan, Sie haben das als irrelevant weggestrichen!

Ich habe gefragt: Gibt es ein Memorandum der Befehlshaber? — Da wurde zuerst gesagt: Nein! Über konkretes Befragen wurde es mir dann vorgelegt. Was war die Antwort des Herrn Ministers? — Da steht was drinnen, was wir alle schon kennen! — Damit haben Sie diese Sachen einfach bagatellisiert.

Nun, meine sehr Verehrten, geht es weiter. Die Offiziere kann man mundtot machen. Es kann sich auch ein Dr. Kreisky erlauben, vor Reserveoffiziere hinzutreten und einem Offizier der Reserve, der eine ernste Meinung und Bedenken äußert, zu sagen: Sie haben hier nichts zu reden! — Er macht ihn nieder (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), er macht ihn zur Schnecke und er staucht ihn zusammen. Ja wohl, meine sehr verehrten Herren der sozialistischen Fraktion! Das konnte dem Herrn Doktor Kreisky in der Kaserne draußen gegenüber diesem Reserveoffizier gelingen, hier aber werden Sie mich nicht mundtot machen können, das kann ich Ihnen sagen! Hier wird ein Dr. Kreisky mir nicht das Wort entziehen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber heute, meine sehr verehrten Herren, stehen wir vor der Frage Spannocchi. Nun soll auf einmal der Wunderdoktor Spannocchi kommen, der Onkel Doktor Spannocchi (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), er soll auf einmal eine Bereitschaftstruppe aus dem Boden stampfen, er soll auf einmal etwas machen, um diese Freiwilligen zu bekommen.

Ich darf fragen, Herr Minister: Wie hat sich dieses Gespräch mit General Spannocchi abgewickelt, als Sie ihn gerufen und gesagt haben: Ich möchte Sie beauftragen! — Hat General Spannocchi bei dieser Aussprache Ihnen, Herr Minister, Fragen gestellt, Forderungen gestellt, hat er von Ihnen die Erfüllung von gewissen Voraussetzungen verlangt, um dieses Amt überhaupt annehmen zu können und es dann nämlich auch durchführen zu können? — Ich bin noch immer gewohnt, daß ich, bevor ich einen Auftrag annehme, den Auftraggeber frage: Was stellen Sie sich vor und welche Mittel geben Sie mir, um diesen Auftrag zu erfüllen?

Ich frage Sie daher, Herr Minister: Haben Sie klare Aufträge gegeben, welche Forderungen hat Spannocchi an Sie gestellt und welche

Forderungen sind dann dem Haus vorzulegen? (*Rufe bei der ÖVP: Darauf darf er nicht antworten! Maulkorb!*)

Herr Minister! Mit Schlagworten wie: Reformkonzept, Verteidigungsdoktrin, Psychoplan, mit einer Inhaltsangabe von 43 Punkten werden wir dieses Bundesheer nicht reformieren! (*Ruf bei der SPÖ: Psychotherapie!*)

Herr Minister! Mein Kollege Abgeordneter Dr. Prader hat bereits gefragt: Wie wollen Sie überhaupt die Landwehr aufstellen? Sie sagen jetzt: Bevorzugt sind, und zwar truppenstark zu machen, die Bereitschaftstruppen!

Wenn Sie eine Bereitschaftstruppe von 15.000 Mann aufstellen wollen, brauchen Sie pro Jahr dreimal 10.000 Rekruten dorthin. Das sind 30.000 Mann für diese Bereitschaftstruppe, denn die Überlappung, von der man spricht, dauert eben, die zwei Monate Grundausbildung sind Voraussetzung dazu.

Dann brauchen Sie 6000 Mann Unterstützungsdienste, und das sind auch zweimal 6000 pro Jahr, sind 12.000. 45.000 Rekruten könnte es geben, 40.000 sind normal tauglich, daher: 30.000 für die Bereitschaftstruppe, 12.000 für die Unterstützungsdienste, sind 42.000. Wo bleiben dann noch Rekruten für die Landwehr?

Sie schüttelten vorhin mit dem Kopf, Herr Minister. Dann haben Sie eine andere Rechnung. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Wenn Sie diese andere Rechnung haben, Herr Minister, dann haben Sie keine Bereitschaftstruppen, dann geben Sie wieder der Bereitschaftstruppe nicht jenes Personal, das sie braucht, um eine einsatzbereite Truppe zu sein.

Bei den Parteienverhandlungen habe ich, als Sie zum ersten Mal als Minister dort waren, eine konkrete Frage an Sie gerichtet: Was ist eine Truppe, wenn ein Drittel Kader ist, ein Drittel im vierten bis sechsten Monat steht und wenn die anderen im ersten bis dritten Monat stehen? — Sie haben damals erklären müssen: Nur eine bedingt einsatzbereite Truppe.

Wie wollen Sie jetzt eine voll einsatzbereite Bereitschaftstruppe machen, wenn Sie nur Sechsmonatediener und keine Dreijährigfreiwilligendiener in dieser Truppe haben? (*Abg. Pay: Kollege Marwan! Sie sind dagegen, daß wir die Bereitschaftstruppe machen!*) Nein! Ich habe genau gesagt, daß wir dafür sind, Herr Pay! Sie haben wieder einmal nicht aufgepaßt! Ich habe genau zu Beginn meiner Ausführungen gesagt, daß es bisher an den notwendigen Voraussetzungen fehlt, damit man diese Bereitschaftstruppe überhaupt aufstellen kann.

Marwan-Schlosser

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich zum Schluß kommen: Diese Regierung kann die meisten Probleme von größerer Bedeutung nicht meistern. So wie sie die Inflation und die Preisentwicklung nicht in den Griff bekommt, so ist sie auch unfähig, diese Frage Bundesheer einer Lösung zuzuführen. Es wäre hoch an der Zeit, daß diese Regierung endlich die Konsequenzen zieht, sich zurückzieht und die Regierung in Österreich jenen Leuten überläßt, die tatsächlich regieren können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. *(Abg. Suppan: Mondl und Pay — die Wehrexperthen? — Abg. Pay: Zur richtigen Zeit werden wir das Richtige sagen! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Mitterer: Oder zur falschen Zeit das Falsche! — Abg. Skritek: Das überlassen wir Ihnen, Herr Kollege Mitterer, da sind Sie berühmt!)*

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf vielleicht zunächst den Herrn Präsidenten um eine Erklärung bitten, ob der Kanzler, an den diese dringliche Anfrage gerichtet ist, bewußt jetzt auch weggegangen ist, und zwar aus Demonstration, oder ob ihn der Herr Landwirtschaftsminister ... *(Zwischenruf des Bundesministers Dipl.-Ing. Dr. Oskar Wehs.)* Sie sind jetzt der Kanzler? *(Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Oskar Wehs: Nein!)* Also nicht.

Dann darf ich also den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß das Regierungsglied, an das diese dringliche Anfrage gerichtet ist — der gegenwärtige Tagesordnungspunkt lautet „Dringliche Anfrage“ —, in dieser Sitzung nicht anwesend ist.

Das ist ein in der Geschichte dieses Parlaments noch nie dagewesener Vorfall. Das ist eine ungeheure Mißachtung dieses Hohen Hauses! *(Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.)*

Es tut mir leid: Wenn sich schon die Regierungsglieder in Schweigen hüllen, wäre es wenigstens die Pflicht von ihnen zu hören, was ihnen die Abgeordneten, die Volksvertreter, in diesen Fragen zu sagen haben. Ich sehe mich außerstande, mit Abwesenden zu sprechen. *(Abg. Suppan: Unterbrechen!)* Ich darf es dem Herrn Präsidenten und den Herren Klubobmännern überlassen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Sitzung des Hauses so lange zu unterbrechen, bis der Kanzler, an den die dringliche Anfrage gerichtet wurde, wieder in diesem Haus anwesend ist. *(Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.)*

Meine Herren Sozialisten! Sagen Sie doch einmal: Wollen Sie das Ende des Parlamentarismus in Österreich? — Diese Frage ist in dem Moment begründet! Das, was sich heute hier abspielte, habe ich in 19 Jahren Parlament noch nicht erlebt! *(Rufe bei der SPÖ: Wir auch nicht!)* Ich habe auch eine Mehrheit der Schwarzen, der ÖVP, überstanden. Ich habe mit Ihrem Beifall *(auf die Bänke der SPÖweisend)* auch gegen die ÖVP gekämpft. Ich hätte eine solche Mißachtung des Parlaments, wie sie von den Regierungsgliedern heute hier gezeigt wird, auch zu Zeiten der ÖVP mit den gleichen scharfen Worten angegriffen. Wir Freiheitlichen kennen hier keinen Unterschied! *(Abg. Dr. Kohlmaier: Nur hat es das damals nicht gegeben!)*

Herr Verteidigungsminister! Als ich die dringliche Anfrage begründete, war ich noch im Zweifel: Ich hatte noch die Hoffnung, daß Sie ein verantwortungsbewußter Ressortminister und nicht ein Befehlsempfänger der Sozialistischen Partei wären. Sie haben meiner Ansicht nach die Maske fallengelassen! Niemand kann Sie von der Ministerverantwortlichkeit befreien! Das Theater vom überparteilichen Fachminister ist mit heutigem Tage vorbei! Ich glaube, in dieser Regierung sitzen einige sozialistische Minister, die sich nicht so als Befehlsempfänger des Kanzlers erwiesen hätten wie Sie heute.

Um klarzustellen, warum wir mitgelesen haben: Das, was der Minister hier gesagt hat, waren ja nicht seine Worte. Das waren die Worte, die ihm der Bundeskanzler vorher gesagt hat. Der Herr Verteidigungsminister hat ein einziges Wort aus eigenem beigetragen, nämlich am Schluß das Wort „eingehendst“. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist eine schöpferische Handlung gewesen!)* Im übrigen hat er genau das vorgelesen, was der Kanzler und was der Finanzminister vorgelesen haben, und das, was ihm der Kanzler aufgetragen hat.

Sehen Sie, Herr Minister: Bis zu der Stunde, wo Sie das getan haben, waren wir Freiheitlichen noch bereit, Ihnen einen guten Willen zuzubilligen und zu sagen: Sie sind kein Politiker und Sie haben nicht die politische Erfahrung. Es kommt manchmal vor — Sie wären nicht der erste —, daß einer, bevor er Politiker wird, schon die schlechten Eigenschaften der Politiker übernimmt. Auch Politiker haben schlechte Eigenschaften.

Aber in dem Augenblick, wo Sie bedingungsloser Befehlsempfänger des sozialistischen Parteiobmannes wurden — es war nicht der Kanzler, sondern es war der sozialistische Parteiobmann, der Ihnen Wort für Wort aufgeschrieben hat, was Sie namens der Landes-

Zeillinger

verteidigung auf eine dringliche Anfrage zu sagen haben —, haben Sie Ihre überparteiliche Maske fallengelassen. In dem Augenblick haben Sie die Interessen der Landesverteidigung — ich bedaure das zutiefst — und wahrscheinlich auch noch die Hoffnung vieler Offiziere und Unteroffiziere, die bis zu dieser Stunde geglaubt haben, daß Sie noch ihre Interessen und die Interessen des Heeres vertreten, verraten.

Das ist die große Enttäuschung! Sie, Herr Minister, können sich bei Gott nicht beschweren, daß Sie nicht zumindest von den Freiheitlichen lange in diesem Hause eine Schonzeit gehabt hätten.

Nach dem Gesetz haben Sie die Ministerverantwortlichkeit. Sie haben nicht das zu sagen, was Ihnen der sozialistische Parteiohmann aufschreibt, sondern Sie haben das zu sagen, was Ihre eigene Überzeugung ist! Daß Sie als Überparteilicher zufälligerweise Wort für Wort — bis auf das Wort „eingehendst“; das ist das einzige Wort, das Ihnen selbst eingefallen ist — dieselbe Formulierung haben wie der sozialistische Parteiohmann — ich glaube, das allein spricht Bände!

Sie lehnen es also ab, dem Hause in Fragen der Landesverteidigung Rede und Antwort zu stehen! (*Abg. Liberal: Nein, das ist nicht wahr!*) Augenblick! Ich darf Sie darauf aufmerksam machen — der Herr Kanzler kennt sicher die Geschäftsordnung gut; ich weiß nur nicht, ob Sie die Geschäftsordnung so eingehend kennen —, daß der Tagesordnungspunkt „dringliche Anfrage“ mit Schluß dieser Sitzung beendet ist. Der Tagesordnungspunkt „dringliche Anfrage“ — damit kein Irrtum entsteht — kommt nicht mehr auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Man kann darüber streiten, aber darüber müßte sich die Präsidialkonferenz einigen. Ich möchte diesbezüglich kein Wort voraussagen. Sie können sich bei der Budgetrede des Finanzministers zu Worte melden. Es kann zum Beispiel auch der Justizminister über die Abtreibung reden. Beim Budget kann natürlich jeder reden.

Aber das möchte ich festhalten: Die Interessen der Landesverteidigung haben Sie in dem Augenblick, als eine dringliche Anfrage über Landesverteidigung an Sie gerichtet wurde, nicht gewahrt. Sie hüllen sich bis zur Stunde in Schweigen — ich glaube, ich bin einer der letzten Redner; die Sozialisten hüllen sich ja im Einvernehmen mit Ihnen in Schweigen; die Übereinstimmung zwischen den sozialistischen Abgeordneten und dem Verteidigungsminister ist ja mehr als auf-

fallend. Sie haben nach der Geschäftsordnung keine Gelegenheit mehr, zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort zu ergreifen. Die dringliche Anfrage ist in dem Augenblick, wo der Herr Präsident diese Sitzung schließt, von der Tagesordnung abgesetzt. Sie können sich bei anderen Tagesordnungspunkten zu Wort melden. Diese Möglichkeit haben Sie. Aber nicht mehr zu dem Tagesordnungspunkt „dringliche Anfrage“.

Ich darf Sie vielleicht in dieser Hinsicht über die Geschäftsordnung noch ins klare setzen.

Herr Bundesminister! Sie lehnen es ab, die Anfrage zu beantworten. Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich aus meinem Wissen und aus dem, was ich bisher erfahren, gelesen und gehört habe, nun die Antworten gebe, nachdem Sie sich weigern, Herr Minister! Es soll die Öffentlichkeit erfahren, was die Antworten darauf gewesen wären.

Die Frage „Welche Aufgaben haben Sie jenem ‚Aufstellungsstab Bereitschaftstruppe‘ zugewiesen ...?“ ist eindeutig mit der auf Grund Ihrer Rede ausgesendeten Korrespondenz der Regierungspartei, ab 1. Oktober mit der Aufstellung der Bereitschaftstruppe zu beginnen, beantwortet worden.

Das ist eindeutig gesetzwidrig! Herr Minister! Sie werden zu verantworten haben, daß Sie die Verteidigung in einen gesetzlosen und gesetzwidrigen Zustand hineingeführt haben. Sie weigern sich, die „Sozialistische Korrespondenz“ zu dementieren. Das heißt also, Sie lassen sie unwidersprochen. Das heißt juristisch: Sie stimmen dem zu!

Es ist selbstverständlich, daß ein Verteidigungsminister, wenn ihm so etwas Ungeheuerliches unterstellt wird, nämlich das Gesetz zu brechen, das Wort ergreifen müßte.

Die zweite Anfrage „Sind Sie ... bereit, ... die ‚Ministerweisung Nr. 23‘ von einem noch unbekanntem Datum „zugänglich zu machen?“ muß ich mit Nein beantworten. Sie haben sich gegenüber dem Landesverteidigungsrat geweigert, und Sie weigern sich bis zur Stunde, ja zu sagen. Ich bedaure das, weil Sie es damit unmöglich gemacht haben, zu einer sinnvollen Politik in der Landesverteidigung zu kommen.

Zur dritten Frage „Haben Sie sichergestellt, daß die ... ‚Herauslösung der Bereitschaftstruppe aus den bisherigen Befehlsverhältnissen‘ nicht zu einer fühlbaren personellen und materiellen Schwächung des gesamten übrigen Bundesheeres führt?“ darf ich Ihnen hier in Übereinstimmung mit allen Befehlshabern

Zeillinger

und dem Generaltruppeninspektor sagen: Nein, das haben Sie nicht sichergestellt!

Die vierte Frage „Besteht über Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit dieser von Ihnen eingeleiteten Aktion Übereinstimmung mit den Gruppenbefehlshabern und dem Generaltruppeninspektor?“ darf ich laut und eindeutig mit Nein beantworten, denn eine solche Übereinstimmung besteht nicht.

Die fünfte Frage: „Wann wurde im Landesverteidigungsrat auf Grund eines Vortrages von Ihnen jene Empfehlung beschlossen, auf die Sie die von Ihnen beabsichtigte ...“ (Zwischenruf des Abg. *Libal*.) Herr Kollege? (Abg. *Libal*: Warum haben Sie dann gefragt, wenn Sie alles wissen?) Weil ich dem Minister die Chance geben wollte, die ungeheuerlichen ... (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. *Libal*.) Herr Kollege! Die Antworten, die ich jetzt gebe, könnten nur zu einem Punkt führen, nämlich daß der Minister heute noch zurücktritt! (Abg. *Dr. Kohlmaier*: Jawohl!) Eine andere Möglichkeit gibt es nicht! (Zustimmung bei FPÖ und ÖVP. — Widerspruch und Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Fünfte Frage: „Wann wurde im Landesverteidigungsrat auf Grund eines Vortrages von Ihnen jene Empfehlung beschlossen, auf die Sie die von Ihnen beabsichtigte ‚eigene Kommandostruktur‘ der Bereitschaftstruppe stützen?“

Ich darf sagen: Nie, denn ich war in den Sitzungen des Landesverteidigungsrates. Wenn Sie durch Schweigen einen anderen Eindruck erwecken wollten, ist das unwahr. Diese Empfehlung ist nie beschlossen worden. Sie stehen außerhalb des Gesetzes, Sie führen die Landesverteidigung in eine Katastrophe!

Sechste Frage. Diese kann ich nicht beantworten. Ob die Meldung der „Sozialistischen Korrespondenz“ richtig ist, überlasse ich Ihnen, meine Herren. Der Verteidigungsminister hat dazu geschwiegen. Daher kann ich nur annehmen, daß die „Sozialistische Korrespondenz“ recht hat.

Siebente Frage: „Wie war der Wortlaut Ihrer diesbezüglichen Ausführungen vor den sozialistischen Abgeordneten auf deren Klubtagung in Badgastein?“ — Das kann ich nicht beantworten. Ich nehme an, daß das richtig ist, was in der „Sozialistischen Korrespondenz“ steht.

Achte Frage: „Sind Sie bereit, auch die Abgeordneten der anderen parlamentarischen Fraktionen in gleicher Weise zu informieren?“

Meine Antwort: Nein. Bisher hat es kein Anzeichen gegeben, daß Sie dazu bereit sind. Das heißt: Sie stützen die Landesverteidigung ab dieser Stunde nur mehr auf 93 Sozialisten.

Ich gratuliere Ihnen, Herr Minister, und wünsche Ihnen dazu viel Erfolg!

Neunte Frage: „Nachdem in den Besprechungen, die Sie“ im März, Mai und Juni 1972 „mit den Gruppenbefehlshabern abführten, nach Ihren eigenen Worten ‚keineswegs in allen Punkten ein Konsens‘ hergestellt werden konnte ...“: Wo waren diese Meinungsdivergenzen?

Genau die Frage, die heute zur Debatte steht. Sie stehen mit Ihrer Meinung, nur gedeckt durch Spannocchi, allein, gegen alle Befehlshaber, gegen den Generaltruppeninspektor und gegen die gesamte Heeresführung da. Das trauen Sie sich nicht zu sagen! Darum schweigen Sie, Herr Minister!

Zehnte Frage: „Sind Sie bereit, darüber hinaus vor allem zur Klärung jener Fragen, die allenfalls einer Geheimhaltung unterliegen, die zusammenfassenden Ergebnisse (Protokolle dieser Besprechungen) den Mitgliedern des Landesverteidigungsrates zugänglich zu machen?“

Offensichtlich nein. Da hätten Sie den Mut haben müssen, ohne daß es Ihnen der Herr Bundeskanzler und der sozialistische Parteivorsitzmann erlaubt, zu sagen: Ja, dazu bin ich bereit. — Offenbar sind Sie dazu auch nicht bereit!

Elfte Frage: „Nachdem der Artikel VIII der Wehrgesetznovelle unter anderem vorschreibt, daß die Organisation der Bereitschaftstruppe von der Bundesregierung nach Einholung einer Empfehlung des Landesverteidigungsrates zu bestimmen ist: Haben Sie eine derartige Empfehlung ... vom Landesverteidigungsrat eingeholt ...?“

Ich darf als Mitglied des Verteidigungsrates für Sie klar und eindeutig dem österreichischen Volke gegenüber antworten: Nein! Sie haben es entgegen dem Gesetzauftrag nicht getan.

Zwölfte Frage: „In welcher Sitzung des Ministerrates ... haben Sie Fragen der Bereitschaftstruppe und der Umgliederung des Heeres vorgetragen?“

Wir können nur sagen: Vermutlich in der Ministerratssitzung vom 26. September. Wenn es der Fall war, ist es gesetzwidrig gewesen.

Dreizehnte Frage: „Sind Sie bereit, den Mitgliedern des Landesverteidigungsrates Ihren ... Vortrag und Antrag an den Ministerrat ... zugänglich zu machen?“

Offenbar nein, denn ein Ja hätte die Situation heute wesentlich erleichtert.

Vierzehnte Frage: „Nachdem Sie in einem mit 25. September 1972 datierten Schriftstück mitteilten, daß Sie ... die ‚Einleitung der

Zeillinger

ersten Phase der Heeresreform angeordnet haben: Aus welchen Ministerweisungen, Befehlen oder sonstigen mündlichen oder schriftlichen Anordnungen bestand diese Aktion?"

Offenbar aus keinen, sonst hätten Sie die Frage beantworten können.

Fünfzehnte Frage: „Sind Sie bereit, alle Unterlagen, die Sie zur Einleitung der Heeresreform verfaßten, den Mitgliedern des Landesverteidigungsrates umgehend zugänglich zu machen?"

Sie haben sich bisher geweigert. Sie weigern sich offensichtlich zum Nachteil der Landesverteidigung weiterhin.

Sechzehnte Frage: „Hat General ... Bach anlässlich seines Rücktrittes ... diesen Schritt mündlich oder schriftlich begründet?"

Ich darf sie beantworten. Ich habe mittlerweile in Erfahrung gebracht, daß er ihn schriftlich begründet hat. Er hat die Gründe dargelegt. Sie weigern sich, diese schriftlichen Gründe bekanntzugeben.

Siebzehnte Frage: „Sind Sie bereit, die Gründe beziehungsweise ein ... darüber verfaßtes Schriftstück ehestens ... dem Landesverteidigungsrat „zur Kenntnis zu bringen?"

Ich darf für Sie antworten: Nein, denn sonst hätten Sie es zur Erleichterung der Situation getan.

Achtzehnte Frage: „Ist der Ministerratsbeschluß vom 11. Mai 1965 als Auftrag für das Bundesheer noch aufrecht und für Sie bindend?"

Ich muß es bezweifeln. Ich nehme an, daß er es nicht ist. Ich weiß nur nicht, was für Sie, Herr Bundesminister, noch bindend ist.

Herr Minister! Sie lachen immer darüber. Ich habe das Gefühl, daß Sie bei dem, worum es hier geht, nicht ganz mitkommen. Hier geht es um Österreich, um die Sicherheit und um die Landesverteidigung. Ich finde das keineswegs lächerlich, sondern halte das für eine sehr ernste Angelegenheit. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)* Es mag sein, daß es Sie, Herr Minister, belustigt. *(Bundesminister Lütgendorff nickt.)* Ja, Sie nicken. Sie belustigt es, Sie finden das lächerlich! Wir finden das ernst! Ich darf Ihnen sagen: Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß sich ein Minister weigert, Volksvertretern die Antwort zu geben. Sie haben noch nie Teile des Volkes vertreten. *(Ruf bei der ÖVP: Das wird er auch nie!)* Sie waren noch nie Abgeordneter!

Neunzehnte Frage: „Ist es richtig, daß die Ministerweisung Nr. 23 damit motiviert wird, daß seit der Befehlshaberbesprechung vom 29. Juni 1972 bis zur Ministerweisung kein konkreter Planungsvorschlag vorgelegt wurde? ...“

Ich darf hier sagen, daß man nach Indiskretionen hört: Ja. Das ist die Ausrede des Ministers für diesen gesetzwidrigen Zustand.

Das wären die Antworten auf die 19 Fragen, wie sie zur Stunde gegeben werden können, wie sie vor uns liegen und bei denen Sie es versäumt haben, Ihre Stellungnahme dazu abzugeben.

Herr Bundesminister! Ich bedaure es: Sie haben heute die Basis einer gemeinsamen Verteidigung beendet. Sie haben für die freiheitliche Opposition — ich spreche für meine Fraktion, denn ich kann nicht für die andere sprechen — den Kampf in der provokantesten Form, den ich seit 19 Jahren je in diesem Hause erlebt habe, angesagt. So hat sich in diesem Hause noch kein Minister benommen, wie Sie es heute getan haben. Als Draufgabe lächeln Sie noch. Wenn ich Sie frage, ob Sie das alles lächerlich finden, nicken Sie zustimmend. *(Ruf bei der ÖVP: Ein weiterer Rücktrittsgrund!)*

Ich darf Ihnen, Herr Minister, sagen: Sie haben einen Eid geleistet, daß Sie die Interessen des Heeres und der Landesverteidigung wahrnehmen wollen. Ich darf Sie in dieser Stunde an diesen Ihren Eid erinnern, den Sie am heutigen Tage in den Augen der Freiheitlichen in Frage gestellt haben, denn die Interessen der Landesverteidigung und des Heeres haben Sie heute nicht wahrgenommen.

Der Kanzler hat einmal ein Angebot von uns aufgegriffen. Wir Freiheitlichen haben das anerkannt. Wir waren an einer gemeinsamen Verteidigungspolitik interessiert. Ich erkläre Ihnen hiemit, daß eine gemeinsame Verteidigungspolitik auf der Basis, wie Sie es sich vorstellen und wie Sie es heute gehandhabt haben, nicht möglich ist.

Herr Minister! Es gibt nur die Möglichkeit, daß Sie, Herr Minister, entweder gehen, was ich im Interesse der Verteidigung und des Heeres begrüßen würde — ich sage das ganz offen —, oder daß Sie Ihren Standpunkt grundsätzlich ändern; nämlich daß Sie vom Befehlsempfänger des Obmannes der Sozialistischen Partei wieder zum obersten Chef der Landesverteidigung werden und Ihre Pflichten wahrnehmen.

Wir haben heute — ich möchte fast sagen — einen erschütternden Eindruck gewonnen. Es war ein hartes politisches Ringen zwischen erfahrenen Politikern. Der politische Teil der Regierung glaubt, daß er mit seinem Verhalten im Recht war. Das wird — ich sage es noch einmal — das Volk entscheiden. Nur einer war in diesem Saal ausgenommen: das ist der Fachminister. Er kann in diesem harten politischen Kampf nicht mitspielen. In dem

Zellinger

Augenblick, als ihm der Kanzler oder — ich nehme an — der sozialistische Parteiobmann diesen Zettel (*der Redner zeigt ein beschriebenes Blatt*) gibt und sagt: Du darfst nicht antworten; du hast das, was ich dir als der sozialistische Parteiobmann aufgeschrieben habe, wenn dich die Volksvertreter fragen, vorzulesen und dich zu weigern, zu antworten!, hätte es für einen Offizier und für einen Minister nur zwei Möglichkeiten gegeben.

Sie lachen wieder! Herr General, entschuldigen Sie: Ich war auch Offizier, aber nicht Generalstäbler. Vielleicht habe ich eine andere Auffassung über den Standpunkt eines Offiziers wie Sie. Mag sein! Für mich leuchtet das Licht auf, ich muß zum Ende kommen. Ich wäre froh, wenn es das letzte Wort wäre und Sie heute die Konsequenzen ziehen würden.

Herr Minister! Wenn die Opposition etwas zu tun hat, dann ist es das, daß sie zu beraten

hat, ob gegen Sie ein Mißtrauensantrag einzubringen ist. Das ist im Interesse der Landesverteidigung die erste Aufgabe der Opposition dieses Landes. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Da nun anschließend an diese Sitzung über Wunsch der Klubobmänner eine Präsidialsitzung stattfindet, berufe ich die nächste Sitzung für heute, Mittwoch, den 18. Oktober, um 18 Uhr 30 mit folgender Tagesordnung ein:

Erklärung des Bundesministers für Finanzen zur Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (460 und Zu 460 der Beilagen).

In dieser Sitzung findet keine Fragestunde statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 40 Minuten